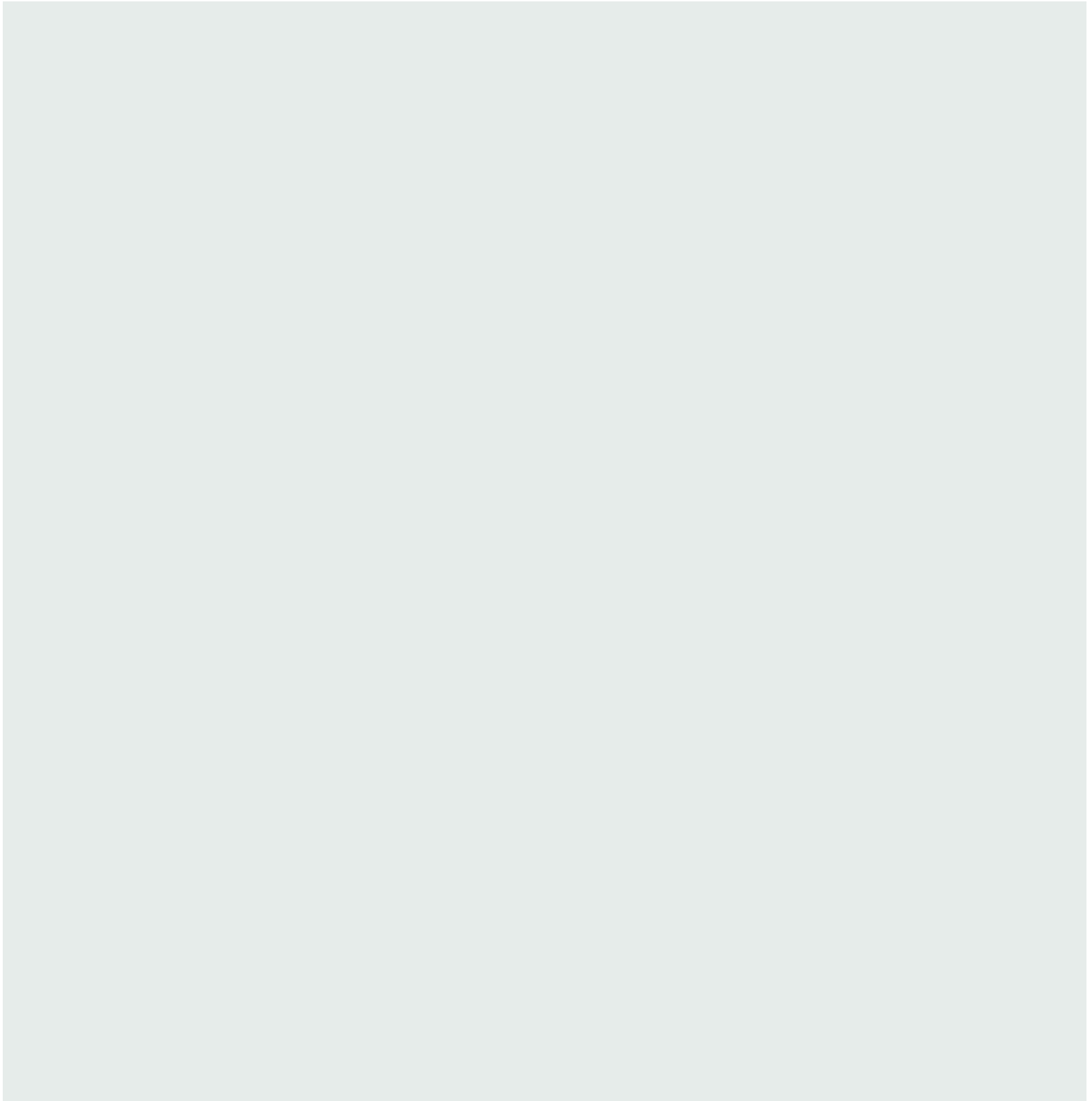




Oldenburgische
Landesbank AG

Oldenburgische Landesbank Konzern Finanzbericht 2015



Oldenburgische Landesbank Konzern – Übersicht

Mio. Euro	31.12.2015	31.12.2014	Veränderungen (%)
Bilanzsumme	13.629,2	14.135,7	-3,6
Forderungen an Kreditinstitute	151,5	435,1	-65,2
Kreditvolumen	10.191,8	10.300,4	-1,1
Finanzanlagen	2.834,3	2.865,4	-1,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.519,8	4.231,5	6,8
Kundeneinlagen	7.375,0	7.957,9	-7,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	395,4	512,5	-22,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	250,8	220,9	13,5

Eigenkapital	640,8	614,7	4,2
Gezeichnetes Kapital	60,5	60,5	—
Kapitalrücklage	202,9	202,9	—
Gewinnrücklagen	395,3	369,7	6,9
Kumuliertes Sonstiges Ergebnis	-17,9	-18,0	-0,6
Kumuliertes Sonstiges Ergebnis einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe	—	-0,4	-100,0

Mio. Euro	1.1.2015 – 31.12.2015	1.1.2014 – 31.12.2014	Veränderungen (%)
Zinsüberschuss	239,1	237,2	0,8
Provisionsüberschuss	66,9	70,9	-5,6
Laufendes Handelsergebnis	7,9	4,2	88,1
Laufender Personalaufwand	143,7	153,5	-6,4
Sachaufwand	83,5	84,4	-1,1
Risikovorsorge	36,3	39,0	-6,9
Ergebnis vor Steuern	46,1	34,7	32,9
Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	31,8	24,9	27,7
Cost-Income-Ratio (in %)	72,9	78,2	k. A.

	31.12.2015	31.12.2014	
Kernkapitalquote gemäß § 10 KWG (in %)	10,8	10,3	
Gesamtkapitalquote gemäß § 10 KWG (in %)	13,9	13,3	
Mitarbeiter (Anzahl) ¹	2.236	2.311	
Mitarbeiterkapazität	1.801	1.897	
Standorte der Oldenburgische Landesbank AG	203	203	

¹ Die Mitarbeiterzahlen sind ohne die Mitarbeitergruppen Auszubildende, Aushilfen und Praktikanten angegeben. Die Vorjahreszahl wurde entsprechend angepasst.

FINANZBERICHT 2015

003

AN DIE AKTIONÄRE

039

ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

093

KONZERNABSCHLUSS

171

WEITERE INFORMATIONEN

Inhalt

An die Aktionäre 003

Aktionärsbrief	004
Die Aktie	008
Corporate-Governance-Bericht	010
Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB	019
Vergütungsbericht	022
Bericht des Aufsichtsrats	032

Zusammengefasster Lagebericht 039

Grundlagen des Konzerns	040
Wirtschaftsbericht	045
Geschäftsentwicklung des Konzerns	048
Prognose-, Chancen- und Risikobericht	060
Ergänzende Erläuterungen zum Jahresabschluss der Oldenburgische Landesbank AG (HGB)	063
Risikobericht	067

Konzernabschluss 093

Gesamtergebnisrechnung	094
Bilanz	096
Eigenkapitalveränderungsrechnung	098
Kapitalflussrechnung	099

Konzernanhang 100

Versicherung der gesetzlichen Vertreter	168
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	169

Weitere Informationen 171

Mandate der Organmitglieder	172
Beirat	174
Glossar	178
Impressum	182

AN DIE AKTIONÄRE

Aktionärsbrief	004
Die Aktie	008
Corporate-Governance-Bericht	010
Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB	019
Vergütungsbericht	022
Bericht des Aufsichtsrats	032

Aktionärsbrief

*Ihre geehrten Damen, sehr geehrte Herren,
die Sie unsere OLB als Aktionäre und Freunde verbunden sind!*



Die Konjunkturdaten des Jahres 2015 zeichneten ein durchaus solides Bild der deutschen Wirtschaft. Im Umfeld gesunkener Energiekosten, sehr niedriger Zinsen und hoher Beschäftigung wuchs das Bruttoinlandsprodukt um 1,7%. Der Konsum erwies sich wieder als konjunkturelle Stütze, ebenso konnte der Export ungeachtet des mäßigen Tempos der weltwirtschaftlichen Expansion kräftig zulegen. Im Nordwesten zeigte sich die Mehrheit der Unternehmen mit dem Jahresverlauf zufrieden. Dennoch schauten die Wirtschaftsakteure Ende 2015 zurückhaltender in die Zukunft als noch zu Beginn des vergangenen Jahres. In dieser Skepsis spiegeln sich auch in der Region die Unsicherheiten mit Blick auf die weltweiten geopolitischen Krisen, die wirtschaftliche Abkühlung in China oder über die Bewältigung der Flüchtlingskrise wider. Gleich zu Beginn des Jahres 2016 sorgten diese Einflüsse für deutliche Kursrückgänge an den Aktienbörsen.

Das Bankenumfeld bleibt stark geprägt vom Niedrigzinsumfeld sowie dem sich verändernden Kundenverhalten, der Digitalisierung und einem intensiven Wettbewerb. Steigenden Kosten für die Umsetzung regulatorischer Anforderungen sowie Investitionen in die Modernisierung und Maßnahmen zur Stärkung von Eigenkapital und Liquidität steht eine strukturell bedingt nachlassende Ertragsdynamik gegenüber. Diese verschärft sich noch durch die überaus expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Es ist davon auszugehen, dass die Niedrigzinsphase über die kommenden Jahre Bestand haben wird.

Das im Vorjahr gesteckte Ziel der Ergebnisverbesserung hat Ihre OLB in diesem herausfordernden Marktumfeld erreicht. Gegenüber 2014 konnten wir das Ergebnis vor Steuern nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) um etwa ein Drittel auf 46,1 Mio. Euro steigern, wobei wir auch von einem Sonderertrag aus einer Beteiligung an einem Finanzdienstleister profitierten. Die Ergebnisentwicklung ist vor allem angesichts der Tatsache positiv, dass sich die gesamte Finanzwirtschaft seit Jahren im strukturellen Wandel befindet und sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch im Jahr 2015 sehr anspruchsvoll zeigten.

Für uns bleibt besonders wichtig, das Wachstum unserer Firmen- und Privatkunden in der Region auch bei weiter steigenden regulatorischen Eigenkapitalanforderungen eng begleiten zu können. Dafür müssen wir unsere Substanz durch Gewinnthesaurierung weiter stärken. Deshalb schlugen Vorstand und Aufsichtsrat der Hauptversammlung am 11. Mai 2016 vor, einen Großteil des Bilanzgewinns gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) in Höhe von insgesamt 18,8 Mio. Euro den anderen Gewinnrücklagen zuzuführen. Parallel wollen wir Sie, liebe Aktionärinnen und Aktionäre, wie im Vorjahr mit einer Dividende in Höhe von 0,25 Euro je Stückaktie an der positiven Geschäftsentwicklung beteiligen.

Auch im Jahr 2015 waren wir zuverlässiger Mittelstandsfinanzierer und zeigten unsere hohe Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit und das Wachstum in unserer Region. Das Kundenkreditvolumen lag mit 10,2 Mrd. Euro dennoch leicht unter Vorjahresniveau. Dies erklärt sich im Wesentlichen mit der Veräußerung der Münsterländische Bank Thie & Co. KG, deren Ergebnis nicht mehr ins Geschäftsjahr 2015 einfluss.

Unsere Ertragslage im operativen Geschäft hat sich trotz des unverändert soliden Kundengeschäfts aufgrund der herausfordernden Rahmenbedingungen gegenüber dem Vorjahr abgeschwächt. Das Zinsniveau ging weiter zurück. Dies spüren wir im Zinsbeitrag aus dem Kundengeschäft. Aufgrund des Sonderertrags konnten wir insgesamt dennoch eine Steigerung des Zinsüberschusses um 1,9 Mio. Euro auf 239,1 Mio. Euro erzielen.

Der Provisionsüberschuss verringerte sich auf 66,9 Mio. Euro (Vorjahr: 70,9 Mio. Euro). Wesentlich hierfür war der Verkauf der Münsterländische Bank Thie & Co. KG. In der Regionalbank entwickelte sich das Provisionsgeschäft gut. Im Versicherungs-, Bauspar- und Immobiliengeschäft konnten wir unser Provisionsergebnis verbessern (+ 3,1 % gegenüber Vorjahr). Vor allem das erfolgreiche Wertpapiergeschäft war ausschlaggebend für die leichte Steigerung des Provisionsüberschusses und der sonstigen Erträge in unserem strategischen Wachstumsfeld Private Banking & Freie Berufe um 6,2 %.

Auch in der Vermögensverwaltung bewährte sich die Spezialisierung unserer Kundenbetreuer: Hier konnte das Mandatsgeschäft kontinuierlich ausgebaut werden, die Mittelzuflüsse entwickelten sich mit einem Zuwachs um 32,2 % gegenüber Vorjahr sehr positiv.

Angesichts des Margen- und Ertragsdrucks ist für uns konsequentes Kostenmanagement zentral. Im Wesentlichen durch Kostenentlastungen aus Effizienzsteigerungen und der Entkonsolidierung der Münsterländische Bank Thie & Co. KG konnten ansteigende Aufwendungen für eine erhöhte Bankenabgabe, höhere Beiträge zur gesetzlichen Einlagensicherung und Tarifierhöhungen im Personalbereich mehr als ausgeglichen werden. Insgesamt ging der Verwaltungsaufwand gegenüber Vorjahr um 10,7 Mio. Euro zurück. Der laufende Personalaufwand reduzierte sich auf 143,7 Mio. Euro (Vorjahr: 153,5 Mio. Euro). Der Sachaufwand verringerte sich trotz Modernisierungsinvestitionen in Filialen und in die weitere Digitalisierung der Bank auf 83,5 Mio. Euro (Vorjahr: 84,4 Mio. Euro).

Ein stabiler Verlauf der Konjunktur sorgte in der Breite unseres Kundenkreditportfolios für eine günstige wirtschaftliche Entwicklung. Der deutlich geringere Risikoversorgeaufwand im Schiffsportfolio führte zu einer Verringerung der Risikoversorge um 7 % auf 36,3 Mio. Euro.

Unsere Bilanzsumme belief sich auf 13,6 Mrd. Euro (Vorjahr: 14,1 Mrd. Euro). Das Kernkapital erhöhte sich im Wesentlichen durch die Thesaurierung des Bilanzgewinns aus dem Vorjahr, die Kernkapitalquote stieg von 10,3 auf 10,8 %. Mit dieser soliden Kapitalbasis werden wir auch künftig das Wachstum unserer Firmen- und Privatkunden in der Region eng begleiten und regulatorische Vorgaben erfüllen.

Die Beziehungen zwischen Kunden und ihrer Bank wandeln sich dynamisch. Die Bedürfnisse der Kunden an Beratung zu komplexen Themen in der Filiale steigen, zudem nimmt der Wunsch zu, Bankgeschäfte online und mobil erledigen zu können.

Unser Zukunftsprogramm „OLB 2019“ ist unsere Antwort auf die herausfordernden Rahmenbedingungen, die uns wie die gesamte Bankenbranche bewegen. Mit dem Zukunftsprogramm und Investitionen in Höhe von 30 Mio. Euro wollen wir bis zu unserem 150. Jubiläum in drei Jahren trotz des Niedrigzinsumfelds unseren Ertrag steigern und unsere Kosten senken. Die Beratungskompetenz und Spezialisierung unserer Kundenbetreuer entwickeln wir weiter und stärken parallel unsere digitale Kompetenz. Es kommt entscheidend darauf an, dass wir immer eine hohe Qualität in der Beratung gewährleisten und zugleich in allen Bereichen schneller, verständlicher und digitaler werden. Daher setzen wir auf neue Online-Beratungselemente und -produkte ebenso wie auf die durchgängige Digitalisierung von Abläufen und darauf, die Erreichbarkeit auf allen Kanälen sicherzustellen: Filiale, Internet und Telefonie. Unser Standortnetz werden wir im Zuge dieser Entwicklung weiter differenzieren und modernisieren. Einen besonderen Wachstumsschwerpunkt legen wir auf das Geschäft mit Firmen- und gehobenen Privatkunden. Hierbei nutzen wir intensiv die weltweite Kapitalmarktexpertise der Allianz Gruppe.

Geschäftsabläufe werden im Rahmen des Zukunftsprogramms verschlankt, Komplexitäten reduziert und Kosten gesenkt. Über einen Zeitraum bis 2019 werden 280 Arbeitsplätze abgebaut. Um die sozialverträgliche Umsetzung zu gewährleisten, ist im Geschäftsjahr 2015 ein Restrukturierungsaufwand in Höhe von 7,0 Mio. Euro gebucht worden.

Auch angesichts des im vergangenen Jahr ausgeschütteten Sonderertrags erwarten wir für das Geschäftsjahr 2016 insgesamt einen leichten Rückgang des Ergebnisses vor Steuern gegenüber 2015. Wir planen im Einzelnen mit leicht steigenden Erträgen aus dem operativen Geschäft, stabilen Verwaltungsaufwendungen und einer konservativen Risikovorsorge.

Mit unserem Zukunftsprogramm „OLB 2019“ arbeiten wir intensiv daran, unsere Profitabilität zu stärken und auch dem Aktienkurs wieder Auftrieb zu geben.



Patrick Tessmann

Vorsitzender des Vorstands

Die Aktie

Entwicklung der OLB-Aktie

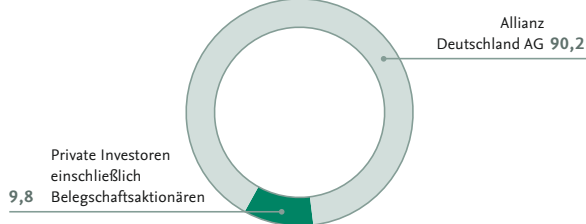
Der Deutsche Aktienindex (DAX) zeigte im Jahr 2015 einen sehr volatilen Verlauf. Ausgehend von einem Niveau zu Jahresbeginn unterhalb von 10.000 Punkten stieg der DAX nach Ankündigung des umfangreichen Anleihen-Ankaufprogramms der EZB kontinuierlich an und erreichte im April mit 12.374 Punkten ein neues Allzeithoch. Bis September büßte der Index jedoch fast ein Viertel dieses Werts wieder ein, als er auf dem Jahrestief von 9.427 Punkten notierte. Bis Jahresende erholte sich der DAX wieder und schloss das Jahr mit einem Plus von 10 % bei 10.743 Punkten ab. Unsicherheiten über die chinesische Wirtschaftslage, mögliche Auswirkungen auf die Weltkonjunktur und der Ölpreisverfall setzten die Börsen gleich zu Beginn des neuen Jahres 2016 zunächst unter Druck, bis sich im März wieder erste Beruhigungstendenzen zeigten, die insbesondere auf weitere geldpolitische Lockerungen der Europäischen Zentralbank zurückzuführen waren.

Im Umfeld niedriger Zinsen, volatiler Kapitalmärkte und zunehmender regulatorischer Anforderungen wiesen Bankaktien auch im vergangenen Jahr eine im Durchschnitt rückläufige Kursentwicklung auf. Der Branchenindex **Composite DAX (CDAX) Banken** lag am Ende des Börsenjahres 2015 knapp 8,4 % unter dem Jahresanfangswert. Die Aktie der OLB bewegte sich 2015 an der Börse Hamburg zwischen 17,01 Euro und 20,35 Euro und notierte am Jahresende mit 17,60 Euro 7,4 % unter dem Wert zu Jahresbeginn. Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung wurde die Aktie dort für 14,20 Euro gehandelt (Stand: 18. März 2016).

 siehe Glossar Seite 178

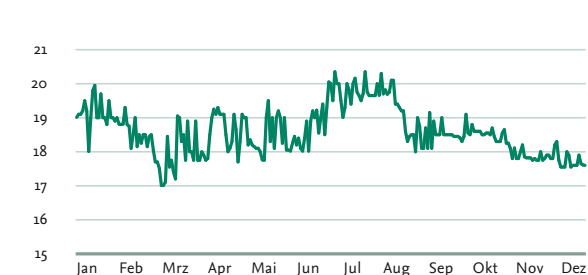
Aktionärsstruktur

in %



Wertentwicklung der OLB-Aktie 2015

in Euro



Aktionärsstruktur

Die Allianz Deutschland AG, München, hält rund 90,2 % der Aktien an der Oldenburgische Landesbank AG (Stand: 31. Dezember 2015). Der verbleibende Anteil wird von privaten Investoren einschließlich Belegschaftsaktionären gehalten.

Die Aktien der Oldenburgische Landesbank AG werden unter der Wertpapierkennnummer (WKN) 808 600 an den Börsen in Berlin, Hamburg und Hannover im regulierten Markt sowie in Düsseldorf und Frankfurt im Freiverkehr gehandelt. Mit 175,7 Tausend Stück lag der Jahresumsatz in OLB-Aktien im Jahr 2015 über dem Niveau des Vorjahres (133,2 Tausend Stück). Der Haupthandelsplatz mit den vergleichsweise höchsten Umsätzen war die Börse in Hamburg, gefolgt von der Börse in Frankfurt. Die Zahl der ausgegebenen Aktien beträgt knapp 23,3 Mio. Stück. Multipliziert mit dem Kurswert der Aktie ergibt sich eine Marktkapitalisierung von gut 330 Mio. Euro (Stand: 18. März 2016).

Als einer der großen deutschen Nebenwerte kommt der Aktie der Oldenburgische Landesbank AG auf regionaler Ebene eine bedeutende Rolle zu. So ist die OLB als einziges Kreditinstitut im Niedersächsischen Aktienindex (NISAX20, WKN: 600 788) vertreten. Der im Mai 2002 aufgelegte Regionalindex enthält die 20 wichtigsten börsennotierten Gesellschaften des Bundeslandes Niedersachsen.

Finanzkalender

2016

Bilanz-Presskonferenz Geschäftsjahr 2015	18. März 2016
Veröffentlichung Finanzbericht 2015 AG & Finanzbericht 2015 Konzern im Internet	30. März 2016
Hauptversammlung (Oldenburg)	11. Mai 2016
Zwischenbericht per 30.06.2016	12. August 2016

Stammdaten

2016

Wertpapierkennnummer (WKN)	808600
International Securities Identification Number (ISIN)	DE0008086000
Aktienart	Inhaberaktien
Stückelung	nennwertlose Stückaktien
Börsennotierung	Berlin, Hamburg und Hannover (regulierter Markt) Düsseldorf und Frankfurt (im Freiverkehr)
Anzahl der Aktien	23.257.143
Marktkapitalisierung per 18.03.2016	330,3 Mio. Euro

Corporate-Governance-Bericht

Eine gute Corporate Governance ist unabdingbar für einen nachhaltigen Unternehmenserfolg. Bedeutende Aspekte guter Corporate Governance sind die vertrauensvolle und effiziente Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat als Bestandteil eines dualen Führungssystems, die Achtung der Interessen der Aktionäre, Fremdkapitalgeber, Kunden, Mitarbeiter und der Öffentlichkeit sowie Offenheit und Transparenz in der Unternehmenskommunikation.

Der Deutsche Corporate Governance Kodex (DCGK) gilt in der Fassung vom 5. Mai 2015. Er stellt die wesentlichen gesetzlichen Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften dar und enthält international und national anerkannte Standards einer guten und verantwortungsvollen Unternehmensführung und -überwachung in Form von Empfehlungen und Anregungen. Er verdeutlicht die Verpflichtung von Vorstand und Aufsichtsrat, im Einklang mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft für den Bestand des Unternehmens und seine nachhaltige Wertschöpfung zu sorgen.

Eine gesetzliche Pflicht zur Befolgung der im Kodex enthaltenen Empfehlungen und Anregungen besteht nicht. Nach § 161 Aktiengesetz (AktG) sind die börsennotierten Gesellschaften jedoch verpflichtet, jährlich im Sinne eines „comply or explain“ eine Entsprechenserklärung zu den Kodex-Empfehlungen abzugeben. Abweichungen von den Kodex-Empfehlungen sind dabei zu erläutern. Im Einzelfall kann eine gut begründete Abweichung von einer Kodexempfehlung durchaus im Interesse einer guten Unternehmensführung liegen. Die von Vorstand und Aufsichtsrat im Dezember 2015 abgegebene Entsprechenserklärung finden Sie in der [Erklärung zur Unternehmensführung](#).

 siehe Seite 019

Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Gemäß dem deutschen Aktienrecht verfügt die Oldenburgische Landesbank AG mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat über eine duale Führungs- und Kontrollstruktur. Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng und vertrauensvoll zusammen.

Neben den gesetzlichen Bestimmungen für die Führung und Kontrolle einer Aktiengesellschaft enthalten die von der Hauptversammlung beschlossene Satzung der Oldenburgische Landesbank AG sowie die Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat Regelungen für die Unternehmensführung und -kontrolle.

Vorstand

Der Vorstand der Oldenburgische Landesbank AG leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung. Er bestimmt die Unternehmensziele, die strategische Ausrichtung und die Geschäftspolitik der Gesellschaft. Ferner hat er für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien (Compliance) sowie für ein angemessenes [Risikomanagement](#) und [Risikocontrolling](#) im Unternehmen zu sorgen.

 siehe Glossar Seite 181

Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat bestellt. Er besteht aus mindestens zwei Mitgliedern; die tatsächliche Zahl der Vorstandsmitglieder sowie eine Zielgröße für den Frauenanteil im Vorstand werden durch den Aufsichtsrat festgelegt. Derzeit besteht der Vorstand aus vier Mitgliedern, darunter eine Frau. Der Vorstand ist gemeinschaftlich für die Leitung der Oldenburgische Landesbank AG verantwortlich. Die Mitglieder des Vorstands unterrichten und verständigen sich gegenseitig über alle Belange des Unternehmens.

Die Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands wird mindestens einmal jährlich einer Bewertung durch den Aufsichtsrat unterzogen. Der Aufsichtsrat bewertet auch die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen der einzelnen Vorstandsmitglieder sowie des Vorstands in seiner Gesamtheit und überprüft die Sachkunde und Zuverlässigkeit der Vorstandsmitglieder.

Der Aufsichtsrat hat ein Mitglied des Vorstands zu dessen Vorsitzenden bestellt. Dieser vertritt den Vorstand gegenüber dem Aufsichtsrat und der Öffentlichkeit. Ihm obliegt des Weiteren die Koordination innerhalb des Vorstands.

Der Vorstand kommt regelmäßig zu Sitzungen zusammen. Diese werden vom Vorstandsvorsitzenden einberufen. Der Gesamtvorstand trifft seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit der an der Beschlussfassung beteiligten Vorstandsmitglieder. Bei Stimmgleichheit hat der Vorstandsvorsitzende das Recht zum Stichentscheid.

Die Arbeit des Vorstands wird durch die Geschäftsordnung des Vorstands, die der Aufsichtsrat erlassen hat, weiter ausgestaltet. In der Geschäftsordnung des Vorstands sind insbesondere auch Limite und Berichtspflichten zur Begrenzung des Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisikos sowie des operativen Risikos enthalten. Ferner enthält die Geschäftsordnung des Vorstands ein Kompetenzgefüge für das Kreditgeschäft und für Treasury-/Eigenbestandslinien.

Ein vom Vorstand aufgestellter Geschäftsverteilungsplan regelt die Ressortzuständigkeiten der Vorstandsmitglieder; hierdurch wird jedoch die gemeinsame Verantwortung aller Mitglieder des Vorstands für die Geschäftsführung nicht berührt. Der Geschäftsverteilungsplan und dessen Änderungen sind dem Aufsichtsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Auf die Einrichtung von Vorstandsausschüssen wurde verzichtet.

Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für die Gesellschaft relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung, der Planung, der Risikolage, des Risikomanagements, der internen Revision und der Compliance. Im Rahmen seiner Berichterstattung geht der Vorstand auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Planungen und Zielen unter Angabe von Gründen ein.

Geschäfte von besonderer Bedeutung sind an die Zustimmung des Aufsichtsrats bzw. seiner Ausschüsse gebunden. Die Zustimmungserfordernisse ergeben sich aus dem Gesetz, der Satzung sowie den Geschäftsordnungen für Vorstand und Aufsichtsrat. Zustimmungspflichtig sind unter anderem die Ausgabe neuer Aktien aus genehmigtem Kapital, der Abschluss von Unternehmensverträgen nach §§ 291 ff. AktG, die Gewährung von Organ- bzw. Mitarbeiterkrediten gemäß § 15 Kreditwesengesetz (KWG), der Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen und Immobilien bei Überschreiten bestimmter Wertgrenzen sowie die Errichtung oder Auflösung von Zweigniederlassungen im Sinne von § 13 HGB.

Jedes Mitglied des Vorstands hat Interessenkonflikte unverzüglich gegenüber dem Vorstand und dem Aufsichtsrat offenzulegen. Alle Geschäfte zwischen Unternehmen des Allianz Konzerns einerseits und Vorstandsmitgliedern sowie ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmungen andererseits haben üblichen Drittkonditionen zu entsprechen. Bei Geschäften zwischen der Oldenburgische Landesbank AG und Vorstandsmitgliedern vertritt der Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss des Aufsichtsrats die Gesellschaft. Wesentliche Geschäfte zwischen der Oldenburgische Landesbank AG und einem Vorstandsmitglied nahestehenden Personen oder Unternehmungen bedürfen der Zustimmung des Präsidial- und Vergütungskontrollausschusses des Aufsichtsrats.

Die personelle Zusammensetzung des Vorstands ist im [Vergütungsbericht](#) dargestellt.

 siehe Seite 022 ff.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG besteht aus zwölf Mitgliedern. Er muss sich zu mindestens 30 % aus Frauen und zu mindestens 30 % aus Männern zusammensetzen (gesetzliche Geschlechterquote gemäß § 96 Abs. 2 Satz 1 Aktiengesetz [AktG]); diese Mindestquoten sind bei erforderlich werdenden Neuwahlen ab dem 1. Januar 2016 zur Besetzung einzelner oder mehrerer Aufsichtsratssitze zu beachten. Gemäß dem deutschen Mitbestimmungsgesetz (MitbestG) besteht der Aufsichtsrat zu gleichen Teilen aus Vertretern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer. Die Vertreter der Anteilseigner werden durch die Hauptversammlung gewählt, die weiteren Mitglieder durch die Arbeitnehmer. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die Dauer der Amtszeit einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet; sie verfolgen bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen. Ehemalige Vorstandsmitglieder der Oldenburgische Landesbank AG sind nicht im Aufsichtsrat vertreten.

Der Aufsichtsrat, der über seinen Vorsitzenden in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand steht, berät und überwacht den Vorstand bei der Leitung der Bank sowie der Einhaltung der einschlägigen bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften. Weiterhin ist er zuständig für die Bestellung und Abberufung der Vorstandsmitglieder, die Überprüfung des Vergütungssystems für den Vorstand und die Festsetzung der Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder. Der Aufsichtsrat prüft den Jahresabschluss der Oldenburgische Landesbank AG und des OLB-Konzerns, den zusammengefassten Lagebericht, den Abhängigkeitsbericht und den Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns. Er erlässt die Geschäftsordnung für den Vorstand und erteilt die Zustimmung zu Geschäften von besonderer Bedeutung, sofern die Zuständigkeit hierfür nicht einem Aufsichtsratsausschuss übertragen wurde.

Der Aufsichtsrat tritt regelmäßig entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zu vier ordentlichen Sitzungen pro Geschäftsjahr zusammen, die durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats einberufen werden. Nach Bedarf werden darüber hinaus außerordentliche Sitzungen abgehalten. Beschlüsse des Aufsichtsrats werden mit einfacher Mehrheit der Stimmen gefasst, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Im Falle der Stimmengleichheit hat in einer erneuten Abstimmung über den Beschlussgegenstand, sofern diese ebenfalls Stimmengleichheit ergibt, der Vorsitzende des Aufsichtsrats zwei Stimmen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat und leitet dessen Sitzungen.

Der Aufsichtsrat nimmt mindestens einmal jährlich eine Bewertung seiner Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung vor. Er bewertet auch die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen seiner Mitglieder sowie des Gremiums in seiner Gesamtheit und überprüft die Sachkunde und Zuverlässigkeit der Aufsichtsratsmitglieder. Darüber hinaus prüft der Aufsichtsrat regelmäßig die Effizienz seiner Tätigkeit. Mögliche Verbesserungsmaßnahmen werden im Plenum diskutiert und gegebenenfalls beschlossen.

Jedes Aufsichtsratsmitglied hat Interessenkonflikte, insbesondere solche, die aufgrund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Dritten entstehen können, gegenüber dem Aufsichtsrat offenzulegen.

Ziele des Aufsichtsrats hinsichtlich seiner Zusammensetzung und Stand der Umsetzung

Gemäß Ziffer 5.4.1 des DCGK sowie in Erfüllung von § 25d Abs. 11 Satz 2 Nr. 2 KWG hat der Aufsichtsrat folgende Ziele für seine Zusammensetzung beschlossen:

Der Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG (OLB) strebt eine Zusammensetzung an, die eine qualifizierte Aufsicht und Beratung der Geschäftsführung der OLB sicherstellt. Es sollen Kandidaten vorgeschlagen werden, die durch ihre Integrität, Leistungsbereitschaft und Persönlichkeit in der Lage sind, die Aufgaben eines Aufsichtsratsmitglieds in der OLB wahrzunehmen. Soweit sich die nachstehenden Anforderungen auf die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat beziehen, ist zu berücksichtigen, dass der Aufsichtsrat auf die Vorschläge zur Wahl der Arbeitnehmervertreter keine Einflussmöglichkeit hat. Auch die Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat werden nicht vom Aufsichtsrat bestimmt, sondern von der Hauptversammlung gewählt; der Aufsichtsrat unterbreitet jedoch der Hauptversammlung Wahlvorschläge.

1. Anforderungen an die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder

- Sachkunde, insbesondere
 - unternehmerische Erfahrung,
 - allgemeines Verständnis des Bankgeschäfts,
 - Fähigkeit zum Verständnis und zur Bewertung von Jahresabschlussunterlagen und Berichten an den Aufsichtsrat,
 - nach Möglichkeit spezielle Fachkenntnisse, die für die Geschäftstätigkeit der Bank von Bedeutung sind.
- Zuverlässigkeit
- Berücksichtigung der in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats festgelegten Regel-Altersgrenze von 70 Jahren und der Regelgrenze für die Zugehörigkeitsdauer von 15 Jahren.
- Einhaltung der vom Gesetz vorgeschriebenen sowie der vom DCGK empfohlenen Begrenzung der Mandatszahl.
- Bereitschaft und Fähigkeit, den für die Ausübung der Aufsichtsrats Tätigkeit zu erwartenden Zeitaufwand aufzubringen.
- Keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern der OLB.

2. Anforderungen an die Zusammensetzung des Gesamtremiums

- Mindestens sechs Mitglieder des Aufsichtsrats, darunter mindestens ein Vertreter der Anteilseigner, sollen unabhängig im Sinne von Ziffer 5.4.2 des DCGK sein. Ein Aufsichtsratsmitglied ist nach Maßgabe dieser Kodex-Empfehlung insbesondere dann nicht als unabhängig anzusehen, wenn es in einer persönlichen oder einer geschäftlichen Beziehung zur OLB, deren Organen, einem kontrollierenden Aktionär oder einem mit diesem verbundenen Unternehmen steht, die einen wesentlichen und nicht nur vorübergehenden Interessenkonflikt begründen kann. Hinsichtlich der Arbeitnehmervertreter wird davon ausgegangen, dass deren Unabhängigkeit durch den bloßen Umstand der Arbeitnehmervertretung und eines Beschäftigungsverhältnisses nicht berührt wird.
- Mindestens ein unabhängiges Mitglied mit Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung im Sinne von § 100 Abs. 5 AktG.
- Mindestens ein Mitglied mit ausgeprägter Erfahrung im Bankgeschäft.
- Nicht mehr als zwei ehemalige Mitglieder des Vorstands der OLB.
- Mindestens 30 % Frauen und mindestens 30 % Männer (ab dem 1. Januar 2016 geltende gesetzliche Geschlechterquote gemäß § 96 Abs. 2 Satz 1 AktG). Der Aufsichtsrat macht sich die gesetzliche Geschlechterquote auch als Zielsetzung zur Förderung der Vertretung des unterrepräsentierten Geschlechts im Sinne von § 25d Abs. 11 Satz 2 Nr. 2 KWG zu eigen.
- Ausgewogene Zusammensetzung dergestalt, dass die gewünschten Fachkenntnisse im Aufsichtsrat möglichst breit vertreten sind.

Die personelle Zusammensetzung des Aufsichtsrats ist in nachstehender Tabelle dargestellt. Die derzeitige Zusammensetzung des Aufsichtsrats entspricht obigem Anforderungsprofil. Die ab dem 1. Januar 2016 geltende gesetzliche Geschlechterquote ist bereits erfüllt, da dem Aufsichtsrat in seiner aktuellen Zusammensetzung (31. Dezember 2015) vier Frauen und acht Männer angehören. Zukünftige Wahlvorschläge des Aufsichtsrats zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern werden die oben genannten Ziele und gesetzlichen Vorgaben berücksichtigen. Der Aufsichtsrat empfiehlt seinen von den Arbeitnehmern gewählten Mitgliedern, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten um eine Berücksichtigung des Anforderungsprofils und der Ziele im Hinblick auf die von den zuständigen Gremien der Arbeitnehmer gemachten Wahlvorschläge zu bemühen.

Mitglieder des Aufsichtsrats (Stand: 31. Dezember 2015) einschließlich Geburtsjahr und Mandatsbeginn:

Name	Geburtsjahr	Mandatsbeginn
Rainer Schwarz (Vorsitzender)	1952	27.05.2010
Uwe Schröder (stv. Vorsitzender)	1955	30.05.2000
Prof. Dr. Werner Brinker	1952	25.05.2004
Prof. Dr. Andreas Georgi	1957	26.09.2000 – 25.05.2004 23.05.2006
Svenja-Marie Gnida	1983	05.06.2013
Dr. Peter Hemeling	1955	01.10.2015
Stefan Lübbe	1963	11.03.2004
Prof. Dr. Petra Pohlmann	1961	05.06.2013
Horst Reglin	1956	27.05.2008
Carl-Ulfert Stegmann	1969	05.06.2013
Gabriele Timpe	1967	05.06.2013
Christine de Vries	1973	05.06.2013

Beschreibung der Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse des Aufsichtsrats

Zur Steigerung der Effizienz des Gremiums hat der Aufsichtsrat folgende Ausschüsse gebildet: einen Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss, einen Risikoausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Nominierungsausschuss und den Vermittlungsausschuss nach § 31 Abs. 3 MitbestG. Die Ausschüsse bereiten die Beschlüsse des Aufsichtsrats und die Arbeit des Aufsichtsratsplenums vor; in geeigneten Fällen wurden ihnen auch Beschlusszuständigkeiten übertragen. Die Zusammensetzung, Verantwortlichkeiten und Aufgaben der Ausschüsse sind in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und der Geschäftsordnung des Vorstands geregelt.

Die Ausschüsse treten je nach Bedarf zu Sitzungen zusammen; sie fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit steht dem Vorsitzenden des Ausschusses das Recht zum Stichentscheid zu; dies gilt nicht für den Vermittlungsausschuss.

Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichten dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse und die dort gefassten Beschlüsse.

Der *Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss* besteht aus sechs Mitgliedern. Ihm gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats und seinem Stellvertreter vier weitere vom Aufsichtsrat zu wählende Mitglieder an, von denen jeweils zwei Mitglieder auf Vorschlag der Arbeitnehmer- und der Anteilseignervertreter gewählt werden. Mindestens ein Mitglied des Präsidial- und Vergütungskontrollausschusses muss über ausreichend Sachverstand und Berufserfahrung im Bereich Risikomanagement und

Risikocontrolling verfügen, insbesondere im Hinblick auf Mechanismen zur Ausrichtung der Vergütungssysteme an der Gesamtrisikobereitschaft und -strategie und an der Eigenmittelausstattung der Oldenburgische Landesbank AG.

Der Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss soll mit dem Risikoausschuss zusammenarbeiten und sich intern beispielsweise durch das Risikocontrolling und extern von Personen beraten lassen, die unabhängig vom Vorstand sind. Vorstandsmitglieder dürfen nicht an Sitzungen des Präsidial- und Vergütungskontrollausschusses teilnehmen, bei denen über ihre eigene Vergütung beraten wird. Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben kann der Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss auf alle Ressourcen zurückgreifen, die er für angemessen hält, und auch externe Berater einschalten. Zu diesem Zweck soll er von der Oldenburgische Landesbank AG angemessene Finanzmittel erhalten. Der Vorsitzende des Ausschusses kann unmittelbar beim Leiter der Internen Revision und bei den Leitern der für die Ausgestaltung der Vergütungssysteme zuständigen Organisationseinheiten Auskünfte einholen. Der Vorstand muss hierüber unterrichtet werden.

Der Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss ist für die Personalangelegenheiten der Vorstandsmitglieder und für sonstige in die Zuständigkeit des Aufsichtsrats fallende Personalangelegenheiten zuständig, soweit diese nicht durch das Gesetz dem Aufsichtsratsplenum zugewiesen sind. Er bereitet die Bestellung von Vorstandsmitgliedern sowie die Entscheidungen des Plenums über das Vergütungssystem und die Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder vor und unterbreitet dem Plenum Beschlussvorschläge. Zudem unterstützt er den Aufsichtsrat bei der Bewertung von Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands und spricht diesbezüglich Empfehlungen gegenüber dem Aufsichtsrat aus. Entsprechendes gilt auch für die Bewertung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung sowohl der einzelnen Vorstandsmitglieder als auch des Vorstands in seiner Gesamtheit sowie für die Überprüfung der Sachkunde und Zuverlässigkeit der Vorstandsmitglieder. Des Weiteren überprüft er die Grundsätze des Vorstands für die Auswahl und Bestellung der Personen der oberen Leitungsebene und gibt diesbezüglich Empfehlungen an den Vorstand ab. Zu seinen Aufgaben gehört ferner die Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme des Vorstands und der Mitarbeiter, und insbesondere der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungen für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion sowie solcher Mitarbeiter, die einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil der Oldenburgische Landesbank AG haben. Er überwacht, ob die internen Kontroll- und alle sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme ordnungsgemäß einbezogen wurden, und bewertet die Auswirkungen der Vergütungssysteme auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement. Zu den Aufgaben des Präsidial- und Vergütungskontrollausschusses zählen darüber hinaus die Zustimmung zur Ernennung von Generalbevollmächtigten, die Zustimmung zu Vorratsbeschlüssen über die Gewährung von Organkrediten an natürliche Personen sowie die Zustimmung zu genehmigungsbedürftigen Mandaten und Nebentätigkeiten von Vorstandsmitgliedern.

Dem *Risikoausschuss* gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats bis zu sechs weitere Aufsichtsratsmitglieder an, von denen jeweils bis zu drei Mitglieder auf Vorschlag der Anteilseigner- und der Arbeitnehmervertreter gewählt werden. Aktuell besteht der Risikoausschuss aus sechs Mitgliedern. Der Vorsitzende des Risikoausschusses kann unmittelbar beim Leiter der Internen Revision, dem Leiter von Compliance und beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Vorstand ist hierüber zu unterrichten. Der Risikoausschuss kann, soweit erforderlich, den Rat externer Sachverständiger einholen; er bestimmt auch Art, Umfang, Format und Häufigkeit der Informationen, anhand derer der Vorstand zum Thema Strategie und Risiko zu berichten hat.

Der Risikoausschuss berät den Aufsichtsrat zur aktuellen und künftigen Gesamtrisikobereitschaft und -strategie der Bank und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der Umsetzung dieser Strategie durch die obere Leitungsebene der OLB. Darüber hinaus befasst sich dieser Ausschuss mit der Risikosituation der Bank und überwacht die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems

sowie besondere Risikoentwicklungen. Der Risikoausschuss überwacht zudem, ob die Konditionen im Kundengeschäft mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur der OLB im Einklang stehen, und unterbreitet gegebenenfalls Vorschläge an den Vorstand, wie die Konditionen im Kundengeschäft in Übereinstimmung mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur gestaltet werden können. Er überprüft, ob die durch das Vergütungssystem gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der Bank sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen berücksichtigen. Ferner erteilt er die Zustimmung zu Krediten, die der Vorstand nicht in eigener Kompetenz entscheiden darf, darunter auch Organkredite an Unternehmen nach § 15 KWG. Schließlich erteilt der Risikoausschuss die Zustimmung zu Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen und Immobilien, sofern bestimmte Wertgrenzen überschritten werden, sowie zur Gründung von Tochtergesellschaften mit Ausnahme reiner Vermögensverwaltungsgesellschaften.

Der *Prüfungsausschuss* besteht aus dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie bis zu vier weiteren vom Aufsichtsrat zu wählenden Mitgliedern, von denen jeweils bis zu zwei Mitglieder auf Vorschlag der Anteilseigner- und der Arbeitnehmervertreter gewählt werden. Aktuell gehören ihm fünf Mitglieder an. Der Aufsichtsratsvorsitzende soll nicht den Vorsitz im Prüfungsausschuss innehaben. Der Vorsitzende des Ausschusses muss über Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Sofern der Vorsitzende nicht als unabhängig im Sinne der §§ 100 Abs. 5, 107 Abs. 4 AktG anzusehen ist, muss dem Prüfungsausschuss noch mindestens ein unabhängiges Mitglied mit Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung angehören. Der Aufsichtsrat hat festgestellt, dass Herr Prof. Dr. Andreas Georgi als Vorsitzender des Prüfungsausschusses unabhängig ist und den erforderlichen Sachverstand besitzt. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann unmittelbar beim Leiter der Internen Revision, beim Leiter von Compliance und beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Vorstand ist hierüber zu unterrichten.

Der Prüfungsausschuss hat die Aufgabe, den Jahres- und Konzernabschluss, die Lage- und Prüfungsberichte, den Gewinnverwendungsvorschlag sowie den Abhängigkeitsbericht vorab zu prüfen; er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsratsplenums über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Billigung des Konzernabschlusses sowie des Abhängigkeitsberichts vor. Er überwacht den Rechnungslegungsprozess und die Wirksamkeit des internen Kontroll-, des internen Revisions- sowie Compliance-Systems und befasst sich darüber hinaus auch mit den Tätigkeitsschwerpunkten der beiden letztgenannten Bereiche. Die Entscheidung des Aufsichtsrats über den Vorschlag an die Hauptversammlung zur Bestellung des Abschlussprüfers stützt sich auf eine Empfehlung des Prüfungsausschusses. Der Ausschuss überwacht die Durchführung der Abschlussprüfung, insbesondere hinsichtlich der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der vom Abschlussprüfer erbrachten Leistungen, sowie die zügige Behebung der vom Prüfer festgestellten Mängel durch den Vorstand. Er erteilt den Prüfungsauftrag und befasst sich in diesem Zusammenhang mit den Prüfungsschwerpunkten und dem Honorar des Abschlussprüfers. Zudem erörtert er den Halbjahresfinanzbericht vor seiner Veröffentlichung mit dem Vorstand. Schließlich ist der Prüfungsausschuss auch zuständig für die Vorbereitung der jährlichen Entsprechenserklärung des Aufsichtsrats gemäß § 161 AktG und der Effizienzprüfung der Aufsichtsrats-tätigkeit sowie für die Genehmigung des Investitionsplans.

Dem *Nominierungsausschuss* gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats zwei weitere Vertreter der Anteilseigner an. Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben kann der Nominierungsausschuss auf alle Ressourcen zurückgreifen, die er für angemessen hält, und auch externe Berater einschalten. Zu diesem Zweck soll er angemessene Finanzmittel erhalten. Aufgabe dieses Ausschusses ist es, geeignete Kandidaten bei der Vorbereitung von Wahlvorschlägen für die Wahl von Anteilseignervertretern in den Aufsichtsrat zu ermitteln und dabei unter anderem auf die Ausgewogenheit und Unterschiedlichkeit der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen aller Mitglieder des Aufsichtsrats zu achten.

Der Nominierungsausschuss erarbeitet eine Zielsetzung zur Förderung der Vertretung des unterrepräsentierten Geschlechts im Aufsichtsrat sowie eine Strategie zu deren Erreichung. Er bereitet die Bewertung von Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Aufsichtsrats vor und gibt diesbezügliche Empfehlungen gegenüber dem Aufsichtsrat ab. Entsprechendes gilt für die Bewertung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen sowohl der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder als auch des Aufsichtsrats in seiner Gesamtheit sowie für die Überprüfung der Sachkunde und Zuverlässigkeit der Aufsichtsratsmitglieder.

Der gemäß § 27 Abs. 3 MitbestG zu bildende *Vermittlungsausschuss* hat entsprechend den gesetzlichen Vorgaben vier Mitglieder. Ihm gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie seinem Stellvertreter je ein von den Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und von den Aufsichtsratsmitgliedern der Arbeitnehmer gewähltes Mitglied an. Der Vermittlungsausschuss unterbreitet dem Aufsichtsratsplenium Vorschläge für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern, wenn die für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern vorgeschriebene Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Aufsichtsratsmitglieder im ersten Wahlgang nicht erreicht wird.

Die Aufsichtsratsausschüsse setzen sich personell wie folgt zusammen:

Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss

- Rainer Schwarz, Vorsitzender
- Prof. Dr. Andreas Georgi
- Dr. Peter Hemeling
- Stefan Lübbe
- Uwe Schröder
- Christine de Vries

Risikoausschuss

- Prof. Dr. Andreas Georgi, Vorsitzender
- Svenja-Marie Gnida
- Stefan Lübbe
- Uwe Schröder
- Rainer Schwarz
- Carl-Ulfert Stegmann

Prüfungsausschuss

- Prof. Dr. Andreas Georgi, Vorsitzender
- Stefan Lübbe
- Prof. Dr. Petra Pohlmann
- Rainer Schwarz
- Christine de Vries

Nominierungsausschuss

- Rainer Schwarz, Vorsitzender
- Prof. Dr. Werner Brinker
- Dr. Peter Hemeling

Vermittlungsausschuss

(§ 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz (MitbestG))

- Rainer Schwarz, Vorsitzender
- Prof. Dr. Andreas Georgi
- Uwe Schröder
- Gaby Timpe

Einzelheiten zu den im Geschäftsjahr 2015 abgehaltenen Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie den behandelten Themen enthält der [Bericht des Aufsichtsrats](#).

 siehe Seite 032 ff.

Hauptversammlung

In der Hauptversammlung nehmen die Aktionäre ihre Rechte wahr und üben ihr Stimmrecht aus. Bei der Beschlussfassung gewährt jede Aktie eine Stimme. Um die Stimmrechtsausübung zu erleichtern, bietet die Oldenburgische Landesbank AG ihren Aktionären an, sich in der Hauptversammlung durch von der Gesellschaft benannte Stimmrechtsvertreter vertreten zu lassen, die das Stimmrecht ausschließlich auf der Grundlage der vom Aktionär erteilten Weisungen ausüben. Die Teilnahme an der Hauptversammlung oder die Ausübung des Stimmrechts setzt die rechtzeitige Anmeldung des Aktionärs zur Hauptversammlung und den Nachweis seiner Berechtigung voraus.

In der jährlich stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung legen Vorstand und Aufsichtsrat Rechenschaft über das abgelaufene Geschäftsjahr ab. Die Hauptversammlung hat die ihr nach dem Gesetz eingeräumten Rechte. Sie beschließt unter anderem über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, die Verwendung des Bilanzgewinns, Satzungsänderungen und kapitalverändernde Maßnahmen. Ferner wählt sie die Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat. Einzelheiten über die Tagesordnung und die Stimmrechtsausübung werden den Aktionären mit der Einladung mitgeteilt. Die für die Hauptversammlung notwendigen Berichte und Unterlagen werden zusammen mit der Tagesordnung auf der OLB-Internetseite (www.olb.de) veröffentlicht.

Transparenz und Information

Anteilseigner und Dritte werden zeitnah über die wirtschaftliche Entwicklung durch die Veröffentlichung von Abschlüssen und Zwischenabschlüssen informiert. Bei der Erstellung der Abschlüsse werden die nach nationalen Vorschriften vorgeschriebenen Rechnungslegungsprinzipien berücksichtigt. Darüber hinaus werden Tatsachen, die dazu geeignet sind, den Aktienkurs erheblich zu beeinflussen, als Ad-hoc-Meldung publiziert und es wird über weitere relevante Informationen berichtet. Alle Daten werden über geeignete Kommunikationsmedien veröffentlicht und stehen auf der Internetseite der Gesellschaft bereit (www.olb.de).

 siehe Seite 009

Die Oldenburgische Landesbank AG informiert in einem **Finanzkalender**, der auf der Internetseite der Oldenburgische Landesbank AG im Bereich Investor Relations sowie im Geschäftsbericht veröffentlicht ist, über die Termine der wesentlichen Ereignisse und Veröffentlichungen (wie Hauptversammlung, Veröffentlichung des Geschäftsberichts).

Meldepflichtige Wertpapiergeschäfte („Directors’ Dealings“)

Nach den Regelungen des § 15a Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) zur Veröffentlichung und Mitteilung von Geschäften müssen Personen, die bei einem Emittenten von Aktien Führungsaufgaben wahrnehmen, eigene Geschäfte mit Aktien des Emittenten oder mit sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten, insbesondere Derivaten, dem Emittenten und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mitteilen, sofern der Wert der getätigten Erwerbs- oder Veräußerungsgeschäfte 5.000 Euro innerhalb eines Kalenderjahres erreicht oder übersteigt. Diese Verpflichtung gilt für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sowie für sonstige Personen, die regelmäßig Zugang zu Insiderinformationen haben und zu wesentlichen unternehmerischen Entscheidungen ermächtigt sind. Daneben besteht diese Pflicht auch für Personen, die mit Personen mit Führungsaufgaben in einer engen Beziehung stehen.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden der Oldenburgische Landesbank AG keine meldepflichtigen Wertpapiergeschäfte gemäß § 15a WpHG gemeldet.

Anteilsbesitz von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder an Aktien der Oldenburgische Landesbank AG betrug zum 31. Dezember 2015 weniger als 1 % der ausgegebenen Aktien der Gesellschaft.

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a Absatz 1 und 2 HGB

Entsprechenserklärung zum DCGK

§ 161 AktG verpflichtet Vorstand und Aufsichtsrat börsennotierter Gesellschaften, jährlich eine Entsprechenserklärung zu den im DCGK enthaltenen Empfehlungen abzugeben. Abweichungen von den Empfehlungen sind im Sinne eines „comply or explain“ offenzulegen und zu begründen.

Vorstand und Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG haben im Dezember 2015 die turnusmäßige Entsprechenserklärung zum DCGK abgegeben. Danach hat die Gesellschaft sämtlichen Empfehlungen des DCGK seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung entsprochen und wird diesen auch künftig entsprechen. Die Entsprechenserklärung vom Dezember 2015 hat folgenden Wortlaut:

„Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats der Oldenburgische Landesbank AG zu den Empfehlungen der ‚Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex‘ gemäß § 161 AktG

1. Die Oldenburgische Landesbank AG entspricht sämtlichen vom Bundesministerium der Justiz im Amtlichen Teil des Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der ‚Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex‘ in der Fassung vom 5. Mai 2015 und wird ihnen auch künftig entsprechen.
2. Seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung vom Dezember 2014 hat die Oldenburgische Landesbank AG sämtlichen Empfehlungen der ‚Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex‘ in der Fassung vom 24. Juni 2014 entsprochen.

Oldenburg, im Dezember 2015
Oldenburgische Landesbank AG

Für den Vorstand:
gez. Patrick Tessmann
gez. Karin Katerbau

Für den Aufsichtsrat:
gez. Rainer Schwarz“

Diese Entsprechenserklärung sowie die Entsprechenserklärungen der vergangenen Jahre sind auf der Internetseite der Oldenburgische Landesbank AG (www.olb.de) im Bereich Investor Relations in der Rubrik Corporate Governance dauerhaft öffentlich zugänglich gemacht.

Die Oldenburgische Landesbank AG beachtete im Geschäftsjahr 2015 zudem weitgehend die unverbindlichen Anregungen des DCGK.

Angaben zu Unternehmensführungspraktiken

Die Oldenburgische Landesbank AG lebt vom Vertrauen ihrer Kunden, Aktionäre, Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in die Leistung und Integrität des Unternehmens. Dieses Vertrauen hängt wesentlich davon ab, wie sich Mitarbeiter, Führungskräfte und Geschäftsführung verhalten und wie sie ihre Fähigkeiten zum Nutzen der Kunden, Aktionäre und des Unternehmens einsetzen.

Die Oldenburgische Landesbank AG ist eine Gesellschaft der Allianz Gruppe. Die Allianz unterstützt mit eigenen Initiativen das UN Global Compact Programm und erkennt die Richtlinie der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) für multinationale Unternehmen an. Dadurch soll Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Verantwortung in das Geschäft integriert werden. UN Global Compact ist eine Initiative des seinerzeitigen Generalsekretärs der United Nations (UN), Kofi Annan, und internationaler Großunternehmen zur Anerkennung der Menschenrechte.

Die vom Vorstand der Bank für alle Mitarbeiter, Führungskräfte und Mitglieder des Vorstands der OLB festgelegten Verhaltensgrundsätze setzen diese Prinzipien um und bilden Mindeststandards für alle Mitarbeiter. Hierdurch sollen den Mitarbeitern Leitlinien gegeben werden, die ihr tägliches Denken und Handeln bestimmen. Neben den Themenbereichen Korruption, Geldwäsche und Diskriminierung gehen die Verhaltensgrundsätze vor allem auch auf mögliche Interessenkonflikte und deren Vermeidung ein.

Der Verhaltenskodex der Oldenburgische Landesbank AG ist auf der Internetseite der Gesellschaft im Bereich „Investor Relations“ veröffentlicht und orientiert sich am Verhaltenskodex für Business Ethik und Compliance der Allianz Gruppe.

Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der Zusammensetzung und Arbeitsweise ihrer Ausschüsse

 siehe Seiten 010 ff.

Die Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat ist im [Corporate-Governance-Bericht](#) beschrieben.

 siehe Seiten 022 ff.

Die personelle Zusammensetzung des Vorstands ist im [Vergütungsbericht](#) dargestellt. Die personelle Zusammensetzung des Aufsichtsrats findet sich im Corporate-Governance-Bericht.

 siehe Seiten 014 ff.

Die Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse des Aufsichtsrats wird im [Corporate-Governance-Bericht](#) beschrieben. Der Vorstand hat auf die Einrichtung von Vorstandsausschüssen verzichtet.

Zielgrößen für den Frauenanteil im Vorstand und in den beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands

In Umsetzung des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst hat die OLB nachstehende Zielgrößen für den Frauenanteil im Vorstand und in den beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands festgelegt. Als Frist für die Erreichung aller Zielgrößen wurde einheitlich der 30. Juni 2017 festgesetzt. Eine Zielgröße für den Frauenanteil im Aufsichtsrat musste gemäß § 111 Absatz 5 Satz 5 AktG nicht festgelegt werden, weil für den Aufsichtsrat ab dem 1. Januar 2016 die gesetzliche Geschlechterquote gemäß § 96 Absatz 2 Satz 1 AktG gilt.

- Die Zielgröße für den Frauenanteil im Vorstand beträgt 25 % (Stand zum 31. Dezember 2015: 25 %). Da von Gesetzes wegen keine längere Umsetzungsfrist als bis zum 30. Juni 2017 festgelegt werden konnte und aktuell mit keinen Veränderungen zu rechnen ist, orientiert sich der Zielwert am Status quo.
- Die Zielgröße für den Frauenanteil in der ersten Führungsebene unterhalb des Vorstands beträgt 20 % (Stand zum 31. Dezember 2015: 14 %).
- Die Zielgröße für den Frauenanteil in der zweiten Führungsebene unterhalb des Vorstands beträgt 20 % (Stand zum 31. Dezember 2015: 13 %).

Der Bank geht es dabei nicht allein um die Erfüllung gesetzlicher Vorgaben, denn die OLB kann unternehmerisch langfristig nur erfolgreich sein, wenn Frauen gleichberechtigt gefördert und leistungsbezogen in Führungspositionen eingesetzt werden. Die Oldenburgische Landesbank AG hat sich schon frühzeitig zur Förderung der Vielfalt im Unternehmen verpflichtet. Es wurden bereits entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen, Personal-Prozesse danach ausgerichtet und verschiedene Maßnahmen ergriffen. Neben Angeboten zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf reichen diese von Personalförderprogrammen über gezielte Vorbereitungen auf künftige Aufgaben bis hin zum Mentoring für angehende Führungskräfte, in denen die Teilnehmer vom Erfahrungsschatz langjähriger (auch weiblicher) Führungskräfte profitieren können.

Gesetzliche Geschlechterquote für den Aufsichtsrat

Gemäß § 96 Absatz 2 Satz 1 AktG muss sich der Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG ab dem 1. Januar 2016 zu mindestens 30 % aus Frauen und zu mindestens 30 % aus Männern zusammensetzen. Diese gesetzliche Geschlechterquote wurde bereits im Geschäftsjahr 2015 erfüllt, da dem Aufsichtsrat seit seiner letzten Konstituierung im Mai 2013 vier Frauen und acht Männer angehören.

Vergütungsbericht 2015

Der Vergütungsbericht fasst die Struktur, die Prinzipien und die Höhe der Vergütung des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG zusammen. Zudem legt er Zusammensetzung und Höhe der Vergütung des Aufsichtsrats dar. In diesem Vergütungsbericht wird außerdem die Ausgestaltung der Vergütungssysteme der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Oldenburgische Landesbank AG beschrieben und der Gesamtbetrag aller Vergütungen veröffentlicht.

Die diesbezüglichen Informationen sind als Bestandteil des Konzernlageberichts zu verstehen. Sie werden daher nicht im Konzernanhang wiederholt.

Vergütung des Vorstands

Die Konzeption der Vorstandsvergütung zielt auf Angemessenheit, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Ihre Struktur wird im Aufsichtsrat beraten und regelmäßig überprüft. Dies ist zuletzt im Dezember 2015 erfolgt.

Für die Vorstandsvergütung sind folgende Vergütungsgrundsätze maßgeblich:

- Die Gesamtvergütung ist in ihrer Höhe angemessen, um hoch qualifizierte Führungskräfte zu gewinnen und langfristig an das Unternehmen zu binden.
- Die Vergütungsstruktur gewährleistet eine ausgewogene Balance zwischen kurz- und langfristigen Vergütungsbestandteilen.
- Das Anreizsystem ist wirksam ausgestaltet, auch bei einem sich gegebenenfalls ändernden Geschäftsumfeld.
- Die erfolgs- und leistungsbezogenen variablen Vergütungselemente stehen im Einklang mit den strategischen und finanziellen Interessen der Oldenburgische Landesbank AG. Sie sind so ausgestaltet, dass keine Anreize geschaffen werden, unverhältnismäßig hohe Risiken einzugehen.
- Die Gesamtvergütung richtet sich nach den jeweiligen Aufgaben- und Verantwortungsbereichen sowie den erbrachten Leistungen der einzelnen Vorstandsmitglieder.
- Das Vergütungssystem unterstützt die Ziele des Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagements und wirkt auf eine strukturell konservative Risikopolitik im Unternehmen hin.

Das geltende Vergütungssystem für den Vorstand besteht aus den folgenden Komponenten:

Erfolgsunabhängige Vergütung

Die erfolgsunabhängige Vergütung enthält fixe Bezüge und sonstige Vergütungsbestandteile:

- a) *Fixe Bezüge.* Die Grundvergütung ist ein fester Betrag, bestehend aus zwölf monatlichen Zahlungen. Ihre Höhe wird zum einen von der übertragenen Funktion und Verantwortung bestimmt, zum anderen von den externen Marktbedingungen beeinflusst.
- b) *Sonstige Vergütungsbestandteile.* Geldwerte Vorteile aus Sach- und Nebenleistungen werden je nach Funktion und Position in unterschiedlichem Umfang gewährt und müssen individuell versteuert werden. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um marktübliche Versicherungsleistungen, die Bereitstellung von Dienstwagen sowie Aufwandsersatz für Kosten der doppelten Haushaltsführung.

Erfolgsabhängige Vergütung

Die erfolgsabhängige Vergütung besteht aus zwei Komponenten und gewährleistet eine angemessene Balance zwischen kurzfristigen finanziellen Zielen, längerfristigem Erfolg und nachhaltiger Unternehmenswertsteigerung. Alle Bestandteile der erfolgsabhängigen Vergütung sind in einem im Allianz Konzern geltenden Modell, dem **Allianz Sustained Performance Plan (ASPP)**, beschrieben. Zur Festlegung der erfolgsabhängigen Vergütung trifft der Aufsichtsrat jährlich eine Zielvereinbarung mit den einzelnen Mitgliedern des Vorstands, in der unternehmensbezogene und individuelle Ziele festgelegt werden. Der Aufsichtsrat kann in der Bewertung der Zielerfüllung die erfolgsabhängige Vergütung in der Bandbreite von 0 % bis maximal 150 % der jeweiligen Zielvergütung festsetzen. Sie darf jedoch 100 % der fixen Vergütung nicht überschreiten.

 siehe Glossar Seite 178

Die erfolgsabhängige Vergütung setzt sich für alle Vorstandsmitglieder aus den folgenden Bestandteilen zusammen:

- a) *Jahresbonus.* Die Mitglieder des Vorstands erhalten in Abhängigkeit vom Erfüllungsgrad einer persönlichen Zielvereinbarung einen Jahresbonus. Die Ziele werden vor Beginn des Performance-Zeitraums definiert. In welchem Ausmaß diese Ziele erreicht wurden, wird nach Ablauf der jährlichen Leistungsperiode ermittelt und ist für die Höhe des zu zahlenden Jahresbonus ausschlaggebend.
- b) *Aktienbezogene Vergütung.* Die Vorstandsmitglieder nehmen ferner am gruppenweiten Allianz Programm der aktienbezogenen Vergütung (**Allianz Equity Incentive = AEI**) teil. Aktienbezogene Vergütung wird in Form von virtuellen Aktien, den sogenannten **Restricted Stock Units (RSU)**, gewährt. Die Zuteilung erfolgt nach Ablauf des Geschäftsjahres im Zusammenhang mit der Festlegung des Jahresbonus. Die Anzahl der RSU ergibt sich dabei aus der Höhe des Jahresbonus für das abgelaufene Geschäftsjahr, geteilt durch den berechneten Marktwert eines RSU zum Zeitpunkt der Zuteilung. Für die RSU besteht eine Haltefrist von vier Jahren ab Zuteilung. Nach Ablauf dieser Frist werden sie automatisch gemäß den Planbedingungen durch die Gesellschaft ausgeübt. Pro RSU erhalten die Vorstandsmitglieder den Gegenwert einer Aktie der Allianz SE zu dem nach den Planbedingungen maßgeblichen Ausübungskurs. Der entsprechende Betrag wird in bar oder in Aktien der Allianz SE ausgezahlt. Der mögliche Wertzuwachs der RSU kann maximal 200 % des Aktienkurses bei Zuteilung betragen. 50 % der RSU unterliegen zusätzlichen Nachhaltigkeitskriterien. Der Aufsichtsrat kann bei Eintritt bestimmter, schwerwiegender Ereignisse bis zu 50 % der zugeteilten RSU bis zur jeweiligen Ausübung verfallen lassen.

 siehe Glossar Seite 178 und 180

Für nähere Angaben zu den RSU verweist die Bank auf die Ausführungen im Anhang des Konzernabschlusses des OLB-Konzerns.

Der Aufsichtsrat hat Höchstgrenzen für die Vorstandsvergütung insgesamt sowie hinsichtlich ihrer variablen Vergütungsbestandteile festgelegt. Ferner hat er Festlegungen zu dem angestrebten Versorgungsniveau für die einzelnen Vorstandsmitglieder getroffen.

Betriebliche Altersvorsorge

Die amtierenden Mitglieder des Vorstands erhalten im Rahmen ihres Dienstvertrags eine betriebliche Altersvorsorge in Form einer beitragsorientierten Regelung.

Individualisierte Vorstandsvergütung 2015

Einzelheiten der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2015 in individualisierter Form ergeben sich aus den nachfolgenden Tabellen.

Vergütung der Mitglieder des Vorstands

Nachfolgend wird die Vorstandsvergütung in der Berichtsform gemäß nationalem und internationalem Handelsrecht dargestellt und weitergeführt:

Tsd. Euro		Erfolgsunabhängige Vergütungsbestandteile		Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile		Gesamt
		Fixe Bezüge	Sonstige Vergütungsbestandteile	Jahresbonus (kurzfristig)	Aktienbezogene Vergütung (langfristig)	
	2015	465,0	99,8	164,9	164,9	894,6
Patrick Tessmann	2014	77,5	1,2	25,9	25,9	130,5
	2015	360,0	10,9	124,6	124,6	620,1
Dr. Thomas Bretzger	2014	360,0	43,6	135,5	135,5	674,6
	2015	360,0	17,3	126,6	126,6	630,5
Karin Katerbau	2014	360,0	15,2	136,0	136,0	647,2
	2015	360,0	15,1	126,3	126,3	627,7
Hilger Koenig	2014	360,0	11,5	134,5	134,5	640,5
	2015	—	—	—	—	—
Dr. Achim Kassow (bis 31.12.2014)	2014	625,0	33,9	249,2	249,2	1.157,3
	2015	—	—	—	—	—
Jörg Höhling (bis 31.12.2014)	2014	360,0	11,7	141,4	141,4	654,5
	2015	1.545,0	143,1	542,4	542,4	2.772,9
Gesamtvergütung	2014	2.142,5	117,1	822,5	822,5	3.904,6

Ergänzend werden nachfolgend die Vergütungstabellen gemäß Empfehlung des DCGK dargestellt.

Vergütungstabelle gemäß Empfehlung des DCGK – Darstellung gewährter Zuwendungen:

Gewährte Zuwendungen	Patrick Tessmann Vorstandsvorsitzender (seit 01.01.2015)				Dr. Thomas Bretzger Vorstand				Karin Katerbau Vorstand			
	2014	2015	2015 (Min)	2015 (Max)	2014	2015	2015 (Min)	2015 (Max)	2014	2015	2015 (Min)	2015 (Max)
Tsd. Euro												
Festvergütung	77,5	465,0	465,0	465,0	360,0	360,0	360,0	360,0	360,0	360,0	360,0	360,0
Nebenleistungen	1,2	99,8	99,8	99,8	43,6	10,9	10,9	10,9	15,2	17,3	17,3	17,3
Summe	78,7	564,8	564,8	564,8	403,6	370,9	370,9	370,9	375,2	377,3	377,3	377,3
Einjährige variable Vergütung	25,8	155,0	—	232,5	119,0	119,0	—	178,5	119,0	119,0	—	178,5
Mehrfürige variable Vergütung	25,9	164,9	—	232,5	135,5	124,6	—	178,5	136,0	126,6	—	178,5
RSU 2015 (Laufzeit 4 Jahre)	25,9	—	—	—	135,5	—	—	—	136,0	—	—	—
RSU 2016 (Laufzeit 4 Jahre)	—	164,9	—	232,5	—	124,6	—	178,5	—	126,6	—	178,5
Summe	51,7	319,9	—	465,0	254,5	243,6	—	357,0	255,0	245,6	—	357,0
Versorgungsaufwand	37,0	161,8	161,8	161,8	133,3	125,3	125,3	125,3	130,5	125,2	125,2	125,2
Gesamtvergütung	167,4	1.046,5	726,6	1.191,6	791,4	739,8	496,2	853,2	760,7	748,1	502,5	859,5

Gewährte Zuwendungen	Hilger Koenig Vorstand				Dr. Achim Kassow Vorstandsvorsitzender (bis 31.12.2014)				Jörg Höhling Vorstand (bis 31.12.2014)			
	2014	2015	2015 (Min)	2015 (Max)	2014	2015	2015 (Min)	2015 (Max)	2014	2015	2015 (Min)	2015 (Max)
Tsd. Euro												
Festvergütung	360,0	360,0	360,0	360,0	625,0	—	—	—	360,0	—	—	—
Nebenleistungen	11,5	15,1	15,1	15,1	33,9	—	—	—	11,7	—	—	—
Summe	371,5	375,1	375,1	375,1	658,9	—	—	—	371,7	—	—	—
Einjährige variable Vergütung	119,0	119,0	—	178,5	208,0	—	—	—	119,0	—	—	—
Mehrfürige variable Vergütung	134,5	126,3	—	178,5	249,2	—	—	—	141,4	—	—	—
RSU 2015 (Laufzeit 4 Jahre)	134,5	—	—	—	249,2	—	—	—	141,4	—	—	—
RSU 2016 (Laufzeit 4 Jahre)	—	126,3	—	178,5	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe	253,5	245,3	—	357,0	457,2	—	—	—	260,4	—	—	—
Versorgungsaufwand	141,2	140,6	140,6	140,6	233,9	—	—	—	133,1	—	—	—
Gesamtvergütung	766,2	761,0	515,7	872,7	1.350,0	—	—	—	765,2	—	—	—

Vergütungstabelle gemäß Empfehlung des DCGK – Darstellung nach Zuflussprinzip:

Zufluss	Patrick Tessmann Vorstands- vorsitzender (seit 01.01.2015)		Dr. Thomas Bretzger Vorstand		Karin Katerbau Vorstand	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Tsd. Euro						
Festvergütung	465,0	77,5	360,0	360,0	360,0	360,0
Nebenleistungen	99,8	1,2	10,9	43,6	17,3	15,2
Summe	564,8	78,7	370,9	403,6	377,3	375,2
Einjährige variable Vergütung	164,9	25,9	124,6	135,5	126,6	136,0
Mehrjährige variable Vergütung	—	—	—	—	—	—
Sonstiges	—	—	—	—	—	—
Summe	164,9	25,9	124,6	135,5	126,6	136,0
Versorgungsaufwand	161,8	37,0	125,3	133,3	125,2	130,5
Gesamtvergütung	891,5	141,6	620,8	672,4	629,1	641,7

Zufluss	Hilger Koenig Vorstand		Dr. Achim Kassow Vorstands- vorsitzender (bis 31.12.2014)		Jörg Höhling Vorstand (bis 31.12.2014)	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Tsd. Euro						
Festvergütung	360,0	360,0	—	625,0	—	360,0
Nebenleistungen	15,1	11,5	—	33,9	—	11,7
Summe	375,1	371,5	—	658,9	—	371,7
Einjährige variable Vergütung	126,3	134,5	—	249,2	—	141,4
Mehrjährige variable Vergütung	—	—	—	—	—	—
Sonstiges	—	—	—	—	—	—
Summe	126,3	134,5	—	249,2	—	141,4
Versorgungsaufwand	140,6	141,2	—	233,9	—	133,1
Gesamtvergütung	642,0	647,2	—	1.142,0	—	646,2

Zum 31. Dezember 2015 betrug die Anzahl der von den aktiven Mitgliedern des Vorstands gehaltenen aktienbezogenen Rechte insgesamt 20.992 Stück RSU. Zur Wertentwicklung der RSU verweist die Bank auf die Anhangangabe (45) zur aktienbezogenen Vergütung.

Die Gesamtvergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2015 betrug 2,8 Mio. Euro (Vorjahr: 3,9 Mio. Euro).

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Vorstands stellt sich per 31. Dezember 2015 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionskrediten beträgt insgesamt 90,4 Tsd. Euro (Vorjahr: 140,4 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2015 mit 18,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 8,1 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden.

Die Zinssätze liegen jeweils bei 4,68%. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich.

Kreditkartenlimite in Höhe von 60,2 Tsd. Euro (Vorjahr: 90,2 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 7,7 Tsd. Euro (Vorjahr: 0,9 Tsd. Euro) ausgenutzt.

Weiterhin bestanden Darlehenszusagen in Höhe von 446,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 486,6 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2015 mit 366,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 486,6 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 1,43% und 1,67%. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich.

Am 31. Dezember 2015 betrug der auf Basis der IFRS ermittelte versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen für die im Geschäftsjahr 2015 aktiven Vorstandsmitglieder 1.801,8 Tsd. Euro (Vorjahr: 3.004,8 Tsd. Euro). Davon entfielen auf Herrn Tessmann 189,1 Tsd. Euro, Herrn Dr. Bretzger 408,7 Tsd. Euro, Frau Katerbau 428,0 Tsd. Euro und Herrn Koenig 776,0 Tsd. Euro.

 siehe Glossar Seite 179

An frühere Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene wurden Ruhegehälter in Höhe von insgesamt 0,9 Mio. Euro gezahlt. Der versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen auf IFRS-Basis für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene betrug 19,6 Mio. Euro (Vorjahr: 20,5 Mio. Euro). Der Erfüllungsbetrag für diesen Personenkreis gemäß HGB belief sich auf 16,4 Mio. Euro (Vorjahr: 15,6 Mio. Euro).

In der nachfolgenden Darstellung finden sich die Aufwendungen für die Altersversorgung und die Pensionsrückstellungen, bzw. -verpflichtungen nach HGB und IFRS der in den Geschäftsjahren 2014 und 2015 aktiven Mitglieder des Vorstands:

Tsd. Euro		HGB		IFRS	
		Versorgungsaufwand	Pensionsrückstellung	Current Service Cost	Pensionsverpflichtung
	2015	155,7	185,8	161,8	189,1
Patrick Tessmann	2014	31,6	31,6	37,0	37,0
	2015	121,5	380,7	125,3	408,7
Dr. Thomas Bretzger	2014	127,7	251,9	133,3	296,0
	2015	121,0	395,2	125,2	428,0
Karin Katerbau	2014	124,5	266,3	130,5	317,6
	2015	158,5	583,5	140,6	776,0
Hilger Koenig	2014	114,4	185,8	141,2	678,7
	2015	—	—	—	—
Dr. Achim Kassow (bis 31.12.2014)	2014	224,0	637,1	233,9	782,9
	2015	—	—	—	—
Jörg Höhling (bis 31.12.2014)	2014	130,5	676,1	133,1	892,6
	2015	556,7	1.545,2	552,9	1.801,8
Summe	2014	752,7	2.048,8	809,0	3.004,8

Vergütungssysteme für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Oldenburgische Landesbank AG

Vergütungssystem

Fixe Vergütung

Das Vergütungssystem der Oldenburgische Landesbank AG sieht prinzipiell die Zahlung von zwölf Bruttomonatsgehältern vor. Die Auszahlung erfolgt jeweils zur Mitte des Monats.

Sofern für das Vertragsverhältnis die Bestimmungen des Tarifvertrags für das private Bankgewerbe zur Anwendung kommen, bemisst sich das Bruttomonatsgehalt nach den Tarifgruppen gemäß jeweils aktuell geltendem Tarifvertrag. Tariflich vergütete Mitarbeiter haben zudem generell Anspruch auf eine tariflich garantierte Sonderzahlung in Höhe eines Bruttomonatsgehalts (sogenanntes 13. Bruttomonatsgehalt), die in der Regel im November eines Jahres zur Auszahlung kommt. Für diese Sonderzahlung gelten allgemeine Bedingungen, die zeitnah vor der Auszahlung veröffentlicht werden.

Mitarbeiter im außertariflichen Bereich erhalten ein individuell nach Maßgabe des übernommenen Aufgaben- und Verantwortungsbereichs vereinbartes monatliches Grundgehalt.

Weitere Gehaltsbestandteile sind in der Regel:

- Vermögenswirksame Leistungen
- Bausteine der betrieblichen Altersvorsorge

Variable Vergütung

Um die Mitarbeiter angemessen am Unternehmenserfolg zu beteiligen, individuelle und kollektive Arbeitsleistungen angemessen zu würdigen und das Erreichen der in der Geschäfts- und Risikostrategie der Oldenburgische Landesbank AG niedergelegten Unternehmensziele zu unterstützen, werden auch variable Vergütungskomponenten gewährt.

Um eine signifikante Abhängigkeit von der variablen Vergütung und damit Anreize zu aus geschäfts- und risikostrategischer Sicht unangemessenem Verhalten zu vermeiden, ist das Vergütungssystem so ausgestaltet, dass das Verhältnis von variabler zu fixer Vergütung deutlich unterhalb der gesetzlich vorgegebenen Obergrenze von 100 % liegt.

Unter Berücksichtigung der Geschäftslage der Bank entscheidet der Vorstand jährlich über die Zahlung und die Höhe einer über die tariflich garantierten 13 Monatsgehälter hinausgehenden freiwilligen Sonderzahlung (Abschlussvergütung) für die gemäß Tarifvertrag vergüteten Mitarbeiter.

Darüber hinaus können Tarifmitarbeiter, mit Ausnahme von Auszubildenden, Provisionen durch die erfolgreiche Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften. Variable Vergütungsbestandteile im Tarifbereich aufgrund von Zielvereinbarungen sind nicht vorgesehen.

Mit außertariflichen Mitarbeitern schließt die Bank jährlich eine individuelle Zielvereinbarung ab, auf deren Basis eine freiwillige erfolgsabhängige Tantieme erzielt werden kann. Die Zielerreichungsbandbreiten betragen 70–120 %, was einer Bandbreite von 1,5 bis 3,5 Bruttomonatsgehältern entspricht, bzw. für Mitarbeiter der zweiten Führungsebene 60–140 % bezogen auf einen individuell festgelegten Zielbonus. Mit Ausnahme der Mitarbeiter der zweiten Führungsebene können auch die außertariflich bezahlten Mitarbeiter Provisionen durch die erfolgreiche Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften.

Gesamtvergütung

Die Gesamtvergütung im Oldenburgische Landesbank Konzern ist in der folgenden Tabelle aufgeführt:

Euro	Gesamtvergütung 2015			
	fix	variabel ¹	Mitarbeiter ^{2,3}	Summe
Oldenburgische Landesbank AG	100.555.865	10.788.353	2.590	111.344.218
Gesamtsumme Oldenburgische Landesbank-Konzern	100.555.865	10.788.353	2.590	111.344.218

¹ Einschließlich Provisionen

² Die Anzahl der Begünstigten der variablen Vergütung nach § 7 Abs. 2 Nr. 2 Institutsvergütungsordnung (InstitutsVergV) enthält alle Leistungsempfänger inklusive Auszubildenden, Aushilfen und Praktikanten.

³ Die Anzahl für 2015 enthält Mitarbeiter des durch Anwachung verschmolzenen Bankhauses W. Fortmann & Söhne KG.

Vergütung des Aufsichtsrats

Vergütungssystem

Die Vergütung des Aufsichtsrats wurde durch die Hauptversammlung festgelegt. Sie ist in § 13 der Satzung geregelt. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten eine reine Festvergütung. Die Höhe der Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder.

Vergütung für Aufsichtsratsstätigkeit

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine jährliche Festvergütung in Höhe von 50.000 Euro. Der Vorsitzende erhält 100.000 Euro, sein Stellvertreter 75.000 Euro.

Vergütung für Ausschusstätigkeit

Jedes Mitglied des Präsidial- und Vergütungskontroll-, des Risiko- sowie des Prüfungsausschusses erhält eine zusätzliche jährliche Vergütung in Höhe von 15.000 Euro, jedes Mitglied des Nominierungsausschusses eine solche in Höhe von 7.500 Euro. Die Vorsitzenden der Ausschüsse erhalten jeweils das Doppelte. Für die Mitgliedschaft im Vermittlungsausschuss ist keine zusätzliche Vergütung vorgesehen.

Sitzungsgeld

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für jede Aufsichtsrats- beziehungsweise Ausschusssitzung, an der sie persönlich teilnehmen, 500 Euro Sitzungsgeld. Es wird kein zusätzliches Sitzungsgeld gezahlt, wenn mehrere Sitzungen an einem Tag oder an aufeinanderfolgenden Tagen stattfinden.

Vergütung bei unterjährigem Ein- oder Austritt

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahrs dem Aufsichtsrat angehört haben, erhalten für jeden angefangenen Monat ihrer Tätigkeit ein Zwölftel der Vergütung. Dies gilt entsprechend für Mitgliedschaften in Aufsichtsratsausschüssen.

Individualisierte Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats im Überblick

Euro		Festvergütung	Ausschuss- vergütung	Sitzungsgeld	Gesamt- vergütung
	2015	62.500	58.125	3.500	124.125
Rainer Schwarz, Vorsitzender (seit 01.10.2015)	2014	50.000	52.500	3.000	105.500
	2015	—	—	—	—
Andree Moschner ¹ , Vorsitzender (bis 30.09.2015)	2014	—	—	—	—
	2015	75.000	30.000	3.500	108.500
Uwe Schröder, stellv. Vorsitzender	2014	75.000	30.000	3.000	108.000
	2015	50.000	7.500	2.000	59.500
Prof. Dr. Werner Brinker	2014	50.000	7.500	2.500	60.000
	2015	50.000	75.000	3.500	128.500
Prof. Dr. Andreas Georgi	2014	50.000	75.000	2.500	127.500
	2015	50.000	15.000	3.500	68.500
Svenja-Marie Gnida	2014	50.000	15.000	3.000	68.000
	2015	50.000	45.000	3.500	98.500
Stefan Lübbe	2014	50.000	45.000	3.000	98.000
	2015	50.000	3.750	2.500	56.250
Prof. Dr. Petra Pohlmann	2014	50.000	—	2.000	52.000
	2015	50.000	—	2.500	52.500
Horst Reglin	2014	50.000	—	2.000	52.000
	2015	—	—	—	—
Dr. Peter Hemeling ¹ (seit 01.10.2015)	2014	—	—	—	—
	2015	50.000	3.750	2.500	56.250
Carl-Ulfert Stegmann	2014	50.000	—	2.500	52.500
	2015	50.000	—	2.500	52.500
Gabriele Timpe	2014	50.000	—	2.500	52.500
	2015	50.000	30.000	3.500	83.500
Christine de Vries	2014	50.000	30.000	2.500	82.500
	2015	587.500	268.125	33.000	888.625
Summe	2014	575.000	255.000	28.500	858.500

¹ Verzichtserklärung gemäß § 13 Absatz 7 der Satzung

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2015 einschließlich Sitzungsgeldern betrug 888,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 858,5 Tsd. Euro).

Die auf die Gesamtvergütung und die Sitzungsgelder entfallende gesetzliche Umsatzsteuer (USt) in Höhe von 197.220 Euro wurde erstattet.

Des Weiteren erhielt Carl-Ulfert Stegmann im Jahr 2015 1 Tsd. Euro zzgl. USt als Vergütung für seine Mitgliedschaft im Beirat der Oldenburgische Landesbank AG.

Prof. Dr. Petra Pohlmann erhielt von der Allianz Versicherungs-AG für ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft eine Vergütung in Höhe von 40 Tsd. Euro und Sitzungsgeld in Höhe von 0,6 Tsd. Euro (jeweils zzgl. USt).

Kredite an Aufsichtsratsmitglieder

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Aufsichtsrats stellt sich per 31. Dezember 2015 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionskrediten beträgt insgesamt 290,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 315,3 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2015 mit 18,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 26,8 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden.

Die Zinssätze liegen zwischen 3,48 % und 8,18 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 109,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 125,2 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 5,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 7,0 Tsd. Euro) ausgenutzt.

Weiterhin bestanden Darlehenszusagen in Höhe von 3.372,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 3.771,7 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2015 mit 3.372,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 3.715,0 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 0,81 % und 4,98 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich.

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung der Bank im Berichtsjahr laufend überwacht, beriet den Vorstand bei der Leitung des Instituts und war bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung unmittelbar eingebunden. Die Organisation der Tätigkeit und die Zuständigkeiten des Aufsichtsrats sind in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und der Geschäftsordnung des Vorstands festgelegt.

Überblick

Der Aufsichtsrat wurde regelmäßig vom Vorstand über den Gang der Geschäfte sowie über die Lage und die Entwicklung der Oldenburgische Landesbank AG und ihrer Tochtergesellschaften unterrichtet. Wir ließen uns auch über die strategische Ausrichtung, wesentliche geschäftliche Ereignisse und die Risikosituation informieren. Außerdem befassten wir uns mit der Planung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2016. Uns wurden auch Abweichungen des tatsächlichen Geschäftsverlaufs von früher berichteten Zielen dargelegt; die hierfür genannten Gründe wurden von uns nachvollzogen. Auf Grundlage der schriftlichen Berichte und der mündlichen Auskünfte des Vorstands hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung überwacht und beraten. Angelegenheiten von besonderer Bedeutung wurden eingehend geprüft und mit dem Vorstand besprochen. Über die Vorstandsberichte hinaus haben wir uns auch Berichte der Wirtschaftsprüfer geben lassen.

Im Geschäftsjahr 2015 trat der Aufsichtsrat zu fünf Sitzungen zusammen. Die Sitzungen fanden im März, Mai, zweimal im September und im Dezember statt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats stand auch außerhalb der Sitzungen in Verbindung mit dem Vorstand und besprach mit ihm regelmäßig die Strategie, die Geschäftsentwicklung, das Risikomanagement sowie weitere bedeutsame Themen.

Die Vorstandsberichte zur Geschäftslage und Referate zu besonderen Themen waren von schriftlichen Präsentationen und Unterlagen begleitet, die allen Aufsichtsratsmitgliedern zur Sitzungsvorbereitung rechtzeitig zur Verfügung gestellt wurden. Gleiches galt für alle Abschlussunterlagen und Prüfungsberichte des Abschlussprüfers. Soweit Geschäftsführungsmaßnahmen der Zustimmung des Aufsichtsrats oder eines seiner Ausschüsse bedurften, wurde hierüber Beschluss gefasst.

Themen im Aufsichtsratsplenum

Gegenstand regelmäßiger Beratungen war die wirtschaftliche Lage der Oldenburgische Landesbank AG und des Konzerns. Der Aufsichtsrat ließ sich in allen ordentlichen Sitzungen die Geschäftsentwicklung und die aktuelle Risikosituation darstellen und besprach mit dem Vorstand ausführlich den Gang der Geschäfte. In einem gesonderten Bericht ließen wir uns die Geschäfts- und Risikostrategie der Gesellschaft erläutern und erörterten diese zusammen mit dem Vorstand.

Mehrfach beschäftigten wir uns mit Vorstands- und Vergütungsthemen. So bestimmten wir unter anderem den Grad der Zielerreichung der einzelnen Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2014 und legten die Ziele wie auch den Gesamtbetrag für die variable Vergütung 2016 fest. Des Weiteren haben wir uns davon überzeugt, dass das Vergütungssystem für den Vorstand den maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften und den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex entspricht. Die Höhe der Vorstandsvergütung haben wir für angemessen befunden. Daneben haben wir eine Organisationsrichtlinie verabschiedet, in der die Grundsätze zum Vergütungssystem für den Vorstand niedergelegt sind; über eine entsprechende Richtlinie über die Vergütungssysteme für die Mitarbeiter haben wir uns informieren lassen. Schließlich hat der Aufsichtsrat sowohl den Vorstand als Gesamtgremium als auch die einzelnen Vorstandsmitglieder einer Bewertung unter Zugrundelegung von Kriterien, die das Kreditwesengesetz vorgibt, unterzogen und darüber hinaus die Sachkunde und Zuverlässigkeit der einzelnen Vorstandsmitglieder überprüft. Das am 31. Dezember 2015

ablaufende Vorstandsmandat von Herrn Dr. Thomas Bretzger haben wir nach Vorberatung im Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss um fünf Jahre verlängert.

Nähere Angaben zur Vorstandsvergütung finden sich im [Vergütungsbericht](#).

 siehe Seite 022 ff.

Ausführlich ließen wir uns die Pläne des Vorstands zur Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens darstellen. Der Vorstand hat ein überzeugendes Konzept vorgelegt, wie er den anstehenden Herausforderungen – insbesondere dem geänderten Kundenverhalten, der zunehmenden Digitalisierung und Regulatorik sowie dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld – begegnen möchte. Nach intensiver Diskussion haben wir den Vorstand darin bestärkt, die geplanten Maßnahmen zügig umzusetzen.

Eingehend widmete sich der Aufsichtsrat der Umsetzung des in 2015 in Kraft getretenen Gesetzes zur Frauenförderung. Er legte eine Zielgröße für den Frauenanteil im Vorstand fest und besprach mit dem Vorstand die von diesem zu bestimmenden Zielgrößen für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands.

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr haben wir uns mit dem Kredit- und Risikomanagement der Bank sowie der Einhaltung der einschlägigen aufsichtsrechtlichen Vorschriften befasst und uns hierüber vom Vorstand berichten lassen. Schließlich haben wir die Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat an aktuelle Entwicklungen angepasst.

Arbeit in den Ausschüssen des Aufsichtsrats

Zur effizienten Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat fünf Ausschüsse eingerichtet: den Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss, den Prüfungsausschuss, den Risikoausschuss, den Nominierungsausschuss und den Vermittlungsausschuss.

Die Ausschüsse bereiten Beschlüsse des Aufsichtsrats sowie die Arbeit des Plenums vor. Zu zahlreichen Themen sind auch Beschlusszuständigkeiten des Aufsichtsrats auf Ausschüsse übertragen worden, soweit dies rechtlich zulässig ist. Über die Arbeit der Ausschüsse wurde der Aufsichtsrat von den jeweiligen Ausschussvorsitzenden regelmäßig unterrichtet. Die personelle Zusammensetzung und die Aufgabenbeschreibung der einzelnen Ausschüsse ist im „[Corporate Governance Bericht](#)“ wiedergegeben.

 siehe Seite 014 ff.

Im Berichtsjahr 2015 hielt der *Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss* insgesamt vier Sitzungen ab. Behandelt wurden vor allem Angelegenheiten, die den Vorstand betreffen. Der Ausschuss bereitete die Überprüfung des Vergütungssystems für den Vorstand und die Verabschiedung einer Organisationsrichtlinie über die Grundsätze zum Vorstandsvergütungssystem vor. Er erarbeitete ferner einen Vorschlag an das Plenum für die Festsetzung der Vorstandsziele für das aktuelle Geschäftsjahr. Darüber hinaus diskutierte er über den Erfüllungsgrad der Ziele, die den Vorstandsmitgliedern für das Geschäftsjahr 2014 gesetzt worden waren, und legte dem Plenum eine entsprechende Empfehlung vor. Der Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss bereitete auch die Bewertung von Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands vor und unterstützte den Aufsichtsrat bei der Bewertung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung sowohl der einzelnen Vorstandsmitglieder als auch des Vorstands in seiner Gesamtheit. Außerdem beschäftigte er sich mit der Umsetzung des neuen Gesetzes zur Frauenförderung, prüfte die Grundsätze des Vorstands für die Auswahl und Bestellung von Personen der oberen Leitungsebene und überwachte die angemessene Ausgestaltung des Vergütungssystems für die OLB-Mitarbeiter. Schließlich erteilte der Ausschuss seine Zustimmung zu Vorratsbeschlüssen über die Gewährung von Organkrediten an natürliche Personen und willigte in die Übernahme von Mandaten ein, die Vorstandsmitglieder in anderen Unternehmen und Institutionen wahrnehmen.

Der *Prüfungsausschuss* tagte im Geschäftsjahr 2015 fünfmal, davon einmal im Rahmen einer Telefonkonferenz. Der Ausschussvorsitzende stand auch außerhalb der Sitzungen in Verbindung mit dem Vorstand, dem Abschlussprüfer sowie den Leitern der Internen Revision und von Compliance. Der Ausschuss prüfte die Jahresabschlüsse der Oldenburgische Landesbank AG und des Konzerns, den zusammengefassten Lagebericht sowie die Prüfungsberichte und erörterte diese Abschlussunterlagen in Gegenwart des Abschlussprüfers, der zunächst die wesentlichen Ergebnisse der Abschlussprüfung vorgestellt hatte. Des Weiteren behandelte er den Abhängigkeitsbericht sowie den hierzu erstatteten Prüfungsbericht. Der Prüfungsausschuss hat weder zu den Abschlussunterlagen noch zum Abhängigkeitsbericht Anlass für Beanstandungen gesehen. Er überzeugte sich von der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, legte die Prüfungsschwerpunkte fest und erteilte den Prüfungsauftrag. Ferner gab er dem Aufsichtsratsplenium eine Empfehlung für den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers. In allen Präsenzsitzungen ließ sich der Prüfungsausschuss über die Tätigkeiten der Internen Revision und von Compliance berichten. Außerdem informierte er sich über die Ergebnisse aufsichtlicher Prüfungen und besprach mit dem Vorstand die Umsetzung von neuen regulatorischen Vorgaben. Besonderes Augenmerk legte der Prüfungsausschuss erneut auf die internen Kontrollsysteme der Gesellschaft. In diesem Zusammenhang befasste er sich mit dem Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung und überprüfte das Risikomanagementsystem sowie die Systeme der Internen Revision und von Compliance auf ihre Wirksamkeit. Behandelt wurden auch Prüfungsberichte, die KPMG zu verschiedenen Themenbereichen erstellt hatte (depot- und kapitalmarktrechtliche Anforderungen; Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen; Ausgestaltung der Compliance-Funktion; rechtliche, wirtschaftliche und organisatorische Grundlagen; Risikomanagement; Kreditgeschäft; Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen). Des Weiteren wurde der Halbjahresfinanzbericht vor seiner Veröffentlichung vom Vorstand mit dem Prüfungsausschuss erörtert. Schließlich unterbreitete der Prüfungsausschuss dem Aufsichtsratsplenium einen Vorschlag für die Abgabe der Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex.

Der *Risikoausschuss* hielt im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt vier Präsenzsitzungen ab. Darüber hinaus fanden elf Telefonkonferenzen statt, in denen vor allem über einzelne Kreditengagements beraten und entschieden wurde. Der Vorsitzende des Risikoausschusses stand auch außerhalb der Sitzungen regelmäßig mit dem Vorstand in Kontakt. Der Risikoausschuss erörterte mit dem Vorstand mehrfach die Risikostrategie und befasste sich eingehend mit der aktuellen Risikolage der Bank. Im Rahmen vierteljährlicher Risikoberichte wurden unter anderem die Risikotragfähigkeit sowie Kredit-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelle Risiken erörtert. Besonders intensiv setzte sich der Ausschuss mit den Plänen des Vorstands zur Weiterentwicklung der Geschäftsstrategie in einem anhaltenden Niedrigzinsumfeld auseinander. Außerdem befasste er sich mit der strategischen Ausrichtung des Unternehmens hinsichtlich der Finanzierung von Windenergieanlagen und ließ sich regelmäßig über die Entwicklung des Teilportfolios „Schiffsfinanzierungen“ berichten. In jeder Präsenzsitzung erhielt der Risikoausschuss Statusberichte zu zwei strategischen Projekten, die die strukturellen Veränderungsprozesse in der Kreditmarktfolge bzw. die Optimierung der Prozesse im Kreditgeschäft mit Privatkunden zum Gegenstand haben. Mit großem Interesse hat der Ausschuss die Ergebnisse verschiedener Stresstests zur Kenntnis genommen, anhand derer die Auswirkungen ausgewählter Szenarien auf das bestehende Risikoprofil der Bank untersucht wurden. Gegenstand der Erörterung waren darüber hinaus die Einhaltung der einschlägigen regulatorischen Vorgaben sowie Ergebnisse aufsichtlicher Prüfungen. Der Risikoausschuss hat die durch die Vergütungsstruktur gesetzten Anreize geprüft und festgestellt, dass die gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der OLB sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen angemessen berücksichtigen. Zudem wurde überprüft, ob die Konditionen im Kundengeschäft mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur der OLB im Einklang stehen. Der Risikoausschuss hat dies bejaht. Weitere Themen waren die Genehmigung des Investitionsplans für das Geschäftsjahr 2016, die Zustimmung zu Organkrediten an Unternehmen sowie einzelne Kreditanträge.

Der *Nominierungsausschuss* trat im abgelaufenen Geschäftsjahr einmal zusammen. Dabei bereitete er die Selbstevaluierung des Aufsichtsrats nach Maßgabe der vom Kreditwesengesetz vorgegebenen Kriterien vor. Daneben behandelte er eine neue Empfehlung des Deutschen Corporate Kodex, wonach der Aufsichtsrat eine Regelgrenze für die Zugehörigkeitsdauer im Aufsichtsrat festlegen soll, und beschäftigte sich mit der Personalplanung für den Aufsichtsrat.

Es gab keinen Anlass, den nach § 31 Abs. 3 MitbestG gebildeten *Vermittlungsausschuss* zusammentreten zu lassen.

Selbstevaluierung des Aufsichtsrats

Auch im abgelaufenen Berichtsjahr überprüfte der Aufsichtsrat die Effizienz seiner Tätigkeit. Basierend auf der Vorbereitung durch den Prüfungsausschuss diskutierten wir Verbesserungspotenzial und hielten entsprechende Maßnahmen für die Zukunft fest. Daneben hat sich der Aufsichtsrat mit Unterstützung des Nominierungsausschusses einer Selbstevaluierung in Bezug auf seine Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung unterzogen. Ferner hat er – ebenfalls aufsetzend auf der Vorbereitung durch den Nominierungsausschuss – die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung des Gremiums insgesamt und seiner einzelnen Mitglieder bewertet und in diesem Zusammenhang auch die Sachkunde und Zuverlässigkeit seiner Mitglieder überprüft.

Corporate Governance und Entsprechenserklärung

Aufsichtsrat und Vorstand haben sich ausführlich mit der Umsetzung der Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex befasst. In Umsetzung einer neuen Kodex-Empfehlung hat der Aufsichtsrat eine Regelgrenze von 15 Jahren für die maximale Zugehörigkeitsdauer zum Aufsichtsrat festgelegt. Im Dezember 2015 haben beide Organe eine Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG abgegeben. Diese besagt, dass die Gesellschaft sämtlichen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung entsprochen hat und auch künftig entsprechen wird. Die Entsprechenserklärung vom Dezember 2015 wurde auf der Internetseite der OLB veröffentlicht und ist auch in der „**Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a Absatz 1 und 2 HGB**“ wiedergegeben. Die Erklärung zur Unternehmensführung enthält zudem zusammen mit dem Corporate-Governance-Bericht weitergehende Erläuterungen zur Corporate Governance der OLB Oldenburgische Landesbank AG.

 siehe Seite 019

Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahres- und Konzernabschluss der Oldenburgische Landesbank AG zum 31. Dezember 2015 sowie den zusammengefassten Lagebericht der AG und des Konzerns geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 3 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Die Abschlussunterlagen und die darauf bezogenen Prüfungsberichte der KPMG für das Geschäftsjahr 2015 wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugeleitet. Über diese Unterlagen wurde in Sitzungen des Prüfungsausschusses am 7. Dezember 2015 und 9. März 2016 sowie des Aufsichtsratsplenums am 17. März 2016 ausführlich beraten. An diesen Erörterungen nahmen die Abschlussprüfer jeweils teil. Sie berichteten uns über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfungen und standen für Fragen und ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Die Abschlussprüfer stellten überdies fest, dass

der Vorstand die nach § 91 Abs. 2 AktG geforderten Maßnahmen, insbesondere zur Einrichtung eines Überwachungssystems, in geeigneter Weise getroffen hat und dass das Überwachungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Aufgrund eigener Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses, des zusammengefassten Lageberichts für die OLB AG und den Konzern sowie des Gewinnverwendungsvorschlags hat der Aufsichtsrat keine Einwendungen erhoben und dem Ergebnis der KPMG-Abschlussprüfung zugestimmt. Den vom Vorstand aufgestellten Jahres- und Konzernabschluss hat der Aufsichtsrat gebilligt; der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands schließen wir uns an.

Abhängigkeitsbericht

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat darüber hinaus den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (den sogenannten Abhängigkeitsbericht) sowie den hierzu von der KPMG erstellten Prüfungsbericht vorgelegt. Aufgrund der ohne Beanstandungen abgeschlossenen Prüfung hat der Abschlussprüfer das folgende Testat erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Der Abhängigkeitsbericht und der hierzu erstattete Prüfungsbericht wurden allen Mitgliedern des Aufsichtsrats übermittelt. Diese Unterlagen wurden im Prüfungsausschuss und im Plenum in Gegenwart des Abschlussprüfers erörtert. Der Abschlussprüfer hat über die wesentlichen Erkenntnisse seiner Prüfung berichtet. Auf Basis seiner eigenen Prüfung hat der Aufsichtsrat den Abhängigkeitsbericht gebilligt. Den hierzu erstatteten Bericht des Abschlussprüfers haben wir zustimmend zur Kenntnis genommen.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts keine Einwendungen.

Veränderungen im Aufsichtsrat und Vorstand

Herr Andree Moschner hat zum 30. September 2015 im besten gegenseitigen Einvernehmen sein Mandat im Vorstand der Allianz Deutschland AG beendet und ist zu diesem Zeitpunkt aus der Allianz Gruppe ausgeschieden. Zum gleichen Zeitpunkt hat er auch seine Mandate als Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats der Oldenburgische Landesbank AG niedergelegt. Herr Dr. Peter Hemeling, Chefsyndikus der Allianz SE, ist als von der Hauptversammlung 2013 gewähltes Ersatzmitglied zum 1. Oktober 2015 neu in den Aufsichtsrat eingetreten. Zum neuen Vorsitzenden hat der Aufsichtsrat Herrn Rainer Schwarz gewählt, der dem Aufsichtsrat bereits seit Mai 2010 angehört.

Im Vorstand gab es keine Veränderungen.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Oldenburgische Landesbank AG für ihr Engagement und die geleistete, erfolgreiche Arbeit.

Oldenburg, den 17. März 2016
Für den Aufsichtsrat



Rainer Schwarz
Vorsitzender

ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

Grundlagen des Konzerns	040
Wirtschaftsbericht	045
Geschäftsentwicklung des Konzerns	048
Prognose-, Chancen- und Risikobericht	060
Ergänzende Erläuterungen zum Jahresabschluss der Oldenburgische Landesbank AG (HGB)	063
Risikobericht	067

Grundlagen des Konzerns

Die Oldenburgische Landesbank AG (OLB) ist eine börsennotierte Regionalbank, die seit 1869 kommerzielles Bankgeschäft für Firmen- und Privatkunden betreibt. Das Kerngeschäftsgebiet erstreckt sich über die Region zwischen Weser, Ems und Nordsee. Mit erfahrenen Betreuern für Firmenkunden, Privatkunden und Freiberufler, spezialisierten Beratern insbesondere für die regional starke Landwirtschaft, Erneuerbare Energien und im Private Banking sowie gelebter gesellschaftlicher Verantwortung ist die OLB für die Menschen und die Region da.

Durch die Anwachsung des Bankhauses W. Fortmann & Söhne KG auf die OLB AG und die rechtswirksame Veräußerung der Münsterländische Bank Thie & Co. KG besteht für die OLB trotz der beiden als Finanzanlage gehaltenen Spezialfonds AGI-Fonds Ammerland und AGI-Fonds Weser-Ems keine rechtliche Verpflichtung mehr zur Aufstellung eines Konzernabschlusses.

Der Vorstand der Bank hat für das abgelaufene Geschäftsjahr entschieden, einen Konzernabschluss auf freiwilliger Basis¹ aufzustellen, der neben der OLB AG auch diese Spezialfonds umfasst und auf Basis der IFRS erstellt wird. Neben den genannten Spezialfonds hält die OLB diverse kleinere Beteiligungen, die u. a. der Vernetzung in der Finanzindustrie und in der regionalen Wirtschaft dienen.

Beginnend ab dem Geschäftsjahr 2016 wird der Vorstand auf die freiwillige Aufstellung eines Konzernabschlusses verzichten, jedoch weiterhin einen Jahresabschluss² aufstellen.

Darüber hinaus entfällt die Pflicht zur Veröffentlichung einer Zwischenmitteilung der Geschäftsführung für das erste und dritte Quartal eines Geschäftsjahres.³ Die Bank macht auch von dieser Vereinfachungsregel Gebrauch und wird gemäß Beschluss des Vorstands zukünftig Jahresabschlüsse und Zwischenabschlüsse zum ersten Halbjahr nach handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften aufstellen und veröffentlichen.

Der Anspruch der OLB, ihre Privat- und Geschäftskunden, Private-Banking- und Freiberuflerkunden sowie Firmenkunden umfassend und individuell zu beraten, erfordert eine systematische Zielgruppenorientierung in den Markteinheiten. Die Steuerung und Berichterstattung der Bank basiert daher auf drei strategischen Geschäftsfeldern: „Privat- und Geschäftskunden“, „Private Banking & Freie Berufe“ sowie „Firmenkunden“.

Das Privat- und Geschäftskundengeschäft umfasst das klassische Bankgeschäft mit Privatpersonen und kleinen Geschäftskunden. Neben den privaten Baufinanzierungen und dem Einlagengeschäft sind die wesentlichen Produktgruppen die Kontoführung, Zahlungsverkehrsabwicklung, Konsumentenkredite, kleinere Geschäftskredite, Absicherung/Vorsorge und die strukturierte Vermögensanlage. Das Segment ist die wichtigste Quelle der OLB für eine stabile Einlagen- und damit Liquiditäts- bzw. Refinanzierungsbasis.

Im Segment „Private Banking & Freie Berufe“ erfolgt eine individuelle, ganzheitliche Betreuung der Kunden von der Anlageberatung bis zum Kreditgeschäft. In diesem Geschäftsfeld liegt ein besonderer Fokus auf der Vermögensanlage mit starker Ausrichtung auf gemanagte Anlageformen und Vermögensverwaltung sowie auf der orderbegleitenden Wertpapierberatung und der Immobilienvermittlung und -finanzierung. Daneben werden klassische Bankprodukte im Zahlungsverkehrs-, Einlagen- und Kreditgeschäft und individuelle Lösungen bei der privaten Absicherung und Vorsorge angeboten. Das zum 1. Januar 2015 als Zweigniederlassung in die OLB integrierte Bankhaus W. Fortmann & Söhne wurde vollständig diesem Segment zugeordnet. Dies ermöglicht Synergien bei der Betreuung der gehobenen Private-Banking-Kunden des privaten Bankhauses.

Im Segment „Firmenkunden“ konzentriert sich die OLB auf das angestammte breite mittelständische Firmenkundenkreditgeschäft mit den regionalen Schlüsselbranchen Erneuerbare Energien sowie

¹ Gemäß § 315 a Abs. (3) HGB

² Auf Grundlage des § 264 HGB

³ Durch Inkrafttreten des Gesetzes zur Umsetzung der Transparenzrichtlinie-Änderungsrichtlinie (Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt am 26.11.2015)

Landwirtschaft und Ernährung. Neben dem Kreditgeschäft bilden der Zahlungsverkehr, das Auslandsgeschäft, Zinnsicherungsgeschäfte und Versicherungen den Schwerpunkt des OLB-Angebots.

Die OLB richtet ihr Renditeziel an der Risikostruktur der Geschäftstätigkeiten, den Verzinsungsansprüchen des Kapitalmarktes an Unternehmen mit vergleichbarer Risikostruktur und dem strukturellen Gewinnbedarf zur Sicherung einer angemessenen Kapitalausstattung durch Thesaurierung aus. Im Zuge des strategischen Zukunftsprogramms „OLB 2019“ strebt die Bank an, in den kommenden Jahren die Eigenkapitalrendite kontinuierlich zu steigern. Der Rahmen zur Sicherstellung des erforderlichen Gewinnerzielungspotenzials wird durch die jederzeitige Beherrschbarkeit der eingegangenen Risiken gesteckt. Das Steuerungssystem der OLB leitet sich aus diesen geschäfts- und risikopolitischen Grundsätzen ab.

Grundlage für die Steuerung der Bank bilden die in der Geschäfts- und der Risikostrategie festgelegten geschäftspolitischen Ziele sowie die zu deren Erreichung geplanten Mittel und Maßnahmen einschließlich der Allokation des zur Risikodeckung bereitgestellten Kapitals. Beide strategischen Dokumente werden vom Vorstand der OLB mindestens einmal jährlich überprüft und mit dem Aufsichtsrat erörtert, um veränderte Rahmenbedingungen zeitnah zu berücksichtigen.

Im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses werden auf Basis der strategischen Vorgaben Ergebniszielgrößen für die Geschäftseinheiten festgelegt. Dabei werden die den Einheiten zugeordneten Ressourcen wie Kapital und Risikolimits unter Einbeziehung der damit verbundenen Ergebnisansprüche entsprechend berücksichtigt.

Die Beurteilung des Erfolgs in der Umsetzung der strategischen Zielsetzungen wird anhand von Schlüsselkennzahlen („Key Performance Indicators – KPIs“) auf Basis eines Plan-Ist-Vergleiches vorgenommen. Das Reporting der wesentlichen Steuerungsgrößen erfolgt monatlich und enthält eine ausführliche Kommentierung, die dem Vorstand die wesentlichen aktuellen Entwicklungen und Handlungsfelder aufzeigt. Durch die frühzeitige Identifizierung von Soll-Ist-Abweichungen in der Gesamtbank sowie innerhalb der strategischen Geschäftsfelder wird gewährleistet, dass die Geschäftsführung bei erkannten Zielabweichungen möglichst direkt Maßnahmen zur Korrektur der Geschäftsaktivitäten beschließen kann.

Die Auswahl der KPIs für die Gesamtbank orientiert sich am übergeordneten finanzwirtschaftlichen Ziel einer angemessenen Rendite bei jederzeitiger Beherrschung der eingegangenen Risiken. Die wesentlichen finanziellen Leistungskennzahlen bilden daher die Eigenkapitalrendite⁴, die Kernkapitalquote⁵, die Deckungsquote des Risikokapitalbedarfs⁶ sowie die Liquidity-Coverage-Ratio (LCR)⁷ als Kennzahl für die Zahlungsfähigkeit der Bank. Zur Bewertung der Kosteneffizienz auf Gesamtbankebene wird die **Cost-Income-Ratio**⁸ herangezogen.

 siehe Glossar Seite 178

Die Steuerung der kundengruppenorientierten Vertriebsorganisation basiert auf den drei strategischen Geschäftsfeldern. Sie erfolgt insbesondere über das operative Ergebnis und seine wesentlichen Komponenten, laufende Erträge und laufende Aufwendungen. Neben diesen GuV-Kennzahlen wird auch auf dieser Ebene die Kosteneffizienz beurteilt, was über den Ausweis der Cost-Income-Ratio der Geschäftsfelder in der Segmentberichterstattung sichergestellt wird.

Die genannten Schlüsselgrößen sind eingebettet in ein System weiterer finanzieller und nicht finanzieller Kennziffern zur Steuerung spezifischer Aspekte, die aber für die Steuerung des Gesamtunternehmens von untergeordneter Bedeutung sind.

⁴ Verhältnis von Ergebnis vor Steuern zum durchschnittlichen IFRS-Eigenkapital ohne Berücksichtigung des kumulierten Sonstigen Ergebnisses

⁵ Verhältnis von Kernkapital zu risikogewichteten Aktiva

⁶ Verhältnis von Risikodeckungsmasse zu Risikokapitalbedarf

⁷ Verhältnis des Bestands als hoch liquide eingestufte Aktiva zum erwarteten Mittelabfluss der nächsten 30 Tage

⁸ Verhältnis der laufenden Aufwendungen zur Summe der laufenden Erträge

Angaben nach § 289 Abs. 4 und § 315 Abs. 4 HGB sowie erläuternder Bericht

 siehe Glossar Seite 181

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das gezeichnete Kapital der OLB in Höhe von 60.468.571,80 Euro ist in 23.257.143 **Stückaktien** eingeteilt. Die Stückaktien lauten auf den Inhaber. Die Aktien sind voll eingezahlt. Mit allen Aktien sind die gleichen Rechte und Pflichten verbunden. Jede Stückaktie hat eine Stimme. Die Anteile der Aktionäre am Gewinn der Gesellschaft bestimmen sich nach ihrem Anteil am Grundkapital (§ 60 AktG). Vom Stimmrecht und dem Gewinnbezugsrecht ausgenommen sind von der Gesellschaft gehaltene eigene Aktien (§ 71b AktG). Ein Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihrer Aktien ist gemäß § 5 Abs. 2 Satz 2 der Satzung ausgeschlossen. Die Rechte und Pflichten der Aktionäre ergeben sich im Einzelnen aus den Regelungen des AktG, insbesondere aus den §§ 12, 53a ff., 118 ff. und 186 AktG.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

Stimmrechtsbeschränkungen oder Beschränkungen hinsichtlich der Übertragung von Aktien bestehen nach Kenntnis des Vorstands nicht.

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Die Allianz Deutschland AG, München, hält rund 90,2 % der Aktien an der Oldenburgische Landesbank AG (Stand: 31. Dezember 2015). Alleingesellschafterin der Allianz Deutschland AG ist die Allianz SE, München.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, bestehen nicht.

Art der Stimmrechtskontrolle bei von Arbeitnehmern gehaltenen Aktien

Sofern Arbeitnehmer am Kapital der Oldenburgische Landesbank AG beteiligt sind, nehmen diese ihre Kontrollrechte unmittelbar wahr.

Gesetzliche Vorschriften und Satzungsbestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern sowie über Satzungsänderungen

Die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands erfolgen gemäß § 84 AktG durch den Aufsichtsrat. Vorstandsmitglieder werden für eine Amtsdauer von höchstens fünf Jahren bestellt, wobei die Verlängerung der Amtszeit und die wiederholte Bestellung zulässig sind. Bei der Bestellung ist insbesondere darauf zu achten, dass die Vorstandsmitglieder zuverlässig und für die Leitung eines Kreditinstituts fachlich geeignet sind (vgl. § 25c KWG). Die Absicht, ein neues Mitglied des Vorstands zu bestellen, sowie die Bestellung selbst sind der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) nach § 24 Abs. 1 Nr. 1 KWG anzuzeigen. Der Vorstand besteht gemäß § 7 der Satzung aus mindestens zwei Personen. Fehlt ein erforderliches Vorstandsmitglied, so hat in dringenden Fällen das Gericht auf Antrag eines Beteiligten nach § 85 AktG das Mitglied zu bestellen.

Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Vorstandsmitglieder.

Auf den Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG finden die Bestimmungen des MitbestG Anwendung. Nach § 31 Abs. 2 MitbestG erfordert die Bestellung eines Vorstandsmitglieds eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen der Mitglieder des Aufsichtsrats. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, richtet sich das weitere Verfahren nach § 31 Abs. 3 und 4 MitbestG.

Vorstandsmitglieder können vom Aufsichtsrat abberufen werden, wenn hierfür ein wichtiger Grund vorliegt (§ 84 Abs. 3 AktG). Die Beschlussfassung folgt denselben Regeln, die für die Bestellung gelten. Das Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds ist der BaFin nach § 24 Abs. 1 Nr. 2 KWG anzuzeigen. § 36 KWG gibt der BaFin unter bestimmten Voraussetzungen die Befugnis, die Abberufung von Mitgliedern des Vorstands zu verlangen. Ein Abberufungsverlangen kommt insbesondere bei Unzuverlässigkeit oder mangelnder fachlicher Eignung eines Vorstandsmitglieds in Betracht.

Über Änderungen der Satzung hat die Hauptversammlung zu beschließen. Der Beschluss der Hauptversammlung bedarf der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen (§ 133 Abs. 1 AktG) und einer Kapitalmehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals (§ 179 Abs. 2 Satz 1 AktG). § 16 Abs. 5 Satz 2 der Satzung sieht vor, dass anstelle der in § 179 Abs. 2 Satz 1 AktG geforderten Kapitalmehrheit (mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals) die einfache Kapitalmehrheit ausreicht, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung der Satzung betreffen, wurde in § 12 der Satzung dem Aufsichtsrat übertragen.

Befugnisse des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Gemäß § 6 der Satzung ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 30. Mai 2017 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bareinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um 15 Mio. Euro, zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen. Durch diese Ermächtigung wird der Vorstand in die Lage versetzt, schnell und flexibel einen etwaigen Kapitalbedarf zu decken.

Im Übrigen richten sich die Möglichkeiten des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzuerwerben, nach den gesetzlichen Vorschriften.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Die Oldenburgische Landesbank AG ist Vertragspartei folgender Vereinbarungen, die bestimmte Bedingungen für den Fall eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots beinhalten:

- Im Rahmen des Allianz Sustained Performance Plan werden RSU, also virtuelle Allianz Aktien, als aktienbasierter Vergütungsbestandteil weltweit an das Top-Management der Allianz Gruppe, einschließlich der Oldenburgische Landesbank AG, ausgegeben. Darüber hinaus wurden bis 2010 im Rahmen des **Group-Equity-Incentive (GEI)**-Programms auch **Stock Appreciation Rights (SAR)**, also virtuelle **Optionen** auf Allianz Aktien, ausgegeben, die teilweise noch bestehen. Die Bedingungen für diese RSU und SAR enthalten Regelungen für den Fall eines Kontrollwechsels (Change of Control-Klauseln). Diese kommen zur Anwendung, wenn die Mehrheit des stimmberechtigten Kapitals an der Oldenburgische Landesbank AG durch einen oder mehrere Dritte, die nicht zum Allianz Konzern gehören, unmittelbar oder mittelbar erworben wird. Die Change of Control-Klauseln sehen eine Ausnahme von den ordentlichen Ausübungsfristen vor. Die RSU werden gemäß den Rahmenbedingungen für die RSU-Pläne am Tag des Kontrollwechsels durch die Gesellschaft für die betroffenen Planteilnehmer ohne Berücksichtigung der ansonsten geltenden Sperrfrist ausgeübt. Die SAR werden gemäß den Rahmenbedingungen für die SAR-Pläne am Tag des Kontrollwechsels abweichend von den ordentlichen Ausübungsfristen durch die Gesellschaft für die betroffenen Planteilnehmer ausgeübt. Die Ausübung der SAR setzt aber voraus, dass die Erfolgshürden erfüllt sind. Der für den Fall eines Kontrollwechsels vorgesehene Wegfall der Ausübungssperrfrist trägt dem Umstand Rechnung, dass sich die Bedingungen für die Aktienkursentwicklung bei einem Kontrollwechsel wesentlich ändern.
- Die Oldenburgische Landesbank AG führt aus der früheren Allianz Bank, deren Geschäftstätigkeit im Jahre 2013 beendet wurde, noch verschiedene Geschäftsbeziehungen fort. Mit Allianz Vertretern und Allianz Mitarbeitern wird in gewissem Umfang auch Neugeschäft getätigt. Beide Bereiche werden in der OLB in der Einheit „Direktbetreuung Banking Services“ (DBS) betreut. Für alle im Zusammenhang mit diesem Geschäft stehenden potenziellen Verluste hat die Allianz Deutschland mit Erklärung vom 3./16. Dezember 2014 die Verpflichtung übernommen, diese auszugleichen. Die Verlustübernahmeverpflichtung, welche die davor schon für die Allianz Bank bestehende Verlustübernahme inhaltsgleich fortführt, hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2019 und kann von der Allianz Deutschland jeweils mit einer Kündigungsfrist von 6 Monaten zum Jahresende gekündigt werden.

 siehe Glossar Seite 179, 181, 180

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots

Entschädigungsvereinbarungen mit Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots bestehen nicht.

Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft expandierte im Jahr 2015 laut Wachstumsschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit 3,1 % (Vorjahr +3,4 %). Während sich die Wirtschaftslage in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften recht robust zeigte, hat sie sich in einer Reihe von Schwellenländern im Jahr 2015 verschlechtert. Insbesondere in China gab es deutliche Anzeichen für eine konjunkturelle Abkühlung. Zudem litten viele von Rohstoffexporten abhängige Schwellenländer unter dem Preisverfall von Rohöl und wichtigen Industrierohstoffen.

Im Euroraum wuchs die Produktion 2015 im Umfeld gesunkener Energiekosten, sehr niedriger Zinsen und eines schwachen Euro stärker als im Jahr zuvor. Insbesondere in den europäischen Krisenländern verbesserte sich die Situation. Für den Euroraum weisen vorläufige Berechnungen der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute eine Zunahme des realen **Bruttoinlandsprodukts** in Höhe von 1,5 % (Vorjahr: +0,9 %) aus. Maßgeblich getragen wurde die Expansion von der um 1,7 % (Vorjahr +0,9 %) gestiegenen privaten Konsumnachfrage. Die Investitionsausgaben erhöhten sich gegenüber Vorjahr um 1,9 % (Vorjahr +1,3 %), einer noch kräftigeren Investitionsdynamik standen jedoch die Unsicherheit über die Nachhaltigkeit der Erholung und die nachlassende Nachfrage aus wichtigen Schwellenländern entgegen.

 siehe Glossar Seite 178

Die deutsche Wirtschaft wuchs im Jahr 2015 nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 1,7 % (Vorjahr +1,6 %). Auch in Deutschland wurde die Konjunktur vom privaten Konsum gestützt, der von einer spürbaren Ausweitung der Beschäftigung und steigenden Reallöhnen (insbesondere wegen des Kaufkraftgewinns aufgrund deutlich gesunkener Rohölpreise) profitierte und um 1,9 % (Vorjahr +0,9 %) anstieg. Die Zunahme des staatlichen Konsums um 2,8 % (Vorjahr +1,7 %) trug ebenfalls signifikant zum Wirtschaftswachstum bei, hierin spiegelt sich insbesondere die Versorgung und Integration von Flüchtlingen wider. Die Investitionstätigkeit hingegen nahm mit 1,7 % moderater zu als im Vorjahr (Vorjahr +3,5 %). Der Export stieg mit 5,4 % (Vorjahr +4,0 %) ungeachtet des mäßigen Tempos der weltwirtschaftlichen Expansion kräftig. Wesentlichen Anteil daran hatten die konjunkturelle Erholung im Euroraum und die verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte infolge der Abwertung des Euros.

Das Zinsniveau war im Jahr 2015 in Deutschland weiterhin extrem niedrig. Der von der Europäischen Zentralbank (EZB) festgesetzte Hauptrefinanzierungssatz lag im vergangenen Jahr unverändert bei 0,05 %. Seit März 2015 griff zudem das Anleihen-Ankaufprogramm der EZB in Höhe von ca. 60 Mrd. Euro monatlich, das aufgrund des Volumens deutlichen Druck auf das Zinsniveau ausübte. Im Dezember 2015 wurde die Verlängerung der Anleihekäufe bis März 2017 beschlossen und der Einlagenzinssatz für bei der EZB unterhaltene Guthaben von minus 0,2 % weiter auf minus 0,3 % gesenkt. In diesem Umfeld fiel der Interbanken-Tagesgeldzinssatz EONIA (Euro OverNight Index Average) stetig von minus 0,08 % zu Jahresbeginn auf bis zu minus 0,24 % im Dezember 2015. Zu Beginn des Jahres 2016 schließlich hat die EZB weitere geldpolitische Lockerungen in Aussicht gestellt. Hinsichtlich einer Zinsprognose ist unter diesen Rahmenbedingungen sowie angesichts der niedrigen Inflationsrate und -erwartung im Euroraum davon auszugehen, dass die Kredit- und Kapitalmarktzinsen weiterhin niedrig bleiben und auf absehbare Zeit ungefähr um das aktuelle Niveau oszillieren werden.

Für das Jahr 2016 rechnet die Bank für die deutsche Wirtschaft mit einer Fortsetzung des Wachstums auf dem aktuellen Niveau. Der zu Jahresbeginn weiter gesunkene Rohölpreis wirkt positiv auf die Realeinkommen. Auch profitieren diese im laufenden Jahr von einer steigenden Beschäftigung, Tariflohnabschlüssen deutlich über der Inflationsrate, einer sinkenden Steuerbelastung und steigenden staatlichen Transferzahlungen. Demzufolge wird die konjunkturelle Entwicklung voraussichtlich weiterhin vor allem von den privaten Konsumausgaben getragen. Die Anlage- und Bauinvestitionen dürften 2016 aufgrund anhaltend günstiger Finanzierungsbedingungen gegenüber Vorjahr leicht beschleunigt zulegen. Insbesondere für den Wohnungsbau ist die Prognose positiv, zudem dürfte die Zuwanderung die Bautätigkeit weiter anregen. Auch deutet sich eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen an. Die Ausrüstungsinvestitionen beleben sich hingegen nur leicht. Der Außenhandel trägt 2016 voraussichtlich in geringerem Maße als noch 2015 zum Wachstum bei, da die Wirkung der Euro-Abwertung allmählich nachlassen dürfte.

Wirtschaft im Nordwesten

Die Wirtschaftslage in Nordwestdeutschland zeigte sich 2015 robust und auf einem guten Niveau. Die Mehrheit der Unternehmen war mit der aktuellen konjunkturellen Lage zufrieden. Insbesondere Bau- und Gewerbe, Einzelhandel, Großhandel sowie Verkehrs- und Dienstleistungsgewerbe berichteten von einer verbesserten Geschäftslage. Die Arbeitslosenquote in Niedersachsen erreichte Ende 2015 mit 5,8% den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Ebenso zeigten sich Beschäftigungsaufbau und Einstellungsbereitschaft der Unternehmen im Nordwesten weiter hoch. Dennoch schauten die Wirtschaftsakteure Ende 2015 zurückhaltender in die Zukunft als noch zu Beginn des Jahres. In dieser Skepsis spiegeln sich auch in der Region die Unsicherheiten mit Blick auf die weltweiten geopolitischen Krisen, die wirtschaftliche Abkühlung in China oder auch über die Bewältigung der Flüchtlingskrise. Dennoch bleiben die Investitionsplanungen laut Umfragen der Industrie- und Handelskammer (IHK) aufwärts gerichtet. Im IHK-Bezirk Osnabrück, Emsland und Grafschaft Bentheim beispielsweise geht jeder fünfte Betrieb von einem höheren Investitionsvolumen im kommenden Jahr aus, im IHK-Bezirk Oldenburg sogar jeder vierte Betrieb. Im Vordergrund stehen dabei vor allem Ersatzinvestitionen und Rationalisierungsmaßnahmen. Gleichzeitig wird der private Konsum durch die gute Situation am Arbeitsmarkt gestützt.

Für das kommende Jahr rechnet die OLB mit einem grundsätzlichen Gleichlauf von regionaler und bundesdeutscher Konjunktur, wie dies schon in den vergangenen Jahren zu beobachten war. Angesichts des strukturell breit gefächerten Branchenmix mit zahlreichen Klein- und Mittelbetrieben gleichen sich branchenspezifische Konjunkturunterschiede in der Region tendenziell aus. Auch zeigen sich außenwirtschaftliche Einflüsse weniger stark, weil der Weser-Ems-Raum eine geringere Exportquote als die bundesdeutsche Wirtschaft aufweist. Der niedrige Ölpreis wirkt sich über niedrige Betriebskosten weiterhin positiv auf das Transport- und Logistikgewerbe und speziell die Schifffahrtsbranche aus. In der Landwirtschaft jedoch setzen der starke Rückgang der Erzeugerpreise für Milch und Schweinefleisch die Betriebe unter Druck.

Bankenumfeld

Die Finanzwirtschaft befindet sich seit Jahren in einer Phase des Umbruchs und der Erneuerung. Nachwirkungen der Finanzkrise, das Niedrigzinsumfeld, verändertes Kundenverhalten, die Digitalisierung von Geschäftsmodellen und -prozessen und der intensive Wettbewerb einschließlich neuer Markteintritte aus dem FinTech-Sektor üben Anpassungsdruck auf Kreditinstitute aus.

Auf Seiten des Gesetzgebers und der Aufsichtsbehörden sind zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung von Eigenkapital und Liquidität der Banken sowie zum Verbraucherschutz auf den Weg gebracht bzw. bereits umgesetzt worden. Besonders hervorzuheben sind die Regelungen, welche in der Capital Requirements Directive (CRD IV) bzw. Capital Requirements Regulation (CRR) der Europäischen Union umgesetzt wurden. Diese Regelungen erhöhen vor allem die quantitativen und qualitativen Anforderungen an das haftende Eigenkapital und die Liquiditätsposition von Banken und müssen schrittweise bis 2019 umgesetzt werden. Darüber hinaus verursacht die Umsetzung neuer regulatorischer Anforderungen sowohl im Vertrieb als auch in zentralen Stabs-, Steuerungs- und Marktfolgeeinheiten eine erhöhte Ressourcenbindung und prozessualen Mehraufwand.

Zahlreichen Kostentreibern in der Finanzwirtschaft steht somit eine strukturell bedingt nachlassende Ertragsdynamik gegenüber, die sich im gegenwärtigen Niedrigzinsumfeld verstärkt. Bundesbank und BaFin prognostizieren in einer Stresstest-Studie bei einer auch in den kommenden Jahren anhaltenden Niedrigzinsphase erhebliche Ergebnisrückgänge bei Kreditinstituten und halten konsequente Reaktionen für notwendig. Als mögliche Handlungsfelder wurden der Ausbau des nicht zinstragenden Geschäfts, nachhaltige Kostensenkungen bei Strukturen und Prozessen, Filialschließungen sowie Fusionen und Marktaustritte genannt. Eine aktuelle Forschungsarbeit der Jade Hochschule zeichnet für die regionalen Kreditinstitute in der Region Weser-Ems jedoch ein robustes Bild und attestiert eine hinreichende Widerstandskraft gegenüber zukünftigen Risiken des Bankgeschäfts.

Geschäftsentwicklung des Konzerns

Ertragslage

Mio. Euro	2015	2014	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinserträge (und ähnliche Erträge)	421,2	454,8	-33,6	-7,4
Zinsaufwendungen (und ähnliche Aufwendungen)	182,1	217,6	-35,5	-16,3
Zinsüberschuss	239,1	237,2	1,9	0,8
Provisionserträge	93,8	94,1	-0,3	-0,3
Provisionsaufwendungen	26,9	23,2	3,7	15,9
Provisionsüberschuss	66,9	70,9	-4,0	-5,6
Laufendes Handelsergebnis	7,9	4,2	3,7	88,1
Übrige Erträge	0,8	0,4	0,4	100,0
Laufende Erträge	314,7	312,7	2,0	0,6
Laufender Personalaufwand	143,7	153,5	-9,8	-6,4
Sachaufwand	83,5	84,4	-0,9	-1,1
Übrige Aufwendungen	2,1	6,7	-4,6	-68,7
Laufende Aufwendungen	229,3	244,6	-15,3	-6,3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	36,3	39,0	-2,7	-6,9
Ergebnis aus Restrukturierung	-7,0	3,0	-10,0	k. A.
Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen	4,1	3,2	0,9	28,1
Nicht laufendes Handelsergebnis	-0,1	-0,6	0,5	-83,3
Ergebnis aus Finanzanlagen	4,0	2,6	1,4	53,8
Ergebnis vor Steuern	46,1	34,7	11,4	32,9
Steuern	14,3	9,8	4,5	45,9
Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	31,8	24,9	6,9	27,7
Unverwässertes sowie verwässertes Ergebnis je Aktie (Euro)	1,36	1,07	0,29	27,1

Die in den vergangenen Jahren das Marktumfeld prägenden Entwicklungen haben sich auch im Jahr 2015 fortgesetzt. Das Zinsniveau ist in den kurzen Laufzeiten nochmals zurückgegangen, in der privaten Vermögensanlage setzten die Kunden unverändert auf hochliquide Einlagen, die regulatorischen Anforderungen nahmen weiter zu und binden zunehmend Ressourcen. In diesem anspruchsvollen Umfeld konnte die OLB 2015 eine deutlich positive Ergebnisentwicklung erzielen. Die Basis hierfür bildete der solide Verlauf des operativen Geschäftes. Belastungen der Erträge insbesondere aufgrund der herausfordernden Rahmenbedingungen mit Blick auf das Niedrigzinsniveau konnten durch konsequentes Kostenmanagement mehr als kompensiert werden. Die Risikovorsorge entwickelte sich gegenüber dem Vorjahr um 6,9 % rückläufig. Eine Sonderausschüttung aus einer Beteiligung in Höhe von 10,3 Mio. Euro verschaffte der OLB zusätzlichen Ergebnisspielraum. Belastungen aus der Bildung von Rückstellungen für die geplanten Maßnahmen des strategischen Zukunftsprogramms „OLB 2019“ konnten mehr als ausgeglichen werden. Insgesamt konnte das Ergebnis vor Steuern gegenüber dem Vorjahr um 11,4 Mio. Euro auf 46,1 Mio. Euro deutlich gesteigert werden.

 siehe Glossar Seite 181

Zu den Ergebniskomponenten im Einzelnen:

Zinsüberschuss

Mio. Euro	2015	2014	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinserträge (und ähnliche Erträge)	421,2	454,8	- 33,6	- 7,4
Zinsaufwendungen (und ähnliche Aufwendungen)	182,1	217,6	- 35,5	- 16,3
Zinsüberschuss	239,1	237,2	1,9	0,8
Kundenkreditvolumen zum Stichtag (vor Risikovorsorge)	10.401,4	10.516,3	- 114,9	- 1,1

Die expansive Geldpolitik der EZB setzte sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr fort. Im Dezember 2015 senkte die EZB den Einlagenzinssatz von -0,2 % auf -0,3 %. Insgesamt lag das Zinsniveau im Jahresverlauf noch einmal deutlich unter dem Vorjahr und damit unter den der Planung für 2015 zugrunde liegenden Annahmen der Bank. Im Kreditgeschäft wirkte das Marktumfeld insbesondere im Baufinanzierungsbereich belebend auf die Kreditnachfrage. Fällige Tilgungen wurden durch Neugeschäft weitgehend ausgeglichen, sodass das hohe Niveau des Kreditvolumens nahezu gehalten, aber entgegen der Planung der Bank nicht gesteigert wurde. Im Einlagengeschäft führte das Niedrigzinsniveau zu einem zunehmenden Rückgang der Margen. Insgesamt behielten die Kundeneinlagen als stabile Refinanzierungsquelle des Kreditgeschäfts ihre wichtige Rolle für die Bank. In Summe blieb der Zinsbeitrag aus dem Kundengeschäft im Wesentlichen aufgrund der Entwicklung des Zinsniveaus und des leicht rückläufigen Kreditvolumens (-1,1 %) unter den Erwartungen des Vorjahres. Da in der Position Zinsüberschuss auch laufende Erträge aus Beteiligungen ausgewiesen werden, konnte aufgrund einer Sonderausschüttung aus einer Beteiligung in Höhe von 10,3 Mio. Euro für das Geschäftsjahr dennoch eine Steigerung des Zinsüberschusses um 1,9 Mio. Euro auf 239,1 Mio. Euro erzielt werden.

Provisionsüberschuss

Mio. Euro	2015	2014	Veränderungen	Veränderungen (%)
Wertpapiergeschäft	11,6	13,6	-2,0	-14,7
Vermögensverwaltung	11,5	11,7	-0,2	-1,7
Zahlungsverkehr	23,0	25,1	-2,1	-8,4
Auslandsgeschäft	2,1	2,2	-0,1	-4,5
Versicherungs-, Bauspar-, Immobilien-geschäft	13,2	12,8	0,4	3,1
Kreditkartengeschäft	2,2	1,6	0,6	37,5
Treuhandgeschäft und andere treuhänderische Tätigkeiten	—	—	—	k. A.
Sonstiges	3,3	3,9	-0,6	-15,4
Provisionsüberschuss	66,9	70,9	-4,0	-5,6

Im Jahr 2015 erfolgte der Verkauf der Münsterländische Bank Thie & Co. KG (MLB) mit rückwirkender Wirkung zum 1. Januar 2015. Die Bank hatte ihren Geschäftsschwerpunkt im Wertpapiergeschäft und in der Vermögensverwaltung. Der dadurch bedingte Rückgang konnte durch das erfolgreiche Geschäft der Regionalbank mit dem Schwerpunkt in der Vermögensverwaltung – insbesondere im Geschäftsfeld Private Banking & Freie Berufe – in großen Teilen kompensiert werden. Ein weiterer Rückgang im Wertpapiergeschäft ergab sich im Vergleich zum Vorjahr durch den Wegfall von Bestandsprovisionen in Höhe von 1,4 Mio. Euro aufgrund der begonnenen Abwicklung eines Immobilienfonds. Während die übrigen Provisionssparten sich weitgehend stabil entwickelten, standen die Erträge im Zahlungsverkehr und im Kreditgeschäft im Jahr 2015 unter Druck. Hier waren im abgelaufenen Geschäftsjahr deutliche Rückgänge zu verzeichnen. Insgesamt ging der Provisionsüberschuss von 70,9 Mio. Euro im Jahr 2014 auf 66,9 Mio. Euro im Berichtsjahr zurück. Damit blieb das Ergebnis hinter den Erwartungen zurück.

Laufendes Handelsergebnis

Mio. Euro	2015	2014	Veränderungen	Veränderungen (%)
Handel in Zinsprodukten	1,3	-0,4	1,7	k. A.
Devisen- und Edelmetallgeschäft	2,2	2,1	0,1	4,8
Effekt aus Grundgeschäften und Derivaten zur Steuerung des Zinsbuches	4,5	2,8	1,7	60,7
Sonstiges	-0,1	-0,3	0,2	-66,7
Laufendes Handelsergebnis	7,9	4,2	3,7	88,1

Die Position umfasst im Wesentlichen die Erträge aus dem Kundengeschäft mit Devisen und Zins-sicherungsgeschäften und das Bewertungsergebnis von Swapgeschäften zur bankeigenen Zinsbuchsteuerung. Zu dem deutlichen Anstieg um 3,7 Mio. Euro auf 7,9 Mio. Euro trug unter anderem das Derivategeschäft mit Firmenkunden bei, das im Vorjahresvergleich durch gezielte Kundenansprache und individuelle Beratung deutlich gesteigert werden konnte.

Darüber hinaus entfielen 4,5 Mio. Euro des Jahresergebnisses (Vorjahr 2,8 Mio. Euro) auf die Bewertung von Zinsswaps im Rahmen des **Hedge Accounting**. Diesen Erträgen stehen Belastungen in Höhe von –5,3 Mio. Euro (Vorjahr –3,2 Mio. Euro) aus der Amortisation von Marktwertanpassungen bei Grundgeschäften gegenüber, die nach den Regelungen der IFRS als Zinsaufwand ausgewiesen werden. Per saldo ergab sich damit aus dem Hedge Accounting im Jahr 2015 ein Ergebniseffekt von –0,8 Mio. Euro (Vorjahr –0,4 Mio. Euro).

 siehe Glossar Seite 179

Verwaltungsaufwand

Mio. Euro	2015	2014	Veränderungen	Veränderungen (%)
Laufender Personalaufwand	143,7	153,5	– 9,8	– 6,4
Sachaufwand	83,5	84,4	– 0,9	– 1,1
Verwaltungsaufwand	227,2	237,9	– 10,7	– 4,5
Mitarbeiter (Anzahl) per 31. Dezember ¹	2.236	2.311	– 75	– 3,2
Mitarbeiterkapazität per 31. Dezember	1.801	1.897	– 96	– 5,1
Cost-Income-Ratio in %	72,9	78,2	k. A.	k. A.

¹ Der Kreis der ausgewerteten Mitarbeiter schließt Auszubildende und seit 2015 auch Aushilfen und Praktikanten nicht mit ein. Um die Vergleichbarkeit zu wahren, wurden die Vorjahreszahlen an den Definitionskreis des Berichtsjahres angepasst.

Die OLB hat die Kostenentwicklung ganzjährig konsequent gesteuert. Die Verwaltungsaufwendungen konnten von 237,9 Mio. Euro im Vorjahr deutlich um 10,7 Mio. Euro auf 227,2 Mio. Euro im abgelaufenen Geschäftsjahr gesenkt werden. Damit lagen die Kostensenkungen über Plan. Neben der Entlastung gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 3,6 Mio. Euro durch den Verkauf der MLB trugen bei den Personalkosten Effizienzsteigerungen aus dem 2014 gestarteten Modernisierungsprogramm des Privatkundengeschäfts sowie eine Überprüfung und Anpassung der Höhe der variablen Vergütungselemente bei. Die Anzahl der Mitarbeiter sank im abgelaufenen Geschäftsjahr um 75 auf 2.236. Gestiegene Belastungen wie u. a. durch eine deutlich erhöhte Bankenabgabe, höhere Aufwendungen für die Einlagensicherung und Tarifierhöhungen im Personalbereich konnten insgesamt mehr als kompensiert werden. Als Folge verbesserte sich die Cost-Income-Ratio von 78,2 % im Vorjahr erwartungsgemäß deutlich auf 72,9 % im laufenden Jahr.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Eine anhaltend stabile konjunkturelle Entwicklung sorgte auch 2015 in der Breite des Kundenkreditportfolios für eine günstige Entwicklung. Die zu verzeichnende Nettobelastung in Höhe von 36,3 Mio. Euro (Vorjahr 39,0 Mio. Euro) ist im Wesentlichen auf das Firmenkundenportfolio und besondere Entwicklungen auf Einzelmärkten sowie auch weiterhin im Bereich der Schifffahrtsbranche zurückzuführen. Insgesamt lag die Risikovorsorgeentwicklung 6,9 % unterhalb des Vorjahres und entwickelte sich deutlich besser, als in der bewusst konservativen Planung für das Geschäftsjahr veranschlagt worden war.

Ergebnis aus Finanzanlagen

Aus Umschichtungen im Rahmen der Steuerung der Liquiditätsreserve resultierte ein Ergebnis von 4,0 Mio. Euro, das sich gegenüber dem Vorjahr (2,6 Mio. Euro) deutlich verbesserte.

Ergebnis aus Restrukturierung

Zur Steigerung der Kundenorientierung und Verbesserung der Profitabilität plant die Bank im Rahmen ihres strategischen Zukunftsprogramms „OLB 2019“ eine Forcierung der durchgängigen Digitalisierung und die schrittweise Einführung von Online-Produkten und -Beratungselementen. Das Filialnetz wird im Zuge dieser Entwicklung weiter angepasst. Insgesamt soll die Komplexität in den Abläufen der Bank reduziert werden, um bedürfnisorientiert mit einfachen, verständlichen Produkten und schnellen Prozessen Kunden zu begeistern. Der Abbau von Komplexität wird zu einem geringeren Personalbedarf führen. Der Mitarbeiterabbau soll mittels geeigneter Instrumente sozialverträglich umgesetzt werden, die im Wesentlichen zu dem bereits im Geschäftsjahr 2015 verbuchten Restrukturierungsaufwand von saldiert 7,0 Mio. Euro führen.

Segmentergebnisse

Die Steuerung und Berichterstattung der OLB basiert auf drei strategischen Geschäftsfeldern entlang der Kernzielgruppen „Privat- und Geschäftskunden“, „Private Banking & Freie Berufe“ sowie „Firmenkunden“. Die Geschäftsfelder bilden die Basis für die Segmentberichterstattung.

In der Sparte „Betrieb und Steuerung“ werden Personal- und Sachkosten von zentralen Betriebs-, Steuerungs- und Stabsfunktionen ausgewiesen. In den Betriebsbereichen werden Marktfolge- und Abwicklungsleistungen zentral für die drei strategischen Geschäftsfelder erbracht. In den Steuerungs- und Stabsbereichen wird die Lenkung und Verwaltung der Bank verantwortet. Im laufenden Jahr hat die Bank ihre Kostenverrechnung erweitert. Die Kosten zentraler Einheiten, die für die Erbringung der Leistungen im operativen Geschäft entstehen, werden als „Kostenverrechnung Betrieb“ auf die strategischen Geschäftsfelder verursachungsgerecht umgelegt. Der Vorjahresausweis wurde entsprechend angepasst.

Die Sparte „Nicht berichtspflichtige Segmente“ fasst die Ergebnisbeiträge aus den von der Bank gehaltenen Spezialfonds, dem Abbauportfolio Schiffe sowie dem fortgeführten Geschäft der ehemaligen Allianz Bank zusammen.

	1.1. – 31.12.2015					OLB-Konzern Gesamt
	Privat- und Geschäfts- kunden	Private Banking & Freie Berufe	Firmen- kunden	Zentrale und Sonstiges Betrieb und Steuerung	nicht berichts- pflichtige Segmente	
Mio. Euro						
Zinsüberschuss	84,1	26,6	111,9	—	16,5	239,1
Provisionsüberschuss und Sonstige Erträge	31,7	20,4	16,4	—	7,1	75,6
Laufende Erträge	115,8	47,0	128,3	—	23,6	314,7
Laufender Personalaufwand	43,5	13,0	17,4	61,9	7,9	143,7
Sachaufwand und Sonstige Aufwendungen	18,1	2,5	2,8	54,4	7,8	85,6
Kostenverrechnung Betrieb	36,8	10,6	23,1	-71,2	0,7	—
Laufende Aufwendungen	98,4	26,1	43,3	45,1	16,4	229,3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1,8	0,1	20,4	—	14,0	36,3
Ergebnis aus Restrukturierung	—	—	—	—	-7,0	-7,0
Operatives Ergebnis	15,6	20,8	64,6	-45,1	-13,8	42,1
Ergebnis aus Finanzanlagen	—	—	—	—	4,0	4,0
Segmentergebnis	15,6	20,8	64,6	-45,1	-9,8	46,1
Segmentvermögen in Mrd. Euro	3,8	0,9	5,0	—	3,9	13,6
Segmentschulden in Mrd. Euro	2,5	1,6	1,9	—	7,0	13,0
Cost-Income-Ratio in %	85,0	55,5	33,7	—	69,5	72,9
Risikokapital (Durchschnitt) ¹	41,1	14,8	203,5	—	221,2	471,6
Risikoaktiva (Durchschnitt)	743,9	285,2	3.052,0	—	1.555,9	5.637,0

¹ Gesamtsumme Konzern < Summe der Segmente, da das Risikokapital aufgrund von Diversifizierungseffekten nicht additiv ist.

Mio. Euro	1.1. – 31.12.2014					
	Privat- und Geschäftskunden	Private Banking & Freie Berufe	Firmenkunden	Zentrale und Sonstiges		OLB-Konzern Gesamt
				Betrieb und Steuerung	nicht berichtspflichtige Segmente	
Zinsüberschuss	85,3	26,8	116,1	—	9,0	237,2
Provisionsüberschuss und Sonstige Erträge	32,3	19,2	16,0	—	8,0	75,5
Laufende Erträge	117,6	46,0	132,1	—	17,0	312,7
Laufender Personalaufwand	46,4	12,8	16,2	62,3	15,8	153,5
Sachaufwand und Sonstige Aufwendungen	18,8	3,3	2,8	52,0	14,2	91,1
Kostenverrechnung Betrieb	35,3	10,6	23,3	–69,8	0,6	—
Laufende Aufwendungen	100,5	26,7	42,3	44,5	30,6	244,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2,4	–0,1	14,5	—	22,2	39,0
Ergebnis aus Restrukturierung ¹	—	—	—	—	3,0	3,0
Operatives Ergebnis	14,7	19,4	75,3	–44,5	–32,8	32,1
Ergebnis aus Finanzanlagen	—	—	—	—	2,6	2,6
Segmentergebnis	14,7	19,4	75,3	–44,5	–30,2	34,7
Segmentvermögen in Mrd. Euro	3,8	0,8	5,1	—	4,4	14,1
Segmentsschulden in Mrd. Euro	2,3	1,1	2,3	—	7,8	13,5
Cost-Income-Ratio in %	85,5	58,0	32,0	—	180,0	78,2
Risikokapital (Durchschnitt) ²	45,9	13,5	251,9	—	204,9	484,8
Risikoaktiva (Durchschnitt)	812,8	236,6	3.018,2	—	1.829,5	5.897,1

¹ Nettoauflösung von Restrukturierungsrückstellungen im Jahr 2014

² Gesamtsumme Konzern < Summe der Segmente, da das Risikokapital aufgrund von Diversifizierungseffekten nicht additiv ist.

Die Wirkung der anhaltenden Niedrigzinsphase beeinflusste die Ergebnisentwicklung in allen drei strategischen Geschäftsfeldern. Der Zinsüberschuss zeigte in allen Segmenten einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Das Segment Firmenkunden stand dabei im Einlagengeschäft aufgrund einer rückläufigen Margenentwicklung insbesondere für großvolumige befristete Einlagen unter besonderem Druck. Die Sonderausschüttung aus einer Beteiligung wird unter den nicht berichtspflichtigen Segmenten ausgewiesen und führte hier zu einem deutlichen Anstieg des Zinsüberschusses. Der Provisionsüberschuss und die sonstigen Erträge, die im Wesentlichen aus dem Kundenhandel mit Devisen und Derivaten stammen, konnten in den strategischen Geschäftsfeldern insgesamt gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden. Als Treiber dieser Entwicklung erwies sich zum einen das erfolgreiche Wertpapiergeschäft im Segment Private Banking & Freie Berufe. Hier wirkte sich u. a. der kontinuierliche

Ausbau des Mandatsgeschäfts aus. Im Firmenkundengeschäft konnten zum anderen die sonstigen Erträge durch gezielte Ansprache und individuelle Beratung der Kunden insbesondere hinsichtlich des Einsatzes von Zinssicherungsinstrumenten gesteigert werden. Zusammenfassend liegt die Entwicklung der laufenden Erträge insbesondere aufgrund der rückläufigen Entwicklung des Zinsniveaus und einer ausgebliebenen Steigerung des Kreditvolumens unter der Prognose des Vorjahres.

Auf der Kostenseite zeigten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr die ersten Erfolge des Umbaus und der Modernisierung des Privatkundengeschäfts. Im Segment Privat- und Geschäftskunden konnten die direkten Personal- und Sachkosten des Segments erwartungsgemäß gegenüber dem Vorjahr deutlich um 2,1 Mio. Euro auf 98,4 Mio. Euro gesenkt werden. Weitere Kostenentlastungen aus dem Verkauf der Münstlerländische Bank Thie & Co. KG, aus der Überprüfung und Anpassung der Höhe variabler Vergütungselemente und dem Wegfall einer im Jahr 2014 ausgewiesenen Sonderbelastung aus Rückstellungen im Zusammenhang mit einer neuen Rechtsprechung zum Verbraucherschutz führten zu einem starken Rückgang der unter „nicht berichtspflichtige Segmente“ ausgewiesenen laufenden Aufwendungen. Die Gesamtentwicklung der laufenden Aufwendungen fiel damit insgesamt gegenüber der ursprünglichen Planung leicht besser aus. Die Cost-Income-Ratio sank in den Geschäftsfeldern Privat- und Geschäftskunden sowie Private Banking & Freie Berufe, wohingegen sie sich im Firmenkundengeschäft im Wesentlichen aufgrund des Rückgangs der laufenden Erträge auf 33,7% erhöhte.

Während die Entwicklung der Risikovorsorge auf Ebene der Gesamtbank insgesamt rückläufig war, zeigte die Entwicklung in den Segmenten differenzierte Verläufe. Die Risikolage in den strategischen Geschäftsfeldern „Privat- und Geschäftskunden“ und „Private Banking & Freie Berufe“ profitierte deutlich vom Niedrigzinsniveau und einer guten Arbeitsmarktentwicklung, sodass im abgelaufenen Geschäftsjahr in diesen Geschäftsfeldern eine anhaltend geringe Nettobelastung aufgrund von Risikovorsorge zu verzeichnen war. Das Geschäftsfeld „Firmenkunden“ profitierte 2014 von einer außergewöhnlich günstigen Entwicklung im mittelständischen Firmenkundenkreditportfolio, die sich im laufenden Geschäftsjahr nicht wiederholte. Die Belastung des Segmentergebnisses „Firmenkunden“ erhöhte sich entsprechend. Hingegen zeigte sich im Bereich „nicht berichtspflichtige Segmente“ eine gegenüber Vorjahr deutlich günstigere Entwicklung der Risikovorsorge im Abbauportfolio Schiffe.

Insgesamt konnten die Segmente „Privat- und Geschäftskunden“ und „Private Banking & Freie Berufe“ ihre Ergebnisse gegenüber dem Vorjahr um 6% auf 15,6 Mio. Euro bzw. um 7% auf 20,8 Mio. Euro ausbauen. Das Ergebnis des Geschäftsfelds „Firmenkunden“ verzeichnete aufgrund des Margendruckes im Einlagengeschäft und einer gegenüber dem Vorjahr ungünstigeren Entwicklung der Risikovorsorge einen Rückgang des Segmentergebnisses um 10,7 Mio. Euro auf 64,6 Mio. Euro.

Ergebnis / Steuern

Für 2015 betrug das Ergebnis vor Steuern 46,1 Mio. Euro und lag damit entsprechend der letztjährigen Prognose deutlich über dem Vorjahresergebnis von 34,7 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung einer Steuerbelastung von 14,3 Mio. Euro ergab sich damit ein Nachsteuerergebnis von 31,8 Mio. Euro (Vorjahr: 24,9 Mio. Euro).

Vermögens- und Finanzlage des Konzerns

Kreditvolumen

Die OLB konnte das Kundenkreditvolumen mit 10,2 Mrd. Euro nahezu auf dem hohen Niveau des Jahresanfangs (10,3 Mrd. Euro) halten. Dabei legte die Bank in ihrer Geschäftssteuerung unverändert starken Fokus auf die Durchsetzung ihrer Margenerfordernisse und auf die Verbesserung der Risikostruktur des Portfolios. Durch gezielt an Privatkunden gerichtete Angebote im Bereich der Immobilienfinanzierung und Konsumentenkredite konnte die OLB das Neugeschäft erfolgreich gestalten. Insbesondere im Bereich der privaten Baufinanzierung war eine anhaltend hohe Nachfrage zu verzeichnen. Im Firmenkundengeschäft belebte sich das Neugeschäft nach einem schwächeren ersten Halbjahr in der zweiten Jahreshälfte deutlich.

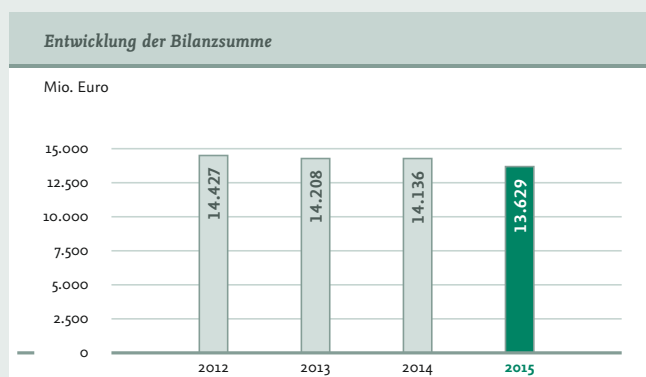
Mio. Euro	2015	2014	Veränderungen	Veränderungen (%)
Kundenkredite Inland	10.325,3	10.448,7	- 123,4	- 1,2
Kundenkredite Ausland	76,1	67,6	8,5	12,6
Kreditvolumen (brutto)	10.401,4	10.516,3	- 114,9	- 1,1
abzüglich Risikovorsorge	209,6	215,9	- 6,3	- 2,9
Kreditvolumen (netto)	10.191,8	10.300,4	- 108,6	- 1,1

Liquidität

Die Liquiditätsausstattung der Bank ist angemessen. Sie orientiert sich an dem Ziel, auch bei einer plötzlichen krisenhaften Zuspitzung an den Finanzmärkten die Zahlungsfähigkeit der OLB zu gewährleisten. Dazu unterhält die Bank konservative Sicherheitspuffer und refinanziert das Kreditgeschäft überwiegend durch ihr Einlagengeschäft. Im Ergebnis lag die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennziffer am Bilanzstichtag bei 1,25 (Vorjahr: 1,74) und damit erneut deutlich über dem aufsichtsrechtlichen Mindestwert von 1,0. Auch bei der zweiten aufsichtsrechtlich relevanten Liquiditätsgröße, der Liquidity Coverage Ratio (LCR), lag der Wert am Jahresende mit 138% (Vorjahr: 244%, jeweils auf Ebene der OLB AG) deutlich über dem regulatorischen Schwellenwert von 60%.

Finanzanlagen

Die OLB unterhält ein Finanzanlagenportfolio von rund 2,8 Mrd. Euro, das im Wesentlichen der Liquiditätsreserve dient und überwiegend aus Pfandbriefen und staatlichen Schuldverschreibungen sehr guter Bonität besteht (Vorjahr: 2,9 Mrd. Euro).



Fremde Gelder

Mio. Euro	2015	2014	Veränderungen	Veränderungen (%)
Kundengelder	7.375,0	7.957,9	- 582,9	- 7,3
täglich fällig	4.615,7	4.219,2	396,5	9,4
befristet	890,7	1.478,2	- 587,5	- 39,7
Spareinlagen	1.868,6	2.260,5	- 391,9	- 17,3
Bankengelder	4.519,8	4.231,5	288,3	6,8
täglich fällig	52,4	60,7	- 8,3	- 13,7
befristet	4.467,4	4.170,8	296,6	7,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	395,4	512,5	- 117,1	- 22,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	250,8	220,9	29,9	13,5
Fremde Gelder insgesamt	12.541,0	12.922,8	- 381,8	- 3,0

Entgegen den Erwartungen im Vorjahr war im Einlagengeschäft ein Rückgang zu verzeichnen, der im Wesentlichen durch großvolumige Einzeldispositionen im Firmenkundengeschäft verursacht wurde. Im Bereich der Einlagen von Privatkunden im Regionalbankgeschäft ist gegenüber dem Vorjahr ein weiteres Wachstum zu verzeichnen. Dadurch konnte der Abfluss von Einlagen aufgrund fälliger Sparverträge von Kunden der ehemaligen Allianz Bank weitgehend kompensiert werden.

 siehe Grafik Seite 058

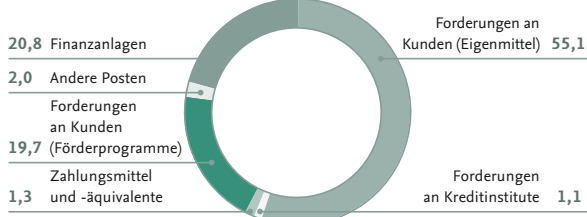
Bilanzielles Eigenkapital

Die Bank hat ihre Kapitalbasis im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter gestärkt. Insgesamt stieg das Eigenkapital zum Ende des Geschäftsjahrs auf 640,8 Mio. Euro nach 614,7 Mio. Euro im Vorjahr. Das deutlich verbesserte Ergebnis und die vor dem Hintergrund der steigenden Kapitalanforderungen getroffene Entscheidung zur Thesaurierung eines Teils der Vorjahresgewinne trugen im Wesentlichen zu dieser Entwicklung bei. Im kumulierten sonstigen Ergebnis werden die Bewertungsergebnisse aus Finanzanlagen und Pensionsrückstellungen erfasst, die sich im Jahr 2015 nahezu vollständig ausglich.

Die Eigenkapitalrendite vor Steuern stieg entsprechend der Prognose deutlich an und lag mit 7,3 % um 1,6 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert (5,7 %).

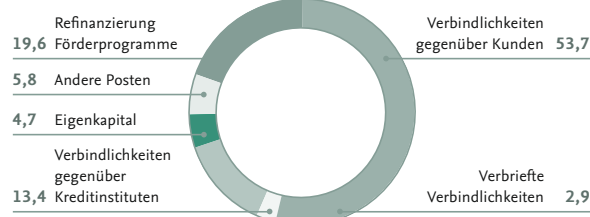
Bilanzstruktur Aktiva

in %



Bilanzstruktur Passiva

in %



Aufsichtsrechtliches Kapital (§ 10 KWG i. V. m. Art. 25 bis 88 CRR)

Das aufsichtsrechtliche Kapital wird im Wesentlichen aus dem bilanziellen Eigenkapital unter Berücksichtigung von regulatorisch vorgeschriebenen Zu- und Abschlägen abgeleitet. Durch die Anwachsung der W. Fortmann & Söhne KG auf die Oldenburgische Landesbank AG und die rechtswirksame Veräußerung der Münsterländische Bank Thie & Co. KG rückwirkend zum 1. Januar 2015 entfiel die aufsichtsrechtliche Kapitalmeldung auf Gruppenebene nach IFRS. Zum Bilanzstichtag erfolgte die aufsichtsrechtliche Ermittlung der Kapitalquoten gemäß § 10 KWG auf Einzelinstitutsebene der OLB AG in der Rechnungslegung nach HGB. Als Vorjahreswert wurden die vergleichbaren Kapitalquoten zum 31. Dezember 2014 herangezogen, die um jeweils 0,5 Prozentpunkte (absolut) über den im Jahresabschluss 2014 ausgewiesenen Werten gem. § 10a KWG lagen.

Mio. Euro	2015	2014	Veränderungen	Veränderungen (%)
Kernkapital	596,2	584,4	11,8	2,0
Ergänzungskapital	174,9	169,4	5,5	3,2
Eigenmittel	771,1	753,8	17,3	2,3
Risikoaktiva Adressrisiken	4.989,7	5.076,5	-86,8	-1,7
Risikoaktiva Marktrisiken	23,4	26,0	-2,6	-10,0
Risikoaktiva Operationelle Risiken	530,8	548,6	-17,8	-3,2
Risikoaktiva	5.543,9	5.651,1	-107,2	-1,9

%	2015	2014
Kernkapitalquote	10,8	10,3
Gesamtkapitalquote	13,9	13,3

Kundeneinlagen und OLB-Schuldverschreibungen

Mio. Euro



■ Verbriefte Verbindlichkeiten ■ Spareinlagen □ befristet □ täglich fällig

Das Kernkapital betrug auf Basis des festgestellten Jahresabschlusses zum Jahresende 596,2 Mio. Euro (Vorjahr: 584,4 Mio. Euro). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Thesaurierung von 14,2 Mio. Euro aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres zurückzuführen. Gegenläufig wirkte die erhöhte Anrechnung eines regulatorischen Abschlagpostens. Das Ergänzungskapital, das im Wesentlichen aus nachrangigen Verbindlichkeiten besteht, lag zum Jahresende mit 174,9 Mio. Euro leicht über dem Niveau des Vorjahres (169,4 Mio. Euro). Die Risikoaktiva entwickelten sich gegenüber dem Vorjahr (5,7 Mrd. Euro) leicht rückläufig auf 5,5 Mrd. Euro.

Insgesamt verbesserte sich die Kernkapitalquote deutlich auf 10,8 % (Vorjahr: 10,3 %). Die für 2019 durch **Basel III** vorgegebene Mindestkernkapitalquote von 8,5 % wurde bereits erfüllt. Die OLB ist damit auch für den Fall möglicher Verschärfungen der regulatorischen Kapitalanforderungen gut aufgestellt. Die Gesamtkapitalquote betrug 13,9 % und lag ebenfalls über dem Vorjahreswert von 13,3 %. Mit der Stärkung ihres Eigenkapitals legte die Bank eine gute Basis, um auch künftig Wachstumsinvestitionen der Privat- und Firmenkunden in der Region eng begleiten zu können. Die OLB wird daher der Hauptversammlung am 11. Mai 2016 vorschlagen, die Kapitalbasis der Bank durch eine Zuführung von 13,0 Mio. Euro zu den Gewinnrücklagen zu stärken. Auf dieser Basis erwartet die Bank trotz einer geplanten Zunahme des Kreditvolumens eine stabile Kernkapitalquote.

 siehe Glossar Seite 178

Zusammenfassende Gesamtaussage

Die OLB konnte 2015 unter anspruchsvollen Rahmenbedingungen eine insgesamt gute Geschäftsentwicklung erzielen. Die Ertragslage im operativen Geschäft hat sich zwar trotz eines weiterhin soliden Kundengeschäfts aufgrund des verschärften Niedrigzinsniveaus gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. Diesem Trend hat die Bank auf der Kostenseite aber konsequent gegengesteuert. Die positiven Ergebniseffekte einer Sonderausschüttung aus einer Beteiligung und eines gegenüber Vorjahr rückläufigen Risikovorsorgebedarfs haben die Belastungen aus der Bildung von Rückstellungen für das strategische Zukunftsprogramm „OLB 2019“ mehr als ausgeglichen. Die Kapitalausstattung der Bank wurde weiter gestärkt, die Liquiditätsausstattung ist unverändert angemessen. In der Zusammenschau war der Geschäftsverlauf im Berichtsjahr 2015 günstig. Die OLB konnte das Ergebnis nach Steuern gegenüber dem Vorjahr um 27,7 % auf 31,8 Mio. Euro steigern. Die Cost-Income-Ratio verbesserte sich signifikant auf 72,9 % und die Eigenkapitalrendite stieg auf 7,3 %. Damit zeigt das Gesamtergebnis die prognostizierte deutliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Berichterstattung über die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der OLB ist in die folgende Darstellung der Prognose zum Geschäftsverlauf und der Lage des Konzerns integriert. Ergänzend finden sich im Konzernrisikobericht des Lageberichts weitere Angaben zum Risikomanagementsystem, einzelnen Risiken und zur Risikolage.

Die Geschäftsentwicklung für das Geschäftsjahr 2016 wird im Wesentlichen von folgenden Einflussfaktoren und den daraus resultierenden Chancen und Risiken beeinflusst:

Auf Basis der Prognosen deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute geht die OLB für 2016 von einem Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,7 % in Deutschland aus. Grundsätzlich erwartet die Bank einen Gleichlauf der regionalen konjunkturellen Entwicklung im Nordwesten. Mit Blick auf den Arbeitsmarkt wird mit einer Fortdauer der günstigen Situation mit einer niedrigen Arbeitslosenquote und einer hohen Anzahl von Beschäftigten gerechnet. Die Prognoserechnung basiert damit auf der grundsätzlichen Erwartung eines stabilen Umfelds für die Entwicklung des Kreditgeschäfts. Risiken aus der wirtschaftlichen Entwicklung bestehen hinsichtlich der Entwicklung relevanter Einzelmärkte, die neben der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung von spezifischen Struktur- oder Branchenproblemen beeinflusst werden. Dies betrifft neben der Schifffahrtsbranche auch spezielle Bereiche der Landwirtschaft, wo z. B. niedrige Erzeugerpreise für Milch und Schweinefleisch die Betriebe vor Herausforderungen stellen. Im Bereich der Erneuerbaren Energien sieht die Bank aufgrund des besonderen Standortvorteils im Nordwesten weiterhin Ausbaupotenzial und damit Chancen für die weitere Begleitung der Entwicklung und Finanzierung von Windkraftprojekten.

Aufgrund ihrer massiven Eingriffe in die Finanzmärkte ist die weitere Entwicklung des Zinsniveaus im Wesentlichen von der Politik der EZB abhängig. Diese hat durch die weitere Senkung des Zinssatzes für bei ihr unterhaltene Guthaben auf $-0,3\%$ und die Verlängerung des Ankaufprogramms für Schuldverschreibungen bis März 2017 die Rahmenbedingungen für ein weiteres Anhalten der gegenwärtigen Niedrigzinsphase gesetzt. Die OLB erwartet daher, dass der Zinsüberschuss 2016 durch das Auslaufen höher verzinsten Kredite unter Druck bleibt. Fällige Refinanzierungen auf der Passiv-Seite der Bilanz, die durch niedrig verzinsten Mittel ersetzt werden können, kompensieren diese Belastungen teilweise. Bei der aktuellen Bilanzstruktur der Bank würde ein weiteres deutliches Absinken des Zinsniveaus den Ergebnisdruck verschärfen. Dieses Risiko würde sich zusätzlich über die Bewertung der langfristigen Pensionsverbindlichkeiten im IFRS-Konzernabschluss direkt im Eigenkapital niederschlagen. Korrespondierend dazu besteht die Chance der Bank bei einem Zinsanstieg darin, Positionen variabel verzinsten Kredite und Wertpapiere sowie aufgrund geringerer Belastungen durch Pensionsrückstellungen zu profitieren.

Die OLB ist wenig anfällig für Störungen an den Geld- und Kapitalmärkten, welche die Beschaffung von Liquidität erschweren oder lediglich zu hohen Zinsaufschlägen erlauben würden, da sie aufgrund des soliden Einlagengeschäftes ihr eigenes Kreditgeschäft weitgehend selbst refinanziert. Potenzielle Marktengpässe können aufgrund der mit ausreichend bemessenen Sicherheitspuffern ausgestatteten Liquiditätsreserve überbrückt werden. Mit Blick auf das Jahr 2016 werden somit keine wesentlichen Risiken aus einer unvorhergesehenen Zuspitzung an den Geld- und Kapitalmärkten gesehen. Die OLB erwartet, auch im kommenden Jahr bei der LCR über den gesetzlichen Mindestquoten zu liegen. Strukturell wird es für Banken – insbesondere aufgrund geänderter Anrechnungsvorschriften bei der Investorengruppe der Versicherungen – schwieriger, liquide Mittel einzuwerben, die langfristig zur Verfügung stehen. Dies könnte den Ersatz auslaufender Nachrangmittel von Banken erschweren und Auswirkungen auf die Gesamtkapitalquote und langfristige Liquiditätskennzahlen haben.

Der durch regulatorische Vorschriften gesteckte Rahmen für die Geschäftstätigkeiten von Banken ist in den letzten Jahren stetig enger geworden. Dieser Trend hält auch im kommenden Geschäftsjahr an. So verschärft die EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie die Anforderungen an entsprechende Kreditverträge und die Baufinanzierungsberatung. Zudem werden Frühwarnsysteme und Beratungspflichten für Dispositionskredite obligatorisch. In diesem Zusammenhang besteht das Risiko, dass im Namen des Verbraucherschutzes weitere einseitig den Bankensektor belastende Urteile ergehen. Hinsichtlich aktuell laufender Prozesse sieht die Bank über die im Einzelfall getroffene Vorsorge hinaus keine erhöhten Risiken. Weitere Auswirkungen aus dem Bereich Regulatorik erwartet die Bank durch die 2016 startende europäische Vereinheitlichung des bankaufsichtlichen Überwachungsprozesses (SREP – Supervisory Review and Evaluation Process). In der Erwartung der Branche wird dieser Prozess zu zusätzlichen Kapitalanforderungen für die beaufsichtigten Institute führen. Neben den Kosten der Implementierung besteht das Risiko, dass bestehende Leistungsangebote der Bank u. a. wegen der Anforderung einer erhöhten Eigenkapitalunterlegung deutlich in ihrer Rentabilität eingeschränkt werden.

Im Weser-Ems-Raum als dem traditionellen Geschäftsgebiet der Bank verfügen rund 130 Kreditinstitute über ein flächendeckendes Filialnetz von ca. 1.000 Vertriebsstellen. Hauptwettbewerber der OLB sind die Sparkassen, die Volksbanken sowie im Firmenkundengeschäft auch die privaten Groß- und Landesbanken. Neben dem filialorientierten regionalen Wettbewerb gewinnt zunehmend der Multi-Kanal- und Online-Vertrieb an Bedeutung. Von dieser Entwicklung werden auch überregional tätige Wettbewerber – insbesondere Direktbanken – begünstigt, die mit einem hohen Automatisierungsgrad und aggressiver Konditionsgestaltung das traditionelle Filialbankgeschäft vor Herausforderungen stellen. Insgesamt ist der Wettbewerb geprägt von einer hohen Intensität, einer beginnenden Straffung der Filialnetze, anhaltendem Margendruck und nur limitierten Spielräumen in der Preisgestaltung. Die zunehmende Digitalisierung der Geschäftsprozesse ermöglicht es den Banken auf der anderen Seite, Prozesse effizienter zu organisieren, kostengünstiger abzuwickeln und Kunden mit einfachen, intuitiven Dienstleistungen zu binden.

Das Kundenverhalten im Bankgeschäft durchläuft einen tiefgreifenden Paradigmenwechsel, wie dieser auch in anderen Wirtschaftszweigen zu beobachten ist. Private Verbraucher ebenso wie Entscheider in Unternehmen nutzen verbreitet das Internet, um Konditionen zu vergleichen. Die Preissensitivität der Kunden steigt, gleichzeitig nimmt die Kundenloyalität tendenziell ab. Einfache, intuitiv gestaltete Kundenprozesse und schnelle Abwicklung werden – geprägt durch die Kundenerfahrungen aus Handel und Dienstleistungsbranchen – zunehmend zu einer als selbstverständlich erwarteten Leistung. Angesichts eines kaum überschaubaren Informationsangebots im Internet und einer weiterhin nur eingeschränkten Befassung weiter Teile der Bevölkerung mit finanziellen Zusammenhängen behält die persönliche Beratung aber insbesondere bei komplexen Produkten weiterhin eine hohe Bedeutung und bietet die Chance, sich positiv vom Wettbewerb abzuheben.

Den herausfordernden Rahmenbedingungen stellt sich die OLB aktiv mit ihrem strategischen Zukunftsprogramm „OLB 2019“. Die Bank entwickelt sich mit ihren Kunden, um auch langfristig die kundenorientierte, kompetente, moderne und profitable Regionalbank des Nordwestens zu sein. Bei ihrer Wachstumsinitiative hat die Bank insbesondere die Firmenkunden sowie Private Banking-Kunden im Blick, da hier die Beratung von hoher Bedeutung ist. Durch den systematischen Einsatz von Spezialisten werden diese Kunden noch stärker profitieren. Die vielschichtige Beratungsleistung wird gemäß den Kundenwünschen unabhängig von Standorten und Öffnungszeiten angeboten. Darüber hinaus setzt die OLB auf ein erhöhtes Tempo bei der durchgängigen Digitalisierung und wird zunehmend Produkte und Beratungselemente auch online zur Verfügung stellen. Das Filialnetz wird die Bank weiter anpassen und in den Filialen das Angebot stärker differenzieren. Insgesamt wird die Komplexität in den Abläufen reduziert, um bedürfnisorientiert mit einfachen, verständlichen Produkten und schnellen Prozessen Kunden und Neukunden zu begeistern.

Auf dieser Basis plant die OLB für 2016 im operativen Geschäft ein moderates Wachstum des Zins- und Provisionsüberschusses. Getragen wird diese Prognose durch eine erwartete deutliche Steigerung des Kreditvolumens bei einer anhaltend weitgehenden Refinanzierung durch wachsende Kundeneinlagen. Im Provisionsgeschäft wird weiterhin die Vermögensverwaltung als Treiber bei der Belebung des Wertpapiergeschäftes gesehen. Da die Ausschüttung aus einer Beteiligung an einem Finanzdienstleister einen Sonderertrag im Jahr 2015 darstellte, wird grundsätzlich ein insgesamt leichter Rückgang der laufenden Erträge erwartet. Allerdings bestehen weiterhin konkrete Chancen für eine Verbesserung der Gesamtertragslage durch zusätzliche Erträge aus dem Beteiligungsportfolio der Bank. Da aber Anfall und Höhe der Erträge nicht durch die OLB gesteuert werden können, sind diese nicht in die Planung mit eingeflossen.

Der Abbau von Komplexität im Rahmen des Zukunftsprogramms „OLB 2019“ führt zu einem geringeren Personalbedarf. Gemäß Planung werden bis 2019 rund 15 % der Stellen im Vergleich zur Jahresmitte 2015 abgebaut. Durch die Umsetzung dieses Programmes erwartet die Bank die Kosten auch im kommenden Geschäftsjahr stabil halten zu können, trotz notwendiger Investitionen in die Digitalisierung der Kunden- und Geschäftsprozesse. Insgesamt resultiert aus der erwarteten Entwicklung der Erträge und Aufwendungen eine geringfügige Verschlechterung der geplanten Cost-Income-Ratio für 2016.

Die Risikovorsorgeplanung basiert auf der Erwartung, dass sich die günstige Entwicklung in der Breite des Kreditportfolios 2016 nicht wiederholt, sondern auf das statistisch erwartete Niveau ansteigt. Darüber hinaus sieht die Planung Puffer für Belastungen aufgrund besonderer Entwicklungen auf Einzelmärkten vor. Auf Basis dieses konservativen Ansatzes berücksichtigt die Planung für 2016 einen deutlichen Anstieg der Risikovorsorge.

Mit Blick auf die Segmententwicklung wird erwartet, dass die drei strategischen Geschäftsfelder denselben maßgeblichen Einflussfaktoren unterliegen und grundsätzlich gleichgerichtete Entwicklungen aufweisen werden. Gute Wachstumschancen sieht die OLB insbesondere im Firmenkundengeschäft und im Segment Private Banking & Freie Berufe. Die Fortführung der Optimierungsmaßnahmen im Vertrieb wird überwiegend im Segment Privat- und Geschäftskunden zu Kosteneinsparungen und in der Folge zu einer verbesserten Cost-Income-Ratio des Bereichs führen. Weitere Einsparungen werden in den zentralen Bereichen für Betrieb und Steuerung der Bank erwartet.

Die OLB wird der Hauptversammlung am 11. Mai 2016 vorschlagen, die Kapitalbasis der Bank durch eine Zuführung von 13,0 Mio. Euro zu den Gewinnrücklagen zu stärken. Auf dieser Basis erwartet die Bank trotz einer geplanten Zunahme des Kreditvolumens eine stabile Kernkapitalquote.

Für das Geschäftsjahr 2016 plant die OLB mit leicht ansteigenden Erträgen aus dem operativen Geschäft und stabilen Verwaltungsaufwendungen einen wichtigen Schritt im Rahmen des strategischen Zukunftsprogramms „OLB 2019“ zu gehen. Aufgrund einer konservativ geplanten Risikovorsorge und des positiven Sonderertrages aus Beteiligungen im abgelaufenen Geschäftsjahr erwartet die Bank einen leichten Rückgang des Ergebnisses vor Steuern und der Eigenkapitalrendite gegenüber 2015.

Ergänzende Erläuterungen zum Jahresabschluss der Oldenburgische Landesbank AG (HGB)

Ergänzend zur Berichterstattung über den OLB Konzern wird im Folgenden die Entwicklung der Oldenburgische Landesbank AG erläutert.

Der Jahresabschluss der Oldenburgische Landesbank AG wurde nach den Vorschriften des HGB aufgestellt. Daraus resultierten Bewertungsunterschiede zu dem nach IFRS aufgestellten Konzernabschluss. Diese betrafen vor allem Finanzinstrumente, Rückstellungen und latente Steuern.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Gewinn- und Verlustrechnung der Oldenburgische Landesbank AG für das Berichtsjahr mit Vorjahresvergleich:

Mio. Euro	2015	2014	Veränderungen	Veränderungen %
Zinsüberschuss	245,6	236,0	9,6	4,1
Provisionsüberschuss	69,1	68,7	0,4	0,6
Zins- und Provisionsüberschuss	314,7	304,7	10,0	3,3
Nettoergebnis aus dem Handelsbestand	-0,2	-0,8	0,6	-75,0
Personalaufwand	135,0	135,3	-0,3	-0,2
Andere Verwaltungsaufwendungen ¹	89,2	85,1	4,1	4,8
Verwaltungsaufwand	224,2	220,4	3,8	1,7
Saldo sonstiger betrieblicher Erträge (+) und Aufwendungen (-)	-14,8	-17,3	2,5	-14,5
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	75,5	66,2	9,3	14,0
Risikovorsorge	31,3	33,5	-2,2	-6,6
Betriebsergebnis	44,2	32,7	11,5	35,2
Außerordentliches Ergebnis	-9,0	0,2	-9,2	k. A.
Ergebnis aus Finanzanlagen	-0,9	0,6	-1,5	k. A.
Übrige Posten	—	—	—	—
Gewinn vor Steuern	34,3	33,5	0,8	2,4
Steuern	16,0	13,5	2,5	18,5
Jahresüberschuss	18,3	20,0	-1,7	-8,5

¹ Einschließlich Abschreibungen auf Sachanlagen

Die Oldenburgische Landesbank AG hat einen Anteil an der Konzernbilanzsumme von mehr als 98 % und bestimmt damit maßgeblich die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Konzerns. Die Entwicklung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Oldenburgische Landesbank AG steht somit im Einklang mit der für den Konzern beschriebenen Entwicklung.

Neben einer Sonderausschüttung aus einer Beteiligung an einem Finanzdienstleister enthält der Zinsüberschuss im Einzelabschluss der OLB eine Ausschüttung aus den AllianzGI-Fonds in Höhe von 4,0 Mio. Euro (Vorjahr 2,2 Mio. Euro), was zu dem deutlichen Anstieg der Position auf 245,6 Mio. Euro führte (Vorjahr 236,0 Mio. Euro). Hinsichtlich der Entwicklung des Provisionsergebnisses, der Verwaltungsaufwendungen und der Risikovorsorge wird auf die entsprechenden Erläuterungen im Konzernabschluss verwiesen. Die Verwaltungsaufwendungen im Einzelabschluss steigen gegenüber dem Vorjahr um 3,8 Mio. Euro auf 224,2 Mio. Euro. Dieser im Vergleich zur Entwicklung im Konzernabschluss gegenläufige Trend ist zum einen darauf zurückzuführen, dass im aktuellen Geschäftsjahr erstmals die Aufwendungen der Zweigniederlassung W. Fortmann & Söhne enthalten sind. Darüber hinaus werden bestimmte Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen bzw. der Erstattung von Verbrauchssteuern

aus Vorjahren im HGB-Einzelabschluss als sonstiger betrieblicher Ertrag und nicht als Minderung des Sachaufwands ausgewiesen. Weitere Unterschiede resultieren aus der unterschiedlichen Bewertung verschiedener Rückstellungen nach HGB und IFRS. Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen wird auf der Aufwandsseite im Wesentlichen geprägt durch den Aufwand für Pensionsrückstellungen, der sich aus dem laufenden Zinsaufwand und dem Bewertungsergebnis aus der Diskontierung der künftigen Zahlungsströme aus Pensionszusagen ergibt. Aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase stieg dieser Aufwand im vergangenen Jahr deutlich. Sonstige Erträge ergaben sich durch Auflösung von Rückstellungen und Steuererstattungen im Bereich der USt. Insgesamt ging die Belastung von 17,3 Mio. Euro im Vorjahr auf 14,8 Mio. Euro zurück.

Der deutlich höhere Aufwand für Pensionsverpflichtungen ist der wesentliche Grund für den im Vergleich zum IFRS-Konzernergebnis signifikant geringeren Ergebnisanstieg vor Steuern um 0,8 Mio. Euro auf 34,3 Mio. Euro. Die Steuerbelastung stieg aufgrund der steuerlichen Nichtabzugsfähigkeit der Bankenaufgabe und eines Großteils der Zinsbelastung aus Pensionsrückstellungen 2015 auf 16,0 Mio. Euro (Vorjahr 13,5 Mio. Euro). Als Folge sank der Jahresüberschuss von 20,0 Mio. Euro im Vorjahr auf 18,3 Mio. Euro im Jahr 2015. Zusammen mit dem bestehenden Vortrag ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 18,8 Mio. Euro.

Die Stärkung der Kapitalbasis ist die Grundlage für weiteres geschäftliches Wachstum der Bank insbesondere im Kreditgeschäft. Daher wird die Bank den Aktionären auf der Hauptversammlung am 11. Mai 2016 vorschlagen, 5,8 Mio. Euro für die Zahlung einer Bar-Dividende von 0,25 Euro je Stückaktie zu verwenden und weitere 13,0 Mio. Euro den Gewinnrücklagen zuzuführen.

Bilanzentwicklung

Mio. Euro	2015	2014	Veränderungen	Veränderungen %
Barreserve	182	188	-6	-3,2
Forderungen an Kreditinstitute	149	445	-296	-66,5
Forderungen an Kunden	10.163	10.193	-30	-0,3
Wertpapiere	2.813	2.872	-59	-2,1
Sachanlagevermögen	81	82	-1	-1,2
Treuhandvermögen	3	4	-1	-25,0
Sonstige Aktiva	362	261	101	38,7
Summe der Aktiva	13.753	14.045	-292	-2,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.541	4.341	200	4,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.367	7.845	-478	-6,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	696	761	-65	-8,5
Nachrangige Verbindlichkeiten	259	228	31	13,6
Genussrechtskapital	—	—	—	—
Treuhandverbindlichkeiten	3	4	-1	-25,0
Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital und Rücklagen	614	599	15	2,5
Bilanzgewinn	19	20	-1	-5,0
Sonstige Passiva	254	247	7	2,8
Summe der Passiva	13.753	14.045	-292	-2,1

Zur Erläuterung der Entwicklung der Bilanz und der Vermögens- und Finanzlage wird auf die entsprechenden Ausführungen zur Situation des Konzerns verwiesen.

Risikobericht

Aufgrund der weitgehenden Überschneidung der Oldenburgische Landesbank AG als Mutterunternehmen und des OLB Konzerns unterliegt die Geschäftsentwicklung den gleichen Risiken und einheitlichen Risikomanagementprozessen. Für weitere Informationen wird daher auf den Risikobericht verwiesen.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die zukünftige Geschäftsentwicklung der Oldenburgische Landesbank AG unterliegt aufgrund der weitgehenden Überschneidung der Oldenburgische Landesbank AG als Mutterunternehmen und des OLB-Konzerns denselben maßgeblichen Einflussfaktoren. Die OLB erwartet eine gleichgerichtete Entwicklung des operativen Geschäfts für die AG und den Konzern.

Aufgrund der unterschiedlichen Bewertungssystematik für Pensionsverpflichtungen wird bei einer anhaltenden Niedrigzinsphase der Aufwand nach HGB im kommenden Jahr voraussichtlich wiederum deutlich über der Belastung im IFRS-Konzernabschluss liegen. Wesentlicher Treiber ist die gesetzlich vorgeschriebene Abzinsung der HGB-Rückstellungen mit dem 7-jährigen gleitenden Durchschnitt für eine Duration von 15 Jahren, was bei unverändertem Zinsniveau zu rückläufigen Diskontfaktoren und damit einem Anstieg der Pensionsverpflichtungen führt. Darüber hinaus ist dieser Mehraufwand steuerlich nicht berücksichtigungsfähig, da hier die Vorschriften weiterhin eine Bewertung mit einem Zinssatz von 6,0% vorsehen. Der Gesetzgeber hat die resultierende Problematik für alle nach HGB-Standard bilanzierenden Gesellschaften erkannt und aufgenommen. Am 27. Januar 2016 wurde vom Bundeskabinett eine Anpassung von § 253 HGB zur Abzinsung von Pensionsrückstellungen beschlossen. Der durchschnittliche Marktzinssatz bei sonstigen Rückstellungen soll demnach für Altersversorgungsverpflichtungen künftig aus dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre ermittelt werden. Sollte auf Basis des Kabinettsbeschlusses im Jahr 2016 eine entsprechende gesetzliche Regelung in Kraft treten, würde dies zu einer sehr deutlichen Reduzierung des Rückstellungsbedarfs der OLB führen. Ein möglicher positiver Effekt auf den Jahresüberschuss 2016 würde entsprechend dem Gesetzentwurf allerdings einer Ausschüttungssperre unterliegen. Eine Änderung der steuerlichen Bewertungsvorschriften für Pensionsverbindlichkeiten ist mit dem Gesetzentwurf nicht verbunden.

Die weiteren Informationen zur erwarteten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Gesellschaft sowie zu den Annahmen, die der Prognose zugrunde liegen, sind im Prognose-, Chancen- und Risikobericht des OLB-Konzerns enthalten.

Sonstige Pflichtangaben

Zweigniederlassungen

Die OLB bietet ihren Kunden mit 164 Niederlassungen und 39 SB-Filialen an weiteren Standorten einen flächendeckenden Service im Nordwesten Deutschlands.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Gemäß § 271 Abs. 2 HGB ist die Bank ein mit der Allianz SE verbundenes Unternehmen und wird in den Konzernabschluss der Allianz SE einbezogen.

Die Allianz Deutschland AG (AZ D) hält die Mehrheit des Kapitals der Oldenburgische Landesbank AG. Im Bericht über die Beziehungen der Bank zur Allianz Deutschland AG und zu den mit der Allianz Deutschland AG verbundenen Unternehmen beziehungsweise zur Allianz SE und zu den mit der Allianz SE verbundenen Unternehmen hat der Vorstand der Bank gemäß § 312 AktG erklärt:

Nach den Umständen, die dem Institut jeweils zu dem Zeitpunkt bekannt waren, an dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, hat die Bank bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, ist die Bank nicht benachteiligt worden.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag haben nicht vorgelegen.

Vergütungsbericht und Erklärung zur Unternehmensführung gem. § 289a HGB

Der Vergütungsbericht und die Erklärung zur Unternehmensführung gem. § 289a HGB sind Teile des zusammengefassten Lageberichts und sind dem Corporate-Governance-Bericht zu entnehmen. Aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichten wir auf einen Abdruck an dieser Stelle.

Risikobericht

Grundsätze der gesamtbankweiten Risikosteuerung

Grundprinzipien der Risikosteuerung

In der Oldenburgische Landesbank AG (OLB) ist der Grundsatz der Unabhängigkeit zwischen Markt und Marktfolge einerseits sowie der Risikoüberwachung andererseits verankert. In diesem Sinne existiert eine strikte Trennung zwischen aktiver Risikoübernahme durch die Markteinheiten und deren Risikomanagement auf der einen Seite sowie der Risikoüberwachung auf der anderen Seite. Im Kreditgeschäft sowie im Treasury sind Markt und Marktfolge zusätzlich bis auf Vorstandsebene voneinander getrennt.

Bei der Einführung neuer Produkte ist über einen vordefinierten Prozess (Prozess zur Einführung neuer Produkte oder zum Eintritt in neue Märkte „NPNM“) sichergestellt, dass alle betroffenen Funktionen der OLB vor Beginn geplanter neuer Geschäftsaktivitäten an der Risiko- und Ertragsanalyse beteiligt sind.

Verschiedene Gremien unterstützen den Vorstand bei der Vorbereitung von Entscheidungen zum Risikomanagement. Die wichtigste Instanz bildet das Risikokomitee.

Die innerhalb des Unternehmens etablierte Risikoberichterstattung stellt die Einbindung und Information des Vorstandes im Risikomanagementprozess sicher.

Durch geeignete Maßnahmen zur Qualifikation der Mitarbeiter im Risikomanagementprozess ist gewährleistet, dass die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen angemessen sind.

Risikostrategie

Die Risikostrategie wird vom Vorstand der Bank beschlossen und mindestens einmal jährlich überprüft. Das Risikomanagement der Allianz SE (übergeordnetes Finanzkonglomeratsunternehmen) legt konzernweite Standards fest. Speziell für Banken werden eigene Anforderungen durch die Allianz SE formuliert, welche den Banken-Tochtergesellschaften als Empfehlung gegeben werden.

Die Risikostrategie leitet sich aus der Geschäftsstrategie ab und berücksichtigt die Ergebnisse der Risikoinventur, die Risikotragfähigkeit und die organisatorischen Rahmenbedingungen der Bank. Die Formulierung der Risikostrategie erfolgt im Rahmen eines strukturierten Strategieprozesses, der sicherstellt, dass:

- die Geschäfts- und Risikostrategie sowie die Geschäftsplanung der OLB konsistent sind,
- nur Risiken eingegangen werden, die einem Steuerungsprozess unterworfen sind und die in ihrer Höhe die Unternehmensexistenz nicht gefährden,
- die Forderungen von Kunden und anderen Gläubigern der OLB gesichert sind,
- eine risikosensitive Limitierung der wesentlichen Risikoarten und der Risiken auf Geschäftsfeldebene die jederzeitige Risikotragfähigkeit der OLB gewährleistet,
- die jederzeitige Zahlungsfähigkeit gewährleistet und mit Hilfe von Limiten überwacht wird und
- eine angemessene Risikoberichterstattung und -überwachung vorhanden sind.

Die OLB versteht sich als nachhaltig wirtschaftende, kundenorientierte Bank mit langfristiger Geschäftsausrichtung und einem auf Solidität und Stetigkeit ausgerichteten Geschäftsmodell. Der Risikomanagementprozess der Bank unterstützt die Umsetzung dieser Strategie, indem die Nachhaltigkeit der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens durch die Beherrschung der eingegangenen Risiken sichergestellt wird.

Aus geschäfts- und risikostrategischer Sicht kommt der angemessenen Ausgestaltung des Vergütungssystems der Mitarbeiter eine besondere Rolle zu, da die Ausgestaltung neben anderen personalpolitischen Zielen auch das risikoadäquate Handeln gewährleistet. Die Ausgestaltung wird daher regelmäßig vom Aufsichtsrat überprüft.

Die Entscheidung über das strategische Vorgehen wird unter Abwägung der mit den Risiken verbundenen Chancen bzw. im Falle von operationellen Risiken unter Abwägung der Kosten getroffen, die mit einer Reduzierung oder Vermeidung dieser Risiken einhergehen.

Definition der Risikoarten

Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur wird überprüft, welche Risiken für die OLB relevant und ob alle wesentlichen Risikoarten einem angemessenen Risikomanagementprozess unterworfen sind. Das Kreditrisiko, das Marktrisiko, das Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko werden als wesentliche Risiken klassifiziert, da sie aufgrund ihrer Höhe und Ausprägung materiell für den Fortbestand des Unternehmens sind. Über die Risikostrategie finden die Ergebnisse der Risikoinventur Eingang in den Risikotragfähigkeitsprozess.

Kreditrisiko

Definition des Kreditrisikos

Das Kreditrisiko ist definiert als das Ausfallrisiko, das Migrationsrisiko, das Spread-Risiko sowie das Länderrisiko:

- *Ausfallrisiko*
Das Ausfallrisiko ist definiert als potenzieller Verlust, der durch den Ausfall eines Geschäftspartners (Kontrahent, Emittent, anderer Vertragspartner) entstehen kann, d. h. durch seine Unfähigkeit oder fehlende Bereitschaft, vertragliche Verpflichtungen zu erfüllen.
- *Migrationsrisiko*
Das Migrationsrisiko ist definiert als potenzielle Veränderung des Barwertes einer Forderung durch Verschlechterung der Kreditwürdigkeit des Kontrahenten bzw. Schuldners.
- *Spread-Risiko*
Das Spread-Risiko ist definiert als potenzielle Veränderung des Barwertes aufgrund von Veränderungen von Liquiditäts-Spreads und/oder **Credit Spreads** am Markt.
- *Länderrisiko*
Das Länderrisiko als Teil des Kreditrisikos wird definiert als Übernahme eines grenzüberschreitenden Risikos, insbesondere eines Transfer- und Konvertierungsrisikos, d. h. des Risikos, dass aufgrund von Moratorien und/oder Beschränkungen des Zahlungsverkehrs die Rückführung von Zins- und/oder Tilgungszahlungen in lokaler und/oder Fremdwährung unmöglich ist.

 siehe Glossar Seite 178

Marktrisiko

Definition des Marktrisikos

Das Marktrisiko bezeichnet die Gefahr, dass die Bank aufgrund von unerwarteten Änderungen der Marktpreise oder der die Marktpreise beeinflussenden Parameter Verluste erleidet. Es beinhaltet zudem das Risiko von Wertänderungen, die entstehen, wenn der Kauf oder der Verkauf von großen Positionen innerhalb einer vorgegebenen Zeitspanne nur zu nicht marktgerechten Preisen möglich ist.

Liquiditätsrisiko

Definition des Liquiditätsrisikos

Als Liquiditätsrisiko bezeichnet die OLB zum einen das Risiko, dass sie die Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen nicht jederzeit gewährleisten kann (Zahlungsunfähigkeitsrisiko). Zum anderen versteht die Bank darunter auch das Risiko von Preisaufschlägen bei der Mittelaufnahme zur Schließung bestehender Refinanzierungslücken, die durch die Ausweitung von Liquiditäts- und Kreditaufschlägen auf den Zins marktbedingt entstehen können (Liquiditätskostenrisiko).

Operationelles Risiko

Definition des operationellen Risikos

Das operationelle Risiko ist für die OLB das Risiko eines direkten oder indirekten Verlustes infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von Mitarbeitern, Systemen oder internen Verfahren bzw. infolge externer Ereignisse. Hierunter fallen auch das Rechts- und das Rechtsänderungsrisiko, das Risiko sonstiger strafbarer Handlungen, das Modellrisiko, das Reputationsrisiko und das Projektrisiko.

- *Rechts- und Rechtsänderungsrisiko*

Das Rechtsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rechtsrahmens ein Schaden entsteht. Das Conduct-Risiko als Unterkategorie des Rechtsrisikos beschreibt Verstöße gegen Wohlverhaltenspflichten insbesondere gegenüber Kunden (z. B. Verkaufspraktiken von Produkten, Interessenkonflikte und Anreizverfahren in Vertriebskanälen sowie Marktmanipulationen). Das Rechtsänderungsrisiko bildet das Risiko eines Verlustes aufgrund neuer Gesetze oder Vorschriften bzw. deren Interpretation oder Anwendung durch Gerichte ab.

- *Risiko sonstiger strafbarer Handlungen*

Unter dem Risiko sonstiger strafbarer Handlungen versteht die OLB das Kriminalitätsrisiko und das Korruptionsrisiko:

- *Kriminalitätsrisiko*

Das Kriminalitätsrisiko ist in der Bank als das Risiko von Verlusten aufgrund krimineller Handlungen durch Mitarbeiter und/oder Dritte definiert.

- *Korruptionsrisiko*

Korruption im juristischen Sinne bezeichnet den Missbrauch einer Vertrauensstellung, um einen materiellen oder immateriellen Vorteil zu erlangen, auf den kein rechtlich begründeter Anspruch besteht. Die OLB definiert folglich das Korruptionsrisiko als den wirtschaftlichen Verlust, den die Bank als Folge von Korruption erleiden kann.

- *Modellrisiko*

Das Modellrisiko beschreibt das Verlustpotenzial aus falschen Steuerungsimpulsen infolge der unsachgemäßen Anwendung, des ungeeigneten Einsatzes für die Anwendung, der ungeeigneten bzw. falschen Eingangsparameter sowie der Inkonsistenz des Modells (Modell veraltet oder nicht sachgerecht modelliert). Einem (möglichen) Modellrisiko im Sinne des operationellen Risikos unterliegen alle Modelle, die in der Produkt- oder (Bilanz-)Bewertung zur Entscheidungsfindung eingesetzt werden und nicht unmittelbar die Eigenkapitalanforderungen beeinflussen bzw. zu deren Überprüfung genutzt werden (Säule I & Säule II – Quantifizierungsmodelle).

- *Reputationsrisiko*

Unter einem Reputationsrisiko versteht die OLB die Gefahr einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens. Dabei geht es sowohl um die Unternehmenswahrnehmung in der breiten Öffentlichkeit als auch bei (potenziellen) Kunden, Mitarbeitern, Geschäftspartnern, Aktionären oder Behörden.

- *Projektrisiko*

Die Bank versteht unter Projektrisiko den potenziellen Schaden, der durch Verzögerung, Kostenerhöhung, Qualitätseinbußen oder Scheitern von Projekten entstehen kann.

Risikotragfähigkeit

Die Bank verwendet für die Feststellung ihrer Risikotragfähigkeit zwei Sichtweisen: eine wertorientierte und eine periodenorientierte Sicht als strenge Nebenbedingung.

Wertorientierte Risikotragfähigkeit (Liquidationsansatz)

Die OLB definiert in der Geschäftsstrategie den Liquidationsansatz als führenden Steuerungsansatz für die Risikotragfähigkeit. Die Kennzahl zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit ist dabei die Überdeckungsquote. Sie ermittelt sich als Quotient aus vorhandenem Risikodeckungspotenzial und dem Risikokapitalbedarf aus den eingegangenen Risiken. Die Risikotragfähigkeit ist gewährleistet, solange die Überdeckungsquote größer 100 % ist. Zur Sicherung der Unternehmensexistenz und des

 siehe Glossar Seite 181, 180

geschäftspolitischen Handlungsspielraums ist in der Risikostrategie der OLB zusätzlich ein über diese Minimalanforderung hinausgehender Risikopuffer definiert. Der Risikokapitalbedarf wird mittels Value-at-Risk-Modellen auf einem Konfidenzniveau von 99,93 % und mit einer Haltedauer von einem Jahr berechnet.

Das Risikodeckungspotenzial wird im Liquidationsansatz aus bilanziellen Größen des IFRS-Teilkonzernabschlusses abgeleitet. Das Risikodeckungspotenzial berücksichtigt keine zukünftigen Gewinne.

Periodische Risikotragfähigkeit (Fortführungsansatz)

Die OLB überwacht neben dem Liquidationsansatz als strenge Nebenbedingung auch die periodenorientierte Risikotragfähigkeit, um die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Kapitalausstattung laufend zu gewährleisten (Going-Concern-Sicht). In der Going-Concern-Sicht der Bank ist die periodische Risikotragfähigkeit gegeben, solange auch entsprechende Verlustszenarien nicht zur Unterschreitung der gemäß CRR geforderten Kernkapitalquote und Gesamtkennziffer innerhalb des nächsten Jahres führen.

Zur Überprüfung der Risikotragfähigkeit betrachtet die OLB dabei ein Verlustszenario, bei dem der maximale periodische Verlustbeitrag mittels eines Expected Shortfall zum Konfidenzniveau von 95 % (Conditional Value at Risk-Modell) und die gestressten risikogewichteten Aktiva mittels des Szenarios „schwerer konjunktureller Abschwung“ ermittelt werden. Zur abschließenden Beurteilung der periodenorientierten Risikotragfähigkeit werden die gestressten risikogewichteten Aktiva ins Verhältnis zum gestressten Kernkapital bzw. zum gestressten haftenden Eigenkapital gesetzt und es wird überprüft, ob die Kernkapitalquote und die Gesamtkapitalquote im betrachteten Risikoszenario die aufsichtsrechtlichen Mindestquoten zum Risikohorizont weiterhin einhalten. Die Mindestkapitalquote ist definiert als Kapitalquote vor Capital Conservation Buffer (CCB).

Organisation des Risikomanagements und -controllings

Im Rahmen seiner Gesamtverantwortung und nach § 25c KWG ist der Vorstand der OLB für die Festlegung der Strategien des Instituts sowie für die Einrichtung und Aufrechterhaltung eines angemessenen, konsistenten und aktuellen Risikomanagementsystems verantwortlich. Er legt die Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling und den organisatorischen Aufbau fest und überwacht deren Umsetzung.

In der Risk Policy werden – als Ausgestaltung der Vorgaben aus der Risikostrategie – die wesentlichen Aspekte zur Organisation des Risikomanagements beschrieben. Hierbei ist das Risikokomitee unterhalb des Vorstandes als das zentrale Gremium zur Überwachung und Steuerung der Risikotragfähigkeit der Bank installiert. Im Risikokomitee sind der Risikovorstand, der Vorstand Finanzen/Betrieb, der Leiter Kreditmanagement sowie die Leiter der Abteilungen Risikocontrolling, Groß- und Spezialkredite, Finanzen/Controlling und Qualitätsmanagement Kredit sowie der Gruppenleiter Treasury vertreten. Als Unterausschüsse des Risikokomitees sind der Risikomethoden- und Prozessausschuss, der Ausschuss für Operationelle Risiken und der Kreditportfolioausschuss eingerichtet, die jeweils vom Risikovorstand geleitet werden. Änderungen an Methoden und Risikoparametern werden im Ausschuss für Operationelle Risiken (für die operationellen Risiken) sowie im Risikomethoden- und Prozessausschuss (für alle übrigen Risikoarten) fachlich beurteilt. Der Kreditportfolioausschuss beurteilt Vorschläge zu Portfoliomaßnahmen und deren Auswirkungen auf das Geschäftsmodell. Der Ausschuss für Operationelle Risiken ist das zentrale Gremium zur Steuerung der operationellen Risiken innerhalb der OLB. Die abschließende Entscheidung über strategisch risikorelevante Aspekte trifft der Gesamtvorstand. Er ist dabei an die vom Aufsichtsrat erlassene Geschäftsordnung gebunden, die die erforderlichen Rahmenbedingungen definiert. Darüber hinausgehende Entscheidungen außerhalb der Kompetenz des Gesamtvorstandes werden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt.

Risikomanagement

Für die Steuerung der wesentlichen Risikoarten sind die folgenden Gremien und Organisationseinheiten verantwortlich:

Risikoart	Gremium/Organisationseinheit
Kreditrisiko	Risikokomitee (Kreditportfolioausschuss)
Markt- und Liquiditätsrisiko	Treasury
Operationelles Risiko	Risikokomitee (Ausschuss für Operationelle Risiken)

Sie haben unter Berücksichtigung der vom Vorstand in der Geschäfts- und Risikostrategie definierten strategischen Ausrichtung und Ziele sowie der erlassenen Kompetenzen und Limite die Aufgabe, die Risiken auf Basis ihrer Analysen und Bewertungen angemessen zu steuern. Die adäquate Gestaltung von organisatorischen Strukturen, Prozessen und Zielvereinbarungen ist Teil dieser Aufgabe; die Entscheidung über Einzelkreditrisiken obliegt gemäß geltender Kompetenzordnung hingegen unterschiedlichen Organisationsstufen.

Risiküberwachung

Die Risiküberwachung erfolgt in den Abteilungen Risikocontrolling und Compliance, die organisatorisch unabhängige Bestandteile des Risikomanagements der OLB sind. Es besteht sowohl eine strikte Trennung zwischen diesen beiden Abteilungen als auch zwischen den Einheiten, die für die Initiierung bzw. den Abschluss sowie die Beurteilung und Genehmigung von Geschäften zuständig sind. Aufgabe des Risikocontrollings ist es, die Risiken vollständig und konsistent zu analysieren, zu messen und zu kontrollieren. Es stellt dem Risikomanagement die zur aktiven und risikoadäquaten Steuerung erforderlichen Risikoanalysen und Risikoinformationen zur Verfügung. Compliance ist verantwortlich, den Risiken, die sich aus der Nichteinhaltung rechtlicher Regelungen und Vorgaben ergeben können, entgegenzuwirken. Hierbei hat die Compliance-Funktion auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Einhaltung wesentlicher rechtlicher Regelungen und entsprechender Kontrollen hinzuwirken.

Zusätzlich nimmt die interne Revision eine prozessunabhängige Einschätzung der Angemessenheit des Risikomanagement- und -controllingsystems vor, indem sie die Funktionsfähigkeit und Effektivität des gesamten Risikoprozesses und damit zusammenhängender Prozesse prüft.

Risikoreporting

Im Rahmen des Risikoreportings berichtet das Risikocontrolling in regelmäßigen Abständen an die Entscheidungsträger (Gesamtvorstand, Risikokomitee, betroffene Abteilungsleiter) und den Aufsichtsrat sowie den durch den Aufsichtsrat eingesetzten Risikoausschuss. Dabei ist die Häufigkeit der Berichterstattung von der Bedeutung des Risikos sowie von aufsichtsrechtlichen Anforderungen abhängig. Unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen werden unverzüglich an die Geschäftsleitung, die jeweiligen Verantwortlichen und gegebenenfalls an die interne Revision sowie an Compliance weitergeleitet.

Die das Kreditgeschäft betreffenden externen Risikomeldungen an die Deutsche Bundesbank sind Aufgabe der Abteilung Finanzen/Controlling.

Management und Controlling spezifischer Risiken

Kreditrisiko

Risikomessung

Zur Messung des ökonomischen Kreditrisikos wird in der OLB ein anerkanntes Kreditrisikomodell eingesetzt – das Simulationsmodell Credit Metrics™. Dieses Modell bildet das Ausfallrisiko, das Migrationsrisiko und das Spreadrisiko ab.

Auf Basis der Verlustrisiken jeder Einzelposition wird über das Modell eine gemeinsame Verlustverteilung aller Positionen ermittelt und dem Portfolio so ein Wert zugewiesen. Aus den Wertveränderungen des gesamten Portfolios werden abschließend die für die Risikosteuerung benötigten Risikokennzahlen und Limitgrößen abgeleitet. Zur Messung und Steuerung der Risiken wird ein Credit-Value-at-Risk (99,93%/1 Jahr) verwendet. Dieser beschreibt die Differenz zwischen dem Value-at-Risk (99,93%/1 Jahr) und dem erwarteten Verlust.

Eine Limitierung der Kreditrisiken erfolgt sowohl auf Gesamtportfolio- als auch auf Teilportfolioebene. Ergänzend werden regelmäßig Stresstests durchgeführt. Die dort betrachteten Szenarien werden regelmäßig im Hinblick auf ihre Aktualität und Relevanz überprüft.

Risikomanagement Kundenkreditgeschäft

Das Management sämtlicher Kreditrisiken im Kundenkreditgeschäft basiert auf einem integrierten Konzept von Richtlinien, Kompetenzstrukturen und Anforderungssystemen, das in Einklang steht mit der strategischen Ausrichtung und den Zielen des Hauses.

Konsistent zu diesem Konzept ist der Kreditentscheidungsprozess gestaltet. Eine organisatorische und disziplinarische Trennung von Markt und Marktfolge ist auf allen Ebenen gewährleistet.

Abhängig vom zu entscheidenden Kreditrisiko sind unterschiedliche organisatorische Regelungen getroffen. Ziel ist es, mit der Struktur und Aufgabenverteilung eine risikoadäquate und effiziente Entscheidungsfindung und Bearbeitung von Kreditengagements in Abhängigkeit von Losgrößen, Risikogehalt und Komplexität zu erreichen. Engagements, die zum in der OLB als nichtrisikorelevant definierten Geschäft zählen (entspricht dem homogenen Portfolio), unterliegen vereinfachten Votierungs-, Entscheidungs- und Überwachungsprozessen. Die Engagements des als risikorelevant eingestuften Geschäftes (entspricht dem inhomogenen Portfolio) werden aufgrund ihres spezifischen Risikogehaltes – innerhalb festgelegter Regeln – in der Gemeinschaftskompetenz des Marktes mit der Marktfolge votiert und entschieden.

Die Risikobeurteilung und die Genehmigung der Kredite erfolgt im nichtrisikorelevanten Geschäft in Abhängigkeit von der Geschäftsart und Betreuungszuständigkeit des Kunden. Kredite an Privat- und Geschäftskunden im Filialgeschäft entscheidet bei Finanzierungen bis 50 Tsd. Euro und bei privaten Baufinanzierungen bis 250 Tsd. Euro der Markt bzw. bei Baufinanzierungsneugeschäft der Baufinanzierungsexperte, soweit eine angemessene Bonität gegeben ist. Kreditgewährungen an Kunden aus den Bereichen „Private Banking & Freie Berufe“ und „Firmenkunden“ werden – bei angemessener Bonität – durch die zuständigen marktseitigen Betreuer bis 250 Tsd. Euro entschieden. Im Rahmen der Eigenkompetenz des Marktes (sofern es sich nicht um Baufinanzierungs- oder Verbraucherkreditgeschäft handelt) unterstützt die Marktfolge den Markt bei der Durchführung der Bonitätsprüfung und **Rating**erstellung. Bei allen übrigen Engagements erfolgen die Beurteilung der Risiken und die Kreditentscheidung in Zusammenarbeit von Markt und Marktfolge.

Im Neugeschäft wird für jeden Kreditnehmer auf Basis von statistischen Bonitätsbeurteilungsverfahren das Risiko seiner Zahlungsunfähigkeit in Form einer Bonitätsklasse ermittelt. Parallel dazu wird die Bewertung der vom Kunden gestellten Sicherheiten vorgenommen. Diese findet in Abhängigkeit

von Umfang und Komplexität unter Einbeziehung der Marktfolge oder durch externe Gutachter statt. Zusammen ergeben Kreditvolumen, Bonitätsklasse und Besicherung ein absolutes Maß für das Kreditrisiko des Kunden.

Während der Laufzeit der Kredite unterliegen sämtliche Engagements einer permanenten Kreditüberwachung. Bei Gesamtengagements mit einem Volumen über 250 Tsd. Euro (ohne private Baufinanzierungen) und einer Einzelkundengröße von mehr als 50 Tsd. Euro wird jährlich eine individuelle Aktualisierung der Bonitätsklasse vorgenommen. Engagements von Firmenkunden und Freiberuflern unterliegen bis zu einem Gesamtvolumen von 250 Tsd. Euro und bei einer Einzelkundengröße von mehr als 50 Tsd. Euro einem individuellen, über Risikofrüherkennungsmerkmale angesteuerten Ratingprozess. Für Spezialfinanzierungen und Banken gelten besondere Ratingregeln. Alle übrigen Engagements werden einem maschinellen, monatlich durchgeführten Bestands-Rating unterzogen.

Zusätzlich werden alle Engagements durch verschiedene maschinelle und manuelle Risikofrüherkennungsverfahren überwacht, die im Bedarfsfall eine Ratingpflicht auslösen und vordefinierte Analyse- und Berichtsprozesse in Gang setzen.

Turnus und Umfang der wiederkehrenden Bewertung von Sicherheiten sind abhängig von der Art der Sicherheit und dem ihr beigemessenen Wert. So ist vor dem Hintergrund der besonderen Bedeutung von Realsicherheiten für die Bank ein zentrales Immobilienmonitoring installiert, das regionale Preisentwicklungen am Immobilienmarkt verfolgt und bei wesentlichen Veränderungen eine individuelle Überprüfung der regional betroffenen Immobilienwerte veranlasst.

Die qualitativen und quantitativen Anforderungen an die Genehmigung der Kreditvergabe und an die Kreditüberwachung sind an das jeweilige Risiko gekoppelt. In Abhängigkeit von Volumen und Bonitätsklasse sind entsprechende Kompetenzen definiert, sodass Kreditentscheidungen risikoabhängig immer auf adäquater Ebene getroffen werden.

Um das Risiko des Kreditportfolios insgesamt auf ein angemessenes Maß zu begrenzen, existieren entsprechende Anforderungssysteme. So regeln z. B. Richtlinien die Hereinnahme und Bewertung von Sicherheiten. Limitierungen auf Kreditnehmerebene oder von Finanzierungsarten führen dazu, dass bei Bedarf z. B. entsprechende Konsortialpartner eingebunden werden. Risikoabhängige Preise in Verbindung mit einer risikobereinigten Ertragsmessung der Vertriebsseinheiten schaffen Anreize, Neugeschäft nur bei entsprechender Bonität und angemessener Besicherung einzugehen.

Um eine angemessene Beurteilung der Risiken auf Dauer sicherzustellen, wird auf eine hohe Qualität der Prozesse Wert gelegt. Eine umfangreiche Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter und eine regelmäßige Überprüfung der Prozesse sind dabei von entscheidender Bedeutung. Nachgelagerte Analysen und Validierungen erlauben zudem ein Urteil darüber, wie aussagekräftig die Ergebnisse der Bonitätsbeurteilung und Sicherheitenbewertung tatsächlich sind, und ermöglichen eine Prognose über die zukünftige Risikosituation.

Darüber hinaus wird vierteljährlich durch das Risikocontrolling die Entwicklung der Kreditrisiken insgesamt untersucht. Dabei werden Strukturanalysen des Portfolios (Rating, Sicherheiten, Größenklassen, Branchen, Neugeschäft etc.) vorgenommen und die Auswirkungen auf den erwarteten Verlust (Expected Loss) und die ökonomischen sowie aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen eruiert. Die Ergebnisse sind Teil der vierteljährlichen Risikoberichterstattung an das Risikokomitee, den Gesamtvorstand und den Aufsichtsrat.

Inhalt der vierteljährlichen Berichterstattung ist auch die Untersuchung möglicher Risikokonzentrationen im Bereich des Kreditrisikos. Dabei finden Analysen auf Basis von Einzelengagements, Branchen oder darüber hinaus definierter Teilportfolios statt. Zusätzlich wird mindestens einmal jährlich

 siehe Glossar Seite 180 und 179

im Rahmen der Risikoinventur eine Untersuchung der Risikokonzentrationen durchgeführt, um ergänzenden Bedarf im Zusammenhang mit der Fortschreibung der Risikostrategie zu erkennen.

Zur Vermeidung von Risikokonzentrationen sind in der Risikostrategie über die Kompetenzen hinaus Einzelengagement- und Teilportfoliolimite definiert; die Überwachung dieser Limite ist Aufgabe der Abteilung Risikocontrolling.

Handelsgeschäft

Die OLB ist ein **Nichthandelsbuchinstitut** mit Zugang zu allen wesentlichen Kapitalmärkten. **Handelsbuch**aktivitäten finden nach Artikel 94 CRR nur noch in geringem Umfang statt. Auslöser hierfür sind die von Kunden initiierten Devisengeschäfte zuzüglich der dazugehörigen Absicherungsgeschäfte. Eine offene Devisenposition ist nur noch im Rahmen von technischen Bagatellgrößen möglich.

Risikomessung

Zur Limitierung der Kreditrisiken aus Handelsgeschäften wird für Derivate die Marktbewertungsmethode unter Hinzuziehung aufsichtsrechtlicher Add-ons verwendet. Die aufsichtsrechtliche Risikoanrechnung erfolgt über den fortgeschrittenen IRB-Ansatz nach CRR.

Daneben hat die Bank die Kreditrisiken aus Handelsgeschäften in das interne Kreditportfoliomodell integriert, das die Abbildung aller Kreditrisiken in Form eines Value-at-Risk-Ansatzes ermöglicht. Als **Value-at-Risk** wird dabei der potenzielle Verlust bezeichnet, der mit einer festgelegten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) für einen vorgegebenen Zeitraum nicht überschritten wird. Das Ergebnis für den Value-at-Risk bei einem Konfidenzniveau in Höhe von 99,93 % und einer Haltedauer von einem Jahr stellt die Risikoposition für die Kreditrisiken in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung dar.

Risikomanagement

Im Anlagebuch werden Handelsgeschäfte mit dem Ziel getätigt, die Liquidität der Bank langfristig zu sichern und Zinsänderungsrisiken im Rahmen der definierten Limite zu steuern. Sie dienen damit der Sicherung der langfristigen Unternehmensexistenz und der Stabilität der Ertragslage. Geschäftsfelder des Anlagebuches sind im Wesentlichen der Geldhandel sowie der Handel bzw. die Emission von Schuldverschreibungen. Ergänzt werden diese durch Derivatgeschäfte zur Risikobegrenzung. Die Anlagen in zwei Spezialfonds, die im Wesentlichen in Schuldverschreibungen und Aktien investiert sind, vervollständigen das Portfolio und diversifizieren das Risiko.

Die Zinsänderungsrisiken im **Bankbuch** werden in der OLB passiv gesteuert. Die Risikoposition entsteht im Wesentlichen durch die Entwicklung des Kreditneugeschäftes, den Bestand hochliquider Rentenpapiere der benötigten Liquiditätsreserven sowie die Refinanzierungsstruktur. Für die Liquiditätsreserve der Bank darf eine Anlage nur im Rahmen fest definierter Produktarten erfolgen.

Den Emittenten- und Kontrahentenausfallrisiken im Handelsgeschäft mit Banken und bei Wertpapieranlagen begegnet die OLB mit einer grundsätzlichen Beschränkung auf Handelspartner erstklassiger Bonität und auf zentrale Kontrahenten, einem dezidierten Limitsystem sowie einem weit diversifizierten Portfolio. Die strategische Ausrichtung ist in der Risikostrategie fixiert.

Die Kreditrisiken aus dem Handelsgeschäft werden im Rahmen der Genehmigung analog zum kommerziellen Kreditgeschäft behandelt.

 siehe Glossar Seite 180, 179

 siehe Glossar Seite 181

 siehe Glossar Seite 178

Marktrisiko

Risikomessung

Die OLB unterliegt Marktrisiken im Kunden- und Handelsgeschäft. Wesentliche Faktoren dabei sind:

- die Entwicklung von Zinssätzen und Zinsstrukturkurven,
- der Preis von Aktien,
- die Wechselkursentwicklung, sowie
- die Schwankungen (**Volatilitäten**) dieser Größen.

 siehe Glossar Seite 181

Das Risiko im Anlagebuch liegt im Wesentlichen in der Zinsentwicklung. Darüber hinaus sind in begrenztem Umfang Aktien- und Devisenkursrisiken aus den Spezialfonds zu nennen.

Die Überwachung der Risikopositionen erfolgt durch das Risikocontrolling, wobei die Entwicklung von Risiken und Ergebnisse der Liquiditätsreserve täglich und der VaR des Bankbuches monatlich berichtet werden.

Die Quantifizierung und Limitierung der Marktrisiken erfolgt auf Gesamtbankebene insbesondere mittels Value-at-Risk-Modellen.

Das Value-at-Risk-Modell für das Anlagebuch basiert auf einer historischen Simulation, in die die Zins- und Aktienkursveränderungen seit 1988 zeitlich gleichgewichtet einbezogen werden. Zur Quantifizierung des Zinsrisikos werden die Veränderungen des Zinsbuchwertes ermittelt, die sich bei Eintritt der historisch beobachteten Zinsänderungen ergeben würden. Für die variablen Produkte wird dabei eine Ablauffiktion auf Basis ihres historischen Zinsanpassungsverhaltens geschätzt. Sondertilgungsrechte im Kreditgeschäft gehen ebenfalls als Modell-Cashflow in die Risikomessung ein.

Das Währungsrisiko wird auf Basis der Standardmethode für Marktpreisrisiken gemäß CRR berechnet. Die OLB geht Währungsrisiken nur in Zusammenhang mit Kundengeschäften ein. Diese werden soweit möglich täglich geschlossen. Für nicht geschlossene Positionen wird die Einhaltung eines Limits von 0,5 Mio. Euro überwacht.

Für die Risiken aus dem Bestand an Sorten und Edelmetallen besteht ein Limit von 2 Mio. Euro.

Risikomanagement

Verantwortlich für die Steuerung des Marktrisikos ist die Gruppe Treasury. Über die Positionierung im Anlagebuch wird im Banksteuerungskomitee beraten und entschieden. Die Überwachung und Limitierung der Kreditrisiken erfolgt im Kreditkomitee, die der Marktrisiken im Risikokomitee.

Zur Limitierung der Risiken dient der Value-at-Risk für das Marktrisiko (99,93%/1 Jahr), welcher unter Berücksichtigung der Diversifikation weiter auf die beiden Positionen Aktien und Zinsbuch allokiert wird.

Zur Bewertung der Marktrisiken werden ergänzend zur statistischen Risikomessung mit Hilfe von VaR-Modellen regelmäßig sowohl regulatorische als auch ökonomische Stresstests durchgeführt.

Liquiditätsrisiko

Risikomessung

Auf Basis täglich verfügbarer Liquiditätsablaufbilanzen erfolgt mit einer Vorausschau auf die nächsten 30 Tage die Messung und Steuerung der kurzfristigen Liquiditätsrisiken (im Sinne des Zahlungsunfähigkeitsrisikos). Neben den deterministischen Zu- und Abflüssen werden auch Annahmen zur Weiterentwicklung des variablen Geschäfts getroffen. Die Auswertungen zum zukünftigen Liquiditäts-cashflow finden dabei sowohl unter normalen Marktbedingungen als auch unter Stressszenarien statt. Die inhaltliche Ausgestaltung der Szenarien entspricht dabei grundsätzlich derjenigen aus der mittel- und langfristigen Sicht.

Die Messung und Steuerung der mittel- und langfristigen Liquiditätsrisiken basiert auf Auswertungen, die monatlich den zukünftigen Liquiditätscashflow mit einer Vorausschau auf die nächsten zehn Jahre analysieren. Der Liquiditätscashflow stellt dabei den Saldo aller zukünftigen Ein- und Auszahlungen bis zum jeweiligen Zeitpunkt dar. In diesem Zusammenhang wird die Geschäftsentwicklung sowohl unter normalen Marktbedingungen als auch unter Stressszenarien untersucht.

Im „Normal Case“ werden für das erste Jahr auf Basis von Plan- bzw. Erfahrungswerten Wachstumsannahmen für die Bestände an Krediten und Einlagen getroffen. Nach diesem Zeitraum wird grundsätzlich ein konstantes Geschäftsvolumen unterstellt. Dieses Szenario stellt die Liquiditätssituation unter normalen Geschäftsbedingungen dar.

Das Szenario „Rezession“ beschreibt die Folgen einer rezessiven wirtschaftlichen Entwicklung. Aufgrund der Annahme von zunehmenden Kreditausfällen, einer verstärkten Inanspruchnahme von Kreditlinien sowie einer abnehmenden Sparquote kommt es mittelfristig zu Mittelabflüssen. Durch die zusätzlich unterstellten höheren Bewertungsabschläge bei den Wertpapieren der Liquiditätsreserve enthält das Szenario darüber hinaus Elemente einer Marktkrise.

Das Szenario „Downgrade“ unterstellt eine Bonitätsverschlechterung der Bank. Dabei wird von einem kurzfristigen Mittelabfluss bei Termingeldern, Sicht- und Spareinlagen sowie OLB-Anleihen ausgegangen. Das Szenario enthält damit Elemente eines Bank Runs.

Das Szenario „Kombiniert“ verbindet die Annahmen des Szenarios „Rezession“ mit denen des Szenarios „Downgrade“.

Ergänzend werden Risikokonzentrationsanalysen in der Liquiditätsrisikobetrachtung berücksichtigt. Dabei fließen zusätzlich die Unwägbarkeiten aus Mittelabflüssen der Top-10-Einlegekunden ein.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffer ist Bestandteil der Risikomessung. Neben der Überwachung des aktuellen Liquiditätskoeffizienten der Liquiditätsverordnung überprüft die OLB die Kennzahl LCR der CRR. Die LCR fordert die Haltung eines Liquiditätspuffers, der die innerhalb von 30 Tagen unter marktweiten und idiosynkratischen Stressbedingungen anfallenden Nettozahlungsabflüsse mindestens abdeckt. Die Positionen der LCR nach CRR sind seit dem 31. März 2014 monatlich zu melden und werden seit dem 1. Oktober 2015 durch die Kennzahl ergänzt. Vervollständigt wird diese Betrachtung durch einen Liquiditätspuffer für den Zeitraum einer Woche. Alle Maßnahmen dienen der Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsfähigkeit insbesondere durch Halten einer angemessenen Liquiditätsreserve.

Zur Bewertung des Liquiditätskostenrisikos werden die Liquiditätsablaufbilanzen der nächsten zehn Jahre aus den Stress-Szenarien des Liquiditätsrisikos analysiert. Kommt es in diesem Zeitraum in einem Szenario zu einer Unterschreitung von Liquiditätsrisikolimiten, so wird die Lücke zwischen gegebener und benötigter Liquidität durch eine Simulation liquider Refinanzierungsgeschäfte zu aktuellen Zinsen mit möglichen Liquiditäts-Spreads bei gleichbleibender Bonität geschlossen. Das Liquiditätskostenrisiko wird wertorientiert als LVaR zum Konfidenzniveau 99,93 % ermittelt.

Risikomanagement

Die kurzfristigen Liquiditätsrisiken werden auf Basis der aufsichtsrechtlichen Kennziffern der Liquiditätsverordnung und der LCR limitiert. Bei der aufsichtsrechtlichen Kennziffer der Liquiditätsverordnung werden Forderungen und Verbindlichkeiten auf Laufzeitbänder verteilt. Das Verhältnis von Zahlungsmitteln zu Verbindlichkeiten darf gemäß aufsichtsrechtlicher Anforderung im ersten Laufzeitband (täglich oder bis zu einem Monat) die Zahl 1 nicht unterschreiten. Um die Einhaltung dieser Anforderung jederzeit sicherzustellen, ist ein internes Limit definiert, das bei Erreichen entsprechende risikoreduzierende Maßnahmen auslöst. Über die Entwicklung dieser Kennzahl wird regelmäßig dem

Risikokomitee berichtet. Ein vorzuhaltender Liquiditätspuffer, der sich aus den wöchentlichen Liquiditätsabflüssen aus Kundengeschäften ableitet, ergänzt diese Betrachtungen. Die Limitierung der Liquiditätsrisiken basiert auf der Kennzahl der „kumulierten relativen Liquiditätsüberhänge“. Diese stellt für definierte Laufzeitbänder den Liquiditätscashflow ins Verhältnis zum Gesamtbestand an Verbindlichkeiten. Limite existieren dabei für die Stressszenarien „Rezession“, „Downgrade“, „Top-10-Einlagekunden“ sowie das Szenario „Kombiniert“. Ein Unterschreiten der Limite löst entsprechend risikoreduzierende Maßnahmen aus.

Bei der LCR handelt es sich um eine Liquiditätsrisikokennzahl für ein vorgegebenes Stressszenario in 30 Tagen. Seit Oktober 2015 wird die LCR nach der Delegierten Verordnung berechnet. Für die LCR gibt es aufsichtsrechtliche Limite, die um interne Frühwarnschwellen ergänzt wurden.

Das Liquiditätsrisiko wird im Bereich Treasury gesteuert. Das Management kann bei Bedarf jederzeit auf die Wertpapierbestände der Liquiditätsreserve zurückgreifen und durch Verkauf, durch Verpfändung für Bundesbank-Refinanzierungsfazilitäten oder durch Terminverkauf im Rahmen von **Repo-Geschäften** zusätzlichen Liquiditätsbedarf decken. Langfristiger Liquiditätsbedarf wird außer über das Kundengeschäft durch die Aufnahme von Refinanzierungsdarlehen oder durch die Platzierung von Schuldscheindarlehen gedeckt.

 siehe Glossar Seite 180

Operationelles Risiko

Risikomessung

Zur Identifikation, Bewertung und Überwachung operationeller Risiken werden in der OLB einheitliche und aufeinander abgestimmte Instrumente eingesetzt.

Seit 2003 werden relevante Schadensfälle, die auf Operationelle Risiken zurückzuführen sind, strukturiert und systematisch in einer internen Datenbank erfasst. Die aus den erfassten Schadensfällen gewonnenen Erkenntnisse bilden die Basis für eine zielgerichtete und detaillierte Ursachenanalyse und Ursachenbehebung.

Zur Ermittlung des Risikopotenzials aus operationellen Risiken werden in der Bank Szenarioanalysen in Form eines Risk-Assessments durchgeführt. Hierbei werden durch Experten, Produkt- und Prozessverantwortliche kritische Szenarien hinsichtlich möglicher Schadenshöhe und -häufigkeit bewertet. Auf Grundlage der Ergebnisse der Szenarioanalysen wird der ökonomische Kapitalbedarf für die Risikotragfähigkeitsrechnung bestimmt.

Der regulatorische Kapitalbedarf für das operationelle Risiko wird nach dem Standardansatz ermittelt.

Risikomanagement

Das Management von operationellen Risiken basiert auf den durchgeführten Szenarioanalysen, den Analysen der eingetretenen Schadensfälle sowie den Risikoindikatoren für Operationelle Risiken. Je nach Bedeutung der erkannten Risikofelder gilt es, Maßnahmen zu ergreifen, die unter Berücksichtigung von Kosten-Nutzen-Erwägungen die Risiken begrenzen. Dazu gehören die Optimierung von Prozessen oder die adäquate Information der Mitarbeiter (unter anderem durch Fortbildung und Nutzung moderner Kommunikationsverfahren) genauso wie die Versicherung gegen Großschadensfälle (beispielsweise Gebäudebrand der Zentrale) oder ein angemessenes Backup-System für EDV-technische Daten.

Risikolage

Wertorientierte Risikotragfähigkeit (Liquidationsansatz)

Für die Feststellung der Risikotragfähigkeit der OLB ergeben sich die folgenden Risikopositionen:

Mio. Euro	2015	2014
Kreditrisiko	327,7	366,7
Marktrisiko	102,0	92,5
Liquiditätskostenrisiko	0,0	—
Operationelles Risiko	19,7	27,8
Bankweites Risiko	449,4	487,0

Mit dem zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenzial konnte das bankweite Risiko per 31. Dezember 2015 zu 174 % (Vorjahr zu 150 %) abgeschirmt werden. Die allokierten Limite wurden zum gleichen Stichtag zu 127 % (Vorjahr zu 124 %) durch das Risikodeckungspotenzial gedeckt. Für das Geschäftsjahr 2016 wird eine stabile Entwicklung der Deckungsquote erwartet.

Der periodische Vergleich des bankweiten Risikos mit dem Risikodeckungspotenzial zeigte, dass für die OLB auf Basis eines Konfidenzniveaus in Höhe von 99,93 % die Risikotragfähigkeit im gesamten Berichtsjahr gegeben war.

Das Liquiditätsrisiko wird in der Bank durch einen eigenen Risikomanagementprozess gesteuert und überwacht, der sicherstellt, dass auch in ungünstigen, aber denkbaren Marktsituationen genügend liquide Aktiva vorhanden sind, um die Zahlungsfähigkeit des Instituts jederzeit zu gewährleisten. Aus diesem Grund, und weil die Risikodeckungsmasse in der wertorientierten Risikotragfähigkeit nicht geeignet ist, die Zahlungsfähigkeit sicherzustellen, ist das Liquiditätsrisiko im Sinne der Zahlungsfähigkeit hier nicht enthalten. Das Liquiditätskostenrisiko wurde im Geschäftsjahr hingegen als wesentliches Risiko eingestuft und ist daher seit Juni 2015 Bestandteil der Risikotragfähigkeitsrechnung.

Kreditrisiko

Der Rückgang des Kreditrisikos ist Folge einer in einem stabilen konjunkturellen Umfeld verbesserten Bonitätsstruktur bei relativ konstanter Portfoliogröße und Granularität. Die ebenfalls verbesserte Besicherung einiger Spezialfinanzierungsportfolios zahlte ebenfalls auf die Verminderung des Kreditrisikos ein.

Marktrisiko des Anlagebuchs

Das Limit für Marktrisiken und dessen Auslastung wurden im Jahresverlauf erhöht.

Operationelles Risiko

Das Operationelle Risiko wird auf Basis des Value-at-Risk aus einer Szenarioanalyse ermittelt. Die Szenarioanalyse wird jährlich oder bei Bedarf anlassbezogen aktualisiert. Für das Jahr 2015 ergab sich gegenüber 2014 ein deutlich geringerer Risikobetrag. Eine anlassbezogene Aktualisierung war im letzten Jahr nicht notwendig.

Bankweites Risiko

Das bankweite Risiko ergibt sich durch Addition der Risikopositionen des Kreditrisikos, des Marktrisikos, des Liquiditätskostenrisikos und des operationellen Risikos. Dieser Ansatz zur Berechnung des Risikos berücksichtigt keine risikomindernden Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten. Das bankweite Risiko zum Stichtag 31. Dezember 2015 betrug unter dieser Annahme 449,4 Mio. Euro (Vorjahr: 487,0 Mio. Euro).

Periodenorientierte Risikotragfähigkeit (Fortführungsansatz)

Die aufsichtsrechtliche Mindestkapitalausstattung war 2015 im Verlust-Szenario „Schwerer konjunktureller Abschwung“ jederzeit gegeben.

Kreditrisiko

Als Ergebnis des laufenden Kreditentscheidungs- und -überwachungsprozesses lässt sich das Kreditportfolio der Bank wie folgt strukturiert darstellen. Die genannten Volumina stellen dabei das maximale Kreditausfallrisiko im Sinne IFRS 7.36 (a) dar (Buchwerte nach Abzug der Risikovorsorge):

Kreditportfolio nach Forderungsklassen

Mio. Euro	2015	2014
Forderungen an Kunden	10.191,8	10.300,4
Forderungen an Kreditinstitute	151,5	435,1
Finanzanlagen	2.834,3	2.865,4
Handelsgeschäft	13,0	14,9
Eventualverbindlichkeiten	293,7	303,3
Offene Kreditzusagen	639,7	600,1
Summe	14.124,0	14.519,2

Das Kreditportfolio der OLB wird mit 79 % (Vorjahr: 77 %) zum überwiegenden Teil aus dem Kundenkreditgeschäft gebildet. Diesem sind die Positionen Forderungen an Kunden, Eventualverbindlichkeiten und offene Kreditzusagen zugeordnet.

Kreditportfolio nach Qualität der Forderung

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Offene Kreditzusagen	Sonstige Klassen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
Nicht überfällig und nicht einzelwertberichtigt	9.740,7	290,1	633,4	2.998,2	13.662,4	13.943,7
Überfällig, aber nicht einzelwertberichtigt	166,9	2,0	1,2	0,3	170,4	243,4
Überfällig und einzelwertberichtigt	284,2	1,6	5,1	0,3	291,2	332,1
Summe	10.191,8	293,7	639,7	2.998,8	14.124,0	14.519,2

Als „überfällig“ gilt ein Kunde, sobald er eine wesentliche Überziehung gemäß CRR aufweist, die als am Kunden kumulierte Kontoüberziehung bzw. als kumulierter Darlehensrückstand in Höhe von mindestens 100 Euro oder mindestens 2,5 % des genehmigten Kreditvolumens des Kunden definiert ist. Zudem werden in der OLB Überziehungen bzw. Rückstände ab 250 Tsd. Euro unabhängig vom Kreditvolumen des Kunden als wesentlich eingestuft.

Ist der Kunde länger als 90 Tage überfällig oder gibt es andere Hinweise auf eine drohende Zahlungsunfähigkeit (z. B. Eröffnung eines Insolvenzverfahrens), gilt er im Sinne der Rechnungslegung sowie im Rahmen der Eigenkapitalunterlegung als „ausgefallen“. Er wird in die Verfahren zur Ermittlung einer Einzelwertberichtigung aufgenommen und bei Bedarf wertberichtigt (Kategorie „Überfällig und einzelwertberichtigt“).

Bonitätsklassen

Die folgende Übersicht zeigt das nicht überfällige und nicht einzelwertberichtigte Kreditportfolio der Bank gegliedert nach Bonitätsklassen. Dabei beruht die Einstufung auf der internen Ratingklasse, die über statistische Verfahren im Rahmen der Kreditbearbeitung regelmäßig ermittelt wird. Bei staatlich garantierten Papieren wird auf das Länderrating des Garanten abgestellt.

Nicht überfällige und nicht einzelwertberichtigte Forderungen – Gliederung nach Bonitätsklassen –

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Forderungen an Kreditinstitute	Finanzanlagen	Handels-geschäft	Eventual-verbindlich-keiten	Offene Kredit-zusagen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
1–2	525,4	52,0	2.400,1	—	1,6	4,6	2.983,7	3.084,5
3–4	1.457,9	97,2	333,8	4,4	63,7	151,6	2.108,6	1.989,0
5–6	2.365,3	0,1	—	1,6	102,4	201,4	2.670,8	2.551,4
7–8	3.437,2	0,9	—	1,2	77,5	177,3	3.694,1	3.772,7
9–10	1.407,0	—	—	1,4	33,5	80,6	1.522,5	1.719,8
11–12	407,1	—	—	—	10,7	16,4	434,2	553,0
13–14	125,1	—	—	0,2	0,7	1,0	127,0	145,5
n. a.	15,7	1,3	100,4	3,6	—	0,5	121,5	127,8
Summe	9.740,7	151,5	2.834,3	12,4	290,1	633,4	13.662,4	13.943,7

Bonitätsklasse ¹	Bewertung
1 – 2	Unzweifelhafte Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung
3 – 4	Große Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung
5 – 6	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung auch in schwierigen Konjunkturphasen
7 – 8	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung mit kleineren Einschränkungen
9 – 10	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung mit Einschränkungen
11 – 12	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung beeinträchtigt
13 – 14	Erhöhte bis ausgeprägte Anfälligkeit für Zahlungsverzug

¹ Die Bonitätsklassen 15 und 16 umfassen Kreditnehmer, die sich nach CRR im Zahlungsverzug befinden oder als ausgefallen gelten.

In der Kategorie der nicht überfälligen und nicht einzelwertberichtigten Forderungen wird für rund 95 % (Vorjahr: 94 %) der Volumina die Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen als gegeben angesehen (Bonitätsklasse 1–10), bei 3 % (Vorjahr: 4 %) ist unter negativen Umständen von einer Beeinträchtigung auszugehen (Bonitätsklasse 11–12). Wahrscheinlich ist die Zahlungsunfähigkeit bei lediglich 1 % (Vorjahr: 1 %; Bonitätsklasse 13–14).

Sicherheiten

Die Sicherheiten im Kreditportfolio der Bank entstammen zum einen dem Kundenkreditgeschäft und sind entsprechend den Forderungsklassen Forderungen an Kunden, Eventualverbindlichkeiten und Offene Kreditzusagen zuzuordnen. Zum anderen werden im Rahmen von Geldmarktgeschäften Wertpapiere als Sicherheit für Forderungen gegenüber Kreditinstituten hereingenommen. Die Volumina der übrigen Forderungsklassen sind unbesichert.

Kreditvolumen und zugeordnete Sicherheiten im Kundenkreditgeschäft

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Forderungen an Kreditinstitute	Eventualverbindlichkeiten	Offene Kreditzusagen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
Volumen der Forderungsklasse	10.191,8	151,5	293,7	639,7	11.276,7	11.638,9
Zugeordnete Sicherheiten	6.242,4	—	57,2	—	6.299,6	6.319,6

Die Forderungen des Kundenkreditgeschäftes sind zu rund 61 % (Vorjahr: 60 %) besichert. Den wesentlichen Anteil der Sicherheiten bilden mit 75 % (Vorjahr: 76 %) Grundpfandrechte an wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Immobilien, gefolgt von liquiden Sicherheiten wie Kontoguthaben, Bausparverträgen und Lebensversicherungen mit 10 % (Vorjahr: 10 %). Auf die sonstigen Sicherheiten – im Wesentlichen Sicherungsübereignungen – entfallen etwa 15 % (Vorjahr: 14 %).

Saldierung von finanziellen Vermögenswerten, finanziellen Verbindlichkeiten und Sicherheitsleistungen (gem. IFRS 7.13)
Finanzielle Vermögenswerte

2015						
Mio. Euro	Bruttowerte	Saldierungs- betrag gem. IAS 32	Nettowerte gem. Bilanz- ausweis	Sonstige Saldierungsposten		Nettorisiko
				a) bilanzierte Finanzinstru- mente, die nicht IAS 32 erfüllen	b) finanzielle Sicherheiten (inkl. Bar- sicherheiten) zum Fair Value	
Echte Kompensationsvereinbarungen gemäß RechKredV						
Forderungen an Kunden	177,7	-154,2	23,5	—	—	23,5
Besicherte Marktwerte von Derivaten						
Positive Marktwerte aus Derivaten	27,6	—	27,6	-27,6	—	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte mit zentralem Kontrahenten						
Forderungen an Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte OTC						
Forderungen an Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—
Gesamt						
Finanzielle Vermögenswerte	205,3	-154,2	51,1	-27,6	—	23,5

2014						
Mio. Euro	Bruttowerte	Saldierungs- betrag gem. IAS 32	Nettowerte gem. Bilanz- ausweis	Sonstige Saldierungsposten		Nettorisiko
				a) bilanzierte Finanzinstru- mente, die nicht IAS 32 erfüllen	b) finanzielle Sicherheiten (inkl. Bar- sicherheiten) zum Fair Value	
Echte Kompensationsvereinbarungen gemäß RechKredV						
Forderungen an Kunden	157,1	-133,3	23,8	—	—	23,8
Besicherte Marktwerte von Derivaten						
Positive Marktwerte aus Derivaten	31,9	—	31,9	-31,9	—	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte mit zentralem Kontrahenten						
Forderungen an Kreditinstitute	50,0	—	—	—	-50,0	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte OTC						
Forderungen an Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—
Gesamt						
Finanzielle Vermögenswerte	239,0	-133,3	55,7	-31,9	-50,0	23,8

Finanzielle Verbindlichkeiten

						2015
Mio. Euro	Bruttowerte	Saldierungs- betrag gem. IAS 32	Nettowerte gem. Bilanz- ausweis	Sonstige Saldierungsposten		Nettorisiko
				a) bilanzierte Finanzinstru- mente, die nicht IAS 32 erfüllen	b) finanzielle Sicherheiten (inkl. Bar- sicherheiten) zum Fair Value	
Echte Kompensationsvereinbarungen gemäß RechKredV						
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	- 195,8	154,2	- 41,6	—	—	- 41,6
Besicherte Marktwerte von Derivaten						
Bilanzierte Barmittel, in diesem Zuge erhalten	—	—	—	—	—	—
Negative Marktwerte aus Derivaten	- 101,5	—	- 101,5	27,6	73,9	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte mit zentralem Kontrahenten						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	- 443,2	—	- 443,2	—	438,0	- 5,2
Besicherte Geldmarktgeschäfte OTC						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	- 967,1	—	- 967,1	—	956,4	- 10,7
Gesamt						
Finanzielle Verbindlichkeiten	- 1.707,6	154,2	- 1.553,4	27,6	1.468,3	- 57,5

						2014
Mio. Euro	Bruttowerte	Saldierungs- betrag gem. IAS 32	Nettowerte gem. Bilanz- ausweis	Sonstige Saldierungsposten		Nettorisiko
				a) bilanzierte Finanzinstru- mente, die nicht IAS 32 erfüllen	b) finanzielle Sicherheiten (inkl. Bar- sicherheiten) zum Fair Value	
Echte Kompensationsvereinbarungen gemäß RechKredV						
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	- 166,6	133,3	- 33,3	—	—	- 33,3
Besicherte Marktwerte von Derivaten						
Bilanzierte Barmittel, in diesem Zuge erhalten	—	—	—	—	—	—
Negative Marktwerte aus Derivaten	- 122,3	—	- 122,3	31,9	90,4	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte mit zentralem Kontrahenten						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	—	—	—	—	—	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte OTC						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	- 1.117,6	—	- 1.117,6	—	1.068,6	- 49,0
Gesamt						
Finanzielle Verbindlichkeiten	- 1.406,5	133,3	- 1.273,2	31,9	1.159,0	- 82,3

Rückstände

Überfällige, aber nicht einzelwertberichtigte Forderungen

– Gliederung nach Dauer des Rückstands –

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Eventual- verbindlich- keiten	Offene Kreditzusagen	Sonstige Klassen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
Bis 30 Tage	163,5	2,0	1,2	0,3	167,0	241,2
31 – 60 Tage	3,1	—	—	—	3,1	1,1
61 – 90 Tage	0,3	—	—	—	0,3	1,1
Summe	166,9	2,0	1,2	0,3	170,4	243,4

In der Kategorie der überfälligen, aber nicht einzelwertberichtigten Forderungen ist der überwiegende Teil in Höhe von 98,0 % (Vorjahr: 99,1 %) maximal 30 Tage rückständig. Auf längerfristige Rückstände entfallen 2,0 % (Vorjahr: 0,9 %). Absolut ist die Summe der Überziehungen gegenüber dem letzten Stichtag deutlich zurückgegangen.

Risikokonzentrationen

Die Branchenverteilung des Kreditportfolios ist geprägt durch die in der Geschäftsregion ansässige Kundschaft. Daneben bildet das Kreditgeschäft im Bereich der Erneuerbaren Energien, insbesondere die Finanzierung von Windkraft- und Biogasanlagen, einen Schwerpunkt.

Schiffsfinanzierungen

Schiffsfinanzierungen haben trotz des sukzessive reduzierten Portfolios weiterhin einen hohen Anteil an der Risikovorsorge. Im Ganzen nimmt die Belastung aus dem Schifffahrtsportfolio jedoch ab, da der Großteil der risikobehafteten Schiffsengagements restrukturiert wurde. Dennoch wirkt sich die seit 2008 anhaltende Branchenkrise im Schifffahrtsbereich weiterhin auf die Bewertung aus. Dies ist zum größten Teil auf die stagnierenden Charraten zurückzuführen. Im Jahresverlauf wurden weitere Schiffe vom Fortführungswert auf den Substanzwert zurückgenommen.

Sicherheiten

Neben der Konzentration auf einzelne Kreditnehmer können Risikokonzentrationen auch durch die Fokussierung auf einzelne Sicherheitengeber hervorgerufen werden. Da die Sicherheiten dem breit gestreuten Portfolio der Kundenkredite entstammen, sieht die Bank dort jedoch aktuell keine relevanten Risikokonzentrationen.

Dort wo sich Konzentrationen aufgrund der Sicherheitenart bzw. des Sicherheitengegenstandes ergeben, wurden geeignete Maßnahmen zur Überwachung implementiert:

Sicherheit	Überwachung
Immobilien	Immobilienmarktmonitoring zur Überwachung regionaler Marktpreisschwankungen
Binnen- und Seeschiffe	Halbjährliches Marktwertgutachten

Kreditinstitute

Die Adressrisiken aus Forderungen an Kreditinstitute und von Kreditinstituten begebenen Anleihen sind insgesamt gering. Die Volumina entfallen nahezu vollständig auf Bonitätsklassen im Bereich Investment Grade (1–6). 99,9 % der Forderungen liegen im Bereich 1–4, der Rest in Höhe von 1,0 Mio. Euro verteilt sich auf die Bonitätsklassen 5–8.

 siehe Grafik unten links

Das Volumen wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter reduziert. Die Bank setzt in diesem Segment ihre konservative Risikopolitik fort.

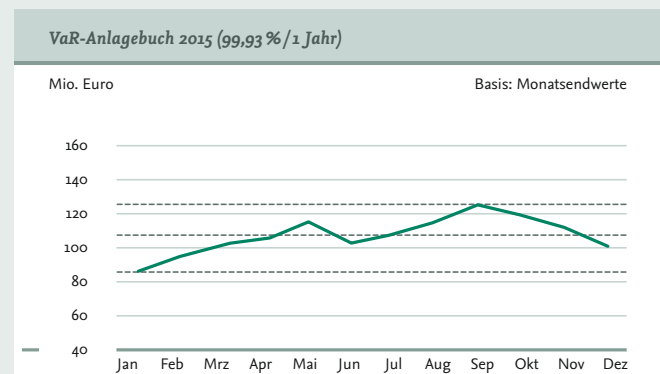
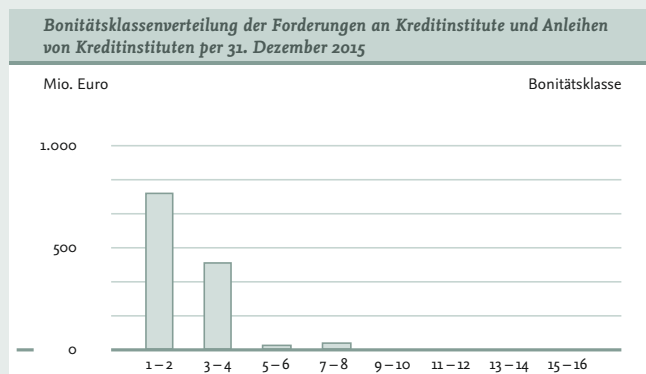
Länderrisiko

Länderrisiken als spezifische Ausprägung des Adressrisikos spielen in der Bank keine wesentliche Rolle.

Marktrisiko

Handelsgeschäft

Der Handel wurde zum Jahresende 2012 eingestellt; neue Positionen wurden dem Anlagebuch zugeordnet.



■ Minimum, Maximum, Mittelwert ■ VaR

Anlagebuch

Value-at-Risk des Anlagebuches (99,93 % / 1 Jahr) im Jahr 2015:

Mio. Euro	VaR
Minimum	85,6
Mittelwert	107,7
Maximum	125,6

Die Marktpreisrisiken des Anlagebuches (VaR-Modell 99,93 % / 1 Jahr) bewegten sich im Jahr 2015 oberhalb des Niveaus des Vorjahres. So lag der durchschnittliche Value-at-Risk mit 107,7 Mio. Euro über dem Wert für 2014 in Höhe von 86,5 Mio. Euro. Das Limit in Höhe von 125 Mio. Euro wurde im September kurzfristig leicht überschritten.

Das Marktrisiko des Anlagebuches wird wertorientiert über die historischen Zins- und Aktienkursveränderungen bewertet und limitiert. Hauptsächlich durch Zukäufe in der Liquiditätsreserve und durch das wachsende Kreditgeschäft ist das Risiko gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

 siehe Grafik Seite o85 rechts

Die Meldegrenze für den Basel II-Koeffizienten wurde im September für wenige Tage überschritten (20,6 % bei einer Meldegrenze von 20 %).

Operationelles Risiko

Im Rahmen des jährlichen Risk-Assessments werden von der Abteilung Risikocontrolling institutspezifische Risikoszenarien entwickelt. Nach Absprache werden die relevanten Szenarien in Workshops mit Experten aus den Fachabteilungen besprochen und von diesen hinsichtlich der möglichen Schadenshöhe und -häufigkeit bewertet.

Mittels einer Monte Carlo-Simulation wird der VaR zum 99,93 % Quantil bestimmt. Sofern bei Szenarien unterjährige Veränderungen auftreten, erfolgt eine Neubewertung der entsprechenden Szenarien. Für das Jahr 2015 wurde mit 19,7 Mio. Euro ein deutlich niedrigerer Risikobetrag ermittelt als im Vorjahr (27,8 Mio. Euro). Diese Veränderung ist im Wesentlichen auf die risikosensitivere Ausgestaltung des internen Modells zurückzuführen.

Beispiele für relevante Szenarien:

Szenario	Zuständiger Fachbereich
Ausfall unternehmenskritischer IT	Informationstechnologie
Beratungshaftung	Produktmanagement
Änderung in Gesetzgebung und Rechtsprechung	Recht
Modellrisiko bei der Bemessung des Marktpreisrisikos	Risikocontrolling
Pandemie	Organisation

Liquiditätsrisiko**Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Meldekennziffer**

	2015	2014
Minimum	1,25	1,41
Mittelwert	1,38	1,52
Maximum	1,58	1,74

Der Mindestwert der Meldekennziffer in Höhe von 1 wurde das ganze Jahr über eingehalten. Im Durchschnitt lag die Kennziffer 38 % über der Mindestanforderung. Zum 31. Dezember 2015 betrug die Kennziffer 1,25.

Die Liquiditätskennziffer bewegte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr leicht unter dem Vorjahresniveau.

Neben der Überwachung des aktuellen Liquiditätskoeffizienten der Liquiditätsverordnung überprüft die Bank die Kennzahl LCR der CRR. Die Positionen der LCR nach CRR sind seit dem 31. März 2014 monatlich zu melden und werden seit dem 1. Oktober 2015 durch die Kennzahl nach Delegierter Verordnung ergänzt. Die Meldekennziffer LCR der OLB lag am 31. Dezember 2015 bei 138 %.

Fälligkeiten

Zur Bemessung und Steuerung der Liquiditätsrisiken bedarf es diverser Fälligkeitsannahmen für Forderungen und Verbindlichkeiten. Die OLB folgt diesbezüglich den Annahmen der Liquiditätsverordnung.

Unabhängig von den Annahmen der Liquiditätsverordnung ist in den folgenden Tabellen dargestellt, in welche Restlaufzeiten sich die Forderungen und Verbindlichkeiten tatsächlich gliedern. Bei den Angaben handelt es sich um Buchwerte vor Abzug der Risikovorsorge.

Forderungen 2015

Mio. Euro	2015				
	bis 3 Monate ¹	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Befristete Forderungen an Kreditinstitute	45,7	0,2	—	—	45,9
Forderungen an Kunden	1.262,8	659,5	2.718,0	5.761,1	10.401,4
Forderungen zum 31. Dezember 2015	1.308,5	659,7	2.718,0	5.761,1	10.447,3

¹ In den Forderungen an Kunden mit einer Restlaufzeit bis drei Monate sind Forderungen in Höhe von 747,5 Mio. Euro mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Verbindlichkeiten 2015

Mio. Euro	2015				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	52,4	—	—	—	52,4
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.212,9	896,1	1.017,5	1.340,9	4.467,4
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.615,7	—	—	—	4.615,7
Spareinlagen	1.711,6	136,0	21,0	—	1.868,6
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	133,1	43,7	293,8	420,1	890,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	9,6	70,3	41,9	273,6	395,4
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	58,0	25,6	102,6	250,4	436,6
Steuerschulden	—	—	3,5	—	3,5
Nachrangige Verbindlichkeiten	15,0	—	132,7	103,1	250,8
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2015	7.808,3	1.171,7	1.613,0	2.388,1	12.981,1

Daneben existieren Forderungen und Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten. Die folgende Tabelle weist die Verbindlichkeiten aus Derivaten aus. Dazu wurden die negativen Marktwerte mit ihrem Fälligkeitsdatum eingestellt.

Verbindlichkeiten aus Derivaten 2015

Mio. Euro	2015				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Zinsswaps	0,1	4,2	52,5	54,7	111,5
Devisentermingeschäfte/Devisenswaps	1,4	0,9	—	—	2,3
Devisenoptionen	0,1	0,1	—	—	0,2
Aktienindexoptionen	—	—	—	—	—
Futuresoptionen	—	—	—	—	—
Aktienoptionen	—	—	—	—	—
Caps	—	—	—	—	—
Summe zum 31. Dezember 2015	1,6	5,2	52,5	54,7	114,0

Forderungen 2014

Mio. Euro	2014				Gesamt
	bis 3 Monate ¹	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	
Befristete Forderungen an Kreditinstitute	160,4	56,0	—	—	216,4
Forderungen an Kunden	1.449,0	669,0	2.597,3	5.801,0	10.516,3
Forderungen zum 31. Dezember 2014	1.609,4	725,0	2.597,3	5.801,0	10.732,7

¹ In den Forderungen an Kunden mit einer Restlaufzeit bis drei Monate sind Forderungen in Höhe von 850,2 Mio. Euro mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Verbindlichkeiten 2014

Mio. Euro	2014				Gesamt
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	60,7	—	—	—	60,7
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	954,3	573,3	1.177,7	1.465,5	4.170,8
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.219,2	—	—	—	4.219,2
Spareinlagen	2.073,9	163,1	23,5	—	2.260,5
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	368,8	342,6	265,0	501,8	1.478,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	19,6	43,7	122,5	326,7	512,5
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	102,2	33,7	114,1	236,8	486,8
Steuerschulden	—	—	1,8	—	1,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	—	—	117,9	103,0	220,9
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2014	7.798,7	1.156,4	1.822,5	2.633,8	13.411,4

Daneben existieren Forderungen und Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten. Die folgende Tabelle weist die Verbindlichkeiten aus Derivaten aus. Dazu wurden die negativen Marktwerte mit ihrem Fälligkeitsdatum eingestellt.

Verbindlichkeiten aus Derivaten 2014

Mio. Euro	2014				Gesamt
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	
Zinsswaps	—	—	54,4	79,4	133,8
Devisentermingeschäfte / Devisenswaps	—	—	2,4	—	2,4
Devisenoptionen	—	—	—	—	—
Aktienindexoptionen	—	—	—	—	—
Futuresoptionen	—	—	—	—	—
Aktienoptionen	—	—	—	—	—
Caps	—	—	—	—	—
Summe zum 31. Dezember 2014	—	—	56,8	79,4	136,2

Deckung der Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden insgesamt gedeckt durch bilanzielle Aktiva wie die Kassenposition, Guthaben bei Zentralnotenbanken, Wertpapiere und gedeckte Schuldverschreibungen, Anteile an Spezialfonds sowie Forderungen an Kunden und Kreditinstitute. Durch einen Verkauf der Schuldverschreibungen der Kategorie **Available-for-Sale (AFS)** können eventuelle Liquiditätsanforderungen aus bestehenden Verbindlichkeiten kurzfristig erfüllt werden. Sollte eine Veräußerung aufgrund der Marktsituation nicht möglich sein, können diese Schuldverschreibungen alternativ im Rahmen von Offenmarktgeschäften mit der EZB zur Beschaffung von kurzfristiger Liquidität herangezogen werden.

 siehe Glossar Seite 178

Die OLB verfügt aufgrund ihrer breiten Kundenbasis über sehr unterschiedliche Finanzierungsquellen und besitzt wegen dieser kleinteiligen Engagements weder bei Vermögenswerten noch Finanzierungsquellen wesentliche Konzentrationen von Liquiditätsrisiken.

 siehe Grafik unten links

Liquiditätscashflows per 31. Dezember 2015

Neben den oben dargestellten Übersichten zur Restlaufzeitenstruktur der Forderungen und Verbindlichkeiten zeigt die folgende Grafik die Liquiditätscashflows über einen Zeitraum von sieben Jahren. Dabei wird unterstellt, dass die Liquiditätsreserve – sobald verfügbar – zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt wird.

Der Liquiditätscashflow signalisiert für die kommenden sieben Jahre für alle Szenarien einen deutlichen Liquiditätsüberschuss.

Interne Kontrollen der Finanzberichterstattung (Angaben nach § 289 Absatz 5 HGB sowie erläuternder Bericht)

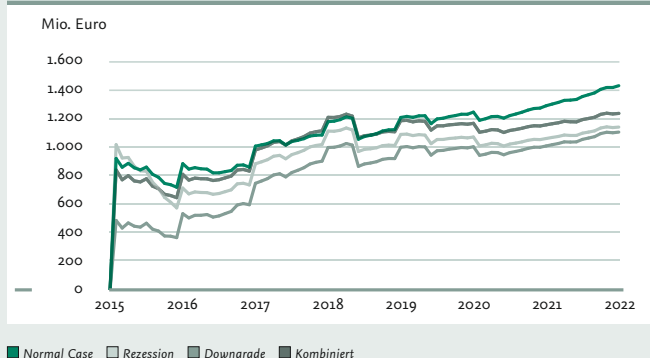
Rahmenwerk

Die Finanzberichterstattung der Bank unterliegt den Anforderungen des einheitlichen Rahmenwerks „Internal Controls over Financial Reporting“ (ICOFR) der Allianz Gruppe.

Im Rahmen dieses Regelwerks wurden Vorgehensweisen entwickelt, mit denen Risiken für wesentliche Fehler im Jahresabschluss identifiziert und verringert werden können. Das interne Kontrollsystem (ICOFR) beruht auf dem Regelwerk des „Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission“ (COSO) und wird von der Bank regelmäßig überprüft sowie aktualisiert. Darüber hinaus umfasst dieser Ansatz folgende fünf zusammenhängende Komponenten:

Kontrollumfeld, Risikobeurteilung, Kontrollmaßnahmen, Information und Kommunikation sowie Überwachung. Diese fünf Bestandteile werden von einem „Entity Level Control Assessment Process“ (ELCA), den „IT General Controls“ (ITGC) sowie Kontrollen auf Prozessebene abgedeckt. Im ELCA-Rahmenwerk sind dabei Kontrollen wie ein Compliance-Programm oder eine Committee-Governance-Struktur festgeschrieben, während im ITGC-Rahmenwerk beispielsweise Kontrollen für die Zugriffsrechteverwaltung oder Projekt- und Change-Management-Kontrollen definiert sind.

Liquiditätscashflows über sieben Jahre



Ansatz des internen Kontrollsystems

Umfang festlegen	Bestimmung der wesentlichen Prozesse, die das interne Kontrollsystem abdecken soll
Risiken identifizieren	Identifizierung von Risikoszenarien, die zu einer wesentlichen Falschdarstellung führen können
Kontrollen implementieren	Implementierung geeigneter Schlüsselkontrollen, die Fehler oder Betrug, die aus den Risikoszenarien resultieren können, erkennen oder verhindern
Wirksamkeit überprüfen	Überprüfung der Ausgestaltung und der operativen Wirksamkeit der Schlüsselkontrollen

Bilanzierungsprozesse

Am Rechnungslegungsprozess sind im Wesentlichen die Abteilungen Finanzen / Controlling (mit den Gruppen Bilanz, Finanzbuchhaltung, Controlling und Meldewesen / Regulatorik), Risikocontrolling und Informationstechnologie beteiligt. Die Organisation und Kontrolle der Buchhaltung unterliegt der Gruppe Finanzbuchhaltung. Die Organisation und Kontrolle der Abschlusserstellung wird von der Gruppe Bilanz wahrgenommen und durch die Gruppe Finanzbuchhaltung unterstützt. Mit qualitätssichernden Maßnahmen unterstützen die Gruppen Controlling und Meldewesen / Regulatorik den Abschlussprozess, speziell an den Schnittstellen zwischen interner und externer Berichterstattung. Die Abteilung Risikocontrolling liefert insbesondere Daten zur Bewertung von Geschäften, die zu Barwerten in den Rechnungslegungsprozess einfließen. Die Abteilung Informationstechnologie liefert die Infrastruktur für die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Systeme. Die eingesetzten Systeme sind durch entsprechende Einrichtungen im EDV-Bereich gegen unbefugte Zugriffe geschützt. Im Bereich der eingesetzten Systeme wird, soweit möglich, Standardsoftware eingesetzt.

 siehe Grafik Seite 090 rechts

Die Vorgehensweise lässt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Die Bank nutzt einen risikoorientierten Ansatz. Zu Beginn eines jeden ICOFR-Jahres wird eine Überprüfung der ICOFR-relevanten Prozesse auf Vollständigkeit durchgeführt. Hierfür werden die Fachbereiche mit Blick auf mögliche ICOFR-relevante Risiken analysiert. Neben diesem jährlich wiederkehrenden Prozess werden unterjährig die Prüfungsergebnisse der internen Revision und anderer externer Prüfer von der ICOFR-Koordination auf ICOFR-relevante Themen und Feststellungen geprüft.

Daran anschließend werden Risiken identifiziert, die zu wesentlichen finanziellen Falschdarstellungen führen können. Dabei werden alle möglichen relevanten Ursachen (insbesondere menschliche Verarbeitungsfehler, Betrug, Systemschwächen, externe Faktoren usw.) berücksichtigt. Nach der Identifizierung und Analyse der Risiken werden die potenziellen Auswirkungen und die Eintrittswahrscheinlichkeiten beurteilt.

Im Finanzberichterstattungsprozess werden präventive und aufdeckende Schlüsselkontrollen durchgeführt, um die Wahrscheinlichkeit und die Auswirkungen finanziell falscher Darstellungen zu reduzieren. Tritt ein potenzielles Risiko tatsächlich ein, werden Maßnahmen ergriffen, um die Auswirkung dieser Falschdarstellungen zu reduzieren. Da die Finanzberichterstattung in hohem Maße von Systemen der Informationstechnologie abhängig ist, werden auch IT-Kontrollen durchgeführt.

Kontrollen müssen sowohl angemessen konzipiert sein als auch wirksam umgesetzt werden. Daher werden für Komponenten des internen Kontrollsystems – etwa Prozesse, zugehörige Schlüsselkontrollen und deren Durchführung – durchgängige Dokumentationen vorgeschrieben. Zudem wird das Kontrollsystem einer jährlichen Bewertung unterzogen, um dessen Wirksamkeit zu erhalten und kontinuierlich zu verbessern. Die interne Revision stellt sicher, dass die Qualität des internen Kontrollsystems der Bank regelmäßig überprüft und somit dessen Angemessenheit und Wirksamkeit gewährleistet wird.

Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass auch angemessen und funktionsfähig eingerichtete Systeme keine absolute Sicherheit zur Identifikation und Steuerung der Risiken gewähren können.

Oldenburg, 9. März 2016
Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand



Patrick Tessmann

Vorsitzender



Dr. Thomas Bretzger



Karin Katerbau



Hilger Koenig

KONZERNABSCHLUSS

Gesamtergebnisrechnung	094
Bilanz	096
Eigenkapitalveränderungsrechnung	098
Kapitalflussrechnung	099
Konzernanhang	100

Gesamtergebnisrechnung des Oldenburgische Landesbank Konzerns für den Zeitraum 1.1. – 31.12.2015

Gewinn- und Verlustrechnung

Mio. Euro	2015	2014	Veränderungen	Veränderungen (%)	Anhang/Seite
Zinserträge (und ähnliche Erträge)	421,2	454,8	- 33,6	- 7,4	
Zinsaufwendungen (und ähnliche Aufwendungen)	182,1	217,6	- 35,5	- 16,3	
Zinsüberschuss	239,1	237,2	1,9	0,8	02 / 114
Provisionserträge	93,8	94,1	- 0,3	- 0,3	
Provisionsaufwendungen	26,9	23,2	3,7	15,9	
Provisionsüberschuss	66,9	70,9	- 4,0	- 5,6	03 / 115
Laufendes Handelsergebnis	7,9	4,2	3,7	88,1	04 / 116
Übrige Erträge	0,8	0,4	0,4	100,0	05 / 116
Laufende Erträge	314,7	312,7	2,0	0,6	
Laufender Personalaufwand	143,7	153,5	- 9,8	- 6,4	
Sachaufwand	83,5	84,4	- 0,9	- 1,1	
Übrige Aufwendungen	2,1	6,7	- 4,6	- 68,7	
Laufende Aufwendungen	229,3	244,6	- 15,3	- 6,3	06 / 117
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	36,3	39,0	- 2,7	- 6,9	07 / 118
Ergebnis aus Restrukturierung	- 7,0	3,0	- 10,0	k. A.	08 / 118
Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen	4,1	3,2	0,9	28,1	
Nicht laufendes Handelsergebnis	- 0,1	- 0,6	0,5	- 83,3	
Ergebnis aus Finanzanlagen	4,0	2,6	1,4	53,8	09 / 118
Ergebnis vor Steuern	46,1	34,7	11,4	32,9	
Steuern	14,3	9,8	4,5	45,9	10 / 119
Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	31,8	24,9	6,9	27,7	
Unverwässertes sowie verwässertes Ergebnis je Aktie (Euro)	1,36	1,07	0,29	27,1	11 / 119

Sonstiges Ergebnis

Mio. Euro	2015	2014	Veränderungen	Veränderungen (%)
Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	31,8	24,9	6,9	27,7
Sonstiges Ergebnis aus AfS-Finanzinstrumenten (durch GuV realisierbar oder realisiert)				
Unrealisierte Marktwertveränderungen brutto	-14,8	43,7	-58,5	k. A.
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen Realisierung brutto				
wegen realisierter Gewinne (-) und Verluste (+)	-5,1	-3,9	-1,2	30,8
wegen Wertberichtigungen	—	0,2	-0,2	-100,0
Steuerertrag (+)/-aufwand (-) aus unrealisierten Marktwertveränderungen	7,8	-12,3	20,1	k. A.
Steuerertrag (+)/-aufwand (-) aus Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen Realisierung	0,6	0,5	0,1	20,0
Sonstiges Ergebnis aus Netto-Pensionsverpflichtungen (nicht durch GuV realisierbar)				
Veränderungen des Verpflichtungsumfangs brutto	16,8	-56,5	73,3	k. A.
Steuerertrag (+)/-aufwand (-) aus Veränderungen des Verpflichtungsumfangs	-5,2	17,5	-22,7	k. A.
Sonstiges Ergebnis aus sonstigen Kapitalveränderungen (nicht durch GuV realisierbar)	0,4	—	0,4	k. A.
Sonstiges Ergebnis	0,5	-10,8	11,3	k. A.
Gesamtergebnis	32,3	14,1	18,2	> 100 %

Alle Positionen nach dem Ergebnis nach Steuern sind in der Note 35a zum kumulierten Bewertungseffekt dargestellt.

Bilanz

des Oldenburgische Landesbank Konzerns

zum 31.12.2015

Aktiva Mio. Euro	31.12.2015	31.12.2014	Veränderungen	Veränderungen (%)	Anhang/Seite
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	181,7	192,9	- 11,2	- 5,8	13 / 123
Handelsaktiva	13,0	14,9	- 1,9	- 12,8	14 / 123
Forderungen an Kreditinstitute (netto nach Risikovorsorge in Höhe von 0,0 Mio. Euro, Vorjahr: 0,1 Mio. Euro)	151,5	435,1	- 283,6	- 65,2	15 / 123
Forderungen an Kunden (netto nach Risikovorsorge in Höhe von 209,6 Mio. Euro, Vorjahr: 215,9 Mio. Euro)	10.191,8	10.300,4	- 108,6	- 1,1	16 / 124
Finanzanlagen	2.834,3	2.865,4	- 31,1	- 1,1	19 / 125
Sachanlagen	80,6	82,2	- 1,6	- 1,9	20 / 128
Immaterielle Vermögenswerte	9,8	10,0	- 0,2	- 2,0	21 / 129
Sonstige Aktiva	101,5	87,1	14,4	16,5	22 / 129
Ertragsteueransprüche	17,8	21,8	- 4,0	- 18,3	23 / 130
Aktive latente Steuern	47,2	43,1	4,1	9,5	
Vermögenswerte einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe	—	82,8	- 82,8	- 100,0	1 / 102
Summe der Aktiva	13.629,2	14.135,7	- 506,5	- 3,6	

Passiva Mio. Euro	31.12.2015	31.12.2014	Veränderungen	Veränderungen (%)	Anhang / Seite
Handelspassiva	7,3	7,8	- 0,5	- 6,4	25 / 131
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.519,8	4.231,5	288,3	6,8	26 / 131
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.375,0	7.957,9	- 582,9	- 7,3	27 / 131
Verbriefte Verbindlichkeiten	395,4	512,5	- 117,1	- 22,8	28 / 132
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	436,6	486,8	- 50,2	- 10,3	29 / 132
Ertragsteuerschulden	3,5	1,8	1,7	94,4	32 / 138
Nachrangige Verbindlichkeiten	250,8	220,9	29,9	13,5	34 / 140
Schulden einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe	—	101,8	- 101,8	- 100,0	1 / 102
Eigenkapital	640,8	614,7	26,1	4,2	35 / 140
Gezeichnetes Kapital	60,5	60,5	—	—	
Kapitalrücklage	202,9	202,9	—	—	
Gewinnrücklagen	395,3	369,7	25,6	6,9	
kumuliertes Sonstiges Ergebnis	- 17,9	- 18,0	0,1	- 0,6	
kumuliertes Sonstiges Ergebnis einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe	—	- 0,4	0,4	- 100,0	1 / 102
Summe der Passiva	13.629,2	14.135,7	- 506,5	- 3,6	

Eigenkapitalveränderungsrechnung des Oldenburgische Landesbank Konzerns für den Zeitraum 1.1. – 31.12.2015

Mio. Euro	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Kumuliertes Sonstiges Ergebnis (OCI)	OCI einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe	Eigenkapital gesamt
31. Dezember 2013	60,5	202,9	347,1	-7,6	—	602,9
Periodengewinn	—	—	24,9	—	—	24,9
Sonstiges Ergebnis aus Available-for-Sale-Finanzinstrumenten	—	—	—	28,2	—	28,2
Sonstiges Ergebnis aus Netto-Pensionsverpflichtungen	—	—	—	-38,6	-0,4	-39,0
Gesamtergebnis	—	—	24,9	-10,4	-0,4	14,1
Dividendenausschüttung aus Gewinnvortrag	—	—	-2,3	—	—	-2,3
31. Dezember 2014	60,5	202,9	369,7	-18,0	-0,4	614,7
Periodengewinn	—	—	31,8	—	—	31,8
Sonstiges Ergebnis aus Available-for-Sale-Finanzinstrumenten	—	—	—	-11,5	—	-11,5
Sonstiges Ergebnis aus Netto-Pensionsverpflichtungen	—	—	-0,4	11,6	0,4	11,6
Gesamtergebnis	—	—	31,4	0,1	0,4	31,9
Dividendenausschüttung aus Gewinnvortrag	—	—	-5,8	—	—	-5,8
31. Dezember 2015	60,5	202,9	395,3	-17,9	—	640,8

Im Berichtsjahr 2015 wurden 0,25 Euro je Aktie ausgeschüttet (Vorjahr: 0,10 Euro).

Das OCI einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe betraf die negative Neubewertungsrücklage aus Netto-Pensionsverpflichtungen der im Abschlussjahr 2014 zur Veräußerung gehaltenen Münsterländische Bank Thie & Co. KG (MLB). Im Berichtsjahr wurden die Kommanditanteile verkauft und die MLB entkonsolidiert. Die negative Neubewertungsrücklage wurde zu Lasten der Konzerngewinnrücklage erfasst.

Weitere Angaben zu den Bestandteilen des Eigenkapitals folgen im Anhang unter Note (35).

Kapitalflussrechnung des Oldenburgische Landesbank Konzerns für den Zeitraum 1.1. – 31.12.2015

Mio. Euro	2015	2014	Anhang / Seite
Laufende Geschäftstätigkeit			
Gewinn	31,8	24,9	
Abschreibungen auf Investitionen	—	0,2	
Zuschreibungen auf Investitionen	—	—	
Abschreibungen und Zuschreibungen auf Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	14,8	14,4	20, 21 / 128, 129
Veränderung der Rückstellungen und der Risikovorsorge im Kreditgeschäft	12,2	146,7	7, 29 / 118, 132
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	-37,0	-83,8	
Gewinne aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen	-5,3	-4,2	
Sonstige Anpassungen	-233,3	-229,6	
Zwischensumme	-216,8	-131,4	
Veränderung der Forderungen an Kreditinstitute	283,8	193,2	15 / 123
Veränderung der Forderungen an Kunden	180,1	-160,8	16 / 124
Veränderung des Handelsbestands	1,5	-0,3	14, 25 / 123, 131
Veränderung der Anderen Aktiva	-13,2	-21,3	
Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	259,0	-237,6	26 / 131
Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-650,9	219,6	27 / 131
Veränderung der Verbrieften Verbindlichkeiten	-117,1	-67,1	28 / 132
Veränderung der Anderen Passiva	-26,8	15,0	29 / 132
Erhaltene Zinsen	411,7	460,7	
Erhaltene Dividenden	12,3	1,1	
Gezahlte Zinsen	-179,6	-215,6	
Ertragsteuerzahlungen	-11,1	-16,6	
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-67,1	38,9	
Investitionstätigkeit			
Erlöse aus der Veräußerung von Finanzanlagen	806,6	681,9	
Erlöse aus der Veräußerung von Sachanlagen	3,8	0,4	
Zahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-792,4	-726,1	
Zahlungen für den Erwerb von Sachanlagen und Immateriellen Vermögenswerten	-16,1	-12,9	20, 21 / 128, 129
Cashflow aus Investitionstätigkeit	1,9	-56,7	
Finanzierungstätigkeit			
Erlöse aus Kapitalveränderungen	12,5	-48,8	
Dividendenzahlungen	-5,8	-2,3	
Veränderung der Nachrangverbindlichkeiten	29,9	-32,7	34 / 140
Nettoausgabe von Genussrechtskapital	—	—	
Zinsaufwand für Genussrechtskapital	—	—	
Mittelveränderungen aus Sonstiger Finanzierungstätigkeit	-0,4	—	
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	36,2	-83,8	
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente			
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zum 1. Januar	210,7	312,3	13 / 123
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zum 31. Dezember	181,7	210,7	13 / 123
Veränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	-29,0	-101,6	
davon Summe gemäß IAS 7.42	-10,4	—	1 / 102

Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2015 des Oldenburgische Landesbank Konzerns

01 Grundlagen der Rechnungslegung

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Kreditinstitute haben gemäß § 340i Abs. (1) HGB in Verbindung mit § 290 Abs. (1) HGB einen Konzernabschluss aufzustellen, wenn diese auf ein oder mehrere Tochterunternehmen einen beherrschenden Einfluss ausüben können. Durch den Wegfall dieser Voraussetzung im Geschäftsjahr 2015 war die OLB im Sinne des § 290 HGB Abs. (5) von der Pflicht befreit, einen Konzernabschluss nach HGB aufzustellen. Gemäß § 315a Abs. (3) HGB stellte die Bank freiwillig einen Konzernabschluss nach IFRS auf.

Der Konzernabschluss ist nach den Vorschriften der IFRS und Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC), wie sie durch die EU verabschiedet sind, als Konzernabschluss gemäß Art. 4 der International Accounting Standards-Verordnung (IAS-VO) aufgestellt. Darüber hinaus regelt § 340i Abs. 2 HGB i. V. m. § 315a Abs. 1 HGB die Anwendung der genannten Vorschriften des HGB, wie z. B. zum Konzernlagebericht, die auch auf den IFRS-Konzernabschluss anzuwenden sind, sowie weitere explizite Zusatzangaben.

Bei der Erstellung des vorliegenden Konzernabschlusses wurden alle Standards angewandt, deren Anwendung für die Geschäftsjahre Pflicht war, sofern sie für den OLB-Konzern einschlägig waren.

Folgende neue Standards, Änderungen bzw. Ergänzungen bestehender Vorschriften waren erstmals verpflichtend für das Geschäftsjahr 2015 anzuwenden, sofern sie für den OLB-Konzern einschlägig sind, und haben keinen wesentlichen Einfluss auf den Konzernabschluss:

Änderungen aufgrund Annual Improvements to IFRS 2010 – 2012

- IFRS 2 – Anteilsbasierte Vergütung
- IFRS 3 – Unternehmenszusammenschlüsse
- IFRS 8 – Geschäftssegmente
- IFRS 13 – Bewertung zum beizulegenden Zeitwert
- IAS 16 – Sachanlagen
- IAS 24 – Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen
- IAS 38 – Immaterielle Vermögenswerte

Änderungen aufgrund Annual Improvements to IFRS 2011 – 2013

- IFRS 1 – Erstmalige Anwendung der IFRS
- IFRS 3 – Unternehmenszusammenschlüsse
- IFRS 13 – Bewertung zum beizulegenden Zeitwert
- IAS 40 – Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

IFRIC 21 – Abgaben

Darüber hinaus wurden eine Reihe weiterer Standards und Interpretationen verabschiedet, geändert oder ergänzt, die erstmalig im folgenden Geschäftsjahr anzuwenden sind und die nach den Erwartungen der Bank keinen wesentlichen Einfluss auf den Konzernabschluss haben werden:

Änderungen aufgrund Annual Improvements to IFRS 2012 – 2014

- IFRS 5 – Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche
- IFRS 7 – Finanzinstrumente: Angaben
- IAS 19 – Leistungen an Arbeitnehmer
- IAS 34 – Zwischenberichterstattung

- Änderungen zu IFRS 10, IFRS 12 und IAS 28: Investment Entities Applying the Consolidation Exception
- Änderungen zu IAS 1 – Darstellung des Abschlusses: Disclosure Initiative
- Änderungen zu IAS 27 – Einzelabschlüsse: Equity Method in Separate Financial Statements
- Änderungen zu IAS 16 – Sachanlagen und IAS 38 – Immaterielle Vermögenswerte: Clarification of Acceptable Methods of Depreciation and Amortisation

IFRS 14 – Regulatory Deferral Accounts wurde vom IASB verabschiedet, wegen untergeordneter Bedeutung jedoch nicht von der EU endorsed und ist nicht anwendbar.

IFRS 15 – Revenue from Contracts with Customers wurde verabschiedet, von der EU endorsed und ist erstmalig ab dem 1. Januar 2018 anwendbar. Hieraus erwartet die Bank keinen wesentlichen Einfluss auf den Konzernabschluss.

IFRS 9 – Financial Instruments wurde verabschiedet, von der EU endorsed und ist erstmalig ab dem 1. Januar 2018 anwendbar. Die Einführung des Standards wird zu einem einmaligen Umstellungseffekt führen, der zu einem insgesamt höheren Risikovorsorgenniveau führt. Die Risikovorsorgebildung wird im Zeitpunkt der Erstanwendung gemäß IFRS 9 GuV-neutral über das Eigenkapital erfasst. Die Bank hat im Berichtsjahr ein Projekt in Gang gesetzt, um die methodischen und IT-technischen Voraussetzungen für die rechtzeitige Anwendung von IFRS 9 sicherzustellen.

Der Konzernabschluss ist Bestandteil des Jahresfinanzberichts im Sinne des § 37v WpHG.

Die im OLB-Konzern angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden stehen im Einklang mit den Normen der europäischen Bilanzrichtlinien. Die von den EU-Richtlinien geforderten zusätzlichen Angaben wurden in den Anhang mit aufgenommen. Die Regelungen des AktG sowie des Bilanzrechtsreformgesetzes wurden beachtet. Berichtswährung und funktionale Währung ist der Euro, Berichtsjahr das Kalenderjahr. Beträge sind in der Regel auf Mio. Euro mit einer Nachkommastelle kaufmännisch gerundet.

Gegenstand der Bank ist gemäß § 2 der Satzung der Betrieb von Bank- und Finanzgeschäften aller Art mit Ausnahme des Investmentgeschäfts i. S. v. § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 KWG a. F.

Spezialfonds werden gemäß IFRS 10 konsolidiert, da die Bank Entscheidungsmacht über diese ausüben kann und von variablen Rückflüssen profitiert. Hierbei handelt es sich um:

- AllianzGI-Fonds Ammerland,
- AllianzGI-Fonds Weser-Ems.

Diese werden von der Allianz Global Investors (AGI) verwaltet.

Durch erfolgte Kündigung der Kommanditanteile an der W. Fortmann & Söhne KG seitens ihrer zwei persönlich haftenden Gesellschafter kam es mit Wirkung zum 1. Januar 2015 zum Anwachsen dieser Anteile an die Oldenburgische Landesbank AG als einzig verbleibender Gesellschafterin. Es handelt sich aus Sicht der OLB AG um eine vertikale Fusion mit einem nachgelagerten Unternehmen unter gemeinsamer Beherrschung der übergeordneten Allianz SE.

Konsolidierungskreis

Der Verkauf der Kommanditanteile an der Münsterländische Bank Thie & Co. KG (MLB) an die VR-Bank Westmünsterland eG, Borken wurde im Berichtsjahr vollzogen, was zur Entkonsolidierung führte.

Angaben gemäß IAS 7.39ff.

Die Summe der Kapitalflüsse aus dem Verlust der Beherrschung über die MLB entsprach dem Veräußerungspreis aus der Transaktion und wurde in der Kapitalflussrechnung als Cashflow aus Investitionstätigkeit ausgewiesen. Das Entgelt bestand vollständig aus Barmitteln. Da die MLB im Konzernabschluss des Vorjahres als Veräußerungsgruppe gemäß IFRS 5 dargestellt wurde, entsprachen die Vermögenswerte und Schulden der Veräußerungsgruppe zum 31. Dezember 2014 den Beträgen, über die gemäß IAS 7.39ff. die Beherrschung verloren wurde:

Mio. Euro	31.12.2014	Mio. Euro	31.12.2014
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	17,8	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	29,3
Forderungen an Kreditinstitute	0,1	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	68,0
Forderungen an Kunden	64,3	Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	4,5
Sonstige Aktiva	0,1		
Aktive latente Steuern	0,5		
Vermögenswerte einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe	82,8	Schulden einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe	101,8

Der Betrag der Summe aus Veräußerungspreis der MLB und dem Abgang von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten, über die die Beherrschung verloren wurde, wurde gemäß IAS 7.42 in der Kapitalflussrechnung ausgewiesen.

Das Ergebnis gemäß IFRS 10.25 (c) wurde als Veräußerungs- und Bewertungsergebnis aus verbundenen Unternehmen im Ergebnis aus Finanzanlagen ausgewiesen.

Finanzinstrumente

Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der gleichzeitig bei einem Unternehmen zur Entstehung eines finanziellen Vermögenswertes und bei dem anderen zur Entstehung einer finanziellen Verbindlichkeit oder eines Eigenkapitalinstruments führt.

Die Käufe und Verkäufe der finanziellen Vermögenswerte werden zum Handelstag (trade date) angesetzt bzw. ausgebucht.

Kategorien der Finanzinstrumente

Gemäß IAS 39 sind alle Finanzinstrumente in der Bilanz zu erfassen, in vorgegebene Bestandskategorien einzuteilen und in Abhängigkeit von dieser Einteilung zu bewerten:

- Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte oder Schulden (Held-for-Trading) dienen hauptsächlich dazu, Gewinne aus kurzfristigen Preisschwankungen oder der Händlermarge zu erzielen. Derivate sind gemäß IAS 39.9 grundsätzlich als zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte oder Schulden (Held-for-Trading) zu kategorisieren, wenn diese nicht eine Finanzgarantie darstellen oder in eine effektive Sicherungsbeziehung einbezogen werden.
- Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzanlagen (Held-to-Maturity) sind Vermögenswerte mit festen Zahlungen und fester Laufzeit, die die Bank bis zur Endfälligkeit halten kann und will. Die Halteabsicht und -fähigkeit ist bei Erwerb und zu jedem Bilanzstichtag zu dokumentieren. Zum Berichtsstichtag hat die Bank keine Vermögenswerte in diese Kategorie eingestuft.
- Vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen (Loans and Receivables) sind finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmaren Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind. Diese Kategorie beinhaltet im Wesentlichen die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden.

- Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale) sind die Residualgröße, also alle finanziellen Vermögenswerte, die nicht einer der vorstehenden Kategorien zuzuordnen sind, d. h., die Bank nutzt diese Kategorie nicht als Designationskategorie. Die Bank weist diese Bestände als Finanzanlagen aus.
- Von der Möglichkeit, finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verpflichtungen als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet einzustufen (Designated as at Fair Value), wird nicht Gebrauch gemacht.

Zu den finanziellen Verbindlichkeiten, die nicht Handelszwecken dienen, zählen insbesondere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie Verbriefte Verbindlichkeiten.

Die Erstbewertung sämtlicher Finanzinstrumente erfolgt zu Anschaffungskosten (unter Einbeziehung von Transaktionskosten), die dem beizulegenden Zeitwert (Fair Value, bzw. Marktwert) der hingegebenen (beim Erwerb finanzieller Vermögenswerte) oder erhaltenen (beim Erwerb finanzieller Verpflichtungen) Gegenleistung entsprechen. In der Folge werden finanzielle Vermögenswerte grundsätzlich mit dem Fair Value bewertet. Ausgenommen hiervon sind ausgereichte Kredite und Forderungen, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, und bestimmte finanzielle Vermögenswerte, deren Fair Value nicht zuverlässig ermittelt werden kann. Diese Ausnahmen werden mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Sofern es sich um Eigenkapitalinstrumente handelt, für die kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und ein Fair Value nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden diese finanziellen Vermögenswerte zu Anschaffungskosten (at cost) bewertet. Finanzielle Verbindlichkeiten werden – sofern sie nicht zum Fair Value bewertete Handelspassiva sind – ebenfalls mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Von der Fair-Value-Option macht die OLB keinen Gebrauch.

Die entsprechende Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen in die oben genannten Kategorien wird bei Ersterfassung festgelegt. Umwidmungen haben im Berichtsjahr nicht stattgefunden.

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts erfolgt bei Verlust der Kontrolle über die vertraglichen Rechte aus diesem Vermögenswert. Eine finanzielle Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn diese getilgt ist.

Bezüglich der Bewertungs- und Bilanzierungsgrundlagen der einzelnen Bilanzposten und GuV-Positionen verweist die Bank auf die Angaben in den ergänzenden Erläuterungen (Notes).

Die Währungsumrechnung erfolgt nach den Vorschriften des IAS 21. Danach werden auf Fremdwährung lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte zu Kassamittelkursen des Bilanzstichtags in Euro umgerechnet. Devisentermingeschäfte werden zu aktuellen, für die Restlaufzeit gültigen Terminkursen bewertet. Nicht-monetäre Vermögenswerte, die mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet sind, werden mit dem aktuellen Wechselkurs in Euro umgerechnet.

Aufwendungen und Erträge, die sich aus der Währungsumrechnung ergeben, schlagen sich grundsätzlich in den entsprechenden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nieder. Es bestanden keine wesentlichen offenen Nettodevisenpositionen zum Ende des Geschäftsjahres.

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden aufgerechnet und als Saldo in der Bilanz ausgewiesen, wenn gegenüber dem Geschäftspartner ein einklagbares Recht auf Aufrechnung der Beträge besteht und die Erfüllung der Geschäfte auf Nettobasis erfolgt oder gleichzeitig mit der Realisierung des Vermögenswertes die Verbindlichkeit beglichen wird.

Währungs- umrechnung

Aufrechnung

Zinsüberschuss

Zinserträge und Zinsaufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt. Zu Zinserträgen gehören Zinserträge aus Forderungen und Wertpapieren sowie aufgelaufene Agien und Disagien.

Unter den Laufenden Erträgen werden Dividenden aus Aktien, Dividenden aus Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen ausgewiesen.

Durch die Anwendung von Hedge Accounting ergeben sich im Laufe der Hedgebeziehung in seltenen Fällen Ineffektivitäten außerhalb der zulässigen Grenzen gemäß IAS 39. In diesen Fällen ist die Hedgebeziehung aufzulösen und die aufgelaufene Barwertanpassung der Grundgeschäfte effektivzinsgerecht über die Restlaufzeit der ursprünglich geplanten Hedgebeziehung zu amortisieren. Gegenläufige Restlaufzeiteffekte aus aufgelaufenen Wertänderungen des korrespondierenden Sicherungsgeschäftes schlagen sich im Handelsergebnis nieder (siehe auch Erläuterungen zum Fair Value Hedge Accounting).

Zinszahlungen der als Sicherungsinstrumente eingesetzten Derivate zur Steuerung des Zinsbuches werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Dividenden werden zum Zeitpunkt der rechtlichen Entstehung des Dividendenanspruchs erfolgswirksam. Bei Zinsen für finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert berechnet werden, erfolgt der Ansatz nach der Effektivzinsmethode.

Das Unwinding als Barwertveränderung wertberechtigter oder abgeschriebener Forderungen erfolgt als Belastung der Risikovorsorge zu Gunsten des Zinsertrages. Die Bruttoforderung wird insoweit nicht verändert.

Zinserträge und -aufwendungen aus Repo- und Reverse-Repo-Geschäften werden ebenfalls periodengerecht abgegrenzt und im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Provisionsüberschuss

In dieser Position sind Provisionen aus dem Wertpapiergeschäft, der Vermögensverwaltung, dem Zahlungsverkehr, dem Auslandsgeschäft und Provisionen aus Dienstleistungen für Treuhandgeschäfte sowie aus der Vermittlung von Bankgeschäften, Versicherungen, Kreditkarten, Bausparverträgen und Immobilien enthalten. Die OLB stellt das regulatorische Haftungsdach für den Vertrieb von AllianzGI Produkten durch die selbstständigen Vertreter der Allianz. Die damit verbundene Vergütung für die Sicherstellung der Wertpapier-Compliance wird als Provisionsertrag ausgewiesen. Die Vertreterprovisionen für diese Produkte unter dem Haftungsdach werden im rechtlichen Außenverhältnis von der OLB geschuldet. Hierfür fallen sonstige Provisionsaufwendungen an. In identischer Höhe erhält die OLB sonstige Provisionserträge als Ausgleich von der Allianz. Provisionen werden zum Zeitpunkt der Erbringung der Dienstleistung erfolgswirksam.

**Laufendes
Handelsergebnis**

Das Laufende Handelsergebnis umfasst alle realisierten und unrealisierten Gewinne und Verluste aus den Handelsaktiva und -passiva, soweit sie dem laufenden Geschäft zugeordnet sind. Darüber hinaus sind Provisionen sowie sämtliche aus Handelsaktivitäten resultierenden Zinserträge/-aufwendungen und Dividendenerträge im Laufenden Handelsergebnis enthalten. Die durch Hedge Accounting in den definierten Schranken des IAS 39 auftretenden Ineffektivitäten schlagen sich ebenfalls im Laufenden Handelsergebnis nieder, sowie gegebenenfalls die Restlaufzeiteffekte aus aufgelaufenen Wertänderungen der Sicherungsgeschäfte von Hedgebeziehungen, die wegen Ineffektivität außerhalb der Schranken des IAS 39 aufgelöst wurden.

**Fair Value Hedge
Accounting**

Die Bank bildet Sicherungsbeziehungen nach den Regeln des IAS 39 ab.

Es werden nur „Fair Value-Hedges“ zur Absicherung von Marktwertveränderungen bilanzierter Vermögenswerte und Verbindlichkeiten bezüglich des Zinsänderungsrisikos gebildet. Als das abgesicherte Risiko wird das Risiko der Veränderung des beizulegenden Zeitwerts der abgesicherten Grundgeschäfte angesehen, das auf eine Veränderung des zugrunde liegenden EURIBOR-Referenzzinssatzes zurückgeführt werden kann.

Als Sicherungsderivate dienen Zinsswaps mit definierten Laufzeiten. Die Festzinsseite wird über die Laufzeit fixiert. Der variable Zinssatz ist bei besicherten Zinsswaps an den EONIA-Referenzzinssatz und bei unbesicherten Zinsswaps an den EURIBOR-Referenzzinssatz als Index gekoppelt.

Die ggf. zugeordnete EURIBOR-Zinsstrukturkurve korrespondiert dabei – hinsichtlich der Laufzeit – mit der vertraglich vereinbarten Laufzeit der variablen Seite des jeweiligen Swaps; dies gilt für die zugeordneten Grundgeschäfte entsprechend.

Die abgesicherten Grundgeschäfte betreffen einzelne Passivgeschäfte, homogene Portfolien gleichartiger Kredite der Kategorie „Loans and Receivables“ sowie einzelne Wertpapiere aus dem Finanzanlagebestand der Available-for-Sale-Finanzinstrumente und Schuldscheindarlehen auf der Passivseite.

Für diese Fair Value-Hedges werden sowohl die Bewertung der Sicherungsderivate als auch die Bewertung der Grundgeschäfte bezüglich des Zinsänderungsrisikos im Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres gezeigt. Gegenläufige Bewertungsänderungen kompensieren einander; in den definierten Schranken des IAS 39 auftretende Ineffektivitäten schlagen sich im Laufenden Handelsergebnis nieder.

Positive Marktwerte von Sicherungsderivaten im Rahmen des Hedge Accountings werden der Position „Sonstige Aktiva“ zugeordnet. Positive Marktwerte der Derivate, die nicht im Hedge Accounting als Sicherungsbeziehung designiert sind, werden den Handelsaktiva zugeordnet.

Negative Marktwerte von Sicherungsderivaten im Rahmen des Hedge Accountings werden den Sonstigen Passiva in der Bilanzposition „Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten“ zugeordnet. Negative Marktwerte der Derivate, die nicht im Hedge Accounting als Sicherungsbeziehung designiert sind, werden den Handelspassiva zugeordnet.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen umfasst Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestandes, Beteiligungen und Anteilen an Tochterunternehmen, die nicht konsolidiert werden, sowie den nicht laufenden Teil des Handelsergebnisses. In der Position Nicht laufendes Handelsergebnis sind die Komponenten enthalten, die nicht dem Laufenden Handelsergebnis zuzurechnen sind. Hier werden Handelsergebnisbeiträge der Spezialfonds AllianzGI-Fonds Weser-Ems und Ammerland abgebildet, die aus dem Abschluss von Derivategeschäften resultieren. Die Derivate werden zur Steuerung der Anlageposition dieser Fonds eingesetzt und unterliegen einer vollen Marktbewertung.

Die Berücksichtigung von Restrukturierungsaufwendungen erfolgt zu dem Zeitpunkt, zu dem die Bank einen detaillierten Restrukturierungsplan für bestimmte Programme verabschiedet hat, dem formell zugestimmt und mit dessen Umsetzung begonnen wurde. Die Bemessung der erfassten Aufwendungen erfolgt auf der Basis qualifizierter Schätzungen über die zu erwartenden Kosten der einzelnen Maßnahmen.

Künftige Verpflichtungen, die über den Horizont eines Jahres hinausgehen, werden dabei auf den zugrunde liegenden Barwert abgezinst. Die vorgenommenen Schätzungen werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft und ggf. angepasst. Nicht rückstellungsfähige Restrukturierungskosten werden in der Periode erfasst, in der sie angefallen sind.

Ergebnis aus Finanzanlagen: Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen und Nicht laufendes Handelsergebnis

Ergebnis aus Restrukturierung

Steuern

Auf den Gewinn zu zahlende Ertragsteuern auf Basis der geltenden Steuergesetzgebung werden periodengerecht als Aufwand erfasst. Latente Ertragsteuern werden unter Anwendung des bilanzorientierten Ansatzes für temporäre Differenzen zwischen dem steuerlichen Ansatz von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten und ihren Buchwerten in den Abschlüssen vollständig, unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Umkehr, erfasst. Der Ausweis erfolgt zu den gesetzlich bereits verabschiedeten oder gesetzlich angekündigten Steuersätzen, die voraussichtlich zu dem Zeitpunkt, zu dem sich die Steuerlatenz umkehrt, gelten werden. Für zusätzliche Steuerzahlungen oder fällige Erstattungen werden Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerschulden erfasst. Latente Steueransprüche werden in der Höhe erfasst, in der es wahrscheinlich ist, dass künftig zu versteuernde Gewinne zur Verfügung stehen, gegen die die temporären Differenzen verwendet werden können.

Sonstige Steuern werden unter dem Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Angaben zur Segmentberichterstattung

Basis der Segmentberichterstattung bildet im Einklang mit IFRS 8 die interne Finanzberichterstattung als ein monatlich erstelltes, entscheidungsorientiertes Instrument zur Unterstützung der Unternehmenssteuerung und -kontrolle und zur Abbildung der Risiken und Chancen. Änderungen der Organisationsstruktur sowie Modifikationen der Ertrags- und Kostenzuordnung werden rückwirkend in der Berichterstattung des laufenden Jahres und wenn möglich auch in der Darstellung des Vorjahres berücksichtigt.

Die interne Steuerung und Berichterstattung der OLB basiert auf drei strategischen Geschäftsfeldern entlang der Kernzielgruppen: Privat- und Geschäftskunden, Private Banking & Freie Berufe sowie Firmenkunden. Die Geschäftsfelder bilden die Basis für die aktuelle Segmentberichterstattung.

Das Privat- und Geschäftskundengeschäft umfasst das klassische Filialgeschäft mit Privat- und Geschäftskunden.

Im Segment Private Banking & Freie Berufe erfolgt eine individuelle, ganzheitliche Betreuung von der Anlageberatung bis zum Kreditgeschäft. Die zum 1. Januar 2015 in die OLB integrierte Zweigniederlassung W. Fortmann & Söhne KG wurde diesem Segment zugeordnet.

Im Segment Firmenkunden konzentriert sich die OLB auf das angestammte breite mittelständische Firmenkundenkreditgeschäft insbesondere mit den regionalen Schlüsselbranchen Erneuerbare Energien sowie Landwirtschaft und Ernährung.

In „Betrieb und Steuerung“ werden Personal- und Sachkosten von zentralen Betriebs-, Steuerungs- und Stabsfunktionen ausgewiesen. In den Betriebsbereichen werden Marktfolge- und Abwicklungsleistungen zentral für die drei Geschäftsfelder erbracht. In den Steuerungs- und Stabsbereichen wird die Lenkung und Verwaltung der Bank verantwortet. Die Kosten zentraler Einheiten, die für die Erbringung der Leistungen im operativen Geschäft entstehen, werden als „Kostenverrechnung Betrieb“ auf die strategischen Geschäftsfelder verursachungsgerecht umgelegt.

„Nicht berichtspflichtige Segmente“ fasst die Ergebnisbeiträge

- der Spezialfonds,
- des Abbauportfolios Schiffe sowie
- der im Bereich Direct Banking Services fortgeführten Kundenbeziehungen der früheren Zweigniederlassung „Allianz Bank“ zusammen.

Die OLB beurteilt den finanziellen Erfolg der berichtspflichtigen Segmente und der übrigen Einheiten auf Basis des operativen Ergebnisses. Das operative Ergebnis stellt den Saldo der Erträge und Aufwendungen aus dem laufenden Kerngeschäft dar, die dem Segment oder der Einheit zugerechnet werden können.

Der Zinsüberschuss wird auf Basis der Marktzinsmethode in seine Erfolgskomponenten zerlegt und verursachungsgerecht den Segmenten zugeordnet.

Der Verwaltungsaufwand beinhaltet direkte Kosten, die den Segmenten zugeordnet werden, sowie die Kosten zentraler Einheiten, die für die Erbringung der Leistungen im operativen Geschäft entstehen.

Die Allokation des Risikokapitals erfolgt anhand der Zuordnung von risikogewichteten Aktiva auf die Segmente. Marktpreisrisiken und Operationelle Risiken sowie derzeit vorhandene freie Kapitalanteile werden dem Bereich „Zentrale und Sonstiges“ zugeordnet.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten den Kassenbestand sowie täglich fällige Guthaben bei Zentralnotenbanken. Bilanziert sind die Bestände zum Nennwert.

**Zahlungsmittel
und Zahlungsmittel-
äquivalente**

Handelsaktiva umfassen grundsätzlich Schuldtitel, Aktien und positive Marktwerte von Derivaten. In den Handelspassiva sind ausschließlich negative Marktwerte aus Derivaten enthalten. Marktwerte aus Sicherungsderivaten, die im Rahmen der internen Risikosteuerung eingesetzt werden, jedoch nicht für das Hedge Accounting gemäß IAS 39 qualifizieren, werden ebenfalls hier ausgewiesen.

**Handelsaktiva
und Handelspassiva**

Handelsaktiva beinhalten Bestände aus dem Kundengeschäft mit Devisen und Zinssicherungsinstrumenten sowie ggf. positive Marktwerte aus Sicherung der aktienbezogenen Vergütung.

Handelsaktiva und -passiva werden am Handelstag zum Fair Value zuzüglich Transaktionskosten erfasst und in der Folge ebenfalls mit dem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet. Dadurch werden Transaktionskosten sofort erfolgswirksam erfasst.

In Fällen, in denen keine Börsennotierungen vorliegen, werden zur Bestimmung des Fair Values die Marktpreise vergleichbarer Instrumente oder anerkannte Bewertungsmodelle herangezogen, insbesondere Barwertmethoden oder Optionspreismodelle. Dabei werden angemessene Anpassungen für Bewertungsrisiken vorgenommen. Gewinne oder Verluste aus der Bewertung werden erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Diese Kategorie wird von der Bank zurzeit nicht genutzt.

**Der Fair Value-Option
zugeordnete
Vermögenswerte bzw.
Verbindlichkeiten**

Die Finanzanlagen des Konzerns bestehen aus Schuldverschreibungen einschließlich anderer festverzinslicher Wertpapiere, aus Aktien einschließlich anderer nicht festverzinslicher Wertpapiere, aus Beteiligungen und aus Anteilen an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen.

Finanzanlagen

Die *Anteile an verbundenen Unternehmen* betreffen zwei Gesellschaften, an denen der OLB-Konzern eine Mehrheitsbeteiligung hält, diese aber wegen untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht in den Konzernabschluss einbezieht.

Beteiligungen sind Unternehmen, auf die die Bank keinen maßgeblichen Einfluss ausüben kann und deren Zweck die Herstellung einer dauernden Verbindung zu den betreffenden Unternehmen dient.

Alle Finanzanlagen werden als jederzeit veräußerbare finanzielle Vermögenswerte angesehen und bei der Erstbewertung mit ihrem Fair Value zuzüglich der dem Kauf direkt zuordenbaren Transaktionskosten angesetzt. In der Folgebewertung werden sie grundsätzlich zum Fair Value bilanziert. Sind jedoch bei nicht börsennotierten Aktien sowie Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen weder ein liquider Marktpreis noch die für Bewertungsmodelle relevanten Faktoren zuverlässig bestimmbar, werden diese zu Anschaffungskosten angesetzt.

Für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale) stellt der OLB-Konzern Gewinne und Verluste aus der Bewertung erfolgsneutral in das „Sonstige Ergebnis“ ein. Bei Veräußerung sowie bei Abschreibung (Impairment) eines Available-for-Sale-Finanzinstruments wird der bisher im „Sonstigen Ergebnis“ erfasste Betrag der kumulierten Bewertungsgewinne und -verluste erfolgswirksam realisiert.

Ein Impairment-Test für die als zur Veräußerung verfügbar klassifizierten Wertpapiere (Available-for-Sale) wird regelmäßig zur Prüfung auf Wertminderung durchgeführt. Dabei wird hinsichtlich der Indikatoren zwischen Aktienwerten und Schuldtiteln unterschieden.

Eigenkapitalinstrumente der „Available-for-Sale“-Kategorie werden als wertgemindert betrachtet, wenn ihr Fair Value entweder signifikant oder dauerhaft unter die Anschaffungskosten gesunken ist; jedes Kriterium stellt für sich allein ein Abschreibungsindiz dar. Signifikanz besteht, wenn der Fair Value mindestens 20 % unterhalb der fortgeführten Anschaffungskosten liegt. Dauerhaftigkeit liegt vor, wenn der Fair Value für mindestens neun Monate permanent unterhalb der Anschaffungskosten liegt. Der Betrag der Wertminderungen wird erfolgswirksam in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Bei Eigenkapitalinstrumenten der „Available-for-Sale“-Kategorie sind ergebniswirksame Zuschreibungen bis zu den Anschaffungskosten bei Wegfall des Abschreibungsgrunds nicht mehr zulässig („once impaired – always impaired“). Weitere Wertverluste werden erfolgswirksam in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen ausgewiesen. Wertaufholungen werden stattdessen erfolgsneutral im „Sonstigen Ergebnis“ erfasst. Erst bei Veräußerung eines Vermögenswerts wird die Rücklage erfolgswirksam in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen aufgelöst.

Wenn der Marktwert (Fair Value) von *Schuldtiteln der „Available-for-Sale“-Kategorie* deutlich unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegt, ist dies ein Indiz für eine Wertminderung. Dabei bedeutet ‚deutlich‘, dass der Fair Value mehr als sechs Monate permanent mindestens 20 % unterhalb der fortgeführten Anschaffungskosten liegt. Um einen Wertminderungsbedarf objektiviert nachzuweisen, analysiert die Bank als Auslösekriterien ebenfalls

- erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten,
- Vertragsbruch,
- Zugeständnisse an den Emittenten aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe (sogenannte „Forbearance Maßnahmen“), die im Zusammenhang mit dessen finanziellen Schwierigkeiten stehen,
- die Wahrscheinlichkeit der Insolvenz oder Sanierungsnotwendigkeit des Emittenten und
- das Verschwinden eines aktiven Marktes für den finanziellen Vermögenswert aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten.

Wertminderungen auf festverzinsliche Wertpapiere, die jederzeit veräußerbar sind, werden dann ergebniswirksam erfasst, wenn objektive Hinweise darauf vorliegen, dass ein Verlustereignis eingetreten ist, das die erwarteten Zahlungsströme reduziert. Die Minderung des Zeitwerts unter die fortgeführten Anschaffungskosten aufgrund von Änderung des risikofreien Zinssatzes stellt keinen objektiven Hinweis auf ein Verlustereignis dar. Der Betrag der Wertminderungen wird erfolgswirksam in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Wenn die Gründe für die vorherige Abschreibung entfallen sind, wird für Fremdkapitaltitel eine spätere Wertaufholung erfolgswirksam maximal bis zur Höhe des fortgeschriebenen ursprünglichen Anschaffungswerts in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen vorgenommen.

Der Ausweis der Laufenden Erträge aus Schuldverschreibungen einschließlich über die Laufzeit abgegrenzter Agien oder Disagien erfolgt im Zinsüberschuss. Dividendenerträge aus Aktien sowie Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen fließen in die gleiche Position ein. Die beim Verkauf dieser Wertpapiere realisierten Gewinne und Verluste werden unter dem Ergebnis aus Finanzanlagen ausgewiesen. Die Ergebniseffekte aus Derivaten, die den Spezialfonds ökonomisch zuzuordnen sind und nicht für Hedge Accounting qualifizieren, werden unter dem Nicht laufenden Handelsergebnis ausgewiesen.

Bei einem Repo-Geschäft verkauft der Konzern Wertpapiere und vereinbart gleichzeitig, diese Wertpapiere zu einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzukaufen. Die mit den Wertpapieren verbundenen Chancen und Risiken aus Zinsänderung und Adressenausfall bleiben während der gesamten Laufzeit der Geschäfte im Konzern. Entsprechend werden die Wertpapiere weiterhin in der Bilanz des Konzerns als Handelsaktiva oder Finanzanlagen ausgewiesen. Der Gegenwert aus dem rechtlichen Verkauf ist in der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden enthalten und als Verbindlichkeit aus Repo-Geschäften ausgewiesen.

Repo-Geschäfte

Zinsaufwendungen aus Repo-Geschäften werden periodengerecht abgegrenzt und im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Bei einem Reverse-Repo-Geschäft kauft der Konzern Wertpapiere und vereinbart gleichzeitig, diese Wertpapiere zu einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzugeben. Die mit den Wertpapieren verbundenen Chancen und Risiken aus Zinsänderung und Adressenausfall bleiben während der gesamten Laufzeit der Geschäfte beim Kontrahenten. Entsprechend werden die Wertpapiere nicht in der Bilanz des Konzerns als Handelsaktiva oder Finanzanlagen ausgewiesen. Der Gegenwert aus dem rechtlichen Kauf ist in der Bilanzposition Forderungen an Kreditinstitute bzw. Forderungen an Kunden enthalten und als Forderung aus Reverse-Repo-Geschäften ausgewiesen.

Reverse-Repo-Geschäfte

Zinserträge aus Reverse-Repo-Geschäften werden periodengerecht abgegrenzt und im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Originäre Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie angekaufte Forderungen, die nicht zu Handelszwecken dienen und nicht an einem aktiven Markt notiert sind, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten, ggf. abzüglich Wertberichtigungen, angesetzt. Die Erstbewertung dieser Forderungen erfolgt zum Transaktionspreis, der dem dem Schuldner zur Verfügung gestellten Geldbetrag entspricht. Der Buchwert dieser Forderungen bei Ersterfassung beinhaltet deswegen auch eingepreiste Transaktionskosten.

Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden

Zinserträge werden nach der Effektivzinsmethode erfasst. Ein Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag sowie Kreditbearbeitungsgebühren werden – sofern Zinscharakter vorliegt – effektivzinsgerecht erfolgswirksam abgegrenzt. Kreditforderungen werden als ausfallgefährdet eingestuft, wenn es auf Basis aktueller Informationen oder Ereignisse wahrscheinlich ist, dass ein Kunde seine Zins- oder Tilgungsleistungen bei Fälligkeit nicht vertragsgemäß erbringen wird. Ungeachtet eines Rechtsanspruchs werden Zinsen auf die bestehenden Forderungen nicht mehr vereinnahmt, wenn die Kapitalrückzahlung zweifelhaft und deshalb mit einer Risikovorsorge belegt wird. Von diesem Zeitpunkt an werden sämtliche Zahlungen zunächst zur Rückführung der Kapitalforderung verwandt. Das Unwinding als Barwertveränderung wertberichteter oder abgeschriebener Forderungen erfolgt im Wege der Verwendung des Wertberichtigungskontos zu Gunsten des Zinsertrages. Bezüglich der Effekte aus Unwinding wird auf die Tabelle zum Zinsüberschuss verwiesen.

Bei Anwendung von Hedge Accounting wird die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführende Bewertungsänderung (Fair Value-Änderung) der betrachteten Grundgeschäfte – soweit es sich um Forderungen an Kunden handelt – als Ausgleich zur Bewertungsänderung der korrespondierenden Zinsswaps in die Position Forderungen an Kunden eingebucht. Der Marktwert der Zinsswaps wird in den Positionen Sonstige Aktiva / Sonstige Passiva gezeigt.

Die Aufgliederung der Forderungen an Kunden in den Anhangangaben basiert – losgelöst von der internen Steuerung – auf den Unterscheidungsmerkmalen bezüglich Rechtsform und Branche. Öffentliche Haushalte werden anhand der Branche eingeordnet. Zu den Firmenkunden zählen im Wesentlichen Kapitalgesellschaften sowie Personengesellschaften und im Handelsregister eingetragene Einzelunternehmungen. Privatpersonen, Vereine und Gesellschaften des bürgerlichen Rechts werden unter Privatkunden ausgewiesen.

Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft (Risikovorsorge)

Um einen Wertminderungsbedarf objektiviert nachzuweisen, analysiert die Bank als Auslösekriterien

- erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder Schuldners,
- Vertragsbruch,
- Zugeständnisse an den Kreditnehmer aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe (sogenannte „Forbearance Maßnahmen“), die im Zusammenhang mit dessen finanziellen Schwierigkeiten stehen,
- die Wahrscheinlichkeit der Insolvenz oder Sanierungsnotwendigkeit des Kreditnehmers sowie
- das Anzeigen beobachtbarer Daten, dass eine messbare Minderung der erwarteten künftigen Zahlungsströme einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten seit erstmaligem Ansatz eingetreten ist, obwohl die Minderung nicht einem einzelnen finanziellen Vermögenswert der Gruppe zugerechnet werden kann.

Die Ausfallgefährdung eines Kunden ist insbesondere dann zu überprüfen, wenn Anhaltspunkte darauf hindeuten, dass die Bank nicht alle im Kreditvertrag bestimmten und fälligen Forderungen termingerecht erzielen wird. Eine Ausfallgefährdung ist dann gegeben, wenn es für die Bank auf Basis der aktuellen Informationen und Ereignisse wahrscheinlich ist, dass sie nicht alle im Kreditvertrag bestimmten und fälligen Forderungen termingerecht erzielen wird. Dabei kann die Zahlung des Kapitaldienstes in der durch den Kreditvertrag geregelten Höhe oder dem dort geregelten Zeitpunkt in Frage stehen.

Die Risikovorsorge stellt den Erwartungswert der Wertminderungen der Kreditforderungen dar, wobei neben den eingetretenen Wertminderungen auch latente Risiken aus der Struktur und Qualität des Kreditportfolios berücksichtigt werden. Die Bemessung der Risikovorsorge ist aufgrund der verwendeten Verfahren einer Schätzungsunsicherheit unterworfen.

Grundsätzlich kann die Bemessungsmethodik von der Bedeutung der Forderung für das Kreditinstitut abhängig gemacht werden (signifikante bzw. nicht signifikante Forderungen). Die OLB unterscheidet daher das Mengenkreditgeschäft mit nahezu gleich verteiltem Risiko (homogenes Portfolio), das Einzelkreditgeschäft mit individuellem Risikogehalt (nicht homogenes Kreditportfolio) und die Länderrisiken (s. u.) sowie die dazugehörenden Vorsorgearten:

Nicht homogenes Portfolio

Zur Berücksichtigung festgestellter individuell signifikanter Ausfälle werden im nicht homogenen Portfolio Einzelwertberichtigungen (Specific Loan Loss Provisions = SLLP) gebildet. Die Höhe bemisst sich – unter Berücksichtigung der diskontierten Sicherheitenwerte – nach dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert der Forderung und dem Barwert der erwarteten Zahlungseingänge auf diese Forderung. Darüber hinaus werden für Wertminderungen im nicht individuell vorgesorgten Forderungsvolumen Portfoliowertberichtigungen (General Loan Loss Provisions = GLLP) gebildet, da erwartet werden muss, dass Ausfälle am Bilanzstichtag zwar schlagend geworden sind, diese aber noch nicht identifiziert werden können. Für die Beurteilung der Wertminderung fasst die Bank finanzielle Vermögenswerte mit ähnlichen Risikoeigenschaften zusammen. Die Höhe der Risikovorsorge für das nicht homogene Portfolio ergibt sich unter Berücksichtigung der diskontierten Sicherheitenwerte aus den historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten und abgeleiteten Verlustquoten.

Homogenes Portfolio

Den ermittelten Ausfällen des homogenen Portfolios wird mit pauschalierten Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Darüber hinaus werden Pauschalwertberichtigungen für am Bilanzstichtag zwar vorhandene, aber noch nicht identifizierte Ausfälle gebildet. Beide Risikovorsorgebeiträge zusammen bilden die Portfolio Loan Loss Provision (PLL). Die Höhe errechnet sich – unter Berücksichtigung von Sicherheiten – aus den historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten und abgeleiteten Verlustquoten. Wertberichtigte Kredite werden spätestens nach Ablauf von definierten Fristen einzeln bewertet und mit einer SLLP bevorsorgt. Die Länge der Fristen ist insbesondere abhängig von der Besicherung und von den Erfahrungswerten.

Jährliche Schätzung der Parameter

Die Parameter zur Ermittlung der GLLP, PLLP und Rückstellungen auf Avale werden jährlich aktualisiert. Für die GLLP und PLLP wird bei Bedarf zusätzlich ein Risikozuschlag im Sinne von IAS 39 AG 89 zur Berücksichtigung konjunkturell bedingter, höherer Insolvenzwahrscheinlichkeiten einkalkuliert.

Parameteränderungen, die im Folgejahr zur Anwendung kommen werden, wurden untersucht und haben keine wesentliche Auswirkung auf den Risikovorsorgebedarf. Entsprechend erfolgte keine Berücksichtigung im vorliegenden Jahresabschluss.

Die Länderrisikovorsorge bildet das Transfer- und Konvertibilitätsrisiko von Forderungen gegenüber Kreditnehmern mit Sitz im Ausland ab. Die Höhe der Vorsorge wird – unter Berücksichtigung werthaltiger Sicherheiten und einer eventuell bestehenden Kundenrisikovorsorge – als erwartete Ausfallquote (Länderrisikovorsorgequote) auf die Kundeninanspruchnahme berechnet. Zum Bilanzstichtag war eine Länderrisikovorsorge nicht erforderlich.

Länderrisiken

Sobald eine Forderung uneinbringlich ist, wird sie zu Lasten einer bestehenden Einzelwertberichtigung oder aber direkt zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung ausgebucht. Eine Ausbuchung der Forderungen erfolgt, wenn eine Forderung gekündigt und uneinbringlich ist und

Ausbuchung von Forderungen

- aus einem bestehenden Insolvenzverfahren kein Zufluss mehr erwartet werden kann und hierfür die Stellungnahme des Insolvenzverwalters vorliegt,
- eine eidesstattliche Versicherung (Abgabe des Vermögensverzeichnisses) des Kreditnehmers vorliegt,
- der Gerichtsvollzieher fruchtlos vollstreckt hat und nichts mehr einzutreiben ist,
- der Schuldner in einem Schuldnerverzeichnis des betreffenden Bundeslandes aufgeführt ist
- das Verbraucherinsolvenzverfahren eröffnet wurde.

Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam in der Position Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Eingänge auf abgeschriebene Forderungen

Die Bank nimmt in signifikanten Einzelfällen bei bestimmten Forderungen, die aufgrund verschlechterter wirtschaftlicher Verhältnisse des Kreditnehmers sonst überfällig oder wertgemindert würden, eine Neuverhandlung der Vertragskonditionen vor. Beispielsweise nutzt die Bank im Rahmen von Flex- und Unterstützungsdarlehen bei Schiffsfinanzierungen Instrumente der temporären Zins- bzw. Kapitalstundung, gegebenenfalls im Rahmen einer Verlängerung der Laufzeit an den Kreditnehmer. Die Verwendung der Instrumente setzt voraus, dass mit der Kreditvergabe grundsätzlich die Aussicht auf eine erfolgreiche Kreditbedienung und -rückzahlung verbunden ist. In jedem Fall erfolgt eine Prüfung auf Wesentlichkeit der Veränderung der Kreditvereinbarung. Sofern der Barwert des Flex- bzw. Unterstützungsdarlehens sich um 10,0 % oder mehr gegenüber dem Barwert der ursprünglichen Kreditvereinbarung(en) verschlechtert, ist von einer wesentlichen Veränderung der ursprünglichen Kreditvereinbarung auszugehen. Darüber hinaus werden auch qualitative Kriterien zur Beurteilung einer wesentlichen Veränderung der ursprünglichen Kreditvereinbarung herangezogen. Der zusätzliche Risikovorsorgeaufwand aus wesentlichen Veränderungen der Kreditvereinbarung („Fair Value Hit“) ergibt sich aus einer Anpassung des Diskontierungszinses auf den risikoadjustierten Zins als ursprünglichem Effektivzinssatz. Dies entspricht der Logik, dass das ursprüngliche Finanzinstrument ausgebucht und ein neues Finanzinstrument zum beizulegenden Zeitwert eingebucht wird. Der beizulegende Zeitwert verlangt die Verwendung des risikoadjustierten Zinses für die Diskontierung. Bei unveränderter Cashflow-Schätzung ergibt sich aus Zeitablauf und der damit verbundenen Barwertänderung eine Auflösung des Fair Value Hit, der vom Sinngehalt der geforderten Amortisation entspricht. Eine weitere Anpassung des risikoadjustierten Zinses ergibt sich nur, wenn aufgrund der neuen Finanzierungsstruktur eine erneute wesentliche Veränderung der Kreditvereinbarung festgestellt wird. In einem Fall kam es zu einer wesentlichen Veränderung der ursprünglichen Kreditvereinbarung.

Restrukturierung von Forderungen

Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung werden zu fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ausgewiesen. Nachträgliche Anschaffungs-/Herstellungskosten werden aktiviert, soweit sie den wirtschaftlichen Nutzen der entsprechenden Vermögenswerte erhöhen. Reparaturen, Wartungen und andere Instandhaltungskosten werden als Aufwand der jeweiligen Periode erfasst. Sachanlagen werden – entsprechend der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzung – über folgende Zeiträume linear abgeschrieben:

Sachanlagen

- Gebäude 25 bis 50 Jahre
- Betriebs- und Geschäftsausstattung 3 bis 13 Jahre.

Die Abschreibungen sind unter den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen. Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf von Sachanlagen bzw. bei selbst genutzten Grundstücken und Gebäuden werden unter den Übrigen Erträgen oder den Übrigen Aufwendungen ausgewiesen.

Immaterielle Vermögenswerte

Unter dieser Position weist die OLB erworbene Software und eine erworbene Domain aus. Die Software wird unter den Sonstigen Verwaltungsaufwendungen linear über die voraussichtliche wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Der Wert der Domain wird nicht abgeschrieben.

Nach erstmaligem Ansatz zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden immaterielle Vermögenswerte mit diesen historischen Werten abzüglich aller kumulierten planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen angesetzt. Grundsätzlich werden Hostanwendungen über sieben Jahre und Client-Server-Anwendungen über fünf Jahre abgeschrieben. Die Kosten für die Wartung der Softwareprogramme werden bei Anfall erfolgswirksam erfasst.

Verzinsliche und unverzinsliche Verbindlichkeiten

Verzinsliche und unverzinsliche Verbindlichkeiten werden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung direkt zurechenbarer Transaktionskosten bilanziert. Ein Agio oder Disagio wird zeitanteilig gemäß der Effektivzinsmethode erfolgswirksam abgegrenzt.

Rückstellungen

Rückstellungen werden gemäß IAS 37 gebildet, wenn der Konzern bestehende rechtliche oder faktische Verpflichtungen hat, die aus zurückliegenden Transaktionen oder Ereignissen resultieren. Bei diesen Rückstellungen ist es wahrscheinlich, dass zur Erfüllung der Verpflichtung ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen erforderlich ist und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Rückstellungen unterliegen einer jährlichen Überprüfung und Neufestsetzung.

Rückstellungen für Bonitätsrisiken in außerbilanziell abgebildeten Kreditzusagen werden zu Lasten der Risikovorsorge im Kreditgeschäft gebildet. Die übrigen Zuführungen zu den Rückstellungen werden grundsätzlich dem Verwaltungsaufwand und gegebenenfalls dem Zins- und Provisionsaufwand belastet. Auflösungen werden unter den Positionen, unter denen die Rückstellungen gebildet wurden, erfasst.

Zur Abbildung von Rechtsrisiken in der Konzernrechnungslegung unterscheidet die Bank zwischen bilanzierungspflichtigen Sachverhalten mit einer überwiegenden Wahrscheinlichkeit eines Mittelabflusses (auch in Form von verminderten Mittelzuflüssen) und Eventualverbindlichkeiten, die nicht bilanziert werden dürfen, für die aber bestimmte Angabepflichten im Konzernanhang gelten, soweit ein gewisses Restrisiko nicht ausgeschlossen werden kann. Fälle mit gänzlich unwahrscheinlicher Inanspruchnahme finden keinen Niederschlag in der Rechnungslegung.

Altersversorgungs- verpflichtungen

Die Mehrzahl der Mitarbeiter des Konzerns ist in eine betriebliche Altersversorgung eingebunden, die in Form von Altersversorgungs-, Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenenrenten gezahlt wird. Der andere Teil der Mitarbeiter erhält eine Kapitalzusage, die bei Erreichen der Altersgrenze, bei Erwerbsunfähigkeit oder bei Tod ausgezahlt wird.

Pensionspläne werden im Allgemeinen durch Zahlungen der entsprechenden Konzerngesellschaften finanziert, darüber hinaus gibt es auch Regelungen mit Eigenbeiträgen der Mitarbeiter.

Für die versicherungsmathematische Berechnung des Barwertes der erdienten Pensionsansprüche, des Netto-Pensionsaufwands sowie ggf. der Mehrkosten aus Änderungen leistungsorientierter Pensionspläne werden die Pensionsverpflichtungen jährlich von unabhängigen qualifizierten Versicherungsmathematikern nach der Projected-Unit-Credit-Method berechnet; es handelt sich dabei um ein Anwartschaftsansammlungsverfahren.

Die Pensionsverpflichtung wird zum Barwert der zum Bewertungsstichtag erdienten Pensionsansprüche angesetzt. Dabei werden ein den aktuellen Marktkonditionen entsprechender Zinssatz (für fristenkongruente, erstklassige, festverzinsliche Industrieanleihen) angewandt und angenommene Lohn- und Gehaltssteigerungen, Rententrends und erwartete Erträge des Planvermögens berücksichtigt. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, die sich aus erfahrungsbedingten Anpassungen,

Änderungen versicherungsmathematischer Annahmen und Planänderungen ergeben, werden im Kumulierten Sonstigen Ergebnis erfasst. Der Pensionsaufwand wird unter dem Verwaltungsaufwand als Aufwendungen für Altersversorgung ausgewiesen.

Darüber hinaus erwerben Mitarbeiter eine Anwartschaft auf Versorgungsansprüche aufgrund einer mittelbaren Versorgungszusage. Zur Finanzierung werden unter Beteiligung der Mitarbeiter festgelegte Beiträge an externe Versorgungsträger, unter anderem an den Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G., Berlin, geleistet. Die Beiträge an die externen Versorgungsträger werden als laufender Aufwand erfasst und in der Position „Verwaltungsaufwand“ als Aufwendungen für Altersversorgung ausgewiesen.

Vermögenswerte und Schulden, die der Konzern im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung hält, sind nicht in die Bilanz aufgenommen. Die im Rahmen dieser Geschäfte angefallenen Vergütungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Provisionsertrag ausgewiesen.

In der Kapitalflussrechnung wird die Veränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des OLB-Konzerns durch die Zahlungsströme aus laufender Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit dargestellt. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode aus dem Konzernabschluss generiert. Die Zahlungsströme der Investitionstätigkeit, die nach der direkten Methode ermittelt werden, umfassen vor allem Erlöse aus der Veräußerung sowie Zahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen und Sachanlagen. Die Finanzierungstätigkeit, die ebenfalls nach der direkten Methode ermittelt wird, bildet sämtliche Zahlungsströme aus Transaktionen mit Eigenkapital sowie mit Nachrangkapital und Genussrechtskapital ab. Alle übrigen Zahlungsströme werden – internationalen Usancen für Kreditinstitute entsprechend – der laufenden Geschäftstätigkeit zugeordnet. Die dargestellten Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente umfassen den Kassenbestand und das Guthaben bei Zentralnotenbanken.

Schätzunsicherheiten und Ermessensentscheidungen bestehen insbesondere bei zukunftsbezogenen Annahmen. Diese wirken sich unter anderem bei der Bestimmung beizulegender Zeitwerte (Fair Values) sowie im Rahmen der Ermittlung von Pensionsverpflichtungen, bei der Bestimmung der angenommenen Zahlungszeitpunkte und Zahlungsströme sowie der notwendigen Höhe für Rückstellungen, im Rahmen der Risikovororgeermittlung und beim Ansatz von latenten Steuern aus. Ebenso ergeben sich Schätzunsicherheiten aus Annahmen über den möglichen Verlauf von rechtlichen Verfahren.

Im Zusammenhang mit offenen Rechtsfällen bestehen im Allgemeinen Unsicherheiten hinsichtlich des Eintretens, des Betrags und des Zeitpunkts von Abflüssen. Die Abbildung von Rechtsrisiken im Abschluss erfordert besonders schwierige Ermessensentscheidungen des Vorstands. Nachträgliche Anpassungen der Bilanzierung können grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden. Die Unsicherheiten resultieren aus auseinanderliegenden Rechtsauffassungen zwischen den Beteiligten, die häufig erst im weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen erkennbar werden oder sich entwickeln und daher fortlaufend gewürdigt werden müssen. Bei gerichtlichen Auseinandersetzungen gehören in diesen Kontext auch Unsicherheiten über die Positionierung der Rechtsprechung im Einzelfall. Hierzu tragen in der näheren Vergangenheit gerade im Finanzbereich auch sich rückwirkend verändernde Rechtsauffassungen bei.

Zusätzlich zu den in einzelnen Anhangangaben enthaltenen Darstellungen zu Risiken aus dem Einsatz von Finanzinstrumenten enthält der Risikobericht weiterführende qualitative und quantitative Informationen, insbesondere zu Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken.

Treuhandgeschäft

Angaben zur Kapitalflussrechnung

Schätzunsicherheiten und Ermessensentscheidungen

Angaben zu Art und Ausmaß der Risiken

02 Zinsüberschuss

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung und Segmentberichterstattung

Mio. Euro	2015	2014
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	366,1	400,5
Wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten ¹	2,8	3,8
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	25,6	32,8
Zinsswaps	13,9	16,1
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	12,3	1,1
Sonstiges	0,5	0,5
Zinserträge insgesamt	421,2	454,8
Zinsaufwendungen für		
Einlagen	127,8	158,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	3,2	5,3
Nachrangige Verbindlichkeiten	10,6	11,1
Zinsswaps	37,9	39,3
Sonstiges	2,6	3,5
Zinsaufwendungen insgesamt	182,1	217,6
Zinsüberschuss	239,1	237,2

¹ Aufgelaufen gemäß IAS 39 (Unwinding)

Der gesamte Zinsertrag für finanzielle Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, betrug 407,3 Mio. Euro (Vorjahr: 438,7 Mio. Euro). Der gesamte Zinsaufwand für finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, betrug 144,2 Mio. Euro (Vorjahr: 178,3 Mio. Euro).

Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften enthalten negative Zinsen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften in Höhe von 0,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro).

Zinserträge aus Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen enthalten im Berichtsjahr wie im Vorjahr keine negativen Zinsen aus Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen.

Zinsaufwendungen für genomme Einlagen aus dem Bankgeschäft enthalten positive Zinsen für genomme Einlagen aus dem Bankgeschäft in Höhe von 2,0 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro).

Laufende Erträge aus Beteiligungen enthalten eine Sonderausschüttung in Höhe von 10,3 Mio. Euro aus einer Beteiligung an einem Finanzdienstleister, der im laufenden Jahr einmalig hohe stille Reserven aus einer Finanzbeteiligung realisiert hat. Diese Sonderausschüttung wird neben Zinserträgen und Zinsaufwendungen in der Position Zinsüberschuss ausgewiesen. Somit ist die Sonderausschüttung auch ursächlich für den auf 239,1 Mio. Euro erhöhten Zinsüberschuss (Vorjahr: 237,2 Mio. Euro).

Mio. Euro	2015	2014
Wertpapiergeschäft	11,6	13,6
Erträge	14,7	16,0
Aufwendungen	3,1	2,4
Vermögensverwaltung	11,5	11,7
Erträge	12,1	12,0
Aufwendungen	0,6	0,3
Zahlungsverkehr	23,0	25,1
Erträge	25,7	27,6
Aufwendungen	2,7	2,5
Auslandsgeschäft	2,1	2,2
Erträge	2,1	2,2
Aufwendungen	—	—
Versicherungs-, Bauspar-, Immobiliengeschäft	13,2	12,8
Erträge	17,9	18,2
Aufwendungen	4,7	5,4
Kreditkartengeschäft	2,2	1,6
Erträge	4,6	4,1
Aufwendungen	2,4	2,5
Treuhandgeschäft und andere treuhänderische Tätigkeiten	—	—
Erträge	—	—
Aufwendungen	—	—
Sonstiges	3,3	3,9
Erträge	16,7	14,0
Aufwendungen	13,4	10,1
Provisionsüberschuss	66,9	70,9
Erträge	93,8	94,1
Aufwendungen	26,9	23,2

03 Provisionsüberschuss

Die OLB stellt das regulatorische Haftungsdach für den Vertrieb von AllianzGI Produkten durch die selbstständigen Vertreter der Allianz. Für die Sicherstellung der Wertpapier-Compliance und den damit verbundenen Aufwand erhielt die OLB einen sonstigen Provisionsertrag von 1,2 Mio. Euro (Vorjahr: 1,0 Mio.). Die Vertreterprovisionen für diese Produkte unter dem Haftungsdach werden im rechtlichen Außenverhältnis von der OLB geschuldet. Hierfür fielen sonstige Provisionsaufwendungen in Höhe von 10,6 Mio. Euro (Vorjahr: 8,0 Mio. Euro) an. In identischer Höhe erhielt die OLB sonstige Provisionserträge als Ausgleich von der Allianz.

Der gesamte Provisionsertrag für finanzielle Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, betrug 3,3 Mio. Euro (Vorjahr: 3,9 Mio. Euro). Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Avalprovisionen.

04 Laufendes Handelsergebnis

Bei der Fair Value-Ermittlung von Handelsaktiva und Handelspassiva werden grundsätzlich Börsenkurse zugrunde gelegt. Für nicht börsennotierte Produkte werden die Fair Values nach der Barwertmethode oder anhand geeigneter Optionspreismodelle ermittelt. Im Handelsergebnis ist neben dem realisierten Ergebnis auch das Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten der OLB enthalten, die der Bewertungskategorie „Held for Trading“ zugeordnet sind.

Das Zinsergebnis im Handel resultiert aus laufenden Aufwendungen und Erträgen bei Zinsprodukten.

Handelsbezogene Provisionen bestehen aus Aufwendungen der Bank für die Börsenabwicklung und verdienten Margen im Devisen- und Edelmetallgeschäft.

Die Position „Effekt aus Grundgeschäften und Derivaten zur Steuerung des Zinsbuches“ zeigt die Bewertungsänderungen dieser Geschäfte.

In der Position Sonstiges sind im Wesentlichen Ergebnisse aus Sicherungsgeschäften bezüglich der aktienbasierten Vorstandsvergütung abgebildet.

04 a Laufendes Handelsergebnis nach Produkten

Mio. Euro	2015	2014
Handel in Zinsprodukten	1,3	-0,4
Devisen- und Edelmetallgeschäft	2,2	2,1
Effekt aus Grundgeschäften und Derivaten zur Steuerung des Zinsbuches	4,5	2,8
Sonstiges	-0,1	-0,3
Laufendes Handelsergebnis	7,9	4,2

04 b Laufendes Handelsergebnis nach Realisierungs- und Bewertungsergebnis

Mio. Euro	2015	2014
Realisierungsergebnis (netto)	-0,4	-0,4
Bewertungsergebnis (netto) ¹	6,0	2,8
Zuschreibungen	8,0	4,6
Abschreibungen	2,0	1,8
Zinsergebnis im Handel	0,2	0,1
Handelsbezogene Provisionen	1,9	1,8
Wechselkursveränderungen aus der Fremdwährungsumrechnung	0,2	-0,1
Laufendes Handelsergebnis	7,9	4,2

¹ Inklusive Effekt aus Grundgeschäften und Derivaten zur Steuerung des Zinsbuches

Die im Handelsergebnis enthaltenen Ineffektivitäten aus dem Hedge Accounting werden in der Anhangangabe (39) zum Derivategeschäft erläutert.

05 Übrige Erträge

Mio. Euro	2015	2014
Übrige Erträge	0,8	0,4

Die Übrigen Erträge enthalten einen Realisierungsgewinn aus dem Verkauf von selbst genutzten Grundstücken und Gebäuden in Höhe von 0,3 Mio. Euro (Vorjahr 0,0 Mio. Euro).

Mio. Euro	2015	2014
Löhne und Gehälter	97,3	104,4
Soziale Abgaben	19,4	19,8
Gratifikationen, Boni	12,3	14,3
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	14,7	15,0
Laufender Personalaufwand insgesamt	143,7	153,5
IT-Aufwendungen	16,8	15,2
Raumkosten	13,0	12,2
Aufwendungen für Werbung und Repräsentation	5,5	4,3
Aufwendungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung	2,8	3,0
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	30,7	35,4
Sachaufwand vor Laufenden Abschreibungen	68,8	70,1
Laufende Abschreibungen auf Sachanlagen und Immaterielle Vermögenswerte	14,7	14,3
Übrige Aufwendungen	2,1	6,7
Laufende Aufwendungen	229,3	244,6

o6 Laufende Aufwendungen

In den sonstigen Verwaltungsaufwendungen sind im Wesentlichen Kosten für die Einlagensicherung und Bankenabgabe sowie Kosten für die technische Führung von Kundenkonten und Kundenzahlungsverkehr (EC-Karten, Postversand von Kontoauszügen und Belegbearbeitung von Überweisungsaufträgen) enthalten. Außerdem umfasst diese Position Aufwendungen für eingekaufte Dienstleistungen und Beratung sowie Ausbildungs- und Reisekosten und Kosten für die Nutzung von Marktinformationssystemen.

Die Bankenabgabe ist eine gesetzliche Einzahlung in einen Restrukturierungsfonds in Abhängigkeit von Geschäftsvolumen, Größe und Vernetzung des beitragspflichtigen Kreditinstituts. Die Zielausstattung des Restrukturierungsfonds ist erreicht, wenn die von 2015 bis 2023 eingezahlten, verfügbaren Mittel des Fonds 1 % der gedeckten Einlagen aller beitragspflichtigen Institute erreicht haben. Für das Beitragsjahr 2015 wurden 2,5 Mio. Euro (Vorjahr: 0,6 Mio. Euro) als Zahlung an den Restrukturierungsfonds geleistet sowie aufwandsneutral 1,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro) als unwiderrufliche Zahlungsverpflichtung eingegangen.

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die OLB 2.272 Mitarbeiter (Vorjahr: 2.337). Dies entspricht einer Mitarbeiterkapazität von 1.841 (Vorjahr: 1.915) Vollzeitäquivalenten. Der Kreis der ausgewerteten Mitarbeiter schließt Auszubildende und seit 2015 auch Aushilfen und Praktikanten nicht mit ein. Um die Vergleichbarkeit zu wahren, wurden die Vorjahreszahlen an den Definitionskreis des Berichtsjahres angepasst.

**o7 Risikovorsorge
im Kreditgeschäft**

Mio. Euro	2015	2014
Nettoergebnis aus Wertberichtigungen	37,4	44,2
Zuführungen zu Wertberichtigungen	73,9	71,7
Auflösungen von Wertberichtigungen	36,5	27,5
Nettoergebnis aus Rückstellungen	2,1	-2,2
Zuführungen zu Rückstellungen	2,5	1,0
Auflösungen von Rückstellungen	0,4	3,2
Direktabschreibungen	0,2	0,1
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	3,4	3,1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	36,3	39,0

**o8 Ergebnis aus
Restrukturierung**

Mio. Euro	2015	2014
Zuführungen zur Restrukturierungsrückstellung	10,4	4,1
Auflösungen aus der Restrukturierungsrückstellung	3,4	7,8
nicht rückstellungsfähiger Restrukturierungsaufwand	—	0,7
Ergebnis aus Restrukturierung	-7,0	3,0

**o9 Realisiertes Ergebnis
aus Finanzanlagen
und Nicht laufendes
Handelsergebnis**

Mio. Euro	2015	2014
Realisierungsergebnis (netto)	4,1	3,4
Bewertungsergebnis (netto)	—	-0,2
Zuschreibungen	—	—
Abschreibungen	—	0,2
Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen	4,1	3,2
Realisierungsergebnis (netto)	—	-0,2
Bewertungsergebnis (netto)	-0,1	-0,4
Zuschreibungen	—	—
Abschreibungen	0,1	0,4
Nicht laufendes Handelsergebnis	-0,1	-0,6
Ergebnis aus Finanzanlagen	4,0	2,6

Das Realisierungsergebnis in Höhe von 4,1 Mio. Euro (Vorjahr: 3,4 Mio. Euro) im Realisierten Ergebnis aus Finanzanlagen resultierte aus Realisierungen von Wertpapieren der Kategorie „Available-for-Sale“ (AfS). Das Bewertungsergebnis lag bei 0,0 Mio. Euro (Vorjahr: –0,2 Mio. Euro).

Das Realisierungsergebnis des Vorjahres in Höhe von –0,2 Mio. Euro im Nicht laufenden Handelsergebnis resultierte aus dem Ergebnis bei Verkauf oder Fälligkeit von Derivaten in den Spezialfonds. Das Bewertungsergebnis des Berichtsjahres lag bei –0,1 Mio. Euro (Vorjahr: –0,4 Mio. Euro).

Mio. Euro	2015	2014
Ergebnis aus dem zur Veräußerung bestimmten Wertpapierbestand	4,6	3,2
Veräußerungs- und Bewertungsergebnis aus verbundenen Unternehmen	–0,5	—
Ergebnis aus sonstigen Finanzanlagen	—	—
Nicht laufendes Handelsergebnis	–0,1	–0,6
Ergebnis aus Finanzanlagen	4,0	2,6

Mio. Euro	2015	2014
Tatsächliche Steuern (lfd. Jahr)	13,2	10,9
Tatsächliche Steuern (Vorjahre)	2,0	1,7
Latente Steuern (lfd. Jahr; Ertrag [–] / Aufwand [+])	–0,6	0,2
Latente Steuern (Vorjahre; Ertrag [–] / Aufwand [+])	–0,3	–3,0
Steuern	14,3	9,8

10 Steuern

Für das unverwässerte sowie verwässerte Ergebnis je Aktie wird der Gewinn durch die während des Geschäftsjahres im Umlauf befindliche durchschnittliche gewichtete Aktienanzahl dividiert.

	2015	2014
Gewinn (Mio. Euro)	31,8	24,9
Durchschnittliche Stückzahl im Umlauf befindlicher Aktien (Mio. Stück)	23,3	23,3
Unverwässertes sowie verwässertes Ergebnis je Aktie (Euro)	1,36	1,07

11 Unverwässertes sowie verwässertes Ergebnis je Aktie

Es gibt keine Verwässerungseffekte im OLB-Konzern. Ein differenzierter Ausweis des Ergebnisses je Aktie ergibt sich somit nicht.

12 Segmentberichterstattung

Zu Grundlagen und Methoden der Segmentberichterstattung verweist die Bank auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aus Note (01).

Mio. Euro	1.1. – 31.12.2015					
	Privat- und Geschäftskunden	Private Banking & Freie Berufe	Firmenkunden	Zentrale und Sonstiges Betrieb und Steuerung	nicht berichts- pflichtige Segmente	OLB- Konzern Gesamt
Zinsüberschuss	84,1	26,6	111,9	—	16,5	239,1
Provisionsüberschuss und Sonstige Erträge	31,7	20,4	16,4	—	7,1	75,6
Laufende Erträge	115,8	47,0	128,3	—	23,6	314,7
Laufender Personalaufwand	43,5	13,0	17,4	61,9	7,9	143,7
Sachaufwand und Sonstige Aufwendungen	18,1	2,5	2,8	54,4	7,8	85,6
Kostenverrechnung Betrieb	36,8	10,6	23,1	-71,2	0,7	—
Laufende Aufwendungen	98,4	26,1	43,3	45,1	16,4	229,3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1,8	0,1	20,4	—	14,0	36,3
Ergebnis aus Restrukturierung	—	—	—	—	-7,0	-7,0
Operatives Ergebnis	15,6	20,8	64,6	-45,1	-13,8	42,1
Ergebnis aus Finanzanlagen	—	—	—	—	4,0	4,0
Segmentergebnis	15,6	20,8	64,6	-45,1	-9,8	46,1
Segmentvermögen in Mrd. Euro	3,8	0,9	5,0	—	3,9	13,6
Segmentsschulden in Mrd. Euro	2,5	1,6	1,9	—	7,0	13,0
Cost-Income-Ratio in %	85,0	55,5	33,7	—	69,5	72,9
Risikokapital (Durchschnitt) ¹	41,1	14,8	203,5	—	221,2	471,6
Risikoaktiva (Durchschnitt)	743,9	285,2	3.052,0	—	1.555,9	5.637,0

¹ Gesamtsumme Konzern < Summe der Segmente, da das Risikokapital wegen Diversifizierungseffekten nicht additiv ist.

Mio. Euro	1.1. – 31.12.2014					
	Privat- und Geschäftskunden	Private Banking & Freie Berufe	Firmenkunden	Zentrale und Sonstiges Betrieb und Steuerung	nicht berichtspflichtige Segmente	OLB-Konzern Gesamt
Zinsüberschuss	85,3	26,8	116,1	—	9,0	237,2
Provisionsüberschuss und Sonstige Erträge	32,3	19,2	16,0	—	8,0	75,5
Laufende Erträge	117,6	46,0	132,1	—	17,0	312,7
Laufender Personalaufwand	46,4	12,8	16,2	62,3	15,8	153,5
Sachaufwand und Sonstige Aufwendungen	18,8	3,3	2,8	52,0	14,2	91,1
Kostenverrechnung Betrieb	35,3	10,6	23,3	-69,8	0,6	—
Laufende Aufwendungen	100,5	26,7	42,3	44,5	30,6	244,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2,4	-0,1	14,5	—	22,2	39,0
Ergebnis aus Restrukturierung ¹	—	—	—	—	3,0	3,0
Operatives Ergebnis	14,7	19,4	75,3	-44,5	-32,8	32,1
Ergebnis aus Finanzanlagen	—	—	—	—	2,6	2,6
Segmentergebnis	14,7	19,4	75,3	-44,5	-30,2	34,7
Segmentvermögen in Mrd. Euro	3,8	0,8	5,1	—	4,4	14,1
Segmentschulden in Mrd. Euro	2,3	1,1	2,3	—	7,8	13,5
Cost-Income-Ratio in %	85,5	58,0	32,0	—	180,0	78,2
Risikokapital (Durchschnitt) ²	45,9	13,5	251,9	—	204,9	484,8
Risikoaktiva (Durchschnitt)	812,8	236,6	3.018,2	—	1.829,5	5.897,1

¹ Nettoauflösung von Restrukturierungsrückstellungen im Jahr 2014

² Gesamtsumme Konzern < Summe der Segmente, da das Risikokapital wegen Diversifizierungseffekten nicht additiv ist.

Wesentliche zahlungsunwirksame Posten vor Steuern, bei denen es sich nicht um planmäßige Abschreibungen handelt:

Mio. Euro	1.1. – 31.12.2015					
	Privat- und Geschäftskunden	Private Banking & Freie Berufe	Firmenkunden	Zentrale und Sonstiges		OLB-Konzern Gesamt
				Betrieb und Steuerung	nicht berichtspflichtige Segmente	
Zuführung aktivische Risikovorsorge	6,4	0,8	34,5	—	32,2	73,9
Auflösung aktivische Risikovorsorge	4,6	0,7	15,1	—	16,1	36,5
Rückstellungsbildung	2,0	0,5	0,7	34,9	—	38,1
Rückstellungsauflösung	—	—	—	15,9	—	15,9
Nettobetrag aus Zuschreibungen und Abschreibungen auf Handelsinstrumente	—	—	—	—	6,0	6,0
Nettobetrag aus Zuschreibungen und Abschreibungen auf Finanzanlagen	—	—	—	—	-0,1	-0,1
Zinsertrag aus Zinsabgrenzungen	0,5	0,1	0,7	—	27,2	28,5
Zinsaufwand aus Zinsabgrenzungen	—	—	—	—	42,7	42,7

Mio. Euro	1.1. – 31.12.2014					
	Privat- und Geschäftskunden	Private Banking & Freie Berufe	Firmenkunden	Zentrale und Sonstiges		OLB-Konzern Gesamt
				Betrieb und Steuerung	nicht berichtspflichtige Segmente	
Zuführung aktivische Risikovorsorge	6,3	0,6	26,4	—	38,4	71,7
Auflösung aktivische Risikovorsorge	0,4	0,3	3,3	—	23,5	27,5
Rückstellungsbildung	1,9	0,4	0,6	37,4	—	40,3
Rückstellungsauflösung	—	—	—	24,2	—	24,2
Nettobetrag aus Zuschreibungen und Abschreibungen auf Handelsinstrumente	—	—	—	—	2,8	2,8
Nettobetrag aus Zuschreibungen und Abschreibungen auf Finanzanlagen	—	—	—	—	-0,6	-0,6
Zinsertrag aus Zinsabgrenzungen	0,4	0,1	0,6	—	30,2	31,3
Zinsaufwand aus Zinsabgrenzungen	0,3	0,2	0,2	—	46,2	46,9

Außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,1 Mio. Euro) betrafen die Zentrale und Sonstiges.

Im Lagebericht werden die wesentlichen Ergebniskomponenten der Segmente erläutert.

Angaben zur Bilanz – Aktiva

Mio. Euro	2015	2014
Kassenbestand	129,3	103,9
Guthaben bei Zentralnotenbanken	52,4	89,0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	52,4	89,0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	181,7	192,9

13 Zahlungsmittel
und Zahlungsmittel-
äquivalente

Die Guthaben bei der Deutschen Bundesbank dienen unter anderem dazu, die Mindestreserveanforderungen zu erfüllen.

Mio. Euro	2015	2014
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	9,0	7,6
Positive Marktwerte aus Sicherung der aktienbezogenen Vergütung	4,0	7,3
Handelsaktiva	13,0	14,9

14 Handelsaktiva

Mio. Euro	2015			2014		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Börsen- und Zahlungsabwicklung	14,5	2,4	16,9	16,1	3,2	19,3
Forderungen aus Reverse-Repo-Geschäften	—	—	—	50,0	—	50,0
Barsicherheiten gezahlt	80,6	3,2	83,8	92,2	—	92,2
Sonstige Forderungen	49,9	0,9	50,8	217,3	56,4	273,7
Kredite	—	—	—	—	—	—
Forderungen an Kreditinstitute	145,0	6,5	151,5	375,6	59,6	435,2
abzüglich Risikovorsorge	—	—	—	0,1	—	0,1
Forderungen an Kreditinstitute (nach Risikovorsorge)	145,0	6,5	151,5	375,5	59,6	435,1

15 Forderungen an
Kreditinstitute

16 Forderungen
an Kunden

Mio. Euro	2015			2014		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Firmenkunden	4.047,1	34,3	4.081,4	4.154,0	23,5	4.177,5
Öffentliche Haushalte	24,2	—	24,2	12,2	—	12,2
Privatkunden	6.254,0	41,8	6.295,8	6.282,5	44,1	6.326,6
Forderungen an Kunden	10.325,3	76,1	10.401,4	10.448,7	67,6	10.516,3
abzüglich Risikovorsorge	209,6	—	209,6	215,9	—	215,9
Forderungen an Kunden (nach Risikovorsorge)	10.115,7	76,1	10.191,8	10.232,8	67,6	10.300,4

Die Forderungen an Kunden werden banküblich besichert. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Grundpfandrechte, schuldrechtliche Sicherungsvereinbarungen, Depots und sonstige Barunterlegungen.

Im Rahmen des Hedge Accounting wurden seit Beginn der Hedgebeziehungen aufgelaufene positive bereinigte Marktwertveränderungen in Höhe von +57,1 Mio. Euro (Vorjahr: +76,0 Mio. Euro) den fortgeführten Anschaffungskosten zugerechnet.

16 a Aufgliederung
nach Branchen
(vor Risikovorsorge)

Mio. Euro	2015			2014		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Verarbeitendes Gewerbe	502,0	7,6	509,6	496,8	4,9	501,7
Baugewerbe	91,4	—	91,4	115,2	—	115,2
Handel	387,8	6,6	394,4	362,5	4,5	367,0
Finanzierungsinstitutionen und Versicherungsunternehmen	6,2	—	6,2	6,9	—	6,9
Transport	441,9	14,0	455,9	417,0	9,7	426,7
Dienstleistungen	1.020,2	6,1	1.026,3	1.056,6	4,4	1.061,0
Energie- und Wasserversorgung	1.283,8	—	1.283,8	1.366,9	—	1.366,9
Sonstige	313,8	—	313,8	332,1	—	332,1
Firmenkunden	4.047,1	34,3	4.081,4	4.154,0	23,5	4.177,5
Öffentliche Haushalte	24,2	—	24,2	12,2	—	12,2
Privatpersonen	6.254,0	41,8	6.295,8	6.282,5	44,1	6.326,6
Forderungen an Kunden	10.325,3	76,1	10.401,4	10.448,7	67,6	10.516,3

16 b Aufgliederung
nach Geschäftsarten
(vor Risikovorsorge)

Mio. Euro	2015			2014		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Kredite	10.264,3	76,1	10.340,4	10.423,7	67,6	10.491,3
darunter: Hypothekendarlehen	—	—	—	—	—	—
darunter: Kommunalkredite	86,5	0,7	87,2	86,0	1,0	87,0
darunter: Andere durch Grundpfandrechte gesicherte Kredite	5.280,5	23,5	5.304,0	5.220,5	28,9	5.249,4
Sonstige Forderungen	61,0	—	61,0	25,0	—	25,0
Forderungen an Kunden	10.325,3	76,1	10.401,4	10.448,7	67,6	10.516,3

Als Sicherheitsleistungen für eigene Verbindlichkeiten wurden Forderungen an Kunden in Höhe von 2.583,0 Mio. Euro (Vorjahr: 2.743,9 Mio. Euro) übertragen.

Im Kreditvolumen werden nur solche Forderungen gezeigt, für die besondere Kreditvereinbarungen mit den Kreditnehmern geschlossen wurden.

17 Kreditvolumen

Mio. Euro	2015			2014		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Firmenkunden	4.047,1	34,3	4.081,4	4.154,0	23,5	4.177,5
Öffentliche Haushalte	24,2	—	24,2	12,2	—	12,2
Privatkunden	6.254,0	41,8	6.295,8	6.282,5	44,1	6.326,6
Kredite an Kunden	10.325,3	76,1	10.401,4	10.448,7	67,6	10.516,3
Kredite an Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—
Kreditvolumen	10.325,3	76,1	10.401,4	10.448,7	67,6	10.516,3
abzüglich Risikovorsorge	209,6	—	209,6	215,9	—	215,9
Kreditvolumen (nach Risikovorsorge)	10.115,7	76,1	10.191,8	10.232,8	67,6	10.300,4

Neben der in der Bilanz aktivisch abgesetzten Risikovorsorge in Höhe von 209,6 Mio. Euro (Vorjahr: 216,0 Mio. Euro) sind im Bestand der Risikovorsorge auch die passivisch ausgewiesenen Rückstellungen in Höhe von 5,7 Mio. Euro (Vorjahr: 4,4 Mio. Euro) für Eventualverbindlichkeiten enthalten.

18 Entwicklung des Bestands an Risikovorsorge

Mio. Euro	SLLP	PLL P	GLLP ³	Rückstellungen	Gesamtbestand Risikovorsorge
Bestand zum 1. Januar 2015	191,3	7,7	17,0	4,4	220,4
Verbrauch	38,7	2,2	—	0,8	41,7
Auflösungen ¹	34,6	—	1,9	0,4	36,9
Auflösungen aus Unwinding ²	2,8	—	—	—	2,8
Zuführungen	73,3	0,5	—	2,5	76,3
Bestand zum 31. Dezember 2015	188,5	6,0	15,1	5,7	215,3

¹ Ohne Unwinding

² Zu Gunsten von Zinserträgen aus wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten, aufgelaufen gemäß IAS 39 (Unwinding)

³ Davon betreffen 0,1 Mio. Euro Auflösungen von Risikovorsorge der Position Forderungen an Kreditinstitute und 0,0 Mio. Euro den Bestand dieser Position.

Die Finanzanlagen, die sämtlich der Kategorie Available-for-Sale (AfS-Bestand) zugeordnet werden, beinhalten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen sowie Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

19 Finanzanlagen

Der Finanzanlagebestand gliedert sich wie folgt:

Mio. Euro	2015	2014
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.760,9	2.811,2
Aktien	0,1	0,1
Investmentfonds	66,1	53,0
Wertpapiere insgesamt	2.827,1	2.864,3
Beteiligungen	6,7	—
Beteiligungen (at cost)	0,4	1,0
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	0,1	0,1
Finanzanlagen	2.834,3	2.865,4

Aus einer Beteiligung an einem Finanzdienstleister, der einmalig hohe stille Reserven aus einer Finanzbeteiligung realisiert hat, wurde im Berichtsjahr eine Sonderausschüttung geleistet, die in den Zinsüberschuss eingeflossen ist. Aus dieser Beteiligung (ausgewiesen in Stufe 3 der Fair-Value-Hierarchie in Note [43]) kann sich in Abhängigkeit von der steuerlichen Bewertung der dort realisierten stillen Reserven mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit noch ein weiterer spürbarer Sonderertrag ergeben. Der Wertansatz für diese Beteiligung zum Bilanzstichtag basiert auf diesem erwarteten zusätzlichen Sonderertrag unter Abzug von Steuereffekten, die auf Ebene der Bank anzusetzen sind.

Eine weitere Beteiligung an einem anderen Finanzdienstleister (ebenfalls ausgewiesen in Stufe 3 der Fair-Value-Hierarchie in Note [43]) soll im Jahr 2016 im Rahmen eines Tausches gegen Barmittel und verkaufsbeschränkte Aktien des erwerbenden Unternehmens zu einer Realisierung stiller Reserven der Beteiligung führen. Der Wertansatz für diese Beteiligung zum Bilanzstichtag basiert auf den erwarteten Barmitteln und einem deutlichen Wertabschlag auf die verkaufsbeschränkten Aktien des Mutterunternehmens unter Abzug von Steuereffekten, die auf Ebene der Bank anzusetzen sind.

Der Wertansatz beider Beteiligungen in Höhe von 6,7 Mio. Euro wurde im Geschäftsjahr erstmals nach der oben genannten Methodik vorgenommen (Vorjahr: zu Anschaffungskosten) und wurde netto mit 6,7 Mio. Euro im Sonstigen Ergebnis als unrealisierte Marktwertveränderung brutto und korrespondierender Steueraufwand aus unrealisierten Marktwertveränderungen ausgewiesen.

Die Buchwerte der zu Anschaffungskosten bewerteten Beteiligungen betragen 0,4 Mio. Euro (Vorjahr: 1,0 Mio. Euro).

Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen in Höhe von 52 Tsd. Euro (Vorjahr: 52 Tsd. Euro) sind kaufmännisch gerundet ausgewiesen.

19 a Aufgliederung der Schuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere

Mio. Euro	2015	2014
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	1.489,7	1.408,0
Anleihen und Schuldverschreibungen, durch öffentliche Hand gedeckt	696,2	732,7
Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	575,0	670,5
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.760,9	2.811,2
darunter: börsenfähige Werte	2.735,2	2.784,0
darunter: börsennotiert	2.735,2	2.784,0

Im Jahr 2016 werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Nominalvolumen in Höhe von 413,0 Mio. Euro fällig (Vorjahr: 449,2 Mio. Euro).

Mio. Euro	2015	2014
Aktien	0,1	0,1
Sonstige	73,3	54,1
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	73,4	54,2
darunter: börsenfähige Werte	10,6	19,6
darunter: börsennotiert	10,6	19,6

19 b Aufgliederung der Aktien und anderer nicht festverzinslicher Wertpapiere

Bei den sonstigen nicht festverzinslichen Wertpapieren handelt es sich im Wesentlichen um Anteile an Investmentfonds.

Mio. Euro	2015		2014	
	Beteiligungen	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	Beteiligungen	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen
Historische Anschaffungskosten	1,1	0,1	0,9	0,1
Historische Zuschreibungen	—	—	—	—
Historische Abschreibungen	0,1	—	—	—
Buchwert zum 1. Januar	1,0	0,1	0,9	0,1
Zugänge bewertet zu Anschaffungskosten	—	—	0,2	—
Abgänge bewertet zu Anschaffungskosten	0,6	—	—	—
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Zuschreibungen	—	—	—	—
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Abschreibungen	—	—	—	—
Zugänge durch Umbuchungen	—	—	—	—
Abgänge durch Umbuchungen	—	—	—	—
Bestandsveränderungen des Geschäftsjahres	-0,6	—	0,2	—
unrealisierte Marktwertveränderungen	6,7	—	—	—
Zuschreibungen des Geschäftsjahres (realisiert)	—	—	—	—
Abschreibungen des Geschäftsjahres (realisiert)	—	—	0,1	—
Bewertungsänderungen des Geschäftsjahres	6,7	—	-0,1	—
Buchwert zum 31. Dezember	7,1	0,1	1,0	0,1

19 c Bestandsentwicklung

Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen beinhalten zum 31. Dezember 2015 den Buchwert der nicht konsolidierten 100 %-igen Tochtergesellschaften OLB-Immobilien dienst-GmbH, Oldenburg, und OLB-Service Gesellschaft mbH, Oldenburg, in Höhe von jeweils 26 Tsd. Euro.

20 Sachanlagen

Mio. Euro	2015			2014		
	Grund- stücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstat- tung	Gesamt	Grund- stücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstat- tung	Gesamt
Historische Anschaffungskosten	146,2	125,4	271,6	146,1	124,2	270,3
Historische Zuschreibungen	—	—	—	—	—	—
Historische Abschreibungen	94,4	95,0	189,4	91,1	96,3	187,4
Buchwert zum 1. Januar	51,8	30,4	82,2	55,0	27,9	82,9
Zugänge bewertet zu Anschaffungskosten	—	10,9	10,9	—	11,0	11,0
Abgänge bewertet zu Anschaffungskosten	2,8	23,8	26,6	—	9,5	9,5
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Zuschreibungen	—	—	—	—	—	—
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Abschreibungen	2,3	23,6	25,9	—	9,4	9,4
Zugänge durch Umbuchungen	—	—	—	—	—	—
Abgänge durch Umbuchungen	—	—	—	—	—	—
Bestandsveränderungen des Geschäftsjahres	-0,5	10,7	10,2	—	10,9	10,9
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	—	—	—	—	—	—
Abschreibungen des Geschäftsjahres (planmäßig)	3,2	8,5	11,7	3,2	8,3	11,5
Abschreibungen des Geschäftsjahres (außerplanmäßig)	—	0,1	0,1	—	0,1	0,1
Bewertungsänderungen des Geschäftsjahres	-3,2	-8,6	-11,8	-3,2	-8,4	-11,6
Buchwert zum 31. Dezember	48,1	32,5	80,6	51,8	30,4	82,2

Im Konzern wurden Grundstücke und Gebäude mit einem Buchwert von 48,1 Mio. Euro genutzt (Vorjahr: 51,8 Mio. Euro).

Im Geschäftsjahr 2015 wurden keine Zuschreibungen (Wertaufholungen) aufgrund früherer Abschreibungen (Wertminderungen) vorgenommen.

Alle außerplanmäßigen Abschreibungen wurden im Jahr der Abschreibung im Sachaufwand erfasst.

Aus dem Verkauf von selbst genutzten Grundstücken und Gebäuden entstand ein Realisierungsgewinn in Höhe von 0,3 Mio. Euro (Vorjahr 0,0 Mio. Euro), der in den Übrigen Erträgen ausgewiesen wurde.

Zum Bilanzstichtag waren wie im Vorjahr keine Sachanlagen als Sicherheitsleistungen für eigene Verbindlichkeiten übertragen.

Mio. Euro	2015	2014
Historische Anschaffungskosten	35,3	33,4
Historische Zuschreibungen	—	—
Historische Abschreibungen	25,3	22,5
Buchwert zum 1. Januar	10,0	10,9
Zugänge bewertet zu Anschaffungskosten	2,8	1,9
Abgänge bewertet zu Anschaffungskosten	—	—
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Zuschreibungen	—	—
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Abschreibungen	—	—
Zugänge durch Umbuchungen	—	—
Abgänge durch Umbuchungen	—	—
Bestandsveränderungen des Geschäftsjahres	2,8	1,9
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	—	—
Abschreibungen des Geschäftsjahres (planmäßig)	3,0	2,8
Abschreibungen des Geschäftsjahres (außerplanmäßig)	—	—
Bewertungsänderungen des Geschäftsjahres	-3,0	-2,8
Buchwert zum 31. Dezember	9,8	10,0

21 Immaterielle Vermögenswerte

Bei den Immateriellen Vermögenswerten handelt es sich um Software.

Außerplanmäßige Abschreibungen – soweit vorhanden – werden im Jahr der Abschreibung im Sachaufwand erfasst.

Mio. Euro	2015	2014
Zinsabgrenzung	25,6	28,4
Positive Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting	27,6	32,6
Sonstige Vermögenswerte	48,3	26,1
Sonstige Aktiva	101,5	87,1

22 Sonstige Aktiva

Im Rahmen einer Vereinbarung mit einem Kreditfinanzierungsinstitut wurden Barmittel in Höhe von 16,7 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro) an einen Treuhänder als Sicherheit übertragen. Dieses Treugutvermögen wird in den Sonstigen Aktiva ausgewiesen.

Im Jahr 2015 bestand ausgelagertes Planvermögen im Rahmen eines „Contractual Trust Arrangement“ (CTA) für Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von 3,5 Mio. Euro (Vorjahr: 4,4 Mio. Euro) und wurde in der Position Andere Rückstellungen gegen Sonstige Aktiva saldiert.

Darüber hinaus sind in der Position Sonstige Vermögenswerte diverse Provisionsforderungen und zum Einzug erhaltene Papiere enthalten.

23 Ertragsteuer-
ansprüche

Mio. Euro	2015	2014
Steuererstattungsansprüche	17,8	21,8

Die Ertragsteueransprüche beziehen sich auf Steuerpositionen gemäß IAS 12, d. h., in dieser Bilanzposition werden Ertragsteueransprüche aus Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer als Steuern vom Einkommen und Ertrag gezeigt. Weitere Steuerforderungen aus sonstigen Steuern werden in der Bilanzposition Sonstige Aktiva ausgewiesen.

24 Übertragene
Vermögenswerte

Es wurden Schuldverschreibungen im Rahmen von Repo-Geschäften, Sicherheitenverpfändungen und Offenmarktgeschäften übertragen, deren Zinsänderungs- und Adressausfallrisiken bei der Bank verbleiben. Die Bank bilanziert diese Schuldverschreibungen in den Finanzanlagen zum Fair Value in Höhe von 1.557,6 Mio. Euro (Vorjahr: 1.226,9 Mio. Euro). Die zugehörigen Verbindlichkeiten betragen 1.510,3 Mio. Euro (Vorjahr: 1.192,6 Mio. Euro). Diese Verbindlichkeiten sind in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen.

Im Rahmen des Refinanzierungsgeschäfts mit Instituten und Versicherungen wurden aus einem Gesamtbestand an Kundenforderungen in Höhe von 2.583,0 Mio. Euro (Vorjahr: 2.743,9 Mio. Euro) Forderungen an die Refinanzierer übertragen, deren Zinsänderungs- und Adressausfallrisiken bei der Bank verbleiben. Der Fair Value der Kundenforderungen des Refinanzierungsgeschäfts betrug 2.700,2 Mio. Euro (Vorjahr: 2.908,0 Mio. Euro). Die zugehörigen Verbindlichkeiten der Refinanzierungsgelder betragen 2.602,4 Mio. Euro (Vorjahr: 2.755,1 Mio. Euro). Diese sind in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten ausgewiesen.

Im Rahmen einer zusätzlichen Vereinbarung mit einem Kreditrefinanzierungsinstitut wurden Sonstige Aktiva in Form von Barmitteln an einen Treuhänder in Höhe von 16,7 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro) als Sicherheit übertragen.

Für den Restrukturierungsfonds (Bankenabgabe) wurden Barmittel in Höhe von 1,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro) zur Absicherung von unwiderruflichen Zahlungsverpflichtungen übertragen.

Angaben zur Bilanz – Passiva

Mio. Euro	2015	2014
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7,3	7,8
Negative Marktwerte aus Sicherung der aktienbezogenen Vergütung	—	—
Handelspassiva	7,3	7,8

25 Handelspassiva

Mio. Euro	2015	2014
Sichteinlagen	50,0	13,0
Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften	1.410,3	1.103,4
genommene Barsicherheiten	—	14,1
Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe	30,0	40,0
Börsen- und Zahlungsabwicklung	2,4	33,6
Termineinlagen	424,7	285,1
Befristete andere Verbindlichkeiten	2.602,4	2.742,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.519,8	4.231,5
davon inländische Kreditinstitute	4.444,3	4.228,6
davon ausländische Kreditinstitute	75,5	2,9

26 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 4.467,4 Mio. Euro (Vorjahr: 4.184,9 Mio. Euro) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten in Höhe von 52,4 Mio. Euro (Vorjahr: 46,6 Mio. Euro).

Die erhaltenen Barmittel im Zuge der Übertragung von Vermögenswerten bei gleichzeitiger Vereinbarung von Rückkaufverpflichtungen im Rahmen von Repo-Geschäften inklusive genommener Barsicherheiten betragen 1.410,3 Mio. Euro (Vorjahr: 1.117,5 Mio. Euro).

Mio. Euro	2015	2014
Sichteinlagen	4.585,2	4.190,9
Spareinlagen	1.868,6	2.260,5
Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe	731,1	793,1
Börsen- und Zahlungsabwicklung	30,5	28,3
Termineinlagen	157,3	680,7
Befristete andere Verbindlichkeiten	2,3	4,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.375,0	7.957,9

27 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Im Rahmen von Hedge Accounting wurden seit Beginn der Hedgebeziehungen negative bereinigte Marktwertveränderungen in Höhe von –25,3 Mio. Euro (Vorjahr: –31,4 Mio. Euro) den fortgeführten Anschaffungskosten zugerechnet.

27 a Aufgliederung nach Kundengruppen

Mio. Euro	2015			2014		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Firmenkunden	2.400,9	48,6	2.449,5	2.758,2	127,2	2.885,4
Öffentliche Haushalte	143,0	—	143,0	207,1	—	207,1
Privatkunden	4.739,6	42,9	4.782,5	4.824,3	41,1	4.865,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.283,5	91,5	7.375,0	7.789,6	168,3	7.957,9

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten in Höhe von 1.860,8 Mio. Euro (Vorjahr: 2.922,8 Mio. Euro) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten in Höhe von 5.514,2 Mio. Euro (Vorjahr: 5.035,1 Mio. Euro).

28 Verbriefte Verbindlichkeiten

Mio. Euro	2015	2014
Begebene Schuldverschreibungen	395,4	512,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	395,4	512,5

Verbriefte Verbindlichkeiten setzen sich ausschließlich aus begebenen eigenen Schuldverschreibungen zusammen. Von den begebenen Schuldverschreibungen werden im Jahr 2016 Tranchen mit einem Nominalwert von 79,8 Mio. Euro (Vorjahr: 64,1 Mio. Euro) fällig. Die Verbrieften Verbindlichkeiten enthalten variabel verzinsliche Anleihen in Höhe von 273,6 Mio. Euro (Vorjahr: 326,7 Mio. Euro).

29 Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten

Mio. Euro	2015	2014
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	224,1	238,0
Andere Rückstellungen	57,8	63,6
Zinsabgrenzung	30,1	33,9
Negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting	106,7	129,0
Andere Verbindlichkeiten	17,9	22,3
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	436,6	486,8

Die Rückstellungen sind überwiegend mittel- bis langfristiger Natur.

Andere Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Rückstellungen für Abschlussvergütungen, Vorruhestandsverpflichtungen, Restrukturierungsmaßnahmen, die Bonifizierung von Spareinlagen, Kreditgeschäft sowie für Rechtsstreitigkeiten.

In den anderen Verbindlichkeiten sind u. a. noch nicht abgerechnete Lieferungen und Leistungen sowie noch abzuführende Gehaltsabzüge enthalten. Außerdem sind Ertragsteuerschulden in Höhe von 4,5 Mio. Euro (Vorjahr: 9,0 Mio. Euro), darunter 4,0 Mio. Euro abzuführende Kapitalertragssteuern (Vorjahr: 6,7 Mio. Euro), sowie 0,5 Mio. Euro (Vorjahr: 2,3 Mio. Euro) abzuführende USt enthalten.

Mio. Euro	2015	2014	2013	2012	2011
Pensionsverpflichtungen zum 1. Januar	238,0	184,7	191,9	163,1	155,3
Abzüglich versicherungsmathematischem Verlust zum 1. Januar	—	—	—	27,6	26,7
Ausgewiesene Pensionsrückstellungen zum 1. Januar	238,0	184,7	191,9	135,5	128,6
Laufender Dienstzeitaufwand	6,7	5,5	6,0	4,6	5,1
Kalkulatorischer Zinsaufwand	5,4	7,4	7,0	7,8	7,5
Erwarteter Vermögensertrag	-0,8	-1,1	-0,9	-0,8	-0,3
Tilgung der Kosten aus Planänderung	—	—	—	—	—
Tilgung der versicherungsmathematischen Gewinne (-) / Verluste (+)	—	—	—	0,9	0,8
Netto-Pensionsaufwand	11,3	11,8	12,1	12,5	13,1
Amortisation und Transfer	-0,1	-4,2	-0,2	-0,1	-0,1
Pensionszusagen durch Entgeltumwandlung	-0,7	-0,6	-0,8	-0,7	-0,8
Dotierung zum Beitragsorientierten Pensionsvertrag	-1,8	-4,3	-3,4	-14,2	—
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	-5,8	-5,9	-5,6	-5,4	-5,3
Steuern aus Vermögen bezahlt	—	—	0,1	—	—
Gewinne (-) / Verluste (+) aus demografischen Annahmen	—	—	1,7	—	—
Gewinne (-) / Verluste (+) aus finanziellen Annahmen	-13,5	58,7	-8,2	—	—
Gewinne (-) / Verluste (+) aus erfahrungsbedingter Berichtigung	-3,3	-2,2	-2,9	—	—
Änderung der versicherungsmathematischen Gewinne (-) / Verluste (+)	-16,8	56,5	-9,4	—	—
Ausgewiesene Pensionsrückstellungen zum 31. Dezember	224,1	238,0	184,7	127,6	135,5
Versicherungsmathematischer Verlust zum 31. Dezember	—	—	—	64,3	27,6
Gesamte Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember	224,1	238,0	184,7	191,9	163,1

30 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Im Folgenden werden die Veränderungen beim Verpflichtungsumfang und beim Zeitwert des Fondsvermögens sowie der Stand der Bilanzwerte für die verschiedenen leistungsorientierten Pensionspläne dargestellt:

Mio. Euro	2015	2014
Veränderung des Verpflichtungsumfanges		
Barwert der erdienten Pensionsansprüche zum 1. Januar	275,9	214,7
Laufender Dienstzeitaufwand	6,7	5,4
Kalkulatorischer Zinsaufwand	5,4	7,4
Mitarbeiterbeiträge	1,4	2,4
Kosten aus Planänderungen	—	—
Gewinne (-)/Verluste (+) aus demografischen Annahmen	—	—
Gewinne (-)/Verluste (+) aus finanziellen Annahmen	-13,5	58,7
Gewinne (-)/Verluste (+) aus erfahrungsbedingter Berichtigung	-3,3	-1,8
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	-16,8	56,9
Pensionszahlungen	-6,0	-5,9
Akquisitionen	—	—
Zugänge (+)/Abgänge (-)	-1,8	-5,0
Barwert der erdienten Pensionsansprüche zum 31. Dezember¹	264,8	275,9
Veränderung im Zeitwert des Fondsvermögens		
Zeitwert des Fondsvermögens zum 1. Januar	37,9	30,0
Erwarteter Vermögensertrag	0,8	1,1
Versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	—	0,4
Arbeitgeberbeiträge	2,5	4,9
Mitarbeiterbeiträge	1,4	2,4
aus Fondsvermögen gezahlte Pensionen	-0,2	-0,1
aus Fondsvermögen gezahlte Steuern	—	—
Übertragungen	-1,7	-0,8
Zeitwert des Fondsvermögens zum 31. Dezember	40,7	37,9
Finanzierungsstatus (Bilanzwert) zum 31. Dezember	224,1	238,0

¹ Davon von Konzernunternehmen zum 31.12.2015 direkt zugesagt 209,6 Mio. Euro (Vorjahr: 219,0 Mio. Euro) sowie mit Fondsvermögen hinterlegt 55,2 Mio. Euro (Vorjahr: 56,9 Mio. Euro). Der beizulegende Zeitwert des zugehörigen Planvermögens betrug zum 31.12.2015 40,8 Mio. Euro (Vorjahr: 37,9 Mio. Euro).

Fondsvermögen

Bezogen auf den Zeitwert des Fondsvermögens, stellt sich die aktuelle Allokation der Vermögenswerte (gewichtete Durchschnitte) folgendermaßen dar:

%	2015	2014
Aktien	4,3	3,6
Anleihen	10,4	9,9
Immobilien	0,6	0,4
Sonstige	84,7	86,1
Gesamt	100,0	100,0

Der Großteil des in der Position Sonstige ausgewiesenen Fondsvermögens entfällt auf Rückdeckungsversicherungen.

Die wichtigsten Kennzahlen für leistungsorientierte Pensionspläne sind nachfolgend aufgeführt:

Mio. Euro	2015	2014	2013	2012	2011
Barwert der erdienten Pensionsansprüche	264,8	275,9	214,7	216,2	170,6
Zeitwert des Fondsvermögens	40,7	37,9	30,0	24,3	7,5
Finanzierungsstatus	224,1	238,0	184,7	191,9	163,1

Bei den Berechnungen werden aktuelle, versicherungsmathematisch entwickelte biometrische Wahrscheinlichkeiten zugrunde gelegt. Des Weiteren kommen Annahmen über die künftige Fluktuation in Abhängigkeit von Alter und Dienstjahren ebenso zur Anwendung wie konzerninterne Pensionierungswahrscheinlichkeiten.

Bewertungsprämissen

Die gewichteten Annahmen für die Ermittlung des Barwertes der erdienten Pensionsansprüche sowie für die Ermittlung des Netto-Pensionsaufwandes stellen sich wie folgt dar:

%	2015	2014	2013	2012	2011
Zinsfuß für die Abzinsung	2,25	2,00	3,50	3,25	4,75
Erwarteter Vermögensertrag ¹	k. A.	k. A.	k. A.	4,58	4,70
Erwartete Gehaltssteigerung	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50
Erwartete Rentensteigerung	1,70	1,70	1,90	1,90	1,90

¹ Der erwartete Vermögensertrag ist mit Inkrafttreten des IAS 19 (2011) zum 1.1.2013 keine bei der Ermittlung des Netto-Pensionsaufwandes zu berücksichtigende Annahme mehr.

Für den Netto-Pensionsaufwand gelten die jeweiligen Annahmen zum Bilanzstichtag des vorhergehenden Geschäftsjahres.

Die Annahmen zum Rechnungszins spiegeln die Marktverhältnisse am Bilanzstichtag für erstklassige festverzinsliche Anleihen entsprechend der Währung und der Duration der Pensionsverbindlichkeiten wider.

Insbesondere der Rechnungszins führt zu einer Unsicherheit mit einem erheblichen Risiko. Ein Anstieg des Rechnungszinses um 0,50 Prozentpunkte hätte eine Verringerung des Barwertes der Pensionsverpflichtung um 22,9 Mio. Euro (Vorjahr: 25,9 Mio. Euro) zur Folge, eine Absenkung um 0,50 Prozentpunkte würde zu einer Erhöhung des Barwertes der Pensionsverpflichtung um 26,5 Mio. Euro (Vorjahr: 30,3 Mio. Euro) führen.

Im Wesentlichen durch die Veränderung des Rechnungszinssatzes um 25 Basispunkte (Vorjahr: –150 Basispunkte) sank der versicherungsmathematische Verlust um 16,8 Mio. Euro (Vorjahr: +56,5 Mio. Euro).

Ein Anstieg der Rentensteigerung um 0,25 Prozentpunkte würde zu einer Erhöhung des Barwertes der Pensionsverpflichtung um 7,4 Mio. Euro (Vorjahr: 6,9 Mio. Euro) führen, eine Absenkung um 0,25 Prozentpunkte entsprechend zu einer Verringerung des Barwertes der Pensionsverpflichtung um 6,4 Mio. Euro (Vorjahr: 6,1 Mio. Euro).

Eine Erhöhung der Lebenserwartung um 1 Jahr würde zu einem Anstieg des Barwertes der Pensionsverpflichtung um 8,9 Mio. Euro (Vorjahr: 8,1 Mio. Euro) führen, eine Verringerung um 1 Jahr entsprechend zu einer Senkung des Barwertes der Pensionsverpflichtung um 9,1 Mio. Euro (Vorjahr: 8,3 Mio. Euro).

Die bei vernünftiger Betrachtungsweise mögliche Bandbreite für Veränderungen des Diskontierungszinssatzes als eine der maßgeblichen versicherungsmathematischen Annahmen hätte bei Konstanthalten der übrigen Annahmen und Parameter die leistungsorientierte Verpflichtung mit den oben angegebenen Beträgen beeinflusst. Obwohl die Analyse die vollständige Verteilung der nach dem Plan erwarteten Cashflows nicht berücksichtigt, liefert sie einen Näherungswert für die Sensitivität der dargestellten Annahmen.

Als Rechnungsgrundlagen wurden die Allianztafeln „AT2010GA“ verwendet. Es handelt sich hierbei um unternehmensspezifisch modifizierte „Richttafeln 2005 G“ der Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln. Wie im Vorjahr galten die versicherungsmathematischen Annahmen sowohl für tariflich als auch für außertariflich Angestellte.

Am Bilanzstichtag lag die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der leistungsorientierten Verpflichtungen bei 19,0 Jahren (Vorjahr: 20,7 Jahre).

Zur Finanzierung der Pensionszusage durch Entgeltumwandlung wurden Rückdeckungsversicherungen bei der Allianz Lebensversicherungs-AG abgeschlossen. Die Leistungen aus der Pensionszusage entsprechen den Leistungen aus der Rückdeckungsversicherung. Die Leistungen aus dieser Rückdeckungsversicherung sind zur Sicherung der Versorgungsansprüche aus der Pensionszusage an die Mitarbeiter und ihre versorgungsberechtigten Hinterbliebenen verpfändet.

Beitragszahlungen

Für das Geschäftsjahr 2016 erwartet der Konzern, dass für leistungsorientierte Pensionspläne Arbeitgeberbeiträge zum Fondsvermögen in Höhe von 4,2 Mio. Euro gezahlt werden (Ist 2015: 2,5 Mio. Euro) sowie direkte Pensionszahlungen an Begünstigte in Höhe von 6,4 Mio. Euro (Ist 2015: 6,0 Mio. Euro).

Beitragszusagen

Beitragszusagen werden über externe Versorgungsträger oder ähnliche Institutionen finanziert. Dabei werden an diese Einrichtungen fest definierte Beiträge (z. B. bezogen auf das maßgebliche Einkommen) gezahlt, wobei der Anspruch des Leistungsempfängers gegenüber diesen Einrichtungen besteht und der Arbeitgeber über die Zahlung der Beiträge hinaus faktisch keine weitere Verpflichtung hat.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden Aufwendungen für Beitragszusagen in Höhe von 2,8 Mio. Euro (Vorjahr: 2,9 Mio. Euro) als Beiträge für die Mitarbeiter an den Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G., Berlin, gezahlt. An die gesetzliche Rentenversicherung wurden 10,3 Mio. Euro (Vorjahr: 10,5 Mio. Euro) Beiträge entrichtet.

31 Andere Rückstellungen

Mio. Euro	Restrukturierungsrückstellung	Rückstellung im Kreditgeschäft	Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	Übrige Rückstellungen	Gesamt
Bestand zum 1. Januar 2015	7,6	4,4	37,0	14,6	63,6
Verbrauch	0,5	0,8	16,1	2,4	19,8
Auflösungen	3,3	0,4	5,4	6,8	15,9
Zuführungen	10,4	2,5	13,1	5,4	31,4
Umbuchungen	-1,0	—	-0,5	—	-1,5
Bestand zum 31. Dezember 2015	13,2	5,7	28,1	10,8	57,8

In den Anderen Rückstellungen sind Rückstellungen in Höhe von 29,9 Mio. Euro (Vorjahr: 22,2 Mio. Euro) mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr enthalten, bei denen eine Abzinsung erfolgte. Ansonsten wurde keine Abzinsung vorgenommen. Der Zinsaufwand bei den Anderen Rückstellungen beträgt per saldo 0,3 Mio. Euro (Vorjahr: 2,9 Mio. Euro) und setzt sich zusammen aus 0,6 Mio. Euro Aufwand aus Zeiteffekten (Vorjahr: 1,5 Mio. Euro Aufwand) und 0,3 Mio. Euro Ertrag aus der Veränderung des Zinssatzes (Vorjahr: 1,4 Mio. Euro Aufwand).

Zuführungen zu Restrukturierungsrückstellungen ergaben sich aus dem Beschluss und der Kommunikation des strategischen Zukunftsprogramms „OLB 2019“, das in der Anhangangabe (8) zum Ergebnis aus Restrukturierung weiter erläutert ist.

Im Jahr 2015 bestand ausgelagertes Planvermögen in Höhe von 3,5 Mio. Euro (Vorjahr: 4,4 Mio. Euro) im Rahmen eines CTA für Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von 4,7 Mio. Euro (Vorjahr: 6,0 Mio. Euro) und wurde in der Position Andere Rückstellungen gegen Sonstige Aktiva saldiert.

Unter den Übrigen Rückstellungen hat die OLB Rückstellungen für Rechtsrisiken in Höhe von 6,7 Mio. Euro bilanziert, die sich auf Ansprüche beziehen, die bereits konkret gestellt wurden oder mit hoher Wahrscheinlichkeit erhoben werden. Die Ansprüche resultieren im Wesentlichen aus Vorwürfen hinsichtlich der Verletzung von Beratungs- und Sorgfaltspflichten bei Wertpapier- und Kreditgeschäften. Darüber hinaus wurden Rückstellungen für noch nicht verjährte Ansprüche gebildet, die sich aus einer geänderten Rechtsprechung bezüglich Kreditbearbeitungsgebühren ergeben.

Die OLB ist im Rahmen des normalen Geschäftsbetriebs und in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber, Investor und Steuerzahler dem Risiko gerichtlicher und aufsichtsrechtlicher Verfahren ausgesetzt. Konkreten Risiken aus solchen Verfahren hat die Bank durch die Bildung ausreichender Rückstellungen Rechnung getragen. In anderen Fällen, in denen der Bank die Verletzung von Beratungs- und Sorgfaltspflichten bei Wertpapier- und Kreditgeschäften vorgeworfen wird, hat die rechtliche Prüfung der Bank ergeben, dass das Bestehen eines Anspruchs als zweifelhaft eingeschätzt wird oder dass die Ansprüche verjährt oder anderweitig verwirkt sind. Der Ausgang von schwebenden oder drohenden Verfahren ist allerdings nicht mit absoluter Gewissheit bestimmbar oder vorhersagbar. Die Bank ist der Ansicht, dass derartige Verfahren im Fall eines unerwarteten Ausgangs keine schwerwiegenden Auswirkungen auf die finanzielle Lage der Bank hätten. Darüber hinausgehende Angaben zu den einzelnen oder zu Gruppen von Rechtsfällen werden im Einklang mit der Schutzklausel nach IAS 37.92 nicht gemacht, da im derzeitigen, weit überwiegend außergerichtlichen Stadium der zugrunde liegenden Einzelfälle die vollständige Position der jeweiligen Gegenseite ebenfalls noch nicht bekannt ist. In dieser Situation ist die Bank der Überzeugung, dass eine ungerechtfertigte Belastung des Vermögens der Bank nicht alleine dadurch riskiert werden darf, dass einseitig eine noch weitergehende Offenlegung der eigenen Position vorgenommen wird.

32 Ertragsteuerschulden

Mio. Euro	2015	2014
Bestand zum 1. Januar	1,8	9,2
Verbrauch	—	6,8
Auflösungen	—	0,8
Zuführungen	1,7	0,2
Bestand zum 31. Dezember	3,5	1,8

Die Ertragsteuerschulden beziehen sich auf Steuerpositionen gemäß IAS 12, d. h., in dieser Bilanzposition werden Ertragsteuerschulden aus Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer als Steuern vom Einkommen und Ertrag gezeigt. Weitere Steuerverbindlichkeiten werden in der Bilanzposition Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten ausgewiesen.

33 Latente Steuern und Ertragsteuern

Aktive latente Steueransprüche bzw. Rückstellungen für latente Steuern sind für Differenzen zwischen den steuerlichen Wertansätzen und den bilanziellen Wertansätzen für folgende Bilanzpositionen gebildet worden:

33 a Latente Steueransprüche und Steuerverbindlichkeiten

Mio. Euro	Ausweis der Veränderung	2015			2014
		Ertragsteueranspruch	Ertragsteuerverpflichtung	Saldo	Saldo
Forderungen an Kunden		1,3	-17,7	-16,4	-21,8
darunter: Hedge Accounting	Zinsüberschuss / Handelsergebnis	—	-17,7	-17,7	-23,6
darunter: Risikovorsorge	Risikovorsorge	1,3	—	1,3	1,8
Finanzanlagen		20,9	-31,2	-10,3	-20,1
darunter: AfS-Finanzinstrumente	Ergebnis aus Finanzanlagen	17,3	-12,4	4,9	3,5
darunter: kumuliertes Sonstiges Ergebnis aus AfS-Finanzinstrumenten	Sonstiges Ergebnis	3,6	-18,8	-15,2	-23,6
Handelsbestände		35,3	-12,3	23,0	28,0
darunter: Hedge Accounting	Zinsüberschuss / Handelsergebnis	33,1	-8,5	24,6	29,9
darunter: Sonstige Handelsbestände	Handelsergebnis	2,2	-3,8	-1,6	-1,9
Verbindlichkeiten ggü. Kunden		8,0	—	8,0	9,8
darunter: Hedge Accounting	Zinsüberschuss / Handelsergebnis	8,0	—	8,0	9,8
Pensionsrückstellungen		43,1	-1,1	42,0	46,9
darunter: Nettopensionsverpflichtungen	Verwaltungs- aufwand	12,4	—	12,4	12,1
darunter: kumuliertes Sonstiges Ergebnis aus Nettopensionsverpflichtungen	Sonstiges Ergebnis	30,7	-1,1	29,6	34,8
Andere Rückstellungen	Verwaltungs- aufwand	4,3	-0,2	4,1	4,7
Sonstiges		5,1	-8,3	-3,2	-4,4
darunter: Hedge Accounting	Zinsüberschuss / Handelsergebnis	1,3	-8,3	-7,0	-8,3
darunter: Sonstiges	Verwaltungs- aufwand	3,8	—	3,8	3,9
Gesamt		118,0	-70,8	47,2	43,1

Bilanzielle Aufrechnungen von aktivischen und passivischen Posten der Steuerabgrenzung wurden auf Gesellschaftsebene vorgenommen, soweit es sich um Ertragsteuern handelt, die an dieselbe Steuerbehörde zu entrichten sind und für die ein einklagbares Recht zur Aufrechnung besteht. Per saldo ergeben die Ertragsteueransprüche in Höhe von 118,0 Mio. Euro (Vorjahr: 134,3 Mio. Euro) und die Ertragsteuerverpflichtungen in Höhe von 70,8 Mio. Euro (Vorjahr: 91,2 Mio. Euro) einen latenten Steueranspruch in Höhe von 47,2 Mio. Euro (Vorjahr: 43,1 Mio. Euro).

Die Veränderung des Saldos der latenten Steuern i. H. v. 4,1 Mio. Euro (Vorjahr: 8,0 Mio. Euro) resultiert aus Veränderungen von temporären Differenzen und schlug sich mit 0,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2,7 Mio. Euro) in der Gewinn- und Verlustrechnung und mit 3,2 Mio. Euro (Vorjahr: 5,3 Mio. Euro) im Sonstigen Ergebnis nieder.

Als Ertragsteuern werden die laufenden Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie der Betrag des latenten Steueraufwands/-ertrags ausgewiesen:

33 b Ertragsteuern

Mio. Euro	2015	2014
Tatsächliche Steuern (lfd. Jahr)	13,2	10,9
Tatsächliche Steuern (Vorjahre)	2,0	1,7
Latente Steuern (lfd. Jahr; Ertrag [-]/Aufwand [+])	-0,6	0,2
Latente Steuern (Vorjahre; Ertrag [-]/Aufwand [+])	-0,3	-3,0
Ausgewiesene Ertragsteuern	14,3	9,8

Die Berechnung der tatsächlichen Steuern für 2015 erfolgt unter Berücksichtigung eines effektiven Körperschaftsteuersatzes inklusive Solidaritätszuschlag von 15,8 % (Vorjahr: 15,8 %) zuzüglich eines effektiven Gewerbesteuersatzes von 14,2 % (Vorjahr: 14,1 %).

Die Berechnung der latenten Steuern für 2015 erfolgt unter Berücksichtigung eines effektiven Körperschaftsteuersatzes inklusive Solidaritätszuschlag von 15,8 % (Vorjahr: 15,8 %) zuzüglich eines effektiven Konzerngewerbesteuersatzes von 15,2 % (Vorjahr: 15,2 %).

Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Überleitung des erwarteten Ertragsteueraufwands auf den effektiv ausgewiesenen Steueraufwand.

33 c Überleitungsrechnungen

Mio. Euro	2015	2014
Ergebnis vor Steuern	46,1	34,7
Anzuwendender Steuersatz in %	31,000	31,000
Rechnerische Ertragsteuern	14,3	10,8
Steuereffekte		
Gewerbesteuer	-0,4	-0,3
Steuerfreie Einnahmen	-0,9	-0,5
Sonstige steuerliche Zu- und Abrechnungen	-0,3	1,4
Körperschaftsteuerguthaben	-0,1	-0,2
Steuern Vorjahre	1,7	-1,4
Ausgewiesene Ertragsteuern	14,3	9,8

34 Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 250,8 Mio. Euro (Vorjahr: 220,9 Mio. Euro), die sich aus nachrangigen Schuldscheindarlehen von Kunden in Höhe von 143,1 Mio. Euro (Vorjahr: 113,1 Mio. Euro) sowie nachrangigen OLB-Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 107,7 Mio. Euro (Vorjahr: 107,8 Mio. Euro) zusammensetzen, dürfen im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung besteht nicht.

Der Zinsaufwand für die Nachrangigen Verbindlichkeiten erreichte im Geschäftsjahr 10,5 Mio. Euro (Vorjahr: 10,9 Mio. Euro). Die Zinssätze für Nachrangige Verbindlichkeiten mit Festsätzen liegen in der Bandbreite von 3,0 % bis 6,0 %. Der durchschnittliche Zinssatz beträgt 4,33 %.

	Inhaberschuldverschreibungen 2015	Schuldscheindarlehen 2015
Emissionsjahr	2010 – 2013	2004 – 2015
Nominalbetrag (Mio. Euro)	107,6	143,5
Emittent	OLB	OLB
Zinssatz in %	3,20 – 5,10	3,00 – 6,00
Fälligkeitsjahr	2017 – 2023	2016 – 2030

35 Angaben zum Eigenkapital

Gezeichnetes Kapital. Das gezeichnete Kapital war unverändert zum Vorjahr in Höhe von 60,5 Mio. Euro am 31. Dezember 2015 in 23.257.143 nennwertlose Stückaktien eingeteilt. Jede Aktie repräsentiert einen anteiligen Betrag am Grundkapital und gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Die Aktien sind voll eingezahlt.

Gemäß IAS 27 i. V. m. IFRS 10 ist die Bank ein Tochterunternehmen der Allianz SE und wird in den Konzernabschluss der Allianz einbezogen. Dieser ist bei der Allianz SE in 80802 München, Königinstraße 28, erhältlich und wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Genehmigtes Kapital. Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 30. Mai 2017 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bareinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um bis zu 15 Mio. Euro, zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen. Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen.

Von der ursprünglich bis zum 21. Mai 2012 befristeten und durch die Hauptversammlung bis zum 30. Mai 2017 verlängerten Ermächtigung, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien zu erhöhen, wurde im Geschäftsjahr kein Gebrauch gemacht.

Kapitalrücklage. In der Kapitalrücklage ist der Mehrerlös (Agio) enthalten, der bei der Ausgabe eigener Aktien erzielt wird.

Gewinnrücklagen. Die Gewinnrücklagen nehmen die thesaurierten Gewinne des Konzerns sowie sämtliche erfolgswirksamen Konsolidierungsmaßnahmen auf.

Gewinnverwendung des HGB-Einzelabschlusses. Für das Geschäftsjahr 2015 beträgt der maßgebliche Jahresüberschuss nach HGB 18,3 Mio. Euro. Zusammen mit dem bestehenden Vortrag ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 18,8 Mio. Euro. Zur Verwendung dieses Gewinnes soll den Aktionären in der Hauptversammlung am 11. Mai 2016 vorgeschlagen werden, für das Geschäftsjahr 2015 eine Dividende in Höhe von 0,25 Euro je Stückaktie auszuschütten und 13,0 Mio. Euro den Gewinnrücklagen zuzuführen.

Diese Position nimmt die Bewertungsänderungen aus den Available-for-Sale-Finanzinstrumenten auf, die zum Zeitpunkt der tatsächlichen Realisierung sowie im Falle einer Wertberichtigung in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht werden. Ebenso werden im Kumulierten Sonstigen Ergebnis zunächst erfasste Wertänderungen aus Finanzinstrumenten, die dem Hedge Accounting unterliegen, wieder in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht. Außerdem werden Bewertungsänderungen aus Netto-Pensionsverpflichtungen erfasst, die nicht mehr durch die Gewinn- und Verlustrechnung realisierbar sind.

35 a Kumuliertes Sonstiges Ergebnis

Mio. Euro	2015	2014
Bestand zum 1. Januar	- 18,4	- 7,6
Sonstiges Ergebnis aus AfS-Finanzinstrumenten (durch GuV realisierbar oder realisiert)		
Unrealisierte Marktwertveränderungen brutto	- 14,8	43,7
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen Realisierung brutto		
wegen realisierter Gewinne (-) und Verluste (+)	- 5,1	- 3,9
wegen Wertberichtigungen	—	0,2
Steuerertrag (+)/-aufwand (-) aus unrealisierten Marktwertveränderungen	7,8	- 12,3
Steuern auf Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen Realisierung	0,6	0,5
Sonstiges Ergebnis aus Netto-Pensionsverpflichtungen (nicht durch GuV realisierbar)		
Veränderungen des Verpflichtungsumfangs brutto	16,8	- 56,5
Steuerertrag (+)/-aufwand (-) aus Veränderungen des Verpflichtungsumfangs	- 5,2	17,5
Bestand zum 31. Dezember	- 18,3	- 18,4

Alle im sonstigen Ergebnis des Vorjahres erfassten kumulativen Erträge oder Aufwendungen, die in Verbindung mit Veräußerungsgruppen stehen, die als zur Veräußerung gehalten eingestuft wurden, wurden in der Bilanz mit –0,4 Mio. Euro gesondert ausgewiesen.

**35b Kapitalsteuerung,
Eigenmittel und
Risikoaktiva nach
§ 10 KWG**

Die OLB unterliegt hinsichtlich ihrer Ausstattung mit Eigenkapital den aufsichtsrechtlichen Vorschriften des KWG und der SolvV (§ 23) i. V. m. der CRR (Art. 25–88), die eine Unterlegung der Risikoaktiva mit mindestens 8 % Eigenmitteln vorschreiben. Dieser Wert wird sukzessive ab 2016 von 8,625 % bis 2019 auf 10,5 % ansteigen. Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel setzen sich aus zwei Kategorien zusammen: dem Kernkapital und dem Ergänzungskapital. Das Kernkapital beinhaltet das Eigenkapital des Konzerns sowie weitere Anpassungen. Das Ergänzungskapital besteht im Wesentlichen aus längerfristigen Nachrangigen Verbindlichkeiten. Die Einhaltung der Mindestkapitalanforderungen der OLB muss bei der Steuerung des Kapitals und der Eigenmittel stets gewährleistet werden.

Seit 2014 bilden CRD IV bzw. CRR ein neues bindendes Rahmenwerk für die erforderliche Kapitalunterlegung von Risikoaktiva. Diese neuen Regelungen erhöhen vor allem die quantitativen und qualitativen Anforderungen an das haftende Eigenkapital. Die im Jahr 2015 erforderliche Unterlegung der Risikoaktiva mit Kernkapital von 6,0 % steigt bis 2019 schrittweise auf den Mindestwert von 8,5 %. Damit nimmt die Bedeutung des Kernkapitals als Steuerungsgröße weiter zu.

Vor diesem Hintergrund misst die OLB in ihrer Planung einer weiteren Kapitalstärkung durch Gewinnthesaurierung sowie einer systematischen Risiko-Ertragssteuerung der bankweiten Risiken eine zentrale Bedeutung bei. Es wird angestrebt, durch geeignete Maßnahmen ausreichende Spielräume bei der Eigenmittelausstattung zu wahren, um insbesondere die Handlungsfähigkeit als Mittelstandsfinanzierer zu gewährleisten.

Durch die Anwachsung der W. Fortmann & Söhne KG auf die Oldenburgische Landesbank AG und die rechtswirksame Veräußerung der Münsterländische Bank Thie & Co. KG im ersten Halbjahr 2015 entfiel die aufsichtsrechtliche Meldung auf Gruppenebene nach IFRS. Zum Bilanzstichtag erfolgte die aufsichtsrechtliche Ermittlung der Kapitalquoten gemäß § 10 KWG auf Einzelinstitutsebene der OLB AG in der Rechnungslegung nach HGB. Als Vorjahreswert wurde die vergleichbare Kapitalquote zum 31. Dezember 2014 herangezogen.

Mio. Euro	2015	2014
Kernkapital	596,2	584,4
darunter: Abzugsposten ¹	17,8	15,0
Ergänzungskapital	174,9	169,4
darunter: Nachrangige Verbindlichkeiten	162,8	159,6
darunter: Zurechnungsposten ²	15,5	15,3
darunter: Abzugsposten ³	3,4	5,5
Eigenmittel (§ 10 KWG)	771,1	753,8
Risikoaktiva Adressrisiken	4.989,7	5.076,5
Risikoaktiva Marktrisiken	23,4	26,0
Risikoaktiva Operationelle Risiken	530,8	548,6
Risikoaktiva	5.543,9	5.651,1

¹ Gemäß Artikel 36 und 159 CRR sowie ergänzenden Regelungen

² Gemäß Artikel 62d und 159 CRR

³ Gemäß Artikel 66d und 472 CRR

Die aufsichtsrechtlichen Erfordernisse zur Eigenkapitalausstattung wurden jederzeit eingehalten.

%	2015	2014
Kernkapitalquote	10,8	10,3
Gesamtkapitalquote	13,9	13,3

35 c Kapitalquoten
nach § 10 KWG

36 Sicherheitsleistungen für eigene Verbindlichkeiten

Angaben zur Bilanz – Sonstiges

Für nachstehende Verbindlichkeiten wurden Vermögenswerte in der angegebenen Höhe als Sicherheiten übertragen:

Mio. Euro	2015	2014
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.214,3	4.069,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	—	0,9
Besicherte Verbindlichkeiten	4.214,3	4.070,0

Der Gesamtbetrag (zu Buchwerten) der übertragenen Sicherheiten setzt sich aus folgenden Vermögenswerten zusammen:

Mio. Euro	2015	2014
Forderungen an Kunden	2.583,0	2.743,9
Schuldverschreibungen	1.557,6	1.226,9
Übertragene Sicherheiten¹	4.140,6	3.970,8

¹ Beinhalten in Pension gegebene Vermögenswerte

Bei den übertragenen Forderungen an Kunden handelt es sich ausschließlich um refinanzierte Darlehen. Die OLB arbeitet maßgeblich mit den Förderkreditinstituten KfW, NBank und LRB zusammen. Nach deren Allgemeinen Bedingungen tritt die OLB grundsätzlich die Kundenforderung einschließlich aller Nebenrechte, auch Sicherheiten, die der Kunde für die refinanzierte Forderung gestellt hat, an das Refinanzierungsinstitut ab. Der Fair Value der als Sicherheit übertragenen Kundenforderungen betrug 2.700,2 Mio. Euro (Vorjahr: 2.908,0 Mio. Euro).

Der Fair Value der übertragenen Schuldverschreibungen entspricht dem oben angegebenen Buchwert.

37 Fremdwährungsvolumina

Mio. Euro	2015	2014
Vermögenswerte der Währung		
USD	108,5	103,0
GBP	9,2	7,9
Sonstige	18,4	21,6
Vermögenswerte insgesamt	136,1	132,5
Schulden der Währung		
USD	104,4	93,7
GBP	9,1	4,1
Sonstige	13,5	14,1
Schulden insgesamt	127,0	111,9

Die Beträge stellen jeweils Summen aus Euro-Gegenwerten der Währungen außerhalb des Euro-raumes dar.

Forderungen und Verbindlichkeiten sind in dem Laufzeitraster nach Endfälligkeiten bzw. Kündigungssterminen gegliedert.

38 a Restlaufzeitengliederungen der Forderungen und Verbindlichkeiten

Mio. Euro	2015				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Befristete Forderungen an Kreditinstitute	45,7	0,2	—	—	45,9
Forderungen an Kunden	1.262,8	659,5	2.718,0	5.761,1	10.401,4
Forderungen zum 31. Dezember 2015	1.308,5	659,7	2.718,0	5.761,1	10.447,3

In den Forderungen an Kunden per 31. Dezember 2015 mit einer Restlaufzeit bis drei Monate sind Forderungen in Höhe von 747,5 Mio. Euro mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Mio. Euro	2014				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Befristete Forderungen an Kreditinstitute	160,4	56,0	—	—	216,4
Forderungen an Kunden	1.449,0	669,0	2.597,3	5.801,0	10.516,3
Forderungen zum 31. Dezember 2014	1.609,4	725,0	2.597,3	5.801,0	10.732,7

In den Forderungen an Kunden per 31. Dezember 2014 mit einer Restlaufzeit bis drei Monate sind Forderungen in Höhe von 850,2 Mio. Euro mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Mio. Euro	2015				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	52,4	—	—	—	52,4
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.212,9	896,1	1.017,5	1.340,9	4.467,4
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.615,7	—	—	—	4.615,7
Spareinlagen	1.711,6	136,0	21,0	—	1.868,6
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	133,1	43,7	293,8	420,1	890,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	9,6	70,3	41,9	273,6	395,4
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	58,0	25,6	102,6	250,4	436,6
Ertragsteuerschulden	—	—	3,5	—	3,5
Nachrangige Verbindlichkeiten	15,0	—	132,7	103,1	250,8
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2015	7.808,3	1.171,7	1.613,0	2.388,1	12.981,1

Mio. Euro	2014				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	60,7	—	—	—	60,7
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	954,3	573,3	1.177,7	1.465,5	4.170,8
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.219,2	—	—	—	4.219,2
Spareinlagen	2.073,9	163,1	23,5	—	2.260,5
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	368,8	342,6	265,0	501,8	1.478,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	19,6	43,7	122,5	326,7	512,5
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	102,2	33,7	114,1	236,8	486,8
Ertragsteuerschulden	—	—	1,8	—	1,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	—	—	117,9	103,0	220,9
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2014	7.798,7	1.156,4	1.822,5	2.633,8	13.411,4

38 b Restlaufzeiten- gliederung der Ver- bindlichkeiten nach Gesamtverbind- lichkeiten

Gemäß IFRS 7 ist auch eine Restlaufzeitengliederung der Verbindlichkeiten nach Gesamtverbindlichkeiten anzugeben.

Dies wird in den folgenden Tabellen dargestellt:

Mio. Euro	2015				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	52,4	—	—	—	52,4
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.213,8	896,8	1.018,3	1.341,9	4.470,8
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.615,7	—	—	—	4.615,7
Spareinlagen	1.711,6	136,0	21,0	—	1.868,6
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	133,1	43,7	293,8	420,1	890,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	9,6	70,3	41,9	273,6	395,4
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	58,0	21,6	51,6	198,7	329,9
Ertragsteuerschulden ¹	—	—	3,5	—	3,5
Nachrangige Verbindlichkeiten	15,0	—	132,6	103,5	251,1
Bilanzielle Posten	7.809,2	1.168,4	1.562,7	2.337,8	12.878,1
Eventualverbindlichkeiten und Andere Verpflichtungen	933,4	—	—	—	933,4
Gesamtverbindlichkeiten zum 31. Dezember 2015	8.742,6	1.168,4	1.562,7	2.337,8	13.811,5

¹ Ertragsteuerschulden stellen keine Finanzinstrumente im Sinne des IFRS 7 dar, werden aber zwecks Übersichtlichkeit und Abstimmbarkeit in den Tabellen mit aufgeführt.

Mio. Euro	2014				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	60,7	—	—	—	60,7
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	955,7	574,1	1.179,4	1.467,6	4.176,8
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.219,2	—	—	—	4.219,2
Spareinlagen	2.073,9	163,1	23,5	—	2.260,5
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	368,8	342,6	265,0	501,8	1.478,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	19,6	44,5	122,4	326,7	513,2
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	102,2	31,2	44,6	212,4	390,4
Ertragsteuerschulden ¹	—	—	1,8	—	1,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	—	—	117,6	103,5	221,1
Bilanzielle Posten	7.800,1	1.155,5	1.754,3	2.612,0	13.321,9
Eventualverbindlichkeiten und Andere Verpflichtungen	903,4	—	—	—	903,4
Gesamtverbindlichkeiten zum 31. Dezember 2014	8.703,5	1.155,5	1.754,3	2.612,0	14.225,3

¹ Ertragsteuerschulden stellen keine Finanzinstrumente im Sinne des IFRS 7 dar, werden aber zwecks Übersichtlichkeit und Abstimmbarkeit in den Tabellen mit aufgeführt.

Derivative Finanzinstrumente, die die Übertragung von Markt- und Kreditrisiken zwischen verschiedenen Parteien ermöglichen, leiten ihren Wert unter anderem von Zinssätzen und Indizes sowie von Aktien- und Devisenkursen ab. Für Kontrahentenrisiken werden bei positiven Marktwerten Abschläge berücksichtigt. Die wichtigsten genutzten derivativen Produkte umfassen Swaps und Devisentermingeschäfte. Derivate können als standardisierte Kontrakte an der Börse oder in Form von bilateral ausgehandelten Transaktionen außerbörslich („Over The Counter“) abgeschlossen werden.

Derivate finden Verwendung sowohl im bankinternen Risikomanagement als auch im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung.

Hinsichtlich der Bewertung wird zwischen börsen- und außerbörslich gehandelten Produkten unterschieden.

Nach Abschluss von Index-Optionen findet bei börsengehandelten Kontrakten täglich ein Barausgleich statt.

Positive und negative Marktwerte werden dann ausgewiesen, wenn die Vertragsvereinbarungen eine vollständige Abwicklung erst zum Fälligkeitstag (nur bei europäischen Optionen; EUREX-Produkte = amerikanische Optionen) vorsehen oder die Variation Margin (nur bei Futures) am Bilanzstichtag (beispielsweise aufgrund der unterschiedlichen Zeitzonen der Börsenplätze) noch nicht reguliert wurde.

39 Derivategeschäfte

Falls keine Marktpreise notiert werden (OTC-Derivate), finden die an den Finanzmärkten etablierten Schätzverfahren (unter anderem Barwertmethode und Optionspreismodelle) Anwendung. Der Marktwert eines Derivats entspricht dabei der Summe aller auf den Bewertungsstichtag diskontierten zukünftigen Cashflows (Present-Value- bzw. Dirty-Close-Out-Wert). Die folgende Tabelle weist die Nominalvolumina nach Restlaufzeiten sowie die positiven und negativen Marktwerte (Fair Values) der von der Bank abgeschlossenen derivativen Geschäfte aus. Die Nominalbeträge dienen grundsätzlich nur als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen (beispielsweise Zinsansprüche und/oder -verbindlichkeiten bei Zinsswaps) und repräsentieren damit keine Bilanzforderungen und/oder -verbindlichkeiten.

Mio. Euro	Positive Fair Values	Negative Fair Values	Nominalvolumen nach Fälligkeit			Nominalvolumen Gesamt	
			bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2015	2014
Zinsbezogene Derivate	34,7	-111,6	170,8	731,0	956,5	1.858,3	1.598,4
davon Zinsswaps geschlossene Positionen im Kundengeschäft	7,1	-4,9	46,3	70,0	178,1	294,4	148,2
davon Zinsswaps der Zinsbuchsteuerung	27,6	-106,7	110,0	645,0	776,0	1.531,0	1.416,0
Währungsbezogene Derivate	1,9	-2,4	220,5	1,8	—	222,3	130,4
davon Devisenoptionen: Käufe	0,1	—	6,9	—	—	6,9	—
davon Devisenoptionen: Verkäufe	—	-0,1	6,9	—	—	6,9	—
Aktien-/Indexbezogene Derivate	—	—	—	—	—	—	—
Kreditderivate	—	—	—	—	—	—	—
Derivate der aktienbezogenen Vergütung	4,0	—	1,0	3,6	—	4,6	9,1
Derivate insgesamt	40,6	-114,0	392,3	736,4	956,5	2.085,2	1.737,9
davon Produkte EUR	38,0	-111,5	162,3	734,6	945,6	1.842,5	1.577,6
davon Produkte USD	2,3	-2,2	191,0	1,8	10,9	203,7	133,2
davon Produkte GBP	0,2	-0,3	22,3	—	—	22,3	5,2

Zum Jahresende waren Zinsswaps im Nominalvolumen von 1.531,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1.416,0 Mio. Euro) für Hedge Accounting designiert.

Im Rahmen der Bildung von bilanziellen Sicherungsbeziehungen nach den Regeln des IAS 39 (Hedge Accounting) ergaben sich für Zinsswaps zur Steuerung des Zinsbuches positive bereinigte Marktwertveränderungen in Höhe von 2,2 Mio. Euro (Vorjahr: -11,8 Mio. Euro). Für korrespondierende Forderungen und Verbindlichkeiten ggü. Kunden und Finanzanlagen ergaben sich in der Summe negative bereinigte Marktwertveränderungen in Höhe von -3,6 Mio. Euro (Vorjahr: +10,7 Mio. Euro). Der Nettoeffekt von -1,4 Mio. Euro (Vorjahr: -1,1 Mio. Euro) wird im Laufenden Handelsergebnis ausgewiesen.

Außerbilanzielles Geschäft

Die Eventualverbindlichkeiten und Anderen Verpflichtungen enthalten potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten des Konzerns, die aus von der Bank den Kunden eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen und terminlich begrenzten Kreditlinien erwachsen. Der Konzern ermöglicht seinen Kunden durch Kreditfazilitäten schnellen Zugriff auf Gelder, die von den Kunden zur Erfüllung ihrer kurzfristigen Verpflichtungen sowie der langfristigen Finanzierungsbedürfnisse benötigt werden. Ferner werden Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen sowie Akkreditive ausgewiesen. Die Erträge aus Bürgschaften werden im Provisionsergebnis erfasst. Die Höhe der Erträge wird durch Anwendung vereinbarter Sätze auf den Nominalbetrag der Bürgschaften bestimmt.

Aus den nachstehend aufgeführten Werten kann nicht direkt auf die hieraus erwachsenden Liquiditätserfordernisse geschlossen werden. Weitere Ausführungen zu Liquiditätsrisiken und deren Steuerung und Überwachung enthält der Risikobericht.

Mio. Euro	2015	2014
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		
Kreditbürgschaften	9,6	11,7
Sonstige Bürgschaften und Gewährleistungen	276,2	285,0
Akkreditive	7,9	6,6
davon Akkreditiveröffnungen	6,7	6,5
davon Akkreditivbestätigungen	1,2	0,1
Eventualverbindlichkeiten	293,7	303,3
Unwiderrufliche Kreditzusagen		
Buchkredite	427,8	409,6
Avalkredite	117,6	131,9
Hypothekendarlehen / Kommunalkredite	94,3	58,6
Andere Verpflichtungen	639,7	600,1

Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen wurde unter Andere Rückstellungen ausgewiesen.

Die in den Tabellen dargestellten Zahlen reflektieren die Beträge, die im Falle der vollständigen Ausnutzung der Fazilitäten durch den Kunden und den darauf folgenden Zahlungsverzug – unter der Voraussetzung, dass keine Sicherheiten vorhanden sind – abgeschrieben werden müssten. Ein großer Teil dieser Verpflichtungen verfällt möglicherweise, ohne in Anspruch genommen zu werden. Die Werte spiegeln nicht abschließend das tatsächliche künftige Kreditengagement oder aus diesen Verpflichtungen erwachsende Liquiditätserfordernisse wider. Sicherheiten dienen ggf. dem Gesamtobligo von Kunden aus Krediten und Avalen. Daneben gibt es Unterbeteiligungen Dritter zu unwiderruflichen Kreditzusagen und Avalen.

Zu Eventualverbindlichkeiten aus Rechtsrisiken verweisen wir auf die Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, zu Schätzunsicherheiten sowie zu den übrigen Rückstellungen.

40 Eventualverbindlichkeiten und Andere Verpflichtungen

41 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Mio. Euro	2015			
	bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Verpflichtungen aus Miet- und Nutzungsverträgen	20,6	65,7	19,2	105,5
Verpflichtungen für Instandhaltung von Informationstechnologie	1,0	3,9	1,0	5,9
Verpflichtungen aus begonnenen Investitionsvorhaben	1,2	—	—	1,2
Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen	—	—	—	—
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	22,8	69,6	20,2	112,6

Mio. Euro	2014			
	bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Verpflichtungen aus Miet- und Nutzungsverträgen	20,5	67,2	20,9	108,6
Verpflichtungen für Instandhaltung von Informationstechnologie	1,2	4,7	1,1	7,0
Verpflichtungen aus begonnenen Investitionsvorhaben	0,9	—	—	0,9
Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen	0,1	—	—	0,1
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	22,7	71,9	22,0	116,6

Verpflichtungen aus Mietverträgen betreffen Miet- und Leasingverträge für Gebäude und Geschäftsausstattung. Sie führten im Berichtsjahr zu Aufwendungen in Höhe von 8,0 Mio. Euro (Vorjahr: 7,9 Mio. Euro). Die Mietverträge für Gebäude haben in der Regel eine Laufzeit von 10 Jahren. Leasingverträge für Geschäftsausstattung haben Laufzeiten zwischen 3 und 5 Jahren.

Einzahlungsverpflichtungen für Aktien, Anleihen, sonstige Anteile sowie Mithaftungen gemäß § 26 GmbH-Gesetz bestanden nicht.

Die Oldenburgische Landesbank AG ist Mitglied des Einlagensicherungsfonds, durch den bis zu einem Höchstbetrag Verbindlichkeiten gegenüber Gläubigern gedeckt werden. Als Mitglied des Einlagensicherungsfonds ist die Oldenburgische Landesbank AG zusammen mit den anderen Mitgliedern des Fonds gesondert haftbar für zusätzliche Kapitaleistungen, maximal in Höhe des unten aufgeführten Jahresbeitrags der Oldenburgische Landesbank AG.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds hat sich die Allianz Deutschland AG verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e. V. von allen Verlusten freizustellen, die durch § 2 Absatz 2 zu Gunsten der Bank entstehen. Diese Erklärung ist unwiderruflich, solange die Allianz Deutschland AG zu der OLB in einer Verbindung gemäß § 5 Absatz 10 des Statuts steht. § 2 regelt die Aufgabe und den Zweck des Einlagensicherungsfonds. Der Einlagensicherungsfonds hat die Aufgabe, bei drohenden oder bestehenden finanziellen Schwierigkeiten von Banken, insbesondere bei drohender Zahlungseinstellung, im Interesse der Einleger Hilfe zu leisten, um Beeinträchtigungen des Vertrauens

in die privaten Kreditinstitute zu vermeiden. Gemäß § 2 Absatz 2 sind zur Durchführung dieser Aufgabe alle zur Hilfeleistung geeigneten Maßnahmen zulässig, und zwar insbesondere Zahlungen an einzelne Gläubiger, Leistungen an Banken, die Übernahme von Garantien oder die Übernahme von Verpflichtungen im Rahmen von Maßnahmen gemäß § 46a KWG.

Für das Jahr 2015 ist von der Oldenburgische Landesbank AG eine Umlage für den Einlagensicherungsfonds und die Entschädigungseinrichtung Deutscher Banken in Höhe von 6,0 Mio. Euro (Vorjahr: 5,6 Mio. Euro) erhoben worden.

Zusätzlich wurden 2,5 Mio. Euro (Vorjahr: 0,6 Mio. Euro) in den Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute (Bankenabgabe) eingezahlt. Bei maßgeblicher Inanspruchnahme des Restrukturierungsfonds können weitere sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 1,1 Mio. Euro entstehen. In dieser Höhe besteht eine unwiderrufliche Zahlungsverpflichtung gegenüber dem Restrukturierungsfonds.

Durch die Rückzahlung einer Beteiligung ist die wieder aufgelebte Haftung gemäß § 172 Abs. 4 HGB erloschen (Vorjahr: 0,1 Mio. Euro).

Mio. Euro	2015	2014
Forderungen an Kunden	3,2	3,8
Treuhandvermögen¹	3,2	3,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2,6	3,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,6	0,6
Treuhandverbindlichkeiten	3,2	3,8

¹ Hierin sind 3,2 Mio. Euro (Vorjahr: 3,8 Mio. Euro) Treuhandkredite enthalten.

42 Treuhandgeschäfte

Ergänzende Angaben

Zu den Finanzinstrumenten der nachfolgenden Tabelle zählen im Wesentlichen bilanzierte und nicht bilanzierte finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Anwendungsbereich von IFRS 13. Für diese Finanzinstrumente werden Klassen gebildet, die eine Unterscheidung nach fortgeführten Anschaffungskosten und beizulegenden Zeitwerten als den relevanten Bewertungsmaßstäben von IAS 39 ermöglichen. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente werden zum Nominalwert bilanziert und werden aus Gründen der Übersichtlichkeit in den Spalten „bilanziert zu fortgeführten Anschaffungskosten“ gezeigt. Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting werden in der Spalte „bilanziert zum Fair Value“ gezeigt. Pro Klasse wird außerdem angegeben, zu welcher Bewertungskategorie die Finanzinstrumente gehören. Die in der Tabelle verwendeten Kürzel haben folgende Bedeutung: LaR = Loans and Receivables, HfT = Held-for-Trading, AfS = Available-for-Sale; FVH = Fair-Value-Hedging Instruments; oL = other Liabilities, k.A. = keine Angabe – kein Finanzinstrument. Für jede Bewertungsklasse von Finanzinstrumenten werden die beizulegenden Zeitwerte den Buchwerten gegenübergestellt und eine Überleitung zu den Posten der Aktiv- und Passivseite der Bilanz vollzogen. Zusätzlich werden die zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente in die drei Fair Value-Kategorien gemäß der IFRS Fair Value-Hierarchie eingeordnet.

43 Fair Values und Buchwerte von Finanzinstrumenten nach Bewertungsklassen und Bilanzposten und deren Einstufung in die Fair Value-Hierarchie

Aktiva	2015									
	Kategorie	Bilanzposten	Finanzinstrumente bilanziert zu fortgeführten Anschaffungskosten			Bilanziert zum Fair Value	Σ Finanzinstrumente	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3
			Buchwert	Δ	Fair Value					
Mio. Euro		Buchwert	Buchwert	Δ	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente (bilanziert zum Nominalwert)	LaR	181,7	181,7	—	181,7	181,7	181,7	—	—	—
Handelsaktiva	HfT	13,0				13,0	13,0	—	13,0	—
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	HfT	—				—	—	—	—	—
Positive Marktwerte aus zinsbezogenen Derivaten	HfT	7,1				7,1	7,1	—	7,1	—
Positive Marktwerte aus währungsbezogenen Derivaten	HfT	1,9				1,9	1,9	—	1,9	—
Positive Marktwerte aus aktien-/indexbezogenen Derivaten	HfT	—				—	—	—	—	—
Positive Marktwerte aus sonstigen Derivaten	HfT	—				—	—	—	—	—
Positive Marktwerte aus Sicherung der aktienbezogenen Vergütung	HfT	4,0				4,0	4,0	—	4,0	—
Forderungen an Kreditinstitute (netto nach Risikovorsorge)	LaR	151,5	151,5	—	151,5	151,5	—	—	—	151,5
Forderungen an Kunden (netto nach Risikovorsorge)	LaR	10.191,8	10.191,8	760,9	10.952,7	10.952,7	10.952,7	—	—	10.952,7
Finanzanlagen	AfS	2.834,3				2.834,3	2.834,3	917,7	1.909,3	7,3
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	AfS	1.489,7				1.489,7	1.489,7	460,5	1.029,2	—
Sonstige Anleihen und Schuldverschreibungen	AfS	1.271,2				1.271,2	1.271,2	391,1	880,1	—
Aktien	AfS	0,1				0,1	0,1	—	—	0,1
Investmentfonds	AfS	66,1				66,1	66,1	66,1	—	—
Beteiligungen	AfS	6,7				6,7	6,7	—	—	6,7
Beteiligungen (at cost)	AfS	0,4				0,4	0,4	—	—	0,4
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	AfS	0,1				0,1	0,1	—	—	0,1
Sachanlagen	k.A.	80,6								
Immaterielle Vermögenswerte	k.A.	9,8								
Sonstige Aktiva	k.A.	101,5								
Zinsabgrenzung	LaR	25,6	25,6	—	25,6	25,6	25,6	—	—	25,6
Positive Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting	FVH	27,6				27,6	27,6	—	27,6	—
Sonstige Vermögenswerte	k.A.	48,3								
Ertragsteueransprüche	k.A.	17,8								
Aktive latente Steuern	k.A.	47,2								
Vermögenswerte einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe	k.A.	—								
Summe der bilanziellen Aktiva		13.629,2								
Finanzinstrumente		13.425,5	10.550,6	760,9	11.311,5	2.874,9	14.207,4	1.099,4	1.949,9	11.158,1
Loans and Receivables	LaR	10.550,6	10.550,6	760,9	11.311,5	—	11.311,5	181,7	—	11.129,8
Held-for-trading	HfT	13,0	—	—	—	13,0	13,0	—	13,0	—
Available-for-Sale	AfS	2.834,3	—	—	—	2.834,3	2.834,3	917,7	1.909,3	7,3
Fair Value Hedging Instruments	FVH	27,6	—	—	—	27,6	27,6	—	27,6	—

Passiva	2015									
	Kategorie	Bilanzposten	Finanzinstrumente bilanziert zu fortgeführten Anschaffungskosten			Bilanziert zum Fair Value	Σ Finanzinstrumente	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3
			Buchwert	Δ	Fair Value					
Mio. Euro		Buchwert	Buchwert	Δ	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value
Handelspassiva	HfT	7,3				7,3	7,3	—	7,3	—
Negative Marktwerte aus zinsbezogenen Derivaten	HfT	4,9				4,9	4,9	—	4,9	—
Negative Marktwerte aus währungsbezogenen Derivaten	HfT	2,4				2,4	2,4	—	2,4	—
Negative Marktwerte aus aktien-/indexbezogenen Derivaten	HfT	—				—	—	—	—	—
Negative Marktwerte aus sonstigen Derivaten	HfT	—				—	—	—	—	—
Negative Marktwerte aus Sicherung der aktienbezogenen Vergütung	HfT	—				—	—	—	—	—
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	oL	4.519,8	4.519,8	105,6	4.625,4	4.625,4	4.625,4	—	—	4.625,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	oL	7.375,0	7.375,0	75,4	7.450,4	7.450,4	7.450,4	—	—	7.450,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	oL	395,4	395,4	4,0	399,4	399,4	399,4	—	—	399,4
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	k.A.	436,6								
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	k.A.	224,1								
Andererückstellungen	k.A.	57,8								
Zinsabgrenzung	oL	30,1	30,1	—	30,1	30,1	30,1	—	—	30,1
Negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting	FVH	106,7				106,7	106,7	—	106,7	—
Anderer Verbindlichkeiten	k.A.	17,9								
Ertragsteuerschulden	k.A.	3,5								
Nachrangige Verbindlichkeiten	oL	250,8	250,8	20,3	271,1	271,1	271,1	—	—	271,1
Schulden einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe	k.A.	—								
Eigenkapital	k.A.	640,8								
Summe der bilanziellen Passiva		13.629,2								
Finanzinstrumente		12.685,1	12.571,1	205,3	12.776,4	114,0	12.890,4	—	114,0	12.776,4
Held-for-trading	HfT	7,3	—	—	—	7,3	7,3	—	7,3	—
Other Liabilities	oL	12.571,1	12.571,1	205,3	12.776,4	—	12.776,4	—	—	12.776,4
Fair Value Hedging Instruments	FVH	106,7	—	—	—	106,7	106,7	—	106,7	—
Außerbilanzielle Positionen (ohne Kategorie)	LaR	—					21,0	—	—	21,0
Eventualverbindlichkeiten	LaR	—					—0,3	—	—	—0,3
Unwiderrufliche Kreditzusagen	LaR	—					21,3	—	—	21,3

Aktiva	2014									
	Kategorie	Bilanzposten	Finanzinstrumente bilanziert zu fortgeführten Anschaffungskosten			Bilanziert zum Fair Value	Σ Finanzinstrumente	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3
			Buchwert	Δ	Fair Value					
Mio. Euro		Buchwert	Buchwert	Δ	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente (bilanziert zum Nominalwert)	LaR	192,9	192,9	—	192,9	192,9	192,9	—	—	—
Handelsaktiva	HfT	14,9				14,9	14,9	—	14,9	—
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	HfT	—				—	—	—	—	—
Positive Marktwerte aus zinsbezogenen Derivaten	HfT	5,5				5,5	5,5	—	5,5	—
Positive Marktwerte aus währungsbezogenen Derivaten	HfT	2,1				2,1	2,1	—	2,1	—
Positive Marktwerte aus aktien-/indexbezogenen Derivaten	HfT	—				—	—	—	—	—
Positive Marktwerte aus sonstigen Derivaten	HfT	—				—	—	—	—	—
Positive Marktwerte aus Sicherung der aktienbezogenen Vergütung	HfT	7,3				7,3	7,3	—	7,3	—
Forderungen an Kreditinstitute (netto nach Risikovorsorge)	LaR	435,1	435,1	1,3	436,4	436,4	436,4	—	—	436,4
Forderungen an Kunden (netto nach Risikovorsorge)	LaR	10.300,4	10.300,4	919,0	11.219,4	11.219,4	11.219,4	—	—	11.219,4
Finanzanlagen	AFS	2.865,4				2.865,4	2.865,4	591,4	2.272,8	1,2
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	AFS	1.408,0				1.408,0	1.408,0	510,8	897,2	—
Sonstige Anleihen und Schuldverschreibungen	AFS	1.403,2				1.403,2	1.403,2	36,3	1.366,9	—
Aktien	AFS	0,1				0,1	0,1	—	—	0,1
Investmentfonds	AFS	53,0				53,0	53,0	44,3	8,7	—
Beteiligungen (at cost)	AFS	1,0				1,0	1,0	—	—	1,0
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	AFS	0,1				0,1	0,1	—	—	0,1
Sachanlagen	k.A.	82,2								
Immaterielle Vermögenswerte	k.A.	10,0								
Sonstige Aktiva	k.A.	87,1								
Zinsabgrenzung	LaR	28,4	28,4	—	28,4	28,4	28,4	—	—	28,4
Positive Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting	FVH	32,6				32,6	32,6	—	32,6	—
Sonstige Vermögenswerte	k.A.	26,1								
Ertragsteueransprüche	k.A.	21,8								
Aktive latente Steuern	k.A.	43,1								
Vermögenswerte einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe	k.A.	82,8								
Summe der bilanziellen Aktiva		14.135,7								
Finanzinstrumente		13.869,7	10.956,8	920,3	11.877,1	2.912,9	14.797,1	784,3	2.320,3	11.692,5
Loans and Receivables	LaR	10.956,8	10.956,8	920,3	11.877,1	—	11.877,1	192,9	—	11.684,2
Held-for-trading	HfT	14,9	—	—	—	14,9	14,9	—	14,9	—
Available-for-Sale	AFS	2.865,4	—	—	—	2.865,4	2.865,4	591,4	2.272,8	1,2
Fair Value Hedging Instruments	FVH	32,6	—	—	—	32,6	32,6	—	32,6	—

Passiva	Kategorie	Bilanzposten	Finanzinstrumente bilanziert zu fortgeführten Anschaffungskosten			Bilanziert zum Fair Value	Σ Finanzinstrumente	2014				
			Buchwert	Δ	Fair Value			Fair Value	Fair Value	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3
										Fair Value	Fair Value	Fair Value
Mio. Euro		Buchwert	Buchwert	Δ	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value		
Handelspassiva	HfT	7,8				7,8	7,8	0,3	7,5	—		
Negative Marktwerte aus zinsbezogenen Derivaten	HfT	5,4				5,4	5,4	0,3	5,1	—		
Negative Marktwerte aus währungsbezogenen Derivaten	HfT	2,4				2,4	2,4	—	2,4	—		
Negative Marktwerte aus aktien-/indexbezogenen Derivaten	HfT	—				—	—	—	—	—		
Negative Marktwerte aus sonstigen Derivaten	HfT	—				—	—	—	—	—		
Negative Marktwerte aus Sicherung der aktienbezogenen Vergütung	HfT	—				—	—	—	—	—		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	oL	4.231,5	4.231,5	190,9	4.422,4		4.422,4	—	—	4.422,4		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	oL	7.957,9	7.957,9	124,6	8.082,5		8.082,5	—	—	8.082,5		
Verbriefte Verbindlichkeiten	oL	512,5	512,5	0,3	512,8		512,8	—	—	512,8		
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	k.A.	486,8										
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	k.A.	238,0										
Andererückstellungen	k.A.	63,6										
Zinsabgrenzung	oL	33,9	33,9	—	33,9		33,9	—	—	33,9		
Negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting	FVH	129,0				129,0	129,0	—	129,0	—		
Anderer Verbindlichkeiten	k.A.	22,3										
Ertragsteuerschulden	k.A.	1,8										
Nachrangige Verbindlichkeiten	oL	220,9	220,9	37,1	258,0		258,0	—	—	258,0		
Schulden einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe	k.A.	101,8										
Eigenkapital	k.A.	614,7										
Summe der bilanziellen Passiva		14.135,7										
Finanzinstrumente		13.093,5	12.956,7	352,9	13.309,6	136,8	13.446,4	0,3	136,5	13.309,6		
Held-for-trading	HfT	7,8	—	—	—	7,8	7,8	0,3	7,5	—		
Other Liabilities	oL	12.956,7	12.956,7	352,9	13.309,6	—	13.309,6	—	—	13.309,6		
Fair Value Hedging Instruments	FVH	129,0	—	—	—	129,0	129,0	—	129,0	—		
Außerbilanzielle Positionen (ohne Kategorie)	LaR	—					7,1	—	—	7,1		
Eventualverbindlichkeiten	LaR	—					—3,1	—	—	—3,1		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	LaR	—					10,2	—	—	10,2		

Als Fair Value bezeichnet man den Betrag, zu dem ein Finanzinstrument zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Parteien, die nicht unter Handlungszwang stehen, gehandelt werden kann. Der Fair Value wird am besten durch einen Marktwert ausgedrückt, soweit ein Marktpreis zur Verfügung steht. Zu den Finanzinstrumenten gehören in erster Linie Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Derivate. Für alle Finanzinstrumente wurde die Preisbindung überprüft. Bei Vorliegen von gehandelten Marktpreisen wurden diese zugrunde gelegt und eine Kategorisierung in Stufe 1 vorgenommen. Bei Verwendung von Preismodellen unter Hinzunahme von im Wesentlichen am Markt beobachtbaren Parametern wurde eine Einordnung in Stufe 2 vorgenommen. Für die Mehrzahl der Finanzinstrumente, hauptsächlich für Kredite, Einlagen und nicht börsengängige Derivate, stehen Marktpreise nicht unmittelbar zur Verfügung, da es keine organisierten Märkte gibt, auf denen diese Instrumente gehandelt werden. Für diese Instrumente erfolgte die Ermittlung des Fair Values unter Anwendung finanzmathematisch anerkannter Bewertungsverfahren mit aktuellen Marktparametern. Zur Anwendung kamen insbesondere die Barwertmethode und Optionspreismodelle. Der Fair Value ist demnach ein stichtagsbezogener Modellwert, der nur als Indikator für einen beim künftigen Verkauf realisierbaren Wert herangezogen werden kann. Weitere Ausführungen zu Methoden der Messung von mit den Finanzinstrumenten verbundenen Risiken enthält der Risikobericht im Kapitel Risikolage, Risikotragfähigkeit unter Adressrisiken.

Täglich fällige Finanzinstrumente. Täglich fällige Finanzinstrumente wurden mit ihrem Nominalwert berücksichtigt. Zu diesen Instrumenten zählen der Kassenbestand sowie Kontokorrentkredite und Sichteinlagen gegenüber Kreditinstituten und Kunden.

Forderungen und Verbindlichkeiten. Für die Ermittlung der Fair Values wurden die zukünftigen vertraglich festgelegten Zahlungsströme berechnet und mit Nullkuponkurven diskontiert. Die Nullkuponkurven leiten sich direkt aus am Markt beobachtbaren Swapkurven ab. Der Bonität von Kreditnehmern wurde durch eine angemessene Adjustierung der Diskontierungssätze Rechnung getragen. Der Fair Value von Forderungen an Kunden und Kreditinstitute sowie Verbindlichkeiten der Stufe 3 der Fair-Value-Hierarchie wurde durch die Berücksichtigung von Credit Spreads als Verschiebung der Zinskurve bestimmt.

Zinsabgrenzungen. Aktivische Zinsabgrenzungen werden in der Kategorie „LaR“ dargestellt, passivische in der Kategorie „oL“. Sie stellen keine eigenständigen Finanzinstrumente dar, sondern jeweils einen rechnerischen Teil eines an anderer Stelle ausgewiesenen Finanzinstrumentes. Da es bezüglich der verwendeten Zinssätze keine Schätzunsicherheit gibt, ist die Angabe einer Sensitivität nicht notwendig.

Handelsaktiva/-passiva und Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting. Der Konzern bilanziert Handelsaktiva/-passiva und Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting einschließlich Schuldtiteln, Aktien, derivativen Finanzinstrumenten und Devisengeschäften zum Fair Value. Sind keine Preisquotierungen erhältlich, werden die Fair Values durch finanzmathematische Bewertungen ermittelt. Bei Sicherungsderivaten wurde unterschieden, ob eine Besicherung der Marktwerte vorgenommen wurde. Im besicherten Fall wurden risikolose Overnight-Index-Swap(OIS)-Kurven für die Diskontierung zugrunde gelegt, im unbesicherten Fall am Bankenmarkt gehandelte Swapkurven, dem Tenor der abgeschlossenen Geschäfte entsprechend.

Wertpapiere. Wertpapiere der Finanzanlagen werden gemäß IAS 39 als „Available-for-Sale-Finanzinstrumente“ klassifiziert und mit dem Fair Value bewertet. Über Preisserviceagenturen wurde auf bestimmte Plattformen zugegriffen, auf denen Broker ihre Kurse veröffentlichen. Lagen gehandelte Kurse von mindestens drei Brokern vor, wurden diese als Preisquotierung in Stufe 1 herangezogen. Lagen nicht mindestens drei verschiedene Broker-Kurse vor, wurde ein Durchschnittswert gebildet

und dieser als Preisquotierung in Stufe 2 herangezogen. Sind keine Preisquotierungen erhältlich, werden die Fair Values durch finanzmathematische Bewertungen ermittelt. Aktien, Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen – ausgewiesen „at cost“ – werden nicht an aktiven Märkten gehandelt. Sie sind von untergeordneter Bedeutung. Der Fair Value ist nicht verlässlich ermittelbar, daher erfolgt der Ansatz zu Anschaffungskosten.

Langfristige Verbindlichkeiten. Die Bewertung von Verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangigen Verbindlichkeiten wird auf der Basis quotierter Marktpreise vorgenommen (sofern diese vorhanden sind) und berücksichtigt verschiedene Faktoren, unter anderem die aktuellen Marktzinsen und das Kreditrating des Konzerns. Für die Ermittlung der Fair Values wurden die zukünftigen vertraglich festgelegten Zahlungsströme berechnet und mit Nullkuponkurven diskontiert. Die Nullkuponkurven leiten sich direkt aus am Markt beobachtbaren Swapkurven ab. Dem Kreditrating des Konzerns wurde durch eine angemessene Adjustierung der Diskontierungssätze Rechnung getragen. Der Fair Value wurde durch die Berücksichtigung von Credit Spreads als Verschiebung der Zinskurve bestimmt. Sind keine Preisquotierungen erhältlich, werden die Fair Values durch finanzmathematische Bewertungen ermittelt.

Außerbilanzielle Positionen. Diese Positionen gehören zu keiner Kategorie gemäß IAS 39. Avale sind Eventualverbindlichkeiten, die bei Ziehung in Forderungen resultieren. Hierfür ergibt sich der Fair Value aus den diskontierten erwarteten Zahlungsströmen bei Inanspruchnahme unter Berücksichtigung von Sicherheiten. Als Zeitpunkt der erwarteten Inanspruchnahme werden 3 Jahre angenommen, es sei denn, dass eine abweichende Annahme sachgerecht erscheint. Die Diskontierung erfolgt mit einem durchschnittlichen 3-Jahres-Zinssatz für erstklassige Unternehmensanleihen. Unwiderrufliche Kreditzusagen werden mit einer Ziehungs- und Ausfallwahrscheinlichkeit bemessen, die sich aus den internen Risikovorordern ergibt. Zur Bemessung des Zinsänderungsrisikos bei Zinszusagen im Rahmen einer unwiderruflichen Kreditzusage wurden die zukünftigen vertraglich festgelegten Zahlungsströme berechnet und mit Nullkuponkurven diskontiert.

Transfer und Umgliederung von Finanzinstrumenten. Die OLB nutzt Preisinformationen von Dritten, die gemäß IDW RS HFA 47 als Mischpreis zur Einordnung in Stufe 2 der Fair-Value-Hierarchie führen. Für drei Wertpapiere im Gesamtvolumen von 80,4 Mio. Euro, die zum Jahresende 2015 nicht mehr unter diese Preisanbindung fielen, wurde eine direkte Preisanbindung der Börse Frankfurt gewählt, die zu einem Ausweis in der Stufe 1 führte.

Der Wertansatz von zwei Beteiligungen, ausgewiesen in Stufe 3 in Höhe von 6,7 Mio. Euro, wurde im Geschäftsjahr erstmals nach der in Note (19) Finanzanlagen genannten Methodik vorgenommen (Vorjahr: zu Anschaffungskosten) und wurde netto mit 6,7 Mio. Euro im Sonstigen Ergebnis als unrealisierte Marktwertveränderung brutto und mit einem korrespondierenden Steueraufwand aus unrealisierten Marktwertveränderungen erfasst. Die geänderte Bewertungsmethodik war erstmals im Geschäftsjahr möglich, da vorher die Bewertung stiller Reserven der Beteiligung nicht auf Basis belastbarer Informationen zu den Inputparametern vorlag.

Wertminderungsaufwand. Die Höhe des Wertminderungsaufwandes für Handelsaktiva ist in den Notesangaben zum Handelsergebnis ausgewiesen. Wertminderungsaufwand für Finanzanlagen ist aus den Notesangaben im Ergebnis aus Finanzanlagen und im Kumulierten Bewertungseffekt aus Available-for-Sale-Finanzinstrumenten im „Sonstigen Ergebnis“ ersichtlich. Die Wertminderungen für Forderungen an Kunden und an Kreditinstitute spiegeln sich in der Notesangabe zur Risikovorordern im Kreditgeschäft wider. Nettoergebnisse für die betroffenen Klassen von Finanzinstrumenten finden sich hier ebenso wieder.

44 Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Die Allianz Deutschland AG hält rund 90,2 % (Vorjahr: 90,2 %) der Aktien an der Oldenburgische Landesbank AG. Alleingesellschafterin der Allianz Deutschland AG ist die Allianz SE.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen. Der Umfang dieser Transaktionen ist im Folgenden dargestellt, wobei im Rahmen der Konzernkonsolidierung eliminierte Transaktionen nicht Bestandteil der Darstellung sind. Bei den nahestehenden Personen handelt es sich um Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates der Oldenburgische Landesbank AG und der übergeordneten Gesellschaften Allianz Deutschland AG und Allianz SE sowie deren nahen Familienangehörige. Als Personen in Schlüsselpositionen werden Vorstand und Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG angesehen. Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates der übergeordneten Gesellschaften werden unter Sonstige nahestehende Unternehmen und Personen mit einbezogen. Bei den nahestehenden Unternehmen handelt es sich um nichtkonsolidierte Tochterunternehmen der Oldenburgische Landesbank AG (unter Tochterunternehmen ausgewiesen), Unternehmen, bei denen Aufsichtsratsmitglieder der Bank eine Position in der Geschäftsleitung bekleiden, die Mehrheitsgesellschaften Allianz Deutschland AG (unter Mutterunternehmen ausgewiesen) sowie andere Konzerngesellschaften der Allianz unter dem Dach der Allianz SE.

Nach Beendigung der Tätigkeit von Prof. Dr. Werner Brinker als Vorstandsvorsitzender der EWE Aktiengesellschaft sowie der Abgabe seiner weiteren Konzernmandate in der EWE Gruppe jeweils zum 30. September 2015 werden die EWE Gruppenunternehmen zum Bilanzstichtag nicht mehr als „Sonstige nahestehende Unternehmen“ eingestuft. Im Vorjahr wurden diese noch berücksichtigt.

Forderungen und Verbindlichkeiten

Mio. Euro	2015	2014
Forderungen an Kunden		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	3,6	1,1
Tochterunternehmen	0,2	0,2
Sonstige nahestehende Unternehmen und Personen	17,7	10,2
Sonstige Aktiva		
Mutterunternehmen	—	0,1
Sonstige nahestehende Unternehmen und Personen	22,7	19,4
Forderungen insgesamt	44,2	31,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	2,3	1,6
Tochterunternehmen	0,2	0,2
Sonstige nahestehende Unternehmen und Personen	39,8	53,7
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten		
Mutterunternehmen	—	0,3
Sonstige nahestehende Unternehmen und Personen	0,3	—
Verbindlichkeiten insgesamt	42,6	55,8

Bei den oben genannten Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden handelt es sich um Geldmarkttransaktionen, Kredite und Einlagen sowie um Refinanzierungsgelder. Die Forderungen gegenüber Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG sind nahezu vollständig grundpfandrechtlich besichert. Forderungen gegenüber den Mutterunternehmen und den Tochterunternehmen sind aufgrund des Konzernverbundes nicht besichert. Für Forderungen gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen und Personen wurden der Bank Sicherheiten i. H. v. 2,1 Mio. Euro (Vorjahr: 2,8 Mio. Euro) gestellt. Für Verbindlichkeiten wurde keine Besicherung gegeben. Daneben existierten zum 31. Dezember 2015 Avalkredite zu Gunsten sonstiger nahestehender Unternehmen und Personen in Höhe von gerundet weniger als 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: 21,7 Mio. Euro). Außerdem wurden Dienstleistungs-, Wertpapier-, Devisenhandels- und Zinstermingeschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen getätigt.

Im Rahmen der *Ergebnisrechnung* schlugen sich diese Geschäfte gemäß folgender Tabelle nieder:

Mio. Euro	2015	2014
Zinsüberschuss		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	—	—
Mutterunternehmen	—	-0,2
Tochterunternehmen	0,2	0,4
Sonstige nahestehende Unternehmen und Personen	-0,1	-0,6
Provisionsüberschuss		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	—	—
Mutterunternehmen	—	—
Tochterunternehmen	2,5	2,5
Sonstige nahestehende Unternehmen und Personen	14,5	14,2
Sachaufwand		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	—	—
Mutterunternehmen	-0,8	-0,1
Tochterunternehmen	—	—
Sonstige nahestehende Unternehmen und Personen	-1,9	-1,2
Übrige Erträge		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	—	—
Mutterunternehmen	—	0,1
Tochterunternehmen	0,1	0,1
Sonstige nahestehende Unternehmen und Personen	—	—
Ergebnis Gesamt	14,5	15,2

Die Oldenburgische Landesbank führt aus der früheren Allianz Bank, deren Geschäftstätigkeit im Jahre 2013 beendet wurde, noch verschiedene Geschäftsbeziehungen fort. Mit Allianz Vertretern und Allianz Mitarbeitern wird in gewissem Umfang auch Neugeschäft getätigt. Beide Bereiche werden in der OLB in der Einheit „Direktbetreuung Banking Services“ (DBS) betreut. Für alle im Zusammenhang mit diesem Geschäft stehenden möglichen Verluste hat die Allianz Deutschland mit Erklärung vom 3./16. Dezember 2014 die Verpflichtung übernommen, diese auszugleichen. Diese Verlustübernahmeverpflichtung, die die vormals schon für die frühere Allianz Bank bestehende Verlustübernahme inhaltsgleich fortführt, hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2019 und kann von der Allianz Deutschland jeweils mit einer Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Jahresende gekündigt werden.

Im Rahmen der Ergebnisrechnung sind 17,2 Mio. Euro Erträge (Vorjahr: 16,5 Mio. Euro) und 2,7 Mio. Euro Aufwendungen (Vorjahr: 1,3 Mio. Euro) für Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen angefallen. Bei den Erträgen handelt es sich insbesondere um Provisionen von Konzerngesellschaften der Allianz für die Vermittlung und Bestandsführung von Fonds- und Versicherungsprodukten. Die Konditionen und Bedingungen für das Zins- und Provisionsgeschäft einschließlich der Besicherung sowie der konzerninternen Leistungsverrechnungen entsprechen marktüblichen Usancen.

Zur Freistellungserklärung der Allianz Deutschland AG zu Gunsten der Oldenburgische Landesbank AG gegenüber dem Bundesverband deutscher Banken e.V. verweist die Bank auf die Ausführungen im Abschnitt Sonstige Finanzielle Verpflichtungen.

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Vorstands stellt sich per 31. Dezember 2015 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionskrediten beträgt insgesamt 90,4 Tsd. Euro (Vorjahr: 140,4 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2015 mit 18,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 8,1 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen jeweils bei 4,68 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 60,2 Tsd. Euro (Vorjahr: 90,2 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 7,7 Tsd. Euro (Vorjahr: 0,9 Tsd. Euro) ausgenutzt. Weiterhin bestanden Darlehenszusagen in Höhe von 446,1 Tsd. Euro (Vorjahr 486,6 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2015 mit 366,1 Tsd. Euro (Vorjahr 486,6 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 1,43 % und 1,67 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich.

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Aufsichtsrats stellt sich per 31. Dezember 2015 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionskrediten beträgt insgesamt 290,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 315,3 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2015 mit 18,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 26,8 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 3,48 % und 8,18 %. Weiterhin bestanden Darlehenszusagen in Höhe von 3.372,3 Tsd. Euro (Vorjahr 3.771,7 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2015 mit 3.372,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 3.715,0 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 0,81 % und 4,98 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 109,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 125,5 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 5,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 7,0 Tsd. Euro) ausgenutzt.

Die Gesamtvergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2015 betrug 2,8 Mio. Euro (Vorjahr: 3,9 Mio. Euro). Hierin enthalten sind RSU mit einem Zeitwert von insgesamt 0,5 Mio. Euro (Vorjahr: 0,8 Mio. Euro). Zum 31. Dezember 2015 betrug die Anzahl der von den Mitgliedern des Vorstands gehaltenen aktienbezogenen Rechte insgesamt 20.992 Stück (Vorjahr: 37.501 Stück) RSU. Am 31. Dezember 2015 betrug der versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen auf Basis IFRS für die Vorstandsmitglieder, die zu diesem Zeitpunkt aktiv waren, 1,8 Mio. Euro (Vorjahr: 3,0 Mio. Euro). Der Aufwand für Pensionsverpflichtungen betrug 0,6 Mio. Euro (Vorjahr: 0,8 Mio. Euro).

Die für das Geschäftsjahr 2015 als Aufwand erfassten Vergütungsbestandteile des Vorstands nach Kategorien im Sinne des IAS 24 sind in folgender Tabelle aufgeführt:

Mio. Euro	2015	2014
kurzfristig fällige Leistungen	2,2	3,1
andere langfristig fällige Leistungen	—	—
anteilsbasierte Vergütung	0,5	0,8
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	—	—
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0,6	0,8
Summe	3,3	4,7

An frühere Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene hat die OLB 0,9 Mio. Euro gezahlt (Vorjahr: 1,1 Mio. Euro). Der versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen auf IFRS-Basis für diesen Personenkreis betrug 19,6 Mio. Euro (Vorjahr: 20,5 Mio. Euro).

Die Vergütung des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2015 betrug 0,9 Mio. Euro (Vorjahr: 0,9 Mio. Euro). Es handelt sich jeweils um kurzfristig fällige Leistungen.

Ein individualisierter Ausweis der Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats findet sich im Konzernlagebericht.

Aktienkaufpläne für Mitarbeiter. Aktien der Allianz SE werden auch berechtigten Mitarbeitern des OLB-Konzerns innerhalb vorgegebener Frist zu vergünstigten Konditionen angeboten. Um teilnahmeberechtigt zu sein, müssen Mitarbeiter grundsätzlich mindestens sechs Monate vor dem Aktienangebot ununterbrochen in einem ungekündigten Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis beschäftigt gewesen sein; außerdem unterliegt der Kauf Einschränkungen bezüglich des Betrages, den Mitarbeiter in den Aktienkauf investieren können. Die Anzahl der durch diese Angebote ausgegebenen Aktien im OLB-Konzern belief sich im Geschäftsjahr auf 17.096 Stück (Vorjahr: 17.219 Stück); der Unterschiedsbetrag zwischen Ausübungs- und Marktpreis in Höhe von 0,5 Mio. Euro für 2015 (Vorjahr: 0,2 Mio. Euro) wurde im Personalaufwand ausgewiesen.

Group-Equity-Incentive-Pläne. Die GEI-Pläne des OLB-Konzerns unterstützen die Ausrichtung des Top-Managements, insbesondere des Vorstands, auf die nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes. Bis 2010 umfassen die GEI virtuelle Optionen (SAR) und virtuelle Aktien (RSU). Ab der Gewährung im Jahr 2011 ersetzt der AEI-Plan die GEI-Pläne. Im AEI-Plan werden den Planteilnehmern nur noch virtuelle Aktien (RSU) gewährt.

45 Aktienbezogene Vergütung

Stock-Appreciation-Rights-Pläne. Die SAR, die einem Planteilnehmer gewährt wurden, verpflichten den OLB-Konzern in Bezug auf jedes gewährte Recht, den Unterschiedsbetrag zwischen dem Börsenkurs der Allianz Aktie am Tag der Ausübung und dem Referenzkurs als Barzahlung zu leisten. Der maximale Unterschied ist auf 150 % des Referenzkurses begrenzt. Der Referenzkurs entspricht dem Durchschnitt der Schlusskurse der Allianz SE Aktie an den zehn Börsentagen, die im Ausgabejahr der Bilanzpressekonferenz der Allianz SE folgen. Die bis 2008 gewährten SAR können nach einer Sperrfrist von zwei Jahren ausgeübt werden und verfallen nach sieben Jahren. Für SAR, die ab 2009 gewährt wurden, gilt eine Sperrfrist von vier Jahren, und sie verfallen ebenfalls nach sieben Jahren. Nach Ablauf der Sperrfrist können die SAR vom Planteilnehmer ausgeübt werden, sofern folgende Marktbedingungen erfüllt sind:

1. die relative Kursentwicklung der Allianz SE Aktie hat während der Laufzeit die Entwicklung des Dow Jones Europe STOXX Price Index mindestens einmal für einen Zeitraum von fünf aufeinanderfolgenden Börsentagen übertroffen und
2. der Aktienkurs der Allianz SE übersteigt den Referenzkurs bei Ausübung um mindestens 20 %.

Darüber hinaus werden SAR vor dem Ablauf der Sperrfrist unter der Voraussetzung, dass die genannten Marktbedingungen erfüllt sind, durch das Unternehmen ausgeübt, wenn ein Planteilnehmer stirbt, sich die Mehrheitsverhältnisse ändern oder ein Planteilnehmer wegen betriebsbedingter Kündigung ausscheidet.

Die am letzten Tag des Plans nicht ausgeübten Rechte werden automatisch ausgeübt, sofern die oben genannten Bedingungen erfüllt sind. Wenn diese Bedingungen nicht erfüllt sind oder ein Teilnehmer des Plans aus dem Beschäftigungsverhältnis zum OLB-Konzern ausgeschieden ist, verfallen die Rechte.

Der Zeitwert der SAR zum Zeitpunkt der Gewährung wird mittels eines Cox-Rubinstein binomialen Optionsbewertungsmodells bestimmt. Die Volatilität wird aus beobachtbaren historischen Marktpreisen abgeleitet. Sind bezüglich des Ausübungsverhaltens der SAR keine historischen Informationen verfügbar (vor allem die Pläne, die von 2006 bis 2008 ausgegeben wurden, sind nicht im Geld), wird angenommen, dass die erwartete Laufzeit der Zeit bis zum Verfall der SAR entspricht.

In den Jahren 2011 bis 2015 wurden keine neuen Stücke gewährt.

Die SAR werden vom OLB-Konzern als Vergütungen mit Barausgleich bilanziert. Daher erfasst der OLB-Konzern den Zeitwert der SAR periodengerecht über die Sperrfrist als Personalaufwand. Nach Ablauf der Sperrfrist werden jegliche Änderungen des Zeitwertes der nicht ausgeübten Rechte als Personalaufwand erfasst. In dem zum 31. Dezember 2015 endenden Geschäftsjahr belief sich der gesamte Personalaufwand im Zusammenhang mit den nicht ausgeübten Rechten auf 0 Tsd. Euro (Vorjahr: 3 Tsd. Euro).

Zum 31. Dezember 2015 bildete der OLB-Konzern für die nicht ausgeübten SAR eine Rückstellung in Höhe von 330 Tsd. Euro (Vorjahr: 370 Tsd. Euro). Im Jahr 2015 sind keine SAR (Vorjahr 11.107 Stück) verfallen.

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der SAR dar:

	Anzahl	Davon ausübbar	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis in Euro	Gewichteter durchschnittlicher Zeitwert am Bewertungsstichtag in Euro	Gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit in Jahren
Bestand zum 31. Dezember 2013	35.383	—	116,93	10,43	1,8
Gewährt	—	—	—	—	—
Ausgeübt	- 11.156	—	129,98	—	—
Verfallen	- 11.107	—	—	—	—
Konzernversetzung	- 855	—	—	—	—
Bestand zum 31. Dezember 2014	12.265	—	106,77	30,13	0,9
Gewährt	—	—	—	—	—
Ausgeübt	- 5.856	—	145,97	—	—
Verfallen	—	—	—	—	—
Konzernversetzung	- 2.074	—	—	—	—
Bestand zum 31. Dezember 2015	4.335	—	87,36	76,19	1,2

Restricted-Stock-Units-Pläne. Durch die einem Planteilnehmer gewährten RSU war der OLB-Konzern verpflichtet, eine dem durchschnittlichen Börsenkurs der Allianz SE Aktie in den zehn Handelstagen, die dem Ablauf der Sperrfrist vorausgehen, entsprechende Barzahlung zu leisten oder für jedes gewährte Recht eine Allianz SE Aktie oder ein anderes gleichwertiges Eigenkapitalinstrument auszugeben. Die RSU hatten eine Sperrfrist von fünf Jahren. Der OLB-Konzern übte die RSU am ersten Handelstag nach Ablauf ihrer Sperrfrist aus. Am Ausübungstag konnte der OLB-Konzern die Erfüllungsmethode für die einzelnen RSU bestimmen.

Darüber hinaus wurden RSU vor dem Ablauf der Sperrfrist durch das Unternehmen ausgeübt, wenn ein Planteilnehmer starb, sich die Mehrheitsverhältnisse änderten oder ein Planteilnehmer wegen betriebsbedingter Kündigung ausschied. Die RSU waren virtuelle Aktien ohne Berücksichtigung von Dividendenzahlungen. Die Berechnung des Zeitwertes erfolgte durch Subtraktion der Barwerte der erwarteten künftigen Dividendenzahlungen vom jeweils herrschenden Kurs am Bewertungstag.

In den Jahren 2011 bis 2015 wurden keine neuen Stücke gewährt.

Die RSU wurden vom OLB-Konzern als Vergütungen mit Barausgleich bilanziert, weil der OLB-Konzern einen Barausgleich plant. Daher erfasste der OLB-Konzern den Zeitwert der RSU periodengerecht über die Sperrfrist als Personalaufwand. In dem zum 31. Dezember 2015 endenden Geschäftsjahr belief sich der im Zusammenhang mit den nicht ausübzbaren RSU stehende Personalaufwand auf 0 Tsd. Euro (Vorjahr: 88 Tsd. Euro).

Zum 31. Dezember 2015 bildete der OLB-Konzern für die nicht ausübzbaren RSU keine Rückstellung, da keine RSU im Bestand waren (Rückstellung Vorjahr: 1.019 Tsd. Euro).

Allianz Equity-Incentive-Plan. Ab dem Gewährungsjahr 2011 ersetzt der AEI-Plan die GEI-Pläne.

Der OLB-Konzern ist durch die einem Planteilnehmer gewährten RSU verpflichtet, eine dem durchschnittlichen Aktienkurs der Allianz SE Aktie am Ausübungstag und den vorangehenden neun Handelstagen entsprechende Barzahlung zu leisten oder jede virtuelle Aktie in eine Allianz SE Aktie umzutauschen. Die Auszahlung ist begrenzt und entspricht maximal einem 200 %igen Aktienkursanstieg über dem Ausgabekurs.

Die RSU innerhalb des AEI-Plans unterliegen einer vierjährigen Sperrfrist. Die Freigabe der RSU erfolgt am letzten Tag der Sperrfrist. Der OLB-Konzern kann die Erfüllungsmethode für die einzelnen RSU bestimmen.

Darüber hinaus werden RSU vor dem Ablauf der Sperrfrist durch das Unternehmen ausgeübt, wenn ein Planteilnehmer stirbt, sich die Mehrheitsverhältnisse ändern oder ein Planteilnehmer wegen betriebsbedingter Kündigung ausscheidet.

Die RSU sind virtuelle Aktien ohne Dividendenauszahlung, die einer Auszahlungsbeschränkung unterliegen. Der Zeitwert ermittelt sich aus dem jeweils herrschenden Kurs am Bewertungstag abzüglich der Barwertsumme der bis zur Fälligkeit erwarteten künftigen Dividendenzahlungen und des Zeitwertes der Auszahlungsbeschränkung. Die Auszahlungsbeschränkung wird als Europäische Short Call Option auf Basis aktueller Marktdaten am Bewertungstag bewertet.

Die folgende Tabelle stellt die Annahmen für die Berechnung des Zeitwertes der RSU zum Zeitpunkt der Gewährung dar:

	2016	2015
Aktienkurs in Euro	163,55	154,50
Durchschnittlicher Dividendenertrag in %	3,40	4,60
Durchschnittlicher Zinssatz in %	-0,22	0,11
Erwartete Volatilität in %	n. a.	18,70

Die RSU 2016 werden als den Teilnehmern gewährte Vergütung für das Jahr 2015 angesehen. Folglich basieren die Annahmen für die im März 2016 auszubehenden RSU auf bestmöglicher Schätzung.

Die RSU innerhalb der neuen Vergütungsstruktur werden vom OLB-Konzern als Vergütungen mit Barausgleich bilanziert, weil der OLB-Konzern einen Barausgleich plant. Daher erfasst der OLB-Konzern den Zeitwert der RSU periodengerecht über den Erdienungszeitraum von einem Jahr und anschließend über die Sperrfrist als Personalaufwand. In dem zum 31. Dezember 2015 endenden Geschäftsjahr belief sich der im Zusammenhang mit der RSU Komponente des AEI-Plans stehende Personalaufwand auf 568 Tsd. Euro (Vorjahr: 830 Tsd. Euro).

Zum 31. Dezember 2015 bildete der OLB-Konzern für diese RSU eine Rückstellung in Höhe von 2.645 Tsd. Euro (Vorjahr: 4.058 Tsd. Euro).

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der RSU dar:

	Anzahl	Gewichteter durchschnittlicher Zeitwert in Euro	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis in Euro
Bestand zum 31. Dezember 2013	52.023	119,77	—
Gewährt	8.128	116,81	—
Ausgeübt	-1.260	—	124,72
Konzernversetzung	-4.933	—	—
Bestand zum 31. Dezember 2014	53.958	128,69	—
Gewährt	3.506	140,65	—
Ausgeübt	-13.421	—	151,39
Konzernversetzung	-20.015	—	—
Bestand zum 31. Dezember 2015	24.028	153,10	—

Der im Berichtsjahr erfasste Gesamtaufwand betrug für die aktienbezogene Vergütung 1.048 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.108 Tsd. Euro), der Gesamtbuchwert der Schulden lag zum Bilanzstichtag bei 2.976 Tsd. Euro (Vorjahr: 5.447 Tsd. Euro) und der Innere Wert der Schulden betrug 4.008 Tsd. Euro (Vorjahr: 7.313 Tsd. Euro).

Mio. Euro	2015	2014
Abschlussprüfungsleistungen	0,8	1,0
Andere Bestätigungsleistungen	0,9	2,7
Gesamt	1,7	3,7

Die Honorare werden ohne USt angegeben.

Für die Marktrisiken des Handelsbuches und des Nichthandelsbuches verweist die Bank aus Gründen der Übersichtlichkeit auf den Risikobericht innerhalb des Konzernlageberichts auf das Kapitel Risikolage, Risikotragfähigkeit unter Marktrisiko.

46 Honorare für Abschlussprüfer

47 Marktpreisänderungsrisiken

48 Kreditrisiko- konzentration

Für die Kreditrisikokonzentration verweist die Bank aus Gründen der Übersichtlichkeit auf den Risikobericht innerhalb des Konzernlageberichts und dort auf das Kapitel Definition der Risikoarten.

49 Anteilsbesitzliste

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital	Eigenkapital	Periodenergebnis	Periodenergebnis
	%	31.12.2015 Mio. Euro	1.1.–31.12.2015 Mio. Euro	1.1.–31.12.2014 Mio. Euro
OLB-Service Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg	100,00	0,03	—	—
OLB-Immobiliendienst-GmbH, Oldenburg	100,00	0,03	—	—
AllianzGI-Fonds Ammerland ¹	100,00	k. A.	5,28	2,87
AllianzGI-Fonds Weser-Ems ¹	100,00	k. A.	0,47	0,97

¹ Von der Allianz Global Investors, Frankfurt am Main verwaltet

Die Angabe der Anteilsbesitzliste stellt eine Zusatzangabe dar, die nach HGB erforderlich ist. Die Werte entstammen der Rechnungslegung nach IFRS.

Mit folgenden Tochtergesellschaften bestehen Ergebnisabführungsverträge:

- OLB-Immobiliendienst-GmbH, Oldenburg
- OLB-Service Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg

Neben der Oldenburgische Landesbank AG mit Sitz in 26122 Oldenburg, Stau 15/17 – eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Oldenburg unter der Nummer HRB 3003 – werden in den Konzernabschluss – wie in Note (1) beschrieben – die in der Anteilsbesitzliste genannten Spezialfonds einbezogen. Die OLB-Immobiliendienst-GmbH, Oldenburg und die OLB-Service Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg sind aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausgenommen.

50 Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die OLB – ohne Auszubildende, Aushilfen und Praktikanten – 2.272 (Vorjahr: 2.337) Mitarbeiter. Sie verteilen sich wie folgt:

Anzahl	2015	2014 ¹
Mitarbeiter Vollzeit (Durchschnitt)		
weiblich	641	683
männlich	960	994
Mitarbeiter Teilzeit (Durchschnitt)		
weiblich	628	618
männlich	43	42
Mitarbeiter insgesamt	2.272	2.337

¹ Der Kreis der ausgewerteten Mitarbeiter schließt Auszubildende und seit 2015 auch Aushilfen und Praktikanten nicht mit ein. Um die Vergleichbarkeit zu wahren, wurden die Vorjahreszahlen an den Definitionskreis des Berichtsjahres angepasst.

Am 31. Dezember 2015 betrug die Zahl der Mitarbeiter – ohne Auszubildende, Aushilfen und Praktikanten – 2.236 (Vorjahr: 2.311), daneben waren 204 Auszubildende, Aushilfen und Praktikanten – davon 107 weiblich – (Vorjahr: 224/121) in der OLB tätig.

Die von Vorstand und Aufsichtsrat nach § 161 AktG abzugebende Erklärung zur Einhaltung der Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ wurde abgegeben und ist den Aktionären dauerhaft im Internet unter www.olb.de im Bereich Investor Relations (Pfad: www.olb.de/dieolb/2626.php) zugänglich.

51 Corporate Governance

Für das Geschäftsjahr 2015 beträgt der maßgebliche Jahresüberschuss nach HGB 18,3 Mio. Euro. Zusammen mit dem bestehenden Vortrag ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 18,8 Mio. Euro. Zur Verwendung dieses Gewinnes soll den Aktionären in der Hauptversammlung am 11. Mai 2016 vorgeschlagen werden, für das Geschäftsjahr 2015 eine Dividende in Höhe von 0,25 Euro je Stückaktie auszuschütten und 13,0 Mio. Euro den Gewinnrücklagen zuzuführen.

52 Dividendenzahlung

Der vorliegende Konzernabschluss wurde am 9. März 2016 durch den Gesamtvorstand der Oldenburgische Landesbank AG zur Veröffentlichung freigegeben. Bis zu diesem Datum können Ereignisse nach dem Bilanzstichtag Berücksichtigung finden. Änderungen des Konzernabschlusses können danach gemäß § 173 AktG nur noch durch Beschluss der Hauptversammlung vorgenommen werden.

53 Zeitpunkt der Freigabe zur Veröffentlichung

Oldenburg, 9. März 2016
Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand



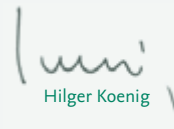
Patrick Tessmann
Vorsitzender



Dr. Thomas Bretzger



Karin Katerbau



Hilger Koenig

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Oldenburg, 9. März 2016
Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand



Patrick Tessmann

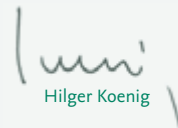
Vorsitzender



Dr. Thomas Bretzger



Karin Katerbau



Hilger Koenig

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Oldenburgische Landesbank Aktiengesellschaft, Oldenburg, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Gesamtergebnisrechnung, Bilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Konzernanhang – sowie ihren Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 17. März 2016
KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

König
Wirtschaftsprüfer

Patzak
Wirtschaftsprüfer

WEITERE INFORMATIONEN

Mandate der Organmitglieder	172
Beirat	174
Glossar	178
Impressum	182

Mandate der Organmitglieder

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats bekleideten die aufgeführten Mandate (Stand: 31. Dezember 2015):

Andree Moschner (bis 30. September 2015)

Vorsitzender

Ehemaliges Mitglied des Vorstands der Allianz

Deutschland AG, München

Rainer Schwarz

Vorsitzender (seit 1. Oktober 2015)

Aufsichtsratsmitglied der Oldenburgische Landesbank AG, München

Uwe Schröder

Stellvertretender Vorsitzender

Bankkaufmann, Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats

Prof. Dr. Werner Brinker

Honorarprofessor an der CvO Universität Oldenburg und Aufsichtsratsmitglied der Oldenburgische Landesbank AG, Rastede

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

- Enovos International S.A., Luxembourg (ab 1. Januar 2016)
- Enovos Luxembourg S.A., Luxembourg (ab 1. Januar 2016)
- Jacobs University, Bremen
- Werder Bremen GmbH & Co. KG aA, Bremen

Prof. Dr. Andreas Georgi

Honorarprofessor an der LMU München und Mitglied diverser Aufsichtsräte, Starnberg

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

- Asea Brown Boveri AG, Mannheim
- Rheinmetall AG, Düsseldorf

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

- Felix Schoeller Holding GmbH & Co. KG, Osnabrück (stellv. Vorsitzender)

Svenja-Marie Gnida

Betreuerin Freie Berufe, Oldenburgische Landesbank AG, Osnabrück

Dr. Peter Hemeling (seit 1. Oktober 2015)

Chefsyndikus der Allianz SE, München

Stefan Lübbe

Direktor und Mitglied der Geschäftsleitung Firmenkunden und Private Banking Oldenburger Münsterland, Oldenburgische Landesbank AG, Vechta

Prof. Dr. Petra Pohlmann

Professorin an der WWU, Münster

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

- Allianz Versicherungs-AG, München

Horst Reglin

Gewerkschaftssekretär der Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Oldenburg

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

- Öffentliche Lebensversicherungsanstalt, Oldenburg
- Oldenburgische Landesbrandkasse, Oldenburg

Carl-Ulfert Stegmann

Alleinvorstand der AG Reederei Norden-Frisia, Norderney

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

- Wyker Dampfschiffsreederei Föhr-Amrum GmbH, Wyk auf Föhr

Gabriele Timpe

Kundenberaterin, Oldenburgische Landesbank AG, Lähden

Christine de Vries

Organisatorin Prozesse und Projekte, Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands bekleideten die aufgeführten Mandate (Stand: 31. Dezember 2015):

Patrick Tessmann

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Dr. Thomas Bretzger

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Karin Katerbau

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Hilger Koenig

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien

Konzernmandat:

- OLB-Immobilien dienst-GmbH, Oldenburg (Vorsitzender)

Beirat

Dr. Carl Ulfert Stegmann – Vorsitzender

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Aktiengesellschaft Reederei Norden-Frisia, Norderney

Dr. Maria Apel – stellv. Vorsitzende

Komplementärin und Vorsitzende des Beirats der Pöppelmann GmbH & Co. KG, Lohne

Manfred Adrian

Verleger der Wilhelmshavener Zeitung, Wilhelmshaven

Robert Allmers

Verleger des Jeverschen Wochenblatts, Jever

Prof. Dr. Heinz-W. Appelhoff

Privatier, Rastede

Christian Basse

Geschäftsführender Gesellschafter SKN Druck und Verlag GmbH & Co. KG, Norden

Harald Beenen

Geschäftsführer der H. Beenen Vermögensverwaltung GmbH & Co. KG, Aurich

Dr. Jan Bernd Berentzen

Geschäftsführender Gesellschafter der Berentzen Mally Marketing plus Services GmbH, Greven

Clemens van den Berg

Gesellschafter der van den Berg GmbH & Co. KG, Lingen

Dr. Franz J. Bönkhoff

Gesellschafter der Wirtschaftsprüfer- und Steuerberaterkanzlei Dr. Bönkhoff & Partner, Oldenburg

Dr. Bernhard Brons

Vorstand der Reederei Aktien-Gesellschaft „EMS“, Emden

Heiner Bröring

Ehem. Geschäftsführer der H. Bröring GmbH und Co. KG, Dinklage

Heinz Buse

Inhaber und Geschäftsführer der Heinz Buse Unternehmensgruppe, Leer

Philip Freiherr von dem Bussche

Landwirt, Bad Essen

Dr. Markus Connemann

Geschäftsführer der Hammerlit GmbH, Leer

Claas E. Daun

Vorsitzender des Vorstands der Daun & Cie. AG, Rastede

Stefan Delkeskamp

Geschäftsführer der Delkeskamp Verpackungswerke GmbH, Nortrup

Dr. Olaf Holzkämper

Mitglied des Vorstands der CEWE Stiftung & Co. KGaA, Oldenburg

Isabel Hüppe

Rechtsanwältin, Großenkneten-Huntlosen

Tido Graf zu Inn- und Knyphausen

Selbstständig in den Bereichen Land- u. Forstwirtschaft, Erneuerbare Energien, Tourismus und Golf, Lütetsburg

Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Kaminski

Institutsdirektor und Geschäftsführer des Instituts für Ökonomische Bildung, Oldenburg

Hans-Dieter Kettwig

Vorstandsvorsitzender der Aloys-Wobben-Stiftung, Aurich

Jörg-Peter Knochen

Ehem. Geschäftsführender Gesellschafter der Oldenburgische Volkszeitung Druckerei und Verlag KG, Vechta

Michael Koch

Vorstand der Kaffee-Partner Leasing AG, Osnabrück

Reinhard Köser

Verleger der Nordwest-Zeitung, Oldenburg

Dr. Dieter Köster

Vorsitzender des Aufsichtsrates der Köster Holding AG, Osnabrück

Angela Krüger-Steinhoff

Geschäftsführerin der Steinhoff Familienholding GmbH, Westerstede

Dr. Andreas Kühnl

Geschäftsführer der H. Kemper GmbH & Co. KG, Nortrup

Friedrich-Wilhelm Freiherr von Landsberg-Velen

Geschäftsführender Gesellschafter vom Ferienzentrum
Schloss Dankern GmbH, Haren

Hermann Lanfer

Geschäftsführender Gesellschafter der Lanfer Logistik GmbH,
Meppen

Johannes van der Linde

Geschäftsführender Gesellschafter der LUDWIG FREYTAG
GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, Oldenburg

Dirk Lütvogt

Geschäftsführender Gesellschafter der Friedrich Lütvogt
GmbH & Co. KG, Wagenfeld

Bernd Meerpohl

Vorsitzender des Vorstands der Big Dutchman AG, Vechta

Bernard Meyer

Geschäftsführer der MEYER WERFT GmbH & Co. KG,
Papenburg

Konsul Friedrich A. Meyer

Geschäftsführender Gesellschafter der F.A. Meyer
Beteiligungs-GmbH, Wilhelmshaven

Eske Nannen

Geschäftsführerin der Kunsthalle Emden Stiftung Henri und
Eske Nannen und Schenkung Otto van de Loo, Emden

Holger Neumann

Geschäftsführer der Pallas Group, Diepholz

Fritz-Dieter Nordmann

Geschäftsführender Gesellschafter der
Nordmann Unternehmensgruppe, Wildeshausen

Peter Pickel

Geschäftsführender Gesellschafter der
August Pickel GmbH & Co. KG, Oldenburg

Christian Rauffus

Geschäftsführender Gesellschafter der Rügenwalder Wurst-
fabrik Carl Müller GmbH & Co. KG, Bad Zwischenahn

Klaus Rücker

Geschäftsführender Gesellschafter der Rücker-Gruppe,
Aurich/Wismar

Dr. Heiko Sanders

Wiesmoor

Ralf Schu

Geschäftsführer der Papier- u. Kartonfabrik Varel GmbH & Co.
KG, Varel

Dirk Schulte Strathaus

Verleger des Delmenhorster Kreisblatt, Delmenhorst

Carl Ulfert Stegmann

Alleinvorstand der AG Reederei Norden-Frisia, Norderney

Felix Thalmann

Vorsitzender der Geschäftsführung der BÜFA GmbH & Co. KG,
Oldenburg

Franz Thiele jun.

Geschäftsführer der Thiele & Freese GmbH & Co. KG, Emden

Harald Vogelsang

Geschäftsführer der Hugo Vogelsang Maschinenbau GmbH,
Essen Oldb.

Heidi Gräfin von Wedel

Wilhelmshaven

Manfred Wendt

Sprecher der Geschäftsführung der Johann Bunte Bauunter-
nehmung GmbH & Co. KG, Papenburg

Doris Wesjohann

Mitglied des Vorstands der PHW-Gruppe,
Visbek

Roland Zerhusen

Geschäftsführer der ZERHUSEN Kartonagen GmbH, Damme

Durch Tod verloren wir

Aus dem Kreis der Aktiven

Marlene Klinge

gest. 22. Februar 2015

Markus Abeln

gest. 27. Februar 2016

Aus dem Kreis der Pensionäre

Heinz Abel
gest. 29. Januar 2015

Anneliese Müller
gest. 5. Februar 2015

Wolfgang Waschow
gest. 9. Februar 2015

Anni Haffke
gest. 7. März 2015

Christa Schütte
gest. 8. März 2015

Ewald Wiemken
gest. 26. März 2015

Heinz Meinardus
gest. 11. April 2015

Gerd Twisterling
gest. 19. April 2015

Johannes Kramer
gest. 27. April 2015

Ottilde Bartmann
gest. 26. Mai 2015

Margret Linnemann
gest. 2. Juni 2015

Heinrich Kremer
gest. 6. Juni 2015

Heinz Wergin
gest. 8. Juni 2015

Ernst Meissner
gest. 29. Juni 2015

Rolf Christmann
gest. 6. Juli 2015

Ruth Behrens
gest. 25. August 2015

Heinz Beiderwieden
gest. 7. Oktober 2015

Peter-Achaz Reimers
gest. 17. November 2015

Inge Binnewies
gest. 12. Januar 2016

Friedrich Geersen
gest. 23. Januar 2016

Heino Kuck
gest. 26. Januar 2016

August Seghorn
gest. 29. Februar 2016

Annelie Jünger
gest. 5. März 2016

Glossar



Agio In Prozent oder Geldeinheiten angegebener Aufschlag u. a. bei Wertpapieren oder Darlehen. Bei der Neuausgabe von Wertpapieren ist es der Betrag, um den der Ausgabepreis deren Nennbetrag überschreitet bzw. der Betrag, um den der Börsenkurs den inneren Wert der Anlage übersteigt. Beim Erwerb vieler Fonds handelt es sich dabei um die Vergütung für die Beratungsleistung oder auch Vertriebsgebühr, die als prozentualer Anteil an Bank, Finanzberater oder Fondsgesellschaft gezahlt wird. Bei Darlehen ist das Agio der für den Schuldner neben den zu zahlenden Zinsen anfallende Aufschlag. Das Gegenteil ist das Disagio.

Allianz Equity Incentive = AEI Instrument zur langfristigen Bindung von Führungskräften durch ein Unternehmen, indem Aktien vom Unternehmen an diese ausgegeben werden und somit die Identifikation mit dem Unternehmen gestärkt wird bzw. ein Interessenabgleich stattfindet.

Allianz Sustained Performance Plan Alle Bestandteile der erfolgsabhängigen Vergütung werden anhand eines vereinfachten, einheitlichen Zielvereinbarungsbogens geregelt und in einem im Allianz Konzern geltenden Modell, dem Allianz Sustained Performance Plan (ASPP), beschrieben. Sowohl die Jahresziele als auch die dreijährigen Mittelfristziele werden in diesem Zielvereinbarungsbogen fixiert.

Available-for-Sale Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

Aval Bürgschaft oder Garantie.



Bankbuch Risikotragende Positionen, die nicht dem Handelsbuch zugeordnet werden.

Basel II/III Neue regulatorische Standards des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht.

Bruttoinlandsprodukt Alle im Inland erbrachten Wirtschaftsleistungen in einer Periode.



CDAX (Composite DAX) Banken Aktien-Index, der von der Deutsche Börse AG berechnet und veröffentlicht wird. Er enthält mehrere im amtlichen Börsenhandel notierte deutsche Bankaktien.

Cost-Income-Ratio Kennzahl, die die laufenden Aufwendungen ins Verhältnis zu den laufenden Erträgen setzt.

COX-Rubinstein-Binomialmodell

Eigentlich Cox-Ross-Rubinstein-Modell (1979) oder Binomialmodell. Modell zur Berechnung marktgerechter Optionspreise, das auf einer binären Struktur basiert, die das Fallen oder Steigen des Aktienkurses pro Zeiteinheit abbildet.

Credit Spread Unter dem Credit Spread wird die Risikoprämie, die der Emittent dem Käufer einer ausfallrisikobehafteten Anleihe bezahlen muss, verstanden. Sie kann in Form von Preisabschlägen auf die Anleihe oder Renditezuschlägen vorkommen, deren Höhe durch die Bonität des Emittenten bestimmt wird.

Current Service Cost Laufender Dienstzeitaufwand, der sich aus den Pensionsansprüchen der Arbeitnehmer ergibt und durch versicherungsmathematische Annahmen linear auf Perioden der Arbeitsleistung verteilt wird, woraus ein Barwert für die jeweiligen Perioden, z. B. ein Geschäftsjahr, ermittelt wird.



Delta Das Delta einer Option gibt an, wie der Optionspreis auf Kursänderungen des Underlyings (Basispapier oder Preis) reagiert.

Disagio Unter Disagio versteht man den Betrag, um den der Ausgabepreis z. B. einer Aktie ihren Nennwert unterschreitet. Mit Disagio bezeichnet man auch das Abgeld auf ein Darlehen.

Dow Jones EURO STOXX Price Index Aktienindex, der die 50 größten und wichtigsten Aktienwerte der europäischen Währungsunion umfasst. Der Index wird seit dem 26. Februar 1998 in Zürich geführt.

Expected Loss Der Expected Loss bezeichnet den erwarteten Verlust einer Risikoposition innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer.

Fair Value Betrag, zu dem ein Finanzinstrument zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Geschäftspartnern gehandelt werden kann.

Future Hinsichtlich Menge, Qualität und Liefertermin standardisierter Terminkontrakt, bei dem zu einem bestimmten zukünftigen Zeitpunkt ein dem Geld- und Kapital-, Edelmetall- oder Devisenmarkt zugehöriges Handelsobjekt zu einem festgesetzten Kurs zu liefern beziehungsweise abzunehmen ist.

Gamma Das Gamma einer Option drückt aus, wie das Delta auf Kursänderungen des Underlyings (Basispapier oder Preis) reagiert.



GLLP General Loan Loss Provision, siehe Risikovorsorge.

Group-Equity-Incentive-Plan (GEI-Plan) Dieses Allianz Programm zur aktienbezogenen Vergütung galt nur bis zum Jahr 2010 und wurde durch das neue aktienbasierte Programm Allianz Equity Incentive (s. S. 178 des Glossars) abgelöst.

Handelsbuch Bankaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen in Finanzinstrumenten, Anteilen und handelbaren Forderungen, die von Kreditinstituten zum Zwecke des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und Zinsschwankungen gehalten werden.

Hedge Accounting Das Hedge Accounting wird in der OLB im Rahmen der Risikostrategie zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt. Hierzu werden die Grundgeschäfte (z. B. Kredite oder Wertpapiere) den Sicherungsgeschäften (z. B. Zinsswaps) gegenübergestellt.

Nach den internationalen Bilanzierungsvorschriften gelten für Grund- und Sicherungsgeschäfte unterschiedliche Bewertungsansätze. Um diese Bewertungsunterschiede ökonomisch angemessener in der Gewinn- und Verlustrechnung abzubilden, nutzt die OLB die gesondert geltenden Bilanzierungsregeln des IAS 39 für das Hedge Accounting. Hiernach werden Grund- und Sicherungsgeschäfte zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst und erfolgswirksam zum Marktwert (Fair Value) bewertet, sodass sich die Wertänderungen gegenseitig kompensieren.

Die OLB setzt ausschließlich die Methode des „Fair Value Hedge Accounting“ ein.



Hedging Absicherung von Vermögenspositionen gegen Aktienkurs-, Zinsänderungs- und Währungsrisiken. Durch Einnahme einer entgegengesetzten Position an den Terminmärkten (Einsatz von Futures, Optionen) soll ggf. die Wertminderung einer Kassaposition (Kauf von Wertpapieren, Devisen, Waren) kompensiert werden. Hedging-Strategien mit Futures oder Optionen unterliegen vielfältigen Unwägbarkeiten; die Effizienz der Gesamtposition muss ständig kontrolliert werden.

IAS/IFRS 1973 wurde das International Accounting Standards Committee (IASC) als privatrechtlicher Verein nationaler Verbände von Rechnungslegern und Wirtschaftsprüfern gegründet, um die internationale Vergleichbarkeit der Rechnungslegung voranzutreiben. Im Jahr 2000 beschloss die EU, bei der Fortentwicklung von Rechnungslegungsvorschriften mit dem IASC zusammenzuarbeiten. Nach der Umstrukturierung des IASC im Jahr 2001 kam es zur Umbenennung in IASB (International Accounting Standards Board). Sämtliche bis dahin vom IASC verabschiedeten International Accounting Standards (IAS) bleiben zunächst bestehen und werden sukzessive verändert oder vom IASB durch neue Standards ersetzt. Diese neuen vom IASB entwickelten Rechnungslegungsstandards sind die International Financial Reporting Standards (IFRS). Damit diese Standards wirksam werden, verabschiedet die Europäische Union sie im sogenannten Endorsement-Prozess. Eine Ratifizierung durch die jeweilige nationale Gesetzgebung ist nicht erforderlich, da die EU-Direktiven unmittelbar für alle Beitrittsländer der Europäischen Union Gültigkeit erlangen.

Impairment Nicht planmäßige Wertherabsetzung von Aktiva, wie zum Beispiel Geschäfts- oder Firmenwert, Kreditforderungen, Wertpapieren und Sachanlagen, aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung der entsprechenden Positionen.



Konfidenzniveau Ausdruck für die Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust eine durch den Value-at-Risk definierte Verlustobergrenze nicht überschreitet.

Nichthandelsbuchinstitut Als Nichthandelsbuchinstitut kann sich ein Institut einordnen, das aufsichtsrechtliche Bagatellgrenzen im Zusammenhang mit eigenen Handelsgeschäften nicht überschreitet.



Option Das Recht, ein Handelsobjekt (beispielsweise Wertpapiere und Devisen) vom Vertragspartner zu einem festgelegten Preis innerhalb eines bestimmten Zeitraums oder zu einem bestimmten Termin zu kaufen (Kaufoption/Call) beziehungsweise an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption/Put).

OTC (Over-the-counter) Finanzinstrumente (Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (Over-the-counter) gehandelt werden.

PLL Portfolio Loan Loss Provision, siehe Risikovorsorge.

Projected-Unit-Credit-Method Anwartschaftsbarwertverfahren, ein versicherungsmathematisches Bewertungsverfahren für Pensionsrückstellungen.



Rating Standardisiertes Verfahren zur Beurteilung der Bonität von Unternehmen (Emittentenrating) sowie der von ihnen begebenen Anleihen und Geldmarktpapiere (Emissionsrating) durch unabhängige Agenturen. Auch die in Banken eingesetzten Verfahren zur Bestimmung der Bonität von Kreditnehmern werden als Rating bezeichnet.

Repo-Geschäft Bei einem Repo-Geschäft verkauft der Konzern Wertpapiere und vereinbart gleichzeitig, diese Wertpapiere zu einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzukaufen. Die mit den Wertpapieren verbundenen Chancen und Risiken bleiben während der gesamten Laufzeit der Geschäfte im Konzern. Entsprechend werden die Wertpapiere weiterhin in der Bilanz des Konzerns als Handelsaktiva oder Finanzanlagen ausgewiesen. Der Gegenwert aus dem rechtlichen Verkauf ist in der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden enthalten und als Verbindlichkeit aus Repo-Geschäft ausgewiesen.

Restricted Stock Units (RSU) Virtuelle Aktien, die z. B. im Rahmen eines Group-Equity-Incentive-Plans als aktienbezogene Vergütung vom Unternehmen an seine Arbeitnehmer ausgegeben werden. Die Ausübung der RSU erfolgt in der Regel nach dem Eintreffen von vom Unternehmen festgelegten Zielen oder dem Ablauf einer Haltefrist. Die Ausübung kann auch in Form eines entsprechenden Barbetrages oder sonstiger Ersatzwerte erfolgen.



Reverse-Repo-Geschäfte Bei einem Reverse-Repo-Geschäft kauft der Konzern Wertpapiere und vereinbart gleichzeitig, diese Wertpapiere zu einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzugeben. Die mit den Wertpapieren verbundenen Chancen und Risiken aus Zinsänderung und Adressausfall bleiben während der gesamten Laufzeit der Geschäfte beim Kontrahenten. Entsprechend werden die Wertpapiere nicht in der Bilanz des Konzerns als Handelsaktiva oder Finanzanlagen ausgewiesen. Der Gegenwert aus dem rechtlichen Kauf ist in der Bilanzposition Forderungen an Kreditinstitute bzw. Forderungen an Kunden enthalten und als Forderung aus Reverse-Repo-Geschäften ausgewiesen.

Risikocontrolling Laufende Risikomessung und -überwachung inklusive Methodenentwicklung sowie entsprechende Risikoanalyse/Berichtswesen durch eine neutrale, unabhängige Einheit.

Risikomanagement Operative Geschäftssteuerung spezifischer Portfolios unter Risiko-/Rendite-Gesichtspunkten.

Risikovorsorge Durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen wird den erkennbaren Ausfallrisiken Rechnung getragen. Die Einzelwertberichtigungen (Specific Loan Loss Provision; SLLP) werden unter Berücksichtigung aller zukünftig erwarteten, abgezinsten Zahlungsströme ermittelt. Für potenziell bereits eingetretene, zum Bilanzstichtag jedoch noch nicht identifizierte Adressrisiken aus Kreditgeschäften werden Portfoliowertberichtigungen gebildet, deren Höhe auf der empirischen Ermittlung historischer Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten des nicht bereits anderweitig vorgesorgten Kreditportfolios basiert. Pauschalierte Einzelwertberichtigungen (Particular Loan Loss Provisions; PLLP) werden für das homogene Kreditportfolio gebildet. General Loan Loss Provisions (GLLP) werden auf das inhomogene Portfolio gebildet.



SLLP Specific Loan Loss Provision, siehe Risikovorsorge.

Stock Appreciation Rights (SAR) Virtuelle Optionen, die z. B. im Rahmen eines Group-Equity-Incentive-Plans als aktienbezogene Vergütung vom Unternehmen an seine Arbeitnehmer vergeben werden. Dabei ist die Ausübung der Optionen direkt an den Erfolg des Unternehmens, üblicherweise dessen Aktienkurs, geknüpft. Die Ausübung der Optionen kann in Form von Barzahlungen, Aktien oder sonstigen Ersatzwerten erfolgen.

Stückaktie Nennwertloser Anteilschein an einer Aktiengesellschaft. Durch Division des nominalen Grundkapitals durch die Zahl der insgesamt ausgegebenen Stückaktien lässt sich ein rechnerischer Nennwert ermitteln, der nach dem Stückaktiengesetz (StückAG) einen Mindestwert von einem Euro haben muss.

Swap Allgemeine Bezeichnung für den Austausch von Objekten, Rechten etc., insbesondere für den Austausch von Zahlungsströmen in gleicher Währung (= Zinsswap) oder in verschiedenen Währungen (= Währungsswap).



True-and-fair-View-Prinzip Gemäß § 264 Abs. 2 HGB Anforderung an Rechnungslegungsdaten wie z. B. eines Jahresabschlusses, dass sie ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermitteln.

Value-at-Risk (VaR) Der Value-at-Risk bezeichnet den potenziellen Verlust einer Risikoposition, der unter üblichen Marktbedingungen mit einer festgelegten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) in einer vorgegebenen Haltedauer nicht überschritten wird.

Vega Das Vega einer Option gibt an, wie der Optionspreis auf die Veränderung der Volatilität (Schwankungsbreite des Underlyings) reagiert.

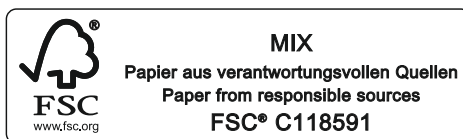
Volatilität Maß für die vergangene (historische) oder erwartete (implizite) Schwankungsbreite des Kurses von Aktien, Devisen und Zinssätzen. Schwankt der Kurs einer Aktie stark, hat die Aktie eine hohe Volatilität. Für den Anleger bedeutet das die Chance auf schnelle und hohe Kursgewinne – aber auch die Gefahr ebenso schneller Verluste.

Herausgeber

Oldenburgische Landesbank AG
Stau 15/17
26122 Oldenburg
Telefon (0441) 221-0
Telefax (0441) 221-1457
E-Mail olb@olb.de

Kontakt

Unternehmenskommunikation

Zertifizierung**Veröffentlichungsdatum**

30. März 2016

Dieser Bericht ist in deutscher und englischer Sprache verfügbar. Beide Fassungen sind im Internet unter www.olb.de abrufbar.

